

Räume des Politischen

Dimensionen des Städtischen

Yvonne P. Doderer, »Wissenschaft«

© 2013 der gedruckten Ausgabe:

Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG Münster

www.mv-wissenschaft.com

© 2013 Yvonne P. Doderer

Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: Yvonne P. Doderer

Satz: Sadrick Schmidt

Umschlag: Yvonne P. Doderer

© 2013 für die abgebildeten Fotografien

Fotograf_in: Yvonne P. Doderer; François Fernandez: S. 72

Druck und Bindung: MV-Verlag

ISBN 978-3-86991-903-4

The electronic version of „Doing Beyond Gender. Interviews zu Positionen und Praxen in Kunst, Kultur und Medien“ by Yvonne P. Doderer is downloadable under the the terms and conditions of the Digital Peer Publishing Licence (DPPL).

The text of the licence may be accessed and retrieved via Internet at <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0009-dppl-v3-en8>.

Die elektronische Version von „Doing Beyond Gender. Interviews zu Positionen und Praxen in Kunst, Kultur und Medien“ von Yvonne P. Doderer downloadbar gemäß der Bestimmungen und Konditionen der Digital Peer Publishing Licence (DPPL v3, de). Der Text der Lizenz kann eingesehen werden per Internet unter https://www.hbz-nrw.de/produkte/open-access/lizenzen/dppl/dppl/DPPL_v3_de_11-2008.pdf/view

Yvonne P. Doderer

Räume des Politischen

Dimensionen des Städtischen

Inhalt

Vorwort	9
Es geschieht immer irgend etwas	11
Krieg in den Städten und gegen die Städte	19
Konzern Stadt	39
Vom Garten Eden zur neo-urbanen Gartenstadt	59
Ruhe ist die erste Bürgerpflicht	71
Perspektiven feministischer Planung	85
Raumaneignung im Horizont von Identität, Hegemonie und Subversion	97
Vom Frauenraum zur Queer Nation	121
Städtische Räume queeren	137
Homo-/sexuelles Begehren und Kolonialismus	151
Koloniale Moderne und (kulturelle) Wiederaneignung	171
Topologien urbaner Migration	189
Recht auf Stadt – Stadt als Ressource	211
Literatur	219

Vorwort

Diese Textsammlung besteht aus bislang unveröffentlichten Vorträgen im Kunstbetrieb oder an Universitäten sowie aus einigen überarbeiteten und hier aktualisierten Aufsätzen.

Gemeinsam ist allen hier dargelegten Ausführungen ein Verständnis von Raum, das diesen nicht nur als gebaut, sondern vor allem als städtisch-gesellschaftlich – und damit auch als genuin politisch – versteht. Von einem solchen Ansatz ausgehend eröffnen sich in Bezug auf Stadtgeschichte, Stadtpolitik und Stadtplanung vielfältige Fragestellungen, die hier im Horizont von Geschlechter- und Kulturtheorien, von Stadt- und Migrationsforschung erörtert werden. Die Komplexität dieser Themen kann sicherlich nur ausschnitthaft, aber vielleicht doch beispielhaft verhandelt werden, liegen ihnen doch immer auch übergeordnete Fragen und Aspekte zugrunde. Ich hoffe deshalb zu einem Erkenntnisgewinn insbesondere in Hinblick auf die Verschränkungen und Schnittstellen vermeintlich unterschiedlicher Felder und Disziplinen wie zum Beispiel Stadtplanung und Geschlechterforschung beizutragen.

Mein Dank geht an alle, die mir die Gelegenheit gegeben haben, mich öffentlich in Wort und Schrift zu äußern – darunter Kader Attia, Markus Ambach, Ute Meta Bauer, Irene Bittner, Hans D. Christ, Iris Dressler, Susanne Frank, Nikolai Fjeld, Sushila Mesquita, AbdouMaliq Simone, Wendelien van Oldenborgh u.v.a. mehr. Danken möchte ich auch Claude Horstmann für die Sorgfalt mit der sie meine Texte redigiert hat. Mein ganz besonderer Dank gilt Marlene Reißle für Ihre Liebe und Geduld.

Es geschieht immer irgend etwas



In den europäischen Stadträumen sind urbane Situationen, die als urbane »Mises en scène«, als eine Veröffentlichung sozial-gesellschaftlicher Praktiken fungieren, immer seltener zu beobachten (1) wie zum Beispiel die Aneignung und Nutzung eines überdachten, fast bühnenartigen Vorplatzes einer öffentlichen Toilettenanlage in einer deutschen Großstadt durch eine Gruppe Wohnungsloser, die sich hier den Tag über aufhalten. Aufschlussreich sind hier nicht nur die Praktiken der städtischen Protagonist_innen, sondern die Nutzung dieses Raumes als eine Art »öffentliches Zimmer«. Eine solche baulich-stadt-räumliche Offerte wurde von dem Architekten Christopher Alexander in seinem 1977 erschienenen Regelwerk mit dem Titel »Eine Muster-Sprache« (2) bereits beschrieben. Mit seinem Hinweis auf die Möglichkeit informelle, bestimmte und doch zugleich unbestimmte Orte zu schaffen, an denen sich Menschen auf spontane Weise aufhalten können, erinnert Alexander an eine Tradition urbaner Rauman eignung wie sie in der europäisch-mittelalterlichen Stadtgesellschaft noch weit verbreitet war. In vielen Stadtkernen, teilweise auch in Dörfern, befanden sich einfache, überdachte oder schlicht möblierte, einsichtige und zugängliche Räumlichkeiten, die sich die Stadtbewohner_innen als öffentliche Treffpunkte und Aufenthaltsräume aneignen konnten.

Eine solche Einrichtung eines öffentlichen Zimmers erscheint heute zwar lebenswürdig, jedoch fast naiv und muss in einem komplexeren Zusammenhang, nämlich der Frage nach den aktuellen Möglichkeiten urbaner Rauman eignung und der Herstellung städtischer Öffentlichkeit(en), gelesen werden. Seit einiger Zeit erfahren gerade die europäischen Stadträume erneute Umbau- und Modernisierungsschübe, die innerhalb von globalen, neokapitalistischen Transformationsprozessen erfolgen. Vor dem Hintergrund eines Konkurrenzkampfes unter den Städten führen diese Prozesse zu einer Re-/Inszenierung der Städte und werden mittels Neuordnungen und teilweisen Neubebauungen der begehrten, vor allem innerstädtischen und innenstadtnahen Flächen durchgesetzt. Es werden nach außen abgeschottete und nach innen orientierte Einkaufs- und Dienstleistungszentren sowie kulturelle Einrichtungen wie zum Beispiel Museen oder städtische Galerien gebaut. Verkehrsanlagen wie Bahnhöfe oder U-Bahnstationen werden reorganisiert und in die kommerzielle Verwertung innerstädtischer Flächen integriert, um die Attraktivität der Innenstädte weiter zu steigern. Im Zuge dieser innerstädtischen »Revitalisierungsmaßnahmen« geraten auch

die an die Innenstädte angrenzenden Stadtviertel unter einen erneuten Verwertungsdruck, da sie einerseits für die Zentralen des tertiären Wirtschaftssektors, andererseits als Wohnort für eine neue, gehobene Klasse von Dienstleistungsarbeiter_innen wieder von Interesse sind. Dies führt zu Gentrifizierungen, Mietpreissteigerungen und einer Umwidmung bislang dem städtischen Wohnen vorbehaltenen Bebauungsstrukturen. Neben den anerkannten, rechtlich legitimierte Raumanneignungspraktiken wie sie durch den verstärkten Einsatz ökonomischen Kapitals, durch Investoren, Entwickler und Bauunternehmer, durch Stadtverwaltungen und Stadtplanungsämter in Gang gesetzt und mittels Stadtentwicklungs- und Bebauungsplanungen realisiert werden, lässt sich noch eine andere, »dunkle« und meist unerwünschte oder gar unterdrückte Seite urbaner Raumanneignung feststellen.

Ich meine hier jene Praktiken sozialer Gruppen, die von offizieller Seite teilweise geduldet, meist jedoch mehr oder weniger offen bekämpft werden. Hierbei handelt es sich um räumlich-soziale Praktiken, die sowohl Kapital- als auch vermeintlichen Mehrheitsinteressen zuwiderlaufen und die damit die gebaut-inszenierte Einheit eines neuen Konsumismus zu stören scheinen. Die mit einer konsumtiven Attraktivitätssteigerung der Innenstädte einhergehenden Vertreibungs-, Regulierungs- und Sicherheitspraktiken treffen deshalb vor allem so genannte randständige soziale Gruppen wie zum Beispiel Trebegänger_innen, Wohnungslose, Drogenkonsument_innen, Prostituierte und arme Menschen jeder Herkunft. Die hierbei eingesetzten, subtil bis offen verfahrenenden Methoden reichen von regelmäßigen polizeilichen Kontrollen, einer permanenten Videoüberwachung der Stadt- und Verkehrsräume sowie einem Einsatz privater Sicherheitsdienste über einen Abbau von Sitz- und Übernachtungsgelegenheiten im Freien bis hin zu einem Rückbau von Begrünungen. Hinzu kommt die Verhängung von Aufenthaltsverboten in den zumindest bislang noch öffentlichen Stadträumen. Die von solchen Verordnungen betroffenen Subjekte werden im günstigsten Fall stattdessen in ein System sozialer Hilfen und Hilfsmaßnahmen eingebunden. Diese Maßnahmen dienen der Aufrechterhaltung eines Stadtbildes, das durch sich abseits üblicher Normen bewogender und »verhaltensauffälliger« Menschen nicht gestört werden soll. So wird in manchen Städten eine nicht unerhebliche Zahl an Beratungsstellen, Notunterkünften, zentralen Essensausgaben und Projekten des so genannten zweiten Arbeitsmarktes eingerichtet. Diese Maßnahmen sind dazu da, Menschen, die keine Arbeit, keine Wohnung, Drogen- oder Alkoholprobleme haben, die sozial degradiert oder psychisch krank sind, die vagabundierend umherziehen oder die, schlicht und

einfach, arm und allein sind, einerseits zu versorgen und unterzubringen, andererseits jedoch auch aus den öffentlichen Räumen zu entfernen. Umso überraschender ist es deshalb, dass dieses System offensichtlich Lücken aufweist, da es einigen Betroffenen gelingt, durch die Maschen der jeweiligen städtischen Ordnung zu schlüpfen, sich zum Beispiel auf dem Vorplatz einer Toilettenanlage häuslich einzurichten und ihr privates wie soziales Alltagsleben öffentlich zur Schau zu stellen.

Die heutigen Gesellschaften sind urban und in den urbanen Räumen „geschieht immer irgend etwas“ (3) wie der Raumphilosoph Henri Lefèbvre bereits in den 1970er Jahren bemerkt. Es ist, so Lefèbvre, eine Illusion, eine kontrollierte urbane Situation schaffen zu wollen, denn über einen kürzeren oder längeren Zeitraum hinweg vollziehen sich Prozesse, die sich diesen Absichten widersetzen. Diese in offiziellen Planungs- und Verwaltungsdiskursen meist verdrängte Seite urbaner Raumaneignung wird jedoch nur dann lesbar, wenn unter Raum bzw. Stadtraum nicht nur gebauter, geplanter und ökonomisch verwertbarer Raum verstanden wird. Voraussetzung für eine solche erweiterte Lesart urbaner Räume ist ein Verständnis, das diese Räume in ihrer Rolle als verdichtete Austragungsorte gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen um Definitions- und Handlungsmacht anerkennt. Denn in urbanen Räumen treffen »Fremdes« auf »Anderes«, soziales Alltagsleben auf institutionelle Ordnungen, Kapitalinteressen auf subjektive und kollektive Bedürfnisse, Zugänglichkeit auf Ausschluss, Gebrauchswert auf Tauschwert. Hier formieren sich unterschiedliche Identitäten, widerständige soziale Bewegungen und Gruppierungen, hier veräußert sich das ganze Konfliktpotential gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Anerkennung von Gleichheit wie um Differenz und Vielfalt. Auf dieser Folie wird urbane Raumaneignung nicht nur als ein an ökonomischer Verwertung ausgerichtetes Kapitalinteresse und daraus folgender Planungsmaßnahmen, sondern als sozial-gesellschaftliche Praxis erkennbar. Denn wie bereits Lefèbvre festgestellt hat: „Moreover – and more importantly – groups, classes or fractions of classes cannot constitute themselves, or recognize one another, as »subjects« unless they generate (or produce) a space.“ (4) Das Vermögen bzw. die Möglichkeit, sich im Raum zu veräußern, sich Raum anzueignen, ist aus dieser Perspektive betrachtet auch an die Frage individueller und kollektiver Identitätsbildung sowie Selbstinszenierung gekoppelt. An dieser Stelle kann zum Beispiel an die Funktion von Graffiti als Identität stiftende Praxis oder an das politisch motivierte Aufbegehren von Schwulen, Lesben und Transsexuellen gegen ihre Unsichtbarkeit und Marginalisierung durch die bürgerliche Stadtgesellschaft erinnert werden.

Erst aufgrund dieser widerständigen Praktiken des Protests, der Sichtbarwerdung und Selbstinszenierung wie sie zum Beispiel mit den Christopher Street Day Paraden im Urbanen und als urbanes Phänomen eingeführt wurden, konnte sich zwischenzeitlich eine Geographie queer-urbaner Räume herausbilden, die als soziale Räume tatsächlich erkenn- und lebbar werden.

Die Voraussetzung für eine, zudem nicht nur temporäre Rauman eignung und für eine Sichtbarwerdung bislang marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen, aber auch für viele andere Stadtbewohner_innen, ist ein gewisser urbaner Gebrauchswert. Auf baulicher, infrastruktureller und sozialer Ebene entsteht dieser Gebrauchswert, wenn für alle Bevölkerungsgruppen zugängliche öffentliche Räume und Freiräume, flexible statt hierarchisch angelegte Baustrukturen, erschwingliche Wohnraumangebote, an eignungsfähige Räumlichkeiten verschiedenster Art für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen wie zum Beispiel Versammlungsräume sowie Raum für vielfältige Lebensformen vorhanden sind und damit die Herausbildung einer eigenständigen Stadtteilkultur möglich wird. Erst wenn diese Faktoren gegeben sind, können urbane Situationen im Sinne „einer Summe von Möglichkeiten“ wie es der Situationist Guy Debord einmal formuliert hat, entstehen. Je größer diese Summe ist, desto vielfältiger ist die Bandbreite spontaner, temporärer oder dauerhafter Rauman eignung durch städtische Individuen und Gruppen. Die Vielzahl an potentiellen Möglichkeiten, die ein urbanes Feld bietet, ist aus dieser Perspektive betrachtet ein wesentliches Kriterium für die Bewertung einer urbanen Situation. Damit stehen den Strategien hegemonialer Aneignungspraktiken – wie sie mit einer neoliberalistisch begründeten »Disneyfizierung« urbaner Räume, mit einer sukzessiven Umwandlung öffentlicher in privatisierte Räume sowie einer Privatisierung bislang kommunaler Aufgaben und Infrastrukturen einhergehen – widerständige Praktiken urbaner Rauman eignung gegenüber, die mit ihren spezifischen Codes das Alltagsleben in den Stadtteilen prägen. Solche widerständigen Aneignungs- und Repräsentationsformen wie sie zum Beispiel in der Mikrosituation auf dem Vorplatz einer öffentlichen Toilettenanlage zum Ausdruck kommen, gehen nicht konfliktfrei vor sich – nicht zuletzt da hier strukturell-gesellschaftliche Ungleichheiten und Benachteiligungen sichtbar werden. Der Lesart, die solche Formen der Rauman eignung als randständig marginalisiert, lässt sich eine Lesart gegenüberstellen, die auch solche Praktiken und urbanen Situationen als produktiv begreift, die mit der Bildung spezifischer, lokaler Milieus mit ihren informellen Strukturen, selbst organisierten Projekten und performativ angelegten Praktiken einhergehen. Denn schließlich sind es die städtischen Bewohner_innen in ihrer ganzen

Vielfalt, die urbane Räume, im eigentlichen Sinne des Wortes, beleben.

Fußnoten

- (1) Wie sie beispielsweise in einer 2002 produzierten Videoarbeit mit dem Titel „Stadtluft“ der niederländischen Künstlerin Wendelien van Oldenborgh thematisiert werden.
- (2) Alexander, Christopher; Ishikawa, Sara; Silverstein, Murray u.a.: Eine Muster-Sprache. Städte, Gebäude, Konstruktion. Wien 1995. (Orig. Christopher Alexander, Sara Ishikawa, Murry Silverstein, (et al.): A Pattern Language. Towns, Buildings, Construction. New York: Oxford University Press, 1977).
- (3) Lefèbvre, Henri: Die Revolution der Städte. Frankfurt am Main 1990, S. 139. (Orig. La Révolution urbaine. Editions Gallimard 1970).
- (4) Lefèbvre, Henri: The Production of Space. /Malden, Massachusetts: Blackwell Publishers Oxford, 1997, p. 416 – 417. (Orig. La production de l'espace. Paris 1974).

Originaltext „A little building in an urban park“

In: Oldenborgh, Wendelien van (ed.): Stadtluft, Revolver, Archiv für aktuelle Kunst, Frankfurt a.M. und art contemporain, Valence 2004 (engl.,dtsh.)

Krieg in den Städten und gegen die Städte



Ikarus-gleich von der Plattform der 110. Etage des World Trade Center auf die Textur der Stadtinsel Manhattan blickend, philosophiert der Historiker Michel de Certeau Ende der 1970er Jahre über die Widersprüche moderner westlicher Städte. (1) Diese Widersprüche bewegen sich gemäß Certeau zwischen "Tatsache Stadt" und "Konzept der Stadt", also zwischen Stadtleben und Stadtplanung, zwischen Unkontrollierbarkeit und Kontrolle, zwischen Alltagsgebrauch und Regulierung, zwischen Verlust und Akkumulation, zwischen Verelendung und Vergeudung, zwischen Bewohnbarkeit und Unbewohnbarkeit, zwischen subjektiver Aneignung und rationalem Funktionalismus. New York City steht hier für ein modernistisches Stadtmodell, in dem sich ein Gebrauch der Stadt, soziale Heterogenität, kosmopolitische Kulturalität, Stadt- und Bürgerrechts-gesellschaft mit den Aneignungs- und Disziplinarstrategien eines uneingeschränkten Kapitalismus zu einem Melting Pot vermischen. (2)

Auch der bekannte Stadthistoriker Lewis Mumford muss das Modell New York vor Augen gehabt haben, als er auf die Frage, was eine Stadt sei, feststellt, die Stadt sei in erster Linie ein Theater, ein Raum sozialen Dramas. (3) Welche Ausmaße allerdings ein solches Drama annehmen und die gesellschaftliche wie stadträumliche Ausgestaltung urbaner Räume bestimmen kann, zeigt uns wiederum New York in der Person des Power Broker Robert Moses. (4) Dessen gigantischen, planerisch-ökonomischen Unternehmungen während seiner Herrschaft als Leiter diverser New Yorker Planungs-, Bau- und Straßenbehörden wirken bis heute nach, bestimmen die Struktur der Stadt und des Staates New York. Und es war erneut New York City, dessen ökonomische Krise in den 1970er Jahren als mahnendes Beispiel für den Niedergang US-amerikanischer Städte, für die Entleerung urbaner Zentren, für Verfall, Ghattobildung und die Abwanderung in suburbane Vorstädte zitiert wurde.

Doch New York City selbst erholte sich schnell. Bereits Anfang der 1980er Jahre begann der unaufhörliche (Wieder-)Aufstieg der Stadt New York zum ökonomischen und kulturellen Headquarter und Global Player eines sich sukzessive modernisierenden und nach dem Fall des "Eisernen Vorhangs" endgültig befreiten Kapitalismus: Der kapitalgesteuerten Aneignung und Aufwertung der Stadt New York stand damit kaum noch etwas im Wege. (5) Am 11. September 2001 jedoch implodierte das urbane Zeichen World Trade Center als die "monumentalste Ausdrucksform des westlichen Städtebaus". (6) Zwei Passagierflugzeu-

ge waren von mit Tapetenmessern bewaffneten Terroristen zum Anflug auf die Türme gezwungen worden. Das Rätsel der Sphinx – “It’s hard to be down when you’re up” –, das sich de Certeau, “für einen Augenblick zum Seher geworden” (7) auf einem Plakat am Eingang zur Aussichtsplattform des World Trade Center gestellt hatte, hat sich ab diesem Moment in einer riesigen Staubwolke aufgelöst. Diese folgenreiche Attacke wurde endgültig zur medialen und zeitgleich transportierten Metapher für einen Krieg der bereits lange vor diesem Ereignis begonnen hatte: einem Krieg in den Städten, aber auch gegen die Städte.

Krieg in den Städten

In Europa hatte Ende des 18. Jahrhunderts die Beschleunigung der Waffentechnologie andere militärische Taktiken und Strategien notwendig gemacht. Die Bedeutung der Architectura Militaris, des Baus von städtischen Befestigungs- und Verteidigungsanlagen, die in Entwürfen eines Vauban und Dürer bereits ihren ultimativen Höhepunkt erreicht hatten, traten zusehends in den Hintergrund. Mit der Einführung von Transportmitteln wie Eisenbahn, Flug- und Kraftfahrzeugen sowie beweglichen Waffensystemen konnten die Fronten und Kriegsschauplätze, geographisch und räumlich gesehen, dann noch flexibler werden. Und doch spielte die Eroberung der Städte weiterhin eine Rolle: der Fall von Madrid brachte die entscheidende Wende im Spanischen Bürgerkrieg, die Einnahme von Paris vollendete die nationalsozialistische Besetzung Frankreichs und die verlorene Schlacht um Stalingrad stoppte die deutschen Expansionsgelüste. Die massiven Bombardements von Dresden und Hamburg, dann von Hiroshima, waren entscheidend für den Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Und auch nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich viele militärische Kämpfe in und um urbane Räume feststellen: Hue, Jerusalem, Seoul, Beirut, Santo Domingo, Saigon, Phnom Penh, Kabul, Panama City, Mogadishu, Port au Prince, Grozny, Sarajevo und Bagdad stehen für umkämpfte urbane Räume in zwischenstaatlichen Kriegen, Eroberungsfeldzügen und lokalen Bürgerkriegen. Mit der Ausrufung des War on Terror (8) erhält die Kunst der Kriegsführung in urbanen Territorien einen erneuten Aufschwung. Die Feststellung, dass bereits heute über 50% und zukünftig bis zu 85 % der Weltbevölkerung in urbanen Agglomerationen leben werden, wird zum Ausgangspunkt für die Bedeutung, die der militärischen Auseinandersetzung in urbanen Räumen und damit der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Militäroperationen in städtischen Räumen (Military Operations in Urbanized Terrain - MOUT) (9) insbesondere

von den USA beigemessen wird. Urbane Kriegsführung ist meist Bestandteil eines konventionellen Krieges, erfolgt jedoch auch zum Beispiel im Rahmen von Maßnahmen zur »Friedenssicherung« (Military Operations Other Than War – MOOTW). Insbesondere das US-amerikanische Militär profitiert hierbei von eigenen Erfahrungen wie beispielsweise im Vietnam-Krieg (Musterbeispiel der Kampf um Hue), greift jedoch gerne auf die Erfahrungen der Israelis im Kampf gegen die Palästinenser, der Russen gegen die Tschetschenen in Grozny und der Briten im Kampf gegen die IRA in Dublin oder London zurück.

Auf den ersten Blick verwundert die Zuständigkeit für diese Operationen nicht nur der US-amerikanischen Armee und Luftwaffe, sondern vor allem der US-Marines. Dies erklärt sich aus der militärischen Beobachtung, dass 60% aller größeren Städte in "politisch bedeutenden" Territorien und in Gebieten bis 25 Meilen, 87% innerhalb einer Entfernung von 300 Meilen von der Küste entfernt gelegen sind. (10)

Im Gegensatz zu herkömmlichen Kriegen zwischen zwei Armeen, die sich irgendwann auf einem Schlachtfeld gegenüberstehen, gründet sich ein in Städten geführter Krieg vor allem auf der Kontrolle sowie der Disziplinierung der städtischen Bevölkerung und auf psychologischer Kriegsführung im Umgang mit den Medien und der lokalen Bevölkerung. Voraussetzung für eine gelungene militärische Operation in urbanen Räumen ist deshalb die Beherrschung der so genannten 4C's: Kommandostruktur (Command), Kontrolle (Control), Kommunikation (Communications) und Computereinsatz (Computer). Insbesondere auf der Kommandoebene sind detaillierte Informationen über die charakteristischen Eigenschaften der zu erobernden Städte, über deren spezifische Geschichte, demographische Zusammensetzung und Stadtkulturen neben Kenntnissen über städtische Infrastrukturen (wie zum Beispiel Wasser- und Stromversorgung) unerlässlich.

Die Betrachtung städtischer Räume aus militärischer Perspektive erinnert hierbei an das triadische Raummodell eines Henri Lefèbvre, der noch zwischen Räumen des Alltagslebens, Räumen der Repräsentation und imaginierten Räumen unterscheidet. Die militärische Triade (urban triad) hingegen setzt sich aus einem Komplex an physischen Räumen (Außen- und Innenräume von Gebäuden, Oberflächen wie Straßen und Freiflächen, Luftraum, städtischer Untergrund), aus den Räumen der zivilen Bevölkerung (politische, soziale und wirtschaftliche Aktivitäten) und den Räumen der städtischen Infrastruktur (versorgungstechnische, soziale, kulturelle, politische Strukturen) zusammen. (10)

Die Grundlagen für militärische Operationen in urbanen Territorien lesen sich

wie methodische Handlungsanweisungen in der Stadtplanung: ein permanentes informieren und analysieren (*analyze*), dann gestalten und formen (*shape*), angreifen und eingreifen (*engage*), sichern und festigen (*consolidate*) sowie schließlich überleiten und übergeben (transition). (12) In einer anderen Militärstudie (13) findet man eine noch tiefer gehende Analyse urbaner Zusammenhänge, die unmittelbar auf Erkenntnisse moderner Stadtforschung zurückgreift. Hier steht der Militärplaner der Komplexität urbaner Agglomerationen allerdings ebenso hilflos gegenüber wie der Stadtplaner. Umso wichtiger erscheint es dem Autor dieser Studie deshalb, die urbane Komplexität bei der Entwicklung militärischer Strategien und Stärken zu berücksichtigen. Der Militärplaner müsse sich die Bedeutung des menschlichen Faktors in urbanen Räumen, die innerstädtischen Zusammenhänge, die Widerstandsfähigkeit von Städten und deren Verflechtungen mit der nahen Umgebung, die Verschränkung von physischen und informellen Stadtstrukturen sowie die internationale und mediale Aufmerksamkeit, die großen Städten gezollt wird, bewusst machen. Wie in der aktuellen Stadtplanung zählen in dieser modernisierten Militärplanung vor allem diejenigen Faktoren, die überhaupt noch zu beeinflussen sind. Diese neue Militärstrategie im Umgang mit urbanen Räumen ähnelt damit einer stadtplanerischen Vorgehensweise, die sich vom Anspruch auf eine Gesamtplanung zugunsten einer zielorientierten Strategie der kleinen Schritte, dem Inkrementalismus, verabschiedet hat.

Urban Warrior

Die aktuellen militärischen Operationen in urbanen Territorien erfordern zudem eine neue Art der Männlichkeit (auch für Soldatinnen) und des Kämpfertums. (14) Denn der Krieger im Großstadtdschungel, der „Urban Warrior“, muss nicht nur gehorchen und Befehle ausführen, sondern er muss vor allem intelligent, flexibel und relativ selbständig sein. Er muss begabt genug sein, um moderne Waffen-, Überwachungs- und Kommunikationssysteme bedienen und einsetzen zu können. Er muss sich der Komplexität seiner jeweiligen Aufgabe bewusst sein und er muss insoweit selbständig sein, dass er sich in einem unübersichtlichen und unbekannten städtischen Terrain zu bewegen weiß. Er muss flexibel genug sein, um sich auf unterschiedliche Gefahrensituationen im urbanen »Dschungel« ein zu stellen. Schließlich muss er psychologisch geschult und sensibel sein, um mit der lokalen Bevölkerung umzugehen und »freundliche« von »feindlichen« Stadtbewohner_innen unterscheiden zu können.

Dennoch ist die Stadt aus der Perspektive des Urban Warrior kein Ort möglicher Begegnungen zwischen »Fremden« und »Anderen«, kein Ort der Kommunikation und des Austauschs, kein Raum des öffentlichen und privaten Lebens. Die Stadt ist für den Urban Warrior ein gefährlicher »Canyon«, in dem er sich taktisch und strategisch geschickt fortbewegen können muss. Er muss die Feinde, nämlich gegnerische Kämpfer, kriminelle Banden, Vigilanten oder paramilitärische Einheiten aufspüren und diese möglichst erfolgreich bekämpfen. Dieser Kampf in einem unübersichtlichen Terrain, wo sich der Feind in jedem Gebäude, auf jedem Dach, hinter jeder Straßenecke oder im städtischen Untergrund verstecken kann, ist jedoch mit einem erheblichen Stress verbunden, der in kürzester Zeit zu Burn-Out-Symptomen bis hin zum Selbstmord führen kann. So hat das US-Militär im Zusammenhang mit der Belagerung von Bagdad auf diese enormen Belastungen der Soldaten hingewiesen. Dieses Phänomen selbst ist allerdings schon lange bekannt und deshalb bereits mit einkalkuliert. Eine andere Variante der »Stressverarbeitung« besteht in, nicht selten tödlichen, Übergriffen auf die lokale Bevölkerung bis hin zu systematischen Folterungen, wie sie beispielsweise im Zusammenhang mit den Vorgängen im Irak an das Licht der Öffentlichkeit gedrungen sind.

Guerillero

Das Gegenüber zur Figur des militärischen Urban Warrior ist der Guerillakämpfer. Seit den Tagen eines Mao Tse-Tung oder Che Guevara, beide anti-urban eingestellt, haben sich jedoch auch die Konfigurationen des Guerillakrieges verändert. Der zum Terroristen degenerierte Guerillero richtet seine Taktik auf städtische Ziele aus und bedient sich modernster Techniken der Kriegsführung. Beide Positionen nähern sich in ihren Strategien in vielfältiger Weise an, denn auch der Urban Warrior greift zu Taktiken des Guerillakrieges. Aus der Perspektive der zivilen Opfer ist ein terroristischer Anschlag jedoch ebenso tödlich wie die militärischen Eroberungsfeldzüge konventioneller Elitesoldaten, die in Städte einfallen und ihre partiellen Zerstörungsaktionen durchführen.

Gewalt erzeugt immer Gegengewalt und Krieg entwickelt so seine eigene Dynamik: »Der Krieg wird zum Motor seiner selbst, der Unfrieden wird chronisch.« (15) Dies gilt besonders für Bürgerkriege oder Kriege wie sie im Irak oder in Afghanistan geführt werden. In den urbanen Arenen verstricken sich »gesetzliche« und »ungesetzliche« Kombattanten in Kämpfen, die sich auch nach dem vermeintlichen Ende eines Krieges fortsetzen können. In nicht wenigen Fällen

wie zum Beispiel in Tschetschenien ist die Figur des Terroristen zudem nützlich und willkommen, denn sie dient dem eigenen Machterhalt, indem sie die Legitimierung militärischer Einsätze weiter befördert.

Krieg gegen die Städte

“Der Krieg ist der Motor der Institutionen und der Ordnung, und selbst der Friede erzeugt in seinen kleinsten Räderwerken stillschweigend den Krieg. Anders gesagt: Der Krieg ist nichts anderes als die Chiffre des Friedens” bemerkt der Philosoph Michel Foucault bereits im Jahr 1976. (16) Der Unterschied zu heute besteht darin, dass seit dem 11. September der Krieg unter dem Vorzeichen des „War on Terrorism“ nicht nur stillschweigend, sondern mit großem Getöse ausgerufen und geführt wird. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die zivile Militarisierung urbaner Räume, nicht nur in den USA, sondern in nahezu allen Metropolen und Großstädten hoch industrialisierter Gesellschaften in vollem Gange ist. Und dies, ohne dass solche Maßnahmen besonders erfolgreich wären wie beispielsweise die Anschläge in Moskau oder Madrid zeigten. Was sind die Installation von Überwachungskameras, Metalldetektoren, Zugangskontrollen, Demonstrationsverboten, der Einsatz von staatlichen und privaten Sicherheitskräften, die permanente Überwachung des Informations-, Luft- und Straßenverkehrs oder gar das visuelle Scannen von Menschenansammlungen (Closed Circuit Television) sowie die Einführung von Verfahren zur Gesichtserkennung, biometrischer Personenerfassung und die Einführung von Pässen mit eingebauten Chips (Smart Cards) (17) anderes als Mittel in einem Krieg, der sich nicht nur nach außen, sondern immer auch nach innen wendet. “In der Gesellschaft der nationalen Sicherheit – dieser Begriff ist schon aufschlussreich – wenden sich die Streitkräfte gegen ihre eigene Bevölkerung” bemerkt der Philosoph Paul Virilio schon zu Zeiten des Kalten Krieges und der atomaren Abschreckung. (18)

Bereits vor dem 11. September hatte beispielsweise das Verteidigungsministerium (U.S. Department of Defense) mit Zustimmung des Senats, Maßnahmen zu einer besseren Kooperation zwischen Militär und zivilen Einrichtungen wie Polizei, Feuerwehr und Notfalleinrichtungen beschlossen. Militärspezialisten wurden zum Training ziviler Behörden eingesetzt, spezielle „Weapons of Mass Destruction Civil Support Teams“ mit dem Argument eingerichtet, dass nur das Militär aufgrund erprobter Auslandskriege über die notwendige Erfahrung und Technologie im Kampf gegen den Terrorismus im eigenen Land verfügt. (19) Dass sich diese Erfahrungen zudem nicht nur im Kampf gegen das Internet (in

dessen Tiefen sich nach Meinung des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums die nötigen technischen Informationen für Anschläge aller Art finden lassen), sondern vor allem gegen eine potentiell oder tatsächlich widerständische Bevölkerung einsetzen lassen, sind weitere Argumente für diese neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Militär, Stadtverwaltungen und städtischen Einrichtungen. (20)

Mit der Ausrufung des „Krieg gegen den Terror“ wurde, neben einer expansiven Neuordnung der US-amerikanischen Außenpolitik, in den USA darüber hinaus eine Vielzahl an Bürgerrechten außer Kraft gesetzt. Grundlage ist der 342 Seiten lange Patriot Act (USAPA), der am 24. Oktober 2001 in Kraft trat und eine ganze Reihe von Praktiken legitimiert, mit deren Hilfe US-amerikanische und ausländische Bürger_innen ausspioniert, mundtot gemacht, festgesetzt oder gar, falls sie keine US-Amerikaner sind, vor nicht-öffentliche Gerichte und in Lager gebracht werden können. Der Patriot Act legitimiert zudem die Überwachung der gesamten Daten- und Telefonkommunikation, der Lesegewohnheiten einzelner Bürger_innen sowie den gesamten Finanztransfer. (21) Eine die staatlichen Zugriffe erweiternde Neuauflage des Patriot Act ist bereits geplant. Ab dem 11. September wird insbesondere New York City zur belagerten Stadt gemacht und nahezu ständig unter Code Orange Alarm gestellt. Im März 2003 wurde ein Operation Atlas in Kraft gesetzt, der vom damaligen Sekretär der Heimatschutzbehörde, Tom Ridge, als ein vorbildliches und effektives Modell für alle anderen US-amerikanischen Städte gelobt wird. Zentrale Elemente dieses Plans sind die Aufstellung und der stadtweite Einsatz diverser Teams zum Beispiel von Bomben-, Chemie- und Biowaffenexperten sowie schwer bewaffnete Hercules-Kampfgruppen. Parkende Fahrzeuge vor gefährdeten Gebäuden werden entfernt, Benzindepots stehen unter ständiger Überwachung, der Finanzdistrikt ist unter 24-stündige Bewachung gestellt, entlang von Straßen, an allen Tunneln und Brücken sind Checkpoints eingerichtet. Darüber hinaus werden Undercover-Teams und die Nationalgarde zur Überwachung der Metro eingesetzt. Zudem wurden mobile Festnahmezentren (Mobile Arrest Processing Centers - MAPC) eingerichtet, so dass eventuelle Verdächtige, bevorzugt „arabisch“ aussehende Bürger_innen, sofort »versorgt« werden können. Dass der Patriot Act und alle Maßnahmen zur „nationalen Sicherheit“ und Sicherung städtischer Räume nicht nur dem Schutz gegen Terrorismus dienen, zeigen die zahlreichen Erfahrungen bei Anti-Irakkrieg Demonstrationen, Protestaktionen und Bürgerrechtsprotesten in New York und in vielen anderen Städten auch außerhalb der USA. Massiver Polizeieinsatz, Massenkontrollen und wahllose

Verhaftungen sind die staatliche Antwort auf eine Inanspruchnahme demokratischer Freiheiten. (22) Das Recht auf die Aneignung von Stadt als Raum der Artikulation und des selbst bestimmten "Umherschweifens" (Guy Debord), als Raum der Herstellung von Öffentlichkeit und des Protests wird damit ein weiteres Mal massiv beschnitten.

Der Anschlag vom 11. September und die Angst vor terroristischen Anschlägen, die von der US-Regierung und den Medien weiter befördert wird, beeinflusst auch die Diskurse um Stadt und Stadtentwicklung. Insbesondere hoch verdichtete Stadtfelder, wie zum Beispiel der Finanzdistrikt in New York City, werden nun auch von der Wirtschaft als extrem gefährdet eingestuft. Immer mehr große Firmen ziehen hieraus die Konsequenzen und ziehen diejenigen Firmengebiete, die nicht auf zentrale, innerstädtische Standorte angewiesen sind, in Vorstädte und angrenzende Regionen ab. Die in den Zentren verbleibenden Firmen oder Headquarters wiederum verbarrikadieren sich in hoch gesicherten und befestigten Gebäuden, die mit einer internen Infrastruktur ausgestattet sind, die ein Verlassen dieser Gebäude fast nicht mehr nötig macht. Der Stadtforscher Peter Marcuse hat eine solche Stadtentwicklung unter den Stichworten der konzentrierten Dezentralisation, der Zitadellen- und Festungsbildung sowie der planerischen Deregulierung (Deplanning) zusammengefasst. (23)

Die verdichtete, urbane, ethnisch gemischte und weltoffene Stadt wird erneut zu einem gefährlichen Ort und zu einem Angstraum gemacht. Die konservative Lesart urbaner Raumproduktion, die in der Dekonzentration, im New Urbanism und in von Klassen- und Rassengegensätzen bereinigten Stadträumen die Zukunft der Städte sieht, erhält neuen Aufwind. (23) Diese Stadtentwicklungsprozesse sind allerdings keine neue Erscheinung, auch nicht in den USA. Die Tendenz, in die Vorstädte, in den suburbanen Sprawl zu entfliehen, zeigt sich seit längerem am Boom der so genannten Gated Communities, der befestigten Siedlungen, die aller Orten entstehen. Die Polarisierung zwischen armen, innerstädtischen Stadtvierteln oder innerhalb des so genannten inneren Rings gelegenen Vororten und den abgeschotteten, neuen Stadtteilen sowie nachträglich abgesicherten Vorortquartieren wird immer weiter vorangetrieben. (25) Auf der anderen Seite versuchen viele Stadtverwaltungen erfolgreich, die wohlhabenden, meist weißen Schichten in gesicherte Innenstadtbereiche zurückzuholen. Kommerziell aufgewertet und mittels ordnungspolitischer Strategien werden diese Innenstädte von der bestehenden Armutsbevölkerung bereinigt. Hier war und ist New York auch für europäische Stadtverwaltungen ein Vorbild. Diese Maßnahmen vollziehen sich auf dem Hintergrund einer, seit Anfang der

1990er Jahre erfolgten Umkehr der US-amerikanischen Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik. Das 1992 vom U.S. Department of Housing and Urban Development lancierte Programm „HOPE IV – Homeownership and Opportunity for People Everywhere“ bildet die Basis für eine Verabschiedung des sozialen Wohnungsbaus und die Grundlage für den Abriss bestehender Sozialwohnungskomplexe wie sie in den 1960er und 1970er Jahren errichtet worden waren. (26) Erfolgreich ergänzt wird diese Politik durch ein Gesetz, den „Quality Housing and Work Responsibility Act of 1998“ (QHWRA), das eine Dekonzentration der Armutsbevölkerung durch ein Gebot der Mischung von einkommensstarken und einkommensschwachen Bewohner_innen im Bestand und bei Neuplanungen einfordert. (27) Die Folgen dieser Politik sind nicht nur der beschleunigte Abriss von Sozialwohnungen, sondern ein massiver Rückgang erschwinglichen Wohnraums und die Vertreibung armer Bevölkerungsschichten aus den innerstädtischen Stadt- und Wohnvierteln. Die Gewährung von Mietzuschüssen und der Zugang zu öffentlich geförderten Wohnungen wird zudem an die, am Modell der erfolgreichen weißen Mittelschicht orientierten Verpflichtung gekoppelt, sich an Gemeinde-, Sozial- und Arbeitsprogrammen zu beteiligen. Der Abbau des öffentlichen Wohnungsbaus und anderer Wohlfahrtsprogramme haben zu einem rasanten Anstieg der Wohnungslosigkeit, der Armut sowie des Niedriglohnssektors geführt. Es zeigt sich mittlerweile, dass die Armut in den Vororten noch weiter angestiegen ist, während die Armutsrate in den Innenstädten in konstanter Höhe bestehen bleibt. (28) Ethnische Segregationen und Ungleichheiten in den US-amerikanischen Städten werden, nicht zuletzt aufgrund der ökonomischen Folgen der US-amerikanischen Kriegspolitik und im Zusammenhang mit einem beschleunigten Abbau staatlicher Förderungen, weiter befördert, anstatt abgebaut. Die Vorstellung vom urbanen Melting Pot erweist sich erneut als bloßer Mythos.

Die neuen Stadtbürger_innen

Am 1. Oktober 2003 unterzeichnete Präsident Bush den „Homeland Security Appropriations Act of 2004“. Damit stehen der Heimatschutzbehörde (Department of Homeland Security) in Washington für ihre Aufgaben und Programme zur Sicherung der Kommunen und Städte 28,9 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Angesichts der Kosten des Irak-Krieges, die auf 400 Millionen Dollar pro Tag geschätzt werden, ist dies allerdings eine vergleichsweise geringe Summe. Während auf der einen Seite, mithilfe des Patriot Act und weiterer Gesetze, er-

weiterte Instrumentarien der Unterscheidung zwischen freundlichen und feindlichen Staatsbürger_innen (enemy combattant) installiert werden, kommt auf der anderen Seite, so jedenfalls der Wille der Bush-Regierung, den Stadtbürger_innen eine neue Bedeutung bei der Sicherung der Nation zu. In einem Brief an die "Dear Fellow Americans" ruft Präsident Bush alle US-Bürger_innen dazu auf, sich die Selbstlosigkeit vieler Bürger_innen, die sich in lokalen Feuerwehren, beim Roten Kreuz oder in Neighborhood-is-Watching-You-Gruppen engagieren, zum Vorbild zu nehmen. Um dieses bürgerschaftliche Engagement zum Schutz der Städte und Gemeinden zu fördern hat die Bush-Administration die Organisation Citizen Corps ins Leben gerufen (die auch unter Obama weiter besteht). Mithilfe dieser Organisation soll die Zusammenarbeit von aktiven Bürger_innen mit kommunalen und privaten Einrichtungen wie beispielsweise Schulen, Krankenhäusern oder Kirchen, von den lokalen Behörden koordiniert werden. Denn nur die Bürger_innen gemeinsam, so Präsident Bush, können die Gemeinden beschützen und zu Orten machen, an denen sich Verantwortung im Dienst am Nächsten widerspiegelt. Für diese guten Taten soll der US-amerikanische Bürger auf Wunsch des Präsidenten durchschnittlich zwei Jahre seines Lebens, das heißt 4000 Stunden seiner Lebenszeit, aufwenden. Der neue, bürgerschaftliche Gemeinschaftsgeist soll sich nicht nur dem Kampf gegen den Terrorismus widmen, sondern sich gleichermaßen gegen städtische Kriminalität und andere, nicht näher definierte Katastrophen richten. Ob Präsident Bush damit auch die katastrophalen Folgen einer verfehlten Stadt- und Wirtschaftspolitik meint, bleibt offen. Denn das wirtschaftliche Wachstum in den 1990er Jahren wurde mit einem Anstieg von Armut erkaufte. Im Jahr 2002 lebten knapp 35 Millionen bzw. etwas über 12 Prozent der US-Bürger in Armut. (29) Und es bleibt fraglich, ob sich zumindest dieser Teil der Bevölkerung nahtlos in Strategien, wie beispielsweise in ein „Terrorism Information and Prevention System“ (TIPS), einspannen lässt, das die Rekrutierung von mindestens vier Prozent aller US-Bürger als Spione und geheime Informanten in den Kommunen und Städten vorsieht. (30)

Ab dem Jahr 1999 wurde der Verteidigungshaushalt in den USA wieder aufgestockt, so dass beispielsweise im Jahr 2002 bereits dreiundvierzig Prozent der weltweiten Militärausgaben allein von den USA getätigt wurden. Der "militärisch-industrielle Komplex" (31) in den USA, aber auch in Europa, erfährt damit einen erneuten Aufschwung. Der Rüstungsetat in den USA für das Jahr 2004 beträgt über 401 Milliarden Dollar. Davon sind über 74 Milliarden Dollar für die Beschaffung neuer Waffen und Ausrüstungen, für deren Unterhalt und Wartung

über 114 Milliarden sowie für Forschung und Entwicklung über 63 Milliarden Dollar vorgesehen. (32) Vor allem durch die von Verteidigungsminister Rumsfeld eingeleitete Digitalisierung des gesamten US-Militärs profitieren neben den führenden Rüstungsproduzenten (u.a. Lockheed-Martin, Boeing, Raytheon Company, General Dynamics, Northrop-Grumman, United Technologies) noch eine ganze Reihe anderer Firmen wie beispielsweise Hewlett Packard, Time Warner oder Intel von den Rüstungsmilliarden. Neben den traditionellen Industriezentren in den großen Städten des Nordens (Philadelphia, Chicago, Pittsburgh, Cleveland, Detroit), den Militärstützpunkten im Süden (wie Norfolk, Virginia, San Diego, Fort Lauderdale) konzentriert sich der industriell-militärische Komplex vor allem in den Wirtschaftszentren San Francisco bzw. Silicon Valley (Kommunikation, Elektronik- und Hightech-Industrien, Forschung, Entwicklung), in den Metropolen Houston und Dallas-Fort Worth (Energie- und Rüstungsindustrien), in Los Angeles (Luftfahrtindustrien, Biotechnologie, Medien), in der Agglomeration New York City und Boston (Finanzzentrum, Forschung, Hightech-Industrien) sowie in Washington (Planung, Verwaltung, Lobbyismus). Darüber hinaus sind Standorte der Rüstungsindustrien über das ganze Land verstreut. Angesichts der wirtschaftlichen Einbrüche in den USA und den Erwerbsarbeitsplatzverlusten auch in den wirtschaftlich erfolgreichen Metropolen sind deshalb staatliche Rüstungsaufträge im Zuge des „War on Terror“ hoch willkommen. Allerdings treffen die hohen staatlichen Rüstungsausgaben sowie die Ausgaben für die nationale Sicherheit im Rahmen der „Homeland Security“ wie die Sicherung von Flughäfen, Hafenanlagen, öffentlichen Transportmitteln, Infrastruktureinrichtungen gerade die Finanzhaushalte der großen Metropolen und US-amerikanischen Städte besonders hart. Wie in solchen Fällen üblich, wird in einer solchen Situation insbesondere an öffentlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie an kommunalen Dienstleistungen und Infrastrukturmaßnahmen eingespart.

Urbane Perspektiven

In der weiteren Zukunft werden urbane Agglomerationen, Metropolen und größere Städte in militärischen und gewalttätigen Auseinandersetzungen an strategischer Bedeutung gewinnen. Über ihre Rolle als Austragungsorte unmittelbar kriegerischer Kämpfe oder als Ziele terroristischer Anschläge hinaus gehend, wird die Situation in urbanen Agglomerationen zum Gradmesser der jeweiligen nationalen Ausgestaltung und gesellschaftspolitischen Verfasstheit, wobei

die herrschenden gesellschaftlichen Zustände wiederum von den militärisch-industriellen Verflechtungen wesentlich mitbestimmt werden. Auch die sozialen und ökonomischen Kämpfe innerhalb von urbanen Räumen werden weiter zunehmen. Urbane Räume werden zu Schauplätzen der Fortsetzung des Krieges mit zivilen Mitteln, der Durchsetzung nationaler und internationaler Sicherheits- und Machtinteressen sowie der damit verbundenen wirtschaftlichen, technologischen und informationspolitischen Strategien. Global gesehen verläuft dieser Bedeutungsgewinn nicht nur entlang ihrer Stellung innerhalb des jeweiligen Nationalstaats oder innerhalb der neuen ökonomischen Grenzen, die durch die »Globalisierung« geschaffen wurden. Die weitere Entwicklung urbaner Räume muss möglicherweise auch auf dem Hintergrund eines „uneingeschränkten Krieges“ (Unrestricted Warfare) (33) gelesen werden. Mit diesem Begriff können die sich weiter ausbreitenden Verschränkungen des militärisch-industriellen Komplexes mit all den Aspekten zivilen Lebens, wie sie insbesondere in den Städten zum Tragen kommen, gefasst werden. Darüber hinaus soll dieser Begriff verdeutlichen, dass die gegenwärtigen und zukünftigen Kriegsmaschinerien, wie sie vor allem von den USA in Gang gesetzt und in Kooperation mit weiteren führenden Nationen betrieben werden, vor keinem Bereich und vor keinen Regeln Halt machen, ähnlich wie es bereits in China stattfindet, wobei sich jedoch die Regierung der USA nicht völlig der demokratischen Kontrolle entziehen kann. In den USA wird auch ein neuer US-Präsident Obama, allein aus wirtschaftlichen Gründen, diese komplexe Maschinerie nicht außer Kraft setzen und setzen können.

Das Neue am uneingeschränkten Krieg besteht jedoch nicht darin auf traditionelle Kriegstaktiken und militärische Ordnungen zu verzichten. Was einen solchen Krieg von bisherigen Kriegen unterscheidet, ist, dass tradierte Militärstrategien und neue Technologien miteinander verschränkt und auf möglichst vielfältige Weise sowie in alle gesellschaftlichen Bereiche hineingreifend, miteinander kombiniert werden. Ein unter diesen Vorzeichen geführter Krieg beschränkt sich nicht auf unmittelbar militärische Auseinandersetzungen, sondern bedient sich gleichermaßen Strategien, die auf wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und mediale Faktoren abzielen, um die eigenen, nationalen Interessen im Verbund mit wechselnden Partnerschaften, innerhalb und außerhalb des eigenen Territoriums durchzusetzen. Diese neue Form der Kriegsführung zieht alle Register: vom Einsatz wirtschaftlicher Überlegenheit, von Handels- und Finanzkriegen über die Überwachung der eigenen Bevölkerung, von der gezielten Manipulation der Öffentlichkeit und der Medien bis hin zur Übertretung international

anerkannter Normen wie dem Völkerrecht und der Schaffung außerhalb dieses Rechts gelegener Räume, wie dies bereits bei Guantanamo Bay der Fall ist. Der Terrorismus ist in diesem Spiel der Aneignung von natürlichen und humanen Ressourcen, geographischen Territorien und ökonomischen Kapitalien, trotz aller gegenteilig lautender Postulate, ein willkommener Mitspieler. Diese Art des Krieges durchzieht alle gesellschaftsrelevanten Bereiche, die sich insbesondere in den Metropolen verschränken. Metropolen stehen damit zunehmend im Mittelpunkt eines solchen uneingeschränkten Krieges. Es kann in diesem Zusammenhang jedoch nicht darum gehen, die Unterschiede der Betroffenheit einzelner Individuen, gesellschaftlicher Gruppen oder ganzer Bevölkerungen von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Restriktionen, von Ausbeutungsverhältnissen, die mit einer solchen Kriegsführung weiter forciert werden, zu ignorieren und die Frage nach Leben oder Tod, wie sie sich in unmittelbar umkämpften Zonen stellt, zu verwischen. Dennoch zeigt sich eine gewisse Gemeinsamkeit, wie sie zuletzt im Zusammenhang mit den weltweiten Protesten gegen den Irak-Krieg deutlich wurde: der politische Einfluss breiter Bevölkerungsschichten wird immer unbedeutender, die Macht der Geheimdienste hingegen immer größer. (34) Dies ist die Dynamik eines uneingeschränkten Krieges: der beschleunigte Verlust bereits erreichter Freiheiten, demokratischer Rechte und Formen der Selbstbestimmung. „Another war is possible“ (35) – der Kampf gegen diesen Verlust wird und muss zukünftig in den Metropolen geführt werden.

Fußnoten

- (1) de Certeau, Michel: Umgang mit Raum. Die Stadt als Metapher. In: Conrads, Ulrich u.a. (Hg.): Panik Stadt, Bauwelt. Berlin/Braunschweig 1979, S. 4-19.
- (2) Der Begriff des Melting Pot geht auf den britisch-jüdischen Einwanderer Israel Zangwill zurück, der ein Theaterstück mit dem Titel „The Melting Pot“ verfasste, das 1908 in Washington uraufgeführt wurde.
- (3) Mumford, Louis (1937): What Is a City? In: LeGates, Richard T.; Stout, Frederic (ed.): The City Reader. London/New York 1996, S. 183-188.
- (4) Caro, Robert A.: The Power Broker. Robert Moses and the Fall of New York. New York 1975.
- (5) siehe auch: Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (Hg.): New York. Strukturen einer Metropole. Frankfurt am Main 1993.
- (6) de Certeau, a.a.O., S. 5.
- (7) ebd., S. 4.

(8) In der Ära des US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush häufig gebrauchter Begriff, der die Überschrift für eine Vielzahl an Maßnahmen bildete, die im Kampf gegen den Terrorismus insbesondere seitens islamistischer Fundamentalisten wie Al Quaida, eingeführt wurden.

(9) "Military operations on urbanized terrain (MOUT) is defined as all military actions planned and conducted on a topographical complex and its adjacent terrain where manmade construction is the dominant feature. It includes combat in cities, which is that portion of MOUT involving house-to-house and street-by-street fighting in towns and cities (Marine Corps Reference Publication (MCRP) 5-2A, Operational Terms and Graphics). MOUT effects the tactical options available to a commander. A built-up area is a concentration of structures, facilities, and populations, such as villages, cities, and towns, that form the economic and cultural focus for the surrounding area. (MCRP 5-2A)." Zit. aus: U.S. Marine Corps: Military Operations on Urbanized Terrain (MOUT), PCN 143 000035 00.

(10) ebd., S. 1-1.

(11) vgl. Joint Publication 3-06: Doctrine for Joint Urban Operations, 16. September 2002: "All urban areas, though, share three main characteristics, an urban triad, that are generally so intertwined as to be virtually inseparable. A complex manmade physical terrain is superimposed on existing natural terrain and consists of structures and facilities of various types. A population of significant size and density inhabits, works in, and uses the manmade and natural terrain. An infrastructure upon which the area depends may also occupy manmade terrain and provides human services and cultural and political structure for the urban area and often beyond, perhaps for the entire nation."

(12) Wenngleich die aktuelle Vorgehensweise der US-amerikanischen Besatzungsarmee im Irak gelegentlich etwas hilflos erscheint, wird doch deutlich, dass bei diesem Feldzug, ob erfolgreich oder nicht, eine gewollte und geplante militärische Strategie, die diesem Muster folgt, zugrunde liegt.

(13) vgl.: Spiller, Roger J.: Sharp Corners: Urban Operations at Century's End. U.S. Army Command and General Staff College Press, Fort Leavenworth, Kansas 1999.

(14) Es kann fast kein Zufall sein, dass ausgerechnet Arnold Schwarzenegger, der in den Terminator-Filmen den Urban Warrior schlechthin verkörpert hat, nun zum Gouverneur von Kalifornien, dem mit am höchsten verdichteten Staat der USA, gewählt wurde.

(15) Genschel, Philipp; Schlichte, Klaus: Wenn Kriege chronisch werden. In: *Leviathan* 25 (4), 1997, S. 501-517.

(16) Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de

France (1975–1976). Frankfurt am Main, 2009, S. 61.

(17) vgl. Lyon, David: Technology vs ‚Terrorism‘: Circuits of City Surveillance since September 11th. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 27.3, Oxford/Malden 2003, S. 666-678.

(18) Virilio, Paul; Lotringer, Sylvère: Der reine Krieg. Berlin 1984, S. 97.

(19) “Whether it be because of our experience in the Gulf or the threat on the Korean Peninsula, DoD has long-standing experience with a variety of equipment and technology” stellt die damalige Assistentin des Defense Secretary für zivile Unterstützung, Pam Berkowsky, fest. In: Kozaryn, Linda D.: DoD Helps Hometown USA Confront Terrorism (corrected copy). American Forces Press Service, DefenseLink News, Jan. 13, 2000.

(20) ebd.

(21) vgl. Cole, David: What PATRIOT II Proposes to Do. February 10, 2003. Quelle: www.cdt.org/security/usapatriot/030210cole.pdf (08.04.2012).

(22) Die breite Gegenbewegung wird jenseits des Ozeans kaum wahrgenommen, da auch die europäischen Regierungen im Fahrwasser des Anti-Terrorkampfes, wenngleich in bislang etwas abgemilderter Form, schwimmen und sich so eine bessere Durchsetzung von Überwachungs-, Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen zur Sicherung der “Festung Europa” versprechen.

(23) Marcuse, Peter: Urban Form and Globalization after September 11th: The View from New York. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, September 2002, Vol. 26.3, S. 596-606.

(24) vgl. Swanstrom, Todd: Are Fear and Urbanism at War? In: *Urban Affairs Review*, September 2002, Vol. 38, No.1, S. 135-140.

(25) vgl. Wehrheim, Jan: Gated Communities. Quelle: <http://www.citycrimecontrol.net/texte/gated.html> (08.04.2012).

(26) vgl. Venkatesh, Sudhier Alladi: Innen Schoko – außen Vanille. In: *Le Monde Diplomatique*, November 2003, S. 23.

(27) siehe: Crump, Jeff R.: The End of Public Housing as We know it: Public Housing Policy, Labor Regulation and the US City. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, März 2003, Vol. 27.1, S. 179-187.

(28) US Census Bureau: Poverty in the United States: 2002. U.S. Government Printing Office, Washington DC, 2003. Darin heißt es: “The number in poverty and the poverty rate for people living in the suburbs rose from 12,1 million and 8,2 percent in 2001 to 13,3 million and 8,9 percent in 2002; neither the number in poverty nor the poverty rate changed in central cities or outside metropolitan areas.” (S. 2).

(29) vgl. US Census Bureau: Poverty in the United States: 2002, a. a.O.

- (30) Goldstein, Ritt: US planning to recruit one in 24 Americans as citizen spies. July 2002, Quelle: <http://www.smh.com.au/articles/2002/07/14/1026185141232.html> (08.04.2012).
- (31) Hennes, Michael: Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA. In: *Politik und Zeitgeschichte*, B46/2003, S. 41-46.
Dies ist ein Begriff, der ursprünglich von dem US-amerikanischen Soziologen Charles Wright Mills geprägt wurde und der von US-Präsident Eisenhower in seiner 1961 gehaltenen Abschiedsrede gebraucht worden war.
- (32) vgl. TAZ, Nr. 7208 vom 14.11.2003, S. 2.
- (33) Liang, Qiao; Xiangsui, Wang: *Unrestricted Warfare*. Liberation Army Arts and Literature Press, Beijing 1999.
- (34) So verweist die TAZ auf einen Bericht der Washington Post, nachdem in der Terrorismusbekämpfung, im Heimatschutz und bei den Geheimdiensten „mehr als 1200 Regierungsorganisationen und mindestens 1900 private Unternehmen aktiv“ seien. Vgl. TAZ, 20.07.2010, S. 10.
- (35) siehe: <http://no-racism.net/noborderlab> (08.04.2012).

Originaltext „War on cities / urban krigføring“

In: ARR, Idéhistorisk Tidsskrift, Nr. 2/3, Norsk Kulturråd, Institutsjonen Fritt Ord, Institutt for Kulturstudier, Oslo 2004.



Konzern Stadt



Wird Stadt nicht nur als gebauter, sondern vor allem als gesellschaftlicher Raum begriffen, kann Stadt als ein Raum der Widersprüche, Konflikte und sozialen Kämpfe, als ein Raum gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse um Definitions- und Handlungsmacht gelesen werden. Wer spricht über Stadt, von welcher Position aus wird gesprochen? Wer definiert die Entwicklung von Stadt? Wer kann sich Raum aneignen und wer kann welchen Raum produzieren? Diese Fragen stellen sich immer wieder auf ein Neues.

Stadt ist nicht nur ein umkämpfter, sondern gleichermaßen ein produktiver Raum. Die Produktivität von Stadt wird, um dem Soziologen Georg Simmel zu folgen, von ihrer Größe, ihrer Dichte, dem Grad ihrer Arbeitsteilung, ihrer kulturellen und sozialen Heterogenität sowie ihrem Anteil an Fremdheit getragen. Die Produktivität der Stadt wird jedoch auch davon bestimmt, inwieweit hier Differenz produktiv werden kann. Unter produktiver Differenz verstehe ich hier nicht Spaltung, sondern die Ermöglichung selbstbestimmter Vielfalt. Eine solche Vielfalt – sei sie politisch, ökonomisch, sozial oder kulturell motiviert – muss sich, um produktiv werden zu können, sowohl physischen als auch urban-gesellschaftlichen Raum aneignen können. Eine solche Lesart der Produktivität von Stadt steht damit im Widerspruch zu einer Politik des Raumes die sich, anstelle von Aneignungsfähigkeit und räumlichem Gebrauchswert, die Ökonomisierung und profitable Verwertung städtischer Räume zum Ziel genommen hat.

Die neoliberalistische Utopie

Eine solche Politik der Ökonomisierung von Raum bzw. Stadt ist nichts eigentlich Neues. Sie steht erstens im Zusammenhang mit der Eigenschaft von physischem Raum in Form von Grund und Boden als einer begrenzten und vor allem lageabhängigen Ressource. Grund und Boden sind nicht in beliebiger Menge vorhanden, der Zugang zu dieser Ressource hängt zudem von den herrschenden Eigentumsverhältnissen ab und der Frage, in welcher geographischen und territorialen Lage sich dieser Grund und Boden befindet. Hinzu kommt die Erschließung und infrastrukturelle Anbindung der jeweiligen Grundstücksfläche. Investitionen in Erschließungssysteme, in den Ausbau von Transportwegen und verkehrliche Infrastrukturen sind nicht nur für die einzelnen Flächen von Bedeutung, sondern sind eine notwendige und unabdingbare Voraussetzung für

Produktion, Austausch und Konsumtion. Die Minimierung der Transportkosten bzw. die Beschleunigung des Transports sind neben den Produktionskosten ein wesentlicher Faktor für die Erzielung von Mehrwert und Profit. Damit kommt es, wie der Geograph David Harvey bemerkt, zu einer „Vernichtung des Raumes“ durch die Zeit, als einem Grundgesetz der Kapitalakkumulation. (1) Diese Raum-Zeit Kompression führt, neben der Lagequalität, zu ungleichen geographischen Entwicklungen wie wir sie auf der Mikro- und Makroebene beobachten können. Aus ökonomischer Sicht betrachtet, sind es jedoch nicht nur die Akkumulationsregime mit ihren Märkten (Finanzmarkt, Erwerbsarbeitsmarkt, Grund- und Bodenmarkt), die das Kondensat Stadt bestimmen. Ein weiteres notwendiges Äquivalent ist der Staat – der sich territorial definiert – mit seinen nationalen, regionalen und kommunalen Organen und Institutionen der Verwaltung. Städte sind damit einerseits Einheiten, die eingebunden sind in die lokale, nationale und internationale Zirkulation des Kapitals, andererseits sind sie Teil staatlich-territorialer Einheiten mit einer hierdurch regulierten Handlungs- und Gestaltungsmacht. Beide Sphären, Staat bzw. Kommune und die Ökonomie der Märkte, haben eine gewisse Eigenlogik, sind aber dennoch miteinander verflochten. Als drittes, nicht unwesentliches Element kommt die Zivilgesellschaft, die Stadtgesellschaft mit ihren spezifischen Raumansprüchen und Raumbedürfnissen hinzu.

Das Verhältnis von Staat und Markt wird heute von einer Politik gekennzeichnet, die sich unter dem Stichwort Neoliberalismus zusammenfassen lässt. Wesentliche Kennzeichen des Neoliberalismus sind kurz gefasst: Liberalisierung der Finanz- und Kreditmärkte, Deregulierung das heißt Abbau rechtlicher Hindernisse für Markt und Unternehmen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Leistungen, Steuersenkungen für Unternehmen, Reduzierung der Einkommenssteuer-Höchstsätze, Abbau sozialstaatlicher Leistungen sowie Entmachtung der Gewerkschaften und anderer entsprechender Organisationen. Während frühliberale Auffassungen des Regierens die Begrenzung der Marktfreiheit noch als wesentliche staatliche Aufgabe ansahen, wird heute der Markt „selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates.“ (2) Dies bedeutet, dass sich der Staat von seinen Aufgaben nicht endgültig verabschiedet, sondern seine »Sorge« gilt nun der Einführung einer vermeintlichen Rationalität des Ökonomischen in alle gesellschaftlichen Bereiche, die bis in das einzelne Subjekt hineinreicht. Der Soziologe Pierre Bourdieu spricht im Zusammenhang mit der gezielten Durchsetzung einer solchen Politik der Ökonomisierung von der „neoliberalen Utopie“ als einem „Programm der methodischen Zerstörung

von Kollektiven“. (3) Und Harvey weist darauf hin, dass bereits in den 1970 Jahren die neoliberale Wende zu einer „Akkumulation durch Enteignung“ eingeleitet wurde. Aufgrund der damaligen Wirtschaftskrise schien der bis dato in den fortgeschrittenen, kapitalistischen Ländern noch funktionierende, durch staatliche Regulierungen wie feste Wechselkurse, staatliche Wirtschaftspläne und einem Ausbau des Sozialstaats betriebene Liberalismus und Staatsinterventionismus à la Keynes an sein Ende gekommen zu sein. Was dann folgte, lässt sich mit den Worten Harveys „auf zweierlei Weise interpretieren: entweder als ein utopisches Projekt, das einen theoretischen Plan für die Reorganisation des internationalen Kapitalismus umsetzen soll, oder als ein politisches Projekt, das neue Voraussetzungen für die Kapitalakkumulation schaffen und die Macht der Wirtschaftseliten wiederherstellen soll.“(4)

Zu welchen Ergebnissen beispielsweise die Deregulierung der Finanzmärkte und die Virtualisierung realer Werte führt, erleben wir gegenwärtig. Und angesichts der Vernichtung immenser Geldmengen einerseits und angesichts der Bereicherung einiger Weniger zu Lasten der Allgemeinheit und des Gemeinwohls andererseits kann wohl kaum von rational-wirtschaftlichem Handeln gesprochen werden – einer Begründung mit der die neoliberale Utopie häufig diskursiv unterfüttert und legitimiert wird. Kapitalismus ist ein System der Krisen, dies hatte bereits Karl Marx erkannt. Nun soll der Staat die wirtschaftliche Krise wieder richten. Das Problem hierbei ist, dass die Erosion staatlichen Regierens – im klassisch liberalen Sinn noch gedacht als regulierende Vermittlung zwischen den Bedürfnissen des Marktes und den gesellschaftlichen Bedürfnissen – bereits zu weit fortgeschritten ist, so dass von einer tatsächlichen »Rettung« auch in Zukunft kaum die Rede sein kann. Die Etablierung postfordistischer Regulations- und Produktionsweisen vor allem in hochindustrialisierten Ländern (während die fordistische Produktion in die dritte Welt verlagert wird) sowie die globale Hegemonie neoliberalistischer Prinzipien sind bereits zu tief in die staatlichen bis hin in die individuellen Strukturen eingelassen. Es hat den Anschein als gäbe es keinerlei Alternativen zum Kapitalismus, als müssten die Krisen schicksalhaft hingenommen werden wie die Eskapaden des Wetters. Doch genau diese scheinbare Unumkehrbarkeit des eingeschlagenen Weges einer kapitalistischen Ökonomie beruht auf einer neoliberalen Narration, die das System und das Wesen des Kapitalismus naturalisiert d.h. zur Natur erklärt und die sukzessive Enteignung der Kollektive als unvermeidliches und vor allem notwendiges Opfer darstellt.

Auf diesem Hintergrund und im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der

Sowjetunion, der deutschen Wiedervereinigung und den EU-Erweiterungen kommt der Neuordnung des europäischen Territoriums eine weitere Bedeutung zu. Im Kontext von beschleunigten technologischen Entwicklungen und neuen Formen wirtschaftlicher Expansion werden Transformationsprozesse eingeleitet, die zu einem Strukturwandel und zu räumlichen Verschiebungen innerhalb der Geographien des europäischen Städtesystems führen. Der wirtschaftliche Strukturwandel äußert sich in Europa in einer zunehmenden Deindustrialisierung als Folge von internationaler Arbeitsteilung, verflüssigten Kapitalströmen und Investitionstätigkeiten, ferner in einem Ausbau des Dienstleistungssektors und vor allem in einer steigenden Bedeutung des vierten Sektors, der sich mit der Verarbeitung von Information, der Wissensproduktion und der Steuerung von Produktions- und Distributionssystemen befasst.

Aufrüstung des Raumes

Geographisch gesehen kommt es zu Verschiebungen zwischen Zonen des Wachstums und Zonen der Schrumpfung, wie es zum Beispiel an den Veränderungen und Erweiterungen der bisherigen „blauen Banane“, des Wirtschaftsgroßraumes zwischen Irischer See und Mittelmeer, erkennbar wird. Der politische, ökonomische und technologische Wandel hat neue Wellen der Konkurrenz um Produktions- und Finanzstandorte zwischen den einzelnen Städten und Agglomerationen zur Folge. Während etliche Regionen und Städte, wie beispielsweise in Teilen von Ostdeutschland, mit erheblichen Schrumpfungsprozessen zu kämpfen haben, erfahren andere Städte und Regionen erneute Wachstumsschübe in Bezug auf Investitionstätigkeiten, Zuwanderungen und Ausbau bestehender Infrastrukturen.

Neben Paris und London als den tradierten wirtschaftlichen Zentren und Global Player profitieren vor allem Städte wie Hamburg, Wien, Barcelona, Madrid, Oslo oder Amsterdam von dieser Entwicklung. In anderen Städten wie Berlin, Neapel oder Lissabon überwiegen hingegen die negativen Folgen wie zum Beispiel ein deutlicher Anstieg der Erwerbslosigkeit und eine Zunahme des informellen Arbeitsmarktes. Auch auf der Mikroebene, innerhalb der einzelnen Städte und Agglomerationen, werden bestehende Segregationen in Bezug auf Stadt- und Infrastrukturen, Wohnungsmärkte und Migrationsströme weiter vertieft oder es bilden sich neue Segregationsmuster heraus. Im Kontext dieser Diversifikationsprozesse wird vor allem in den Wachstumsregionen ein massiver Umbau bestehender Stadt- und Infrastrukturen betrieben wobei insbeson-

dere die Innenstädte baulich »aufgerüstet« werden. Das gesamte europäische Verkehrsnetz wird umstrukturiert. Vermeintlich unrentable Bahnverbindungen werden abgebaut und Bahnhöfe zu neuen Erlebnis- und Shoppingzentren umgebaut. Flughäfen werden erweitert, Häfen verlegt, vergrößert oder auch ganz aufgegeben, Autobahnen und Schnellstraßen weiter ausgebaut. Gemäß der Logik des Bodenmarktes konzentrieren sich die Begehrlichkeiten der Investoren und Immobilienhändler vor allem auf städtische Flächen und Gebiete, die hohe Bodenrenten, Mietprofite und - in weit geringerem Maße allerdings - auch Abschreibungs- und Verlustrechnungsmöglichkeiten versprechen. Neben den bevorzugten innerstädtischen Lagen werden freiwerdende oder sich verlagernde Militär-, Industrie-, Verkehrs- und Hafenflächen mit hochpreisigen Wohnanlagen, Shoppingmalls, Dienstleistungs- und Urban Entertainment-Zentren, neuen Bürogebäuden und Firmenzentralen bebaut. Investitionen in Kunst und Kultur tragen zudem zu einer Aufwertung dieser Boden- und Immobilienwerte bei. Bekannte Beispiele für ein solches, sich an den oberen Einkommensschichten orientierendes Investment in Stadt und Stadtentwicklung sind in Deutschland die Großprojekte Hafen City Hamburg und das Bahn- und Immobilienprojekt Stuttgart 21.

Dieses Phänomen räumlich-urbaner Aufrüstung lässt sich im Übrigen nicht nur in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern sondern weltweit beobachten. Die bislang spektakulärsten Beispiele finden sich in China und in den Vereinigten Arabischen Emiraten, aber auch in vielen anderen Ländern rund um den Globus wie Südkorea, Algerien, Vietnam und Malaysia, um nur einige wenige zu nennen. Das Problem hierbei sind nicht nur die Versprechungen von Wirtschaftlichkeit, Modernisierung und Zukunftsfähigkeit, die in weitaus geringerem Umfang auch tatsächlich eingelöst werden, sondern der Umstand, dass Investoren wie insbesondere Fondgesellschaften, Projektentwickler_innen und Banken nicht nur immense Geldsummen zur Verfügung haben, sondern auch nicht zur Verantwortung gezogen werden können - sei es finanziell, sei es in Hinblick auf die räumlichen und sozialen Folgen ihrer Unternehmungen.

Vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat

In Europa wird die Aufrüstung europäischer Städte in den projektierten Wachstumsregionen auf dem Hintergrund einer Raumordnungspolitik betrieben, die nicht mehr die Herstellung möglichst gleichwertiger Lebensverhältnisse, sondern eine investive Verwertung von Raum zum Ziel hat. Diese Verwertungslogik

wird mit Perspektive auf die neoliberale Utopie mit Hilfe einer Politik des neuen Regierens, der „New Governance“, durchgesetzt. Der Kern dieser Politik besteht in der Ablösung des Sozial- und Gemeinwohlstaats durch den Wettbewerbsstaat. Neben die Staatskapitalprivatisierung (Veräußerung von Staatsbesitz) treten die Aufgabenprivatisierung (Privatisierung von öffentlichen Aufgaben) und schließlich die Privatisierung des Staates selbst, das heißt die Unterwerfung der klassischen »hoheitlichen« Kernbereiche staatlicher Tätigkeit“ (5) unter die Normativität der Betriebs- und Privatwirtschaft.

Begründet wird dieser Politikwechsel vor allem mit dem Argument staatlicher Finanzkrisen. Sicherlich ist der Staat ein Steuerstaat und insofern von der Privatwirtschaft und Steuereinnahmen abhängig. Entscheidend ist hier jedoch zu bemerken, dass der Großteil der Steuereinnahmen nach wie vor von der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit getragen wird. So stellt die Pressestelle EUROSTAT in ihrem „Bericht über Steuern in der EU von 1995 bis 2004“ fest: „Die Steuern auf Arbeit waren nach wie vor die größte Steuereinnahmequelle und machten rund die Hälfte des gesamten Steueraufkommens in der EU25 aus. Auf Kapitalsteuern entfielen etwa 22% des Gesamtsteueraufkommens, auf Verbrauchssteuern 28%.“ (6) Neben der Frage nach der Herkunft der Staatseinnahmen stellt sich die Frage nach den Ausgaben. Hier können zwei wesentliche Stränge an Ausgaben unterschieden werden: erstens Ausgaben, die dazu dienen, die „Profitabilität privater Wirtschaftstätigkeit zu erhalten“ (7) wie zum Beispiel Ausgaben für Raum- und Stadtplanung, Transport, Infrastruktur usw., zweitens Ausgaben, die durch die Übernahme sozialer und externer Kosten entstehen wie zum Beispiel Soziale Dienste, Umweltschäden oder eben in jüngster Zeit Verluste aufgrund von spekulativen Fehlinvestitionen seitens vieler Banken. Damit übernimmt im Wesentlichen die Steuerzahler_in die Kosten die durch privatwirtschaftliche Unternehmen verursacht werden. In der Sprache kapitalistischer Ökonomie wird dies elegant formuliert als Externalisierung von Kosten.

Letztlich ist es also eine Frage gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, welche Ausgaben als für das Gemeinwohl orientiert angesehen werden. Die Verschiebung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Ausgabenseite und die systembedingten Finanzkrisen dient damit als wirkungsvolles Mittel, um einen Reform- und Rationalisierungsdruck zu erzeugen und gleichzeitig die Ausgaben- und Gestaltungsseite zugunsten der Förderung von Kapital- und Privatwirtschaft zu verschieben. Lobby- und Interessenverbände (wie in Deutschland die Initiative Soziale Marktwirtschaft) sorgen hierbei für eine diskursiv-propa-

gandistische Unterfütterung dieser Politik. Der Reform- und Rationalisierungsdruck lastet jedoch nicht nur auf der finanziellen Ausgabenseite, sondern führt zu einem Umbau des Staates selbst. Dieser Umbau erfolgt unter dem Vorzeichen einer New Governance und wird mit Hilfe des so genannten neuer Formen öffentlicher Verwaltung, dem „New Public Management“ (NPM) umgesetzt, das sich einerseits aus einer »Managerialisierung der Verwaltung« und andererseits aus einer »Marketization von öffentlichen Dienstleistungen« zusammensetzt. (8) Grundsätzlich ausgedrückt definiert sich das New Public Management als „die Einführung einer marktgesteuerten, kundenorientierten öffentlichen Dienstleistungsproduktion.“ (9)

Ein zentrales Element des New Public Management ist die Reorganisation des Verwaltungsapparates selbst. Die Verwaltung wird durch die Einführung betriebswirtschaftlicher Kriterien und Maßstäbe wie zum Beispiel in Form von Produktbildungen innerhalb des Haushaltsplans und in Form von Budgetierungen, Einführung von Kosten- und Leistungsrechnungen, operativem Controlling, internen Umstrukturierungen und Stellenabbau rationalisiert. Auf der Ebene der Länder werden die Prinzipien des New Public Management als Verwaltungsreformen umgesetzt, wobei in diesem Zusammenhang nicht nur die Verschwendung von Steuergeldern kritisiert wird, sondern gleichermaßen massive und berechtigte Zweifel an der Effizienz dieser Umstrukturierungsmaßnahmen bestehen. (10) Ein weiterer Effekt und beabsichtigtes Ziel dieser Verwaltungsreformen ist die Zerschlagung von Behörden, wie zum Beispiel der Landesdenkmalämter, da diese als Hindernis in Bezug auf die Realisierung von Bauvorhaben angesehen werden. Diese Umstrukturierungen haben mit dazu geführt, dass Raum- und Stadtplanungsbehörden heute keinen nennenswerten Einfluss auf die tatsächliche Raum- und Stadtentwicklung mehr haben.

Konzern Stadt

Ein weiteres Element des New Public Management ist die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen. Hierbei lassen sich zwei Formen unterscheiden: die »materielle Privatisierung« und die »formale Privatisierung«. Bei der materiellen Privatisierung wird eine bislang hoheitlich-staatliche bzw. kommunale Aufgabe in ihrer Gänze von privatwirtschaftlichen Unternehmen übernommen. Dies kann zum Beispiel die Energie- und Wasserversorgung, die Abfallentsorgung oder den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) betreffen. (11) Eine weitere Form der Privatisierung ist die so genannte formelle Privatisierung. Bislang wurden

viele öffentliche Aufgaben durch Anstalten des öffentlichen Rechts oder durch Eigenbetriebe (12) erfüllt. In den letzten Jahren wurden jedoch viele dieser Einrichtungen in rein privatrechtliche Organisationsformen wie Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) und Aktiengesellschaften (AG) überführt. (13) Der entscheidende Punkt ist hier, dass eine privatrechtliche Unternehmensform dazu führt, dass die Geschäfts- und Investitionspolitik in den Händen der Geschäftsleitung verbleibt und nicht öffentlich gemacht werden muss. Vertragsgestaltungen, Beauftragungen und Vergaben usw. müssen zwar bestimmte Kriterien erfüllen, sind jedoch der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogen, denn ein privatwirtschaftliches Unternehmen kann nicht zur Veröffentlichung gezwungen werden. Dieser Umstand ist entscheidend wie die Vorgänge um das Bau- und Immobilienprojekt Stuttgart 21 zeigen, denn die Deutsche Bahn AG kann höchstens durch den Aufsichtsrat kontrolliert werden. Auch die Einführung von Public Private Partnerships (PPP) oder auch Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) – das heißt Kooperationen zwischen staatlichen und privat-gewerblichen und nicht-staatlichen Akteuren – spielen eine immer größere Rolle, insbesondere in der baulich-urbanen Raumproduktion. Diese Umstrukturierungen in Form von meist formellen Privatisierungen werden mit einer vermeintlichen finanziellen Entlastung und Kostenersparnis für die Kommunen begründet, wobei die Rechnungslegung nun nach anderen, nämlich privatwirtschaftlichen Kriterien erfolgen kann und nicht alle Zahlen oder Verträge veröffentlicht oder stille Reserven offen gelegt werden müssen. (14)

Das Ergebnis eines solchen Umbaus von Stadtverwaltung und Aufgabenerfüllung ist, dass die Stadt nun als ein weit verzweigtes Großunternehmen geführt wird. Unter dem Vorzeichen des New Public Management unterwerfen sich die europäischen Städte und Kommunen der Logik des Marktes: die Stadt wird zum „Konzern Stadt“. (15) Viele Verwaltungsexpert_innen sind sich inzwischen einig, dass mit dem New Public Management vor allem erhebliche Steuerungs- und Kontrollverluste verbunden sind. Das neu geschaffene Geflecht an Unternehmensformen, Kapitalgesellschaften, Eigenbetrieben und Private Public Partnerships mit unterschiedlichen Wettbewerbs- und Verhandlungssystemen führt zu einer Unübersichtlichkeit, die weder von den Gemeinderät_innen noch von den Stadtbürger_innen länger durchschaut, geschweige denn kontrolliert werden können. Diese Steuerungs- und Kontrollverluste führen damit zu einer „Erodierung politischer Verantwortlichkeit“. (16) Sie führen zu einem Verlust kommunaler Selbstverwaltung und vor allem zu einer massiven Entdemokratisierung, sie führen zu einer Autokratisierung des Verwaltungshandelns und nicht zuletzt zu

Korrumpierung aufgrund einer immer stärker werdenden Verflechtung zwischen staatlich-kommunalen Führungsebenen und der Privatwirtschaft.

Ökonomisierung durch Deregulierung

Neben dem New Public Management fußt die neoliberalistische Raum- und Stadtpolitik auf Maßnahmen zur Deregulierung die investive Bauvorhaben beschleunigen und erleichtern sollen. So liefert hier beispielsweise die im November 2002 von der Bauministerkonferenz der Bundesländer einstimmig verabschiedete Musterbauordnung die Vorlage für die Landes- und Kommunalbauordnungen. Diese Musterbauordnung beschränkt sich auf notwendige Regelungen, überträgt Prüfaufgaben an Dritte bzw. reduziert staatliche Prüfungen und erleichtert die Baugenehmigungsverfahren. Auch das Baugesetzbuch wurde 2006 durch das vom Bundestag verabschiedete ergänzende „Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung von Städten“ modifiziert. Darin wird der privaten Initiative zur Stadtentwicklung ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Diese (von Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnete) Modifizierung des Baugesetzbuchs erfolgt auf der Folie, dass Stadtentwicklung heutzutage nahezu ausschließlich als Standortpolitik betrieben wird.

Dies beinhaltet auch eine Deregulierung der Teilhabe der Stadtbürger_innen an der Gestaltung und Zukunft der räumlichen Entwicklung ihrer Stadträume. Stadtentwicklungsprogramme in den Wachstumszonen wie zum Beispiel Hamburg Hafen City oder im Zusammenhang mit dem von der Deutschen Bahn AG betriebenen Projekt Stuttgart 21 werden nicht auf die Bedürfnisse möglichst vieler Gruppen von Stadtbewohner_innen, sondern nahezu ausschließlich auf Investoreninteressen und die Anforderungen einkommensstarker Klassen zugeschnitten. Zudem sorgt ein teilweise explosionsartiger Anstieg der Mietpreise in angrenzenden innerstädtischen Stadtvierteln (zum Beispiel in Hamburg in St. Pauli zwischen 2005 und 2010 um bis zu 40 %) zu einem weiteren Druck auf dem Wohnungsmarkt. Sozialer und kommunaler Wohnungs- und Städtebau, der einer Wohnraumversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten dient, ist heute kaum noch zu finden, stattdessen fallen viele Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung, so dass inzwischen wesentlich weniger als die benötigten Sozialwohnungen auf dem Wohnungsmarkt vorhanden sind. Hinzu kommt, dass städtischer Raum sukzessive dem privaten Recht unterworfen wird, so dass immer weniger urbane Räume tatsächlich als öffentliche Räu-

me fungieren. Wenig überraschend ist auch, dass das Wort Partizipation im Planungsdiskurs und in der Stadtpolitik längst durch „Bürgerbeteiligung“ ersetzt wurde: in nahezu allen Fällen handelt es sich um eine Form der Beteiligung, die sich auf rechtlich und damit auch planerisch wirkungslose Kommentare beschränken lässt und beschränkt wird. Entscheidungen in der Stadtpolitik finden heute ohne die Stadtbewohner_innen statt. Alternativen in der Stadtentwicklung werden nicht zugelassen bzw. andere Entwürfe und Vorschläge werden in den offiziellen und medialen Diskursen massiv unterdrückt wie zum Beispiel im Fall von Stuttgart 21. Bürger_innenproteste werden systematisch ausgehebelt, die lokale Presse wird beeinflusst und Wahlversprechen werden gebrochen. (17) Aufgaben wie kommunales Bauen und Begriffe wie behutsame Stadterneuerung sind damit längst aus den hegemonialen Diskursen um Stadtplanung und Stadtentwicklung verschwunden.

Im Zuge dieser Politik wird die Stadt selbst zu einer Ware gemacht. Diese Ware Stadt will verkauft werden. Das bisherige Bild der Stadt entspricht nicht mehr länger den Erfordernissen eines postnationalen, postindustriellen und postsozialen Akkumulationsregimes, das seine Standorte, Waren-, Human- und Kapitalflüsse je nach Profitrate wechselt. Umso notwendiger erscheint deshalb die Produktion eines positivistisch-affirmativen und zukunftsorientierten Stadtbildes, aus dem alle dunklen Flecken getilgt sind. Der „Konzern Stadt“ wird deshalb in die Inszenierung der kreativ-kulturellen Stadt eingebettet. Die Festivalisierung von Stadt ist inzwischen selbstverständlicher Bestandteil urbanen Stadtmarketings. Kommerzialiserte Stadt- und Kulturfeste, Werbeveranstaltungen aller Art, Public Viewing, Tekkno-, Multikulti- und selbst Christopher Street Day Paraden sind heute unerlässlicher Bestandteil der markt- und spektakelförmigen Inszenierung vermeintlicher urbaner Freiheitsgrade. Um nicht nur das Image lebendig, sondern auch das Begehren zahlungs- und kaufkräftiger Konsument_innen wach zu halten, werden neue urbane Inseln der Erlebnis- und Konsumökonomie geschaffen. Europa als einzige Shopping-Mall - so lautet die Vision einer Ökonomie, die sich einzig und allein Kapitaleigner_innen und Shareholder_innen verpflichtet fühlt. Konsum und Shopping werden mittels Kunst und Kultur aufgewertet, um so die Distinktionsgewinne insbesondere jenes gesellschaftlichen Drittels zu erhöhen, das von der erfolgreichen Durchsetzung dieser neoliberalen Politik profitiert.

Urbane Aufrüstung durch Kunst und Kultur

Nach einer ersten Welle des Baus von Museen in den 1980 Jahren rollt bereits seit einiger Zeit eine zweite Welle durch die europäischen Metropolen und Großstädte. Problematisch ist hierbei nicht, dass Kultureinrichtungen wie Museen oder städtische Galerien gefördert und eingerichtet werden, sondern deren architektonische und inhaltliche Funktionalisierung im Dienst städtischer Auf- und Verwertungspolitik. Denn diese Neu- oder Umbauten dienen nicht in erster Linie der kulturellen Vermittlung, sondern sollen die Attraktivität der jeweiligen Städte steigern. Dies beinhaltet, dass sich die heutige Museums- und Ausstellungspolitik an scheinbar massentauglichen Blockbuster-Ausstellungen und finanziellen sowie symbolischen Renditeerwartungen ausrichten muss, anstatt eine differenzierte, kritische und kontextbezogene Vermittlungspolitik betreiben zu können. Vor diesem Hintergrund ist gleichermaßen eine schon inflationär zu bezeichnende Verbreitung von Biennalen, Triennalen und sonstigen künstlerischen und kulturellen Ausstellungsformaten nicht nur in Deutschland zu beobachten, die sich mit immer spektakuläreren Ausstellungen zu übertrumpfen versuchen. Neben Museums- und Ausstellungsneubauten sollen zudem historisch fragwürdige Rekonstruktionen historischer Gebäude mit entsprechenden historisierenden Fassadenarchitekturen die Städte aufwerten. (18)

Kunst und Kultur werden zusehends dazu benutzt, Konsum und Kommerz zu ästhetisieren und aufzuwerten. Flankiert wird diese Aufrüstung durch Polizei- und Videoüberwachung, Einsatz von privaten Wachdiensten, gezielten Ausweiskontrollen und Platzverweisen, um unerwünschte Personengruppen aus diesen konsumtiv aufgewerteten Stadträumen herauszuhalten. Die Soziologin Sharon Zukin spricht im Zusammenhang mit einer solchen Politik der urbanen Bereinigung von einer „Befriedung durch Cappuccino“ (Pacification by Cappuccino). (19) Auch die an die aufgewerteten Innenstädte angrenzenden Stadtviertel geraten unter einen (erneuten) Verwertungsdruck, da sie einerseits für die Zentralen des tertiären Wirtschaftssektors, andererseits als Wohnort für eine neue, gehobene Klasse von Dienstleistungsarbeiter_innen (wieder) interessant werden. Im Zuge einer urbanen Aufrüstung durch Kunst und Kultur werden auch alternative Formen der Kunst- und Kulturproduktion, Sub- und Jugendkulturen gerne herbeizitiert und im Rahmen des Stadtmarketings verarbeitet. Nicht wenige Stadtverwaltungen haben erkannt, dass es zur urbanen Aufwertung beiträgt, wenn noch brachliegende Flächen oder leerstehende Gebäude Künstler_innen und Kulturproduzent_innen zur Zwischennutzung zur Verfügung gestellt werden. Dies ist wesentlich billiger und politisch einfacher zu handhaben als dauerhafte Kunst- und Kultureinrichtungen zu finanzieren und zu unterstützen.

Kunst- und Kulturschaffende werden so zu städtischen Wanderarbeiter_innen und Aufwerter_innen gemacht: dankbar, wenigstens einen temporären Arbeitsraum zu haben, tritt eine politisch notwendige Diskussion über die Zwiespältigkeit des Konzepts der Zwischennutzung in den Hintergrund. Auch bestehende, von Interkulturalität und unterschiedlichen Subkulturen geprägte urbane Milieus liefern den kreativen Input nicht nur für das Image der Stadt, sondern auch für die in der Stadt angesiedelten Unternehmen. So bemerkt der Raumökonom Dieter Läßle: „Je weniger die Unternehmen auf das Organisationsmodell eines »Normalbetriebes« und das »Normalarbeitsverhältnis« ausgerichtet sind, desto wichtiger werden für sie die spezifischen Qualitäten des urbanen Milieus.“ Denn, so Läßle, Räume „mit einer hohen ökonomischen, sozialen und kulturellen Diversität“ bieten einen Zugewinn an unternehmerischen Möglichkeiten und lassen diese zu einem wichtigen „Rückbettungskontext“ werden. (20) Die Funktionalisierung dieser Milieus und Subkulturen steht jedoch meist in einem krassen Gegensatz zur städtischen Realpolitik. Selbstverwaltete Jugendhäuser zum Beispiel haben heute fast nur noch Erinnerungswert und selbst ungenutzte, leerstehende Gebäude, die von Jugendlichen okkupiert werden, werden im Namen der Verteidigung des Privateigentums durch militärisch anmutende, durchorganisierte Polizeieinsätze zwangsgeräumt.

Homogenisierung durch Ökonomisierung

Die Ökonomisierung städtischer Räume, die bis in die Ebene der Stadtregierung und Stadtverwaltung reicht, führt auch zu einer städtebaulichen Homogenisierung. Dabei zeigt sich eine Homogenisierung durch Ökonomisierung nicht nur in den immer gleichen, gebrandeten Ladenfronten und Fassadenarchitekturen, sondern vor allem in einer Architektur der reinen Verwertung, die den immer schneller werdenden Zyklen von Kapitalinvestition und Renditeerwartung folgt. Auch wenn die Aktualisierung von Stadt in Form von Restrukturierung und Neuordnung, von Neubau und Umbau ein wesentliches Kennzeichen von Stadt ist, stellt sich die Frage, unter welchen Vorzeichen diese Aktualisierung betrieben wird. So findet man heute selbst in erstklassigen Lagen in innerstädtischen Zentren Leerstände neben allerneuesten Neubauten, die um potente Mieter_innen oder Käufer_innen von Geschäfts- und Wohnflächen konkurrieren. Gebaut wird nicht mehr mit dem Ziel, eine langlebige, nachhaltige und stadt- sowie sozialverträgliche Gebäudearchitektur und Nutzung zu schaffen, sondern um die Erwartungen der Anteilseigner von Investmentfonds und Kapi-

talgesellschaften auf sofortige Rendite zu erfüllen. Das Risiko des Scheiterns bzw. Verlusts wird hierbei in Kauf genommen, denn die Anteilseigner_innen von Immobilienfonds bleiben nicht nur anonym, sondern vertrauen nahezu blind der jeweiligen Investitionspolitik ihrer Banken, Fonds- und Kapitalgesellschaften. Hinzu kommt eine systematisch betriebene Raumaneignungspolitik wie sie von diversen Handels- und Dienstleistungsketten und Unternehmen, wie zum Beispiel dem Immobilienunternehmen Einkaufs-Center-Entwicklungsgesellschaft (ECE), in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern und Städten betrieben wird. Möglichst gezielt platzierte und immer gleiche Bäckerei-, Drogeriemarkt-, Textil-, Gastronomie-, Kino- und Hotelketten bis hin zu großmaßstäblichen Einkaufszentren mit überdachten, klimatisierten Passagen und Erschließungssystemen bestimmen heute das Bild der meisten Innenstädte und verdrängen die letzten noch verbliebenen traditionellen Einzelhändler_innen mit ihren Geschäften. Das klassische Kaufhaus erscheint angesichts des Booms der innerstädtischen Shopping-Center als eine Reminiszenz an vergangene Einkaufswelten. Die Folge ist nicht nur ein immer gleiches, rein konsumtives Angebot an Waren, Dienstleistungen und Unterhaltungsmöglichkeiten in den Städten, sondern die Zerstörung des bisherigen und jeweiligen stadträumlichen Zusammenhangs, Erscheinungsbildes und Maßstabs; die Förderung einer einheitlichen und vereinheitlichenden Architektursprache bzw. eines Verlustes an Qualität voller Architektur; der Abriss noch verbliebener, historischer Gebäude und Stadtstrukturen; die Einschränkung der stadträumlichen Bewegungsfreiheit durch gezielte und an Konsum wie Straßenverkehr orientierte Wegeführung ebenso wie durch eine Privatisierung bisheriger öffentlicher Stadträume; die Zerstörung von Frei- und Grünflächen und schließlich die Zunahme des PKW-Verkehr, um hier nur einige Punkte anzuführen.

Zur Zukunft europäischer Städte

Die Polarisierung zwischen Zonen des Wachstums und Zonen der Schrumpfung in der europäischen Stadtlandschaft wird auch in Zukunft weiter zunehmen. Die staatlich-kommunale Daseinsvorsorge wird bevorzugt in schrumpfenden Regionen weiter abgebaut werden, so dass die dort angesiedelten Städte nachhaltig deurbanisieren. In den Wachstumsregionen hingegen werden insbesondere die Kernstädte neuen Verwertungs- und Restrukturierungsprozessen unterzogen, so dass sich bereits bestehende sozialräumliche Segregationen weiter verschärfen und die investive Kluft zwischen bevorzugten und vernach-

lässigten Stadtteilen größer wird. Die gesteigerte Nachfrage nach Wohnungen in den Wachstumszentren führt zur weiteren Verdrängung einkommensschwacher Gruppen, wobei die Verabschiedung des sozialen Wohnungsbaus hinzukommt. Die zunehmende Verknappung von erschwinglichen Mietwohnungen kann langfristig auch in Deutschland zu »französischen« Verhältnissen führen. Denn in Frankreich wie in vielen anderen europäischen Ländern ist es in den Ballungsgebieten schwer, überhaupt noch Miet- anstelle von Eigentumswohnungen zu finden. Dies hat unter anderem zur Folge, dass viele junge Menschen sehr lange bei ihren Eltern bzw. Verwandten wohnen bleiben müssen. Vor allem für junge oder allein erziehende Frauen, die sich keine Eigentumswohnung leisten können, ist es allein schon deshalb schwer, ein selbst bestimmtes und autonomes Leben zu führen, so dass die Verknappung und der Verlust von erschwinglichem Mietwohnraum zu einem echten Emanzipationshindernis wird. Außerdem werden die Lebensumstände für immer mehr Stadtbewohner_innen immer schwieriger. In Deutschland, aber auch in Mitteleuropa wird die Qualität von Infrastrukturen und Versorgungssystemen (wenn auch auf noch hohem Niveau im Gegensatz zu den USA oder Großbritannien) weiter abnehmen und vor allem immer teurer werden. In Bezug auf den Zugang zu Ressourcen wie Erwerbsarbeit, Wohnraum und Bildung werden sich neue Konfliktlinien herausbilden und die Folgen steigender sozialer Ungleichheit – gesellschaftliche Fragmentierung, ökonomische Prekarisierung und soziale Polarisierung – werden sich weiter verschärfen. Informelle Ökonomien (Schatten- und Untergrundwirtschaften, schlecht bzw. unbezahlte Haushalts- und Dienstleistungsarbeiten, aber auch Ehrenamt, Selbst- und Gemeinwesenhilfe) werden weiter an Bedeutung gewinnen. Bereits heute wird in Berlin jeder fünfte Euro auf diese Weise »schwarz« erwirtschaftet. Die vierte Welt ist kein entlegenes Terrain, sondern die andere Seite europäischer Wirtschaftskreisläufe.

Schließlich ist für eine auch zukünftig erfolgreiche Fortschreibung einer heterogenen Stadtgesellschaft mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen an Verräumlichung vor allem der massive Verlust an demokratischer Teilhabe und Einflussnahme seitens der Stadtbewohner_innen bedrohlich. Dieser Verlust betrifft heute nicht nur bereits marginalisierte Gruppen, sondern weite Teile der jeweiligen Stadtbevölkerung. In Zukunft werden jedoch auch die Gegenbewegungen wieder zunehmen: Städte waren immer auch Räume, in denen Differenz als politische Emanzipation, als gesellschaftspolitischer Widerstand in Form von städtisch-sozialen Bewegungen produktiv werden konnte wie allein schon der Blick in die Stadtgeschichte(n) zeigt. „Eine andere Stadt für ein anderes Leben“

forderte der Künstler und Situationist Constant bereits 1959 in einem Beitrag für die zweite Ausgabe der Zeitschrift Situationistische Internationale. Diese Forderung ist heute so aktuell wie damals.

Fußnoten

- (1) Harvey, David: Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg 2007, S. 107.
- (2) Lemke, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Berlin/Hamburg 1997, S. 241.
- (3) Bourdieu, Pierre: The Essence Of Neoliberalism. Quelle: <http://www.analitica.com/bitbliblioteca/bourdieu/neoliberalism.asp> (08.04.2012).
- (4) Harvey, David: Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich 2007, S. 28-29.
- (5) Pelizzari, Alessandro: Die Ökonomisierung des Politischen. Konstanz 2001, S. 24- 25. Mit Verweis auf den Politologen Bodo Zeuner, der diese drei Begriffe geprägt hat: Zeuner, Bodo: Das Politische wird immer privater. Zu neoliberaler Privatisierung und linker Hilflosigkeit. In: Michael Heinrich (Hg.): Globalisierung und Perspektiven linker Politik. München 1999, S. 292.
- (6) Eurostat Press Office, Press Release: New report on taxation in the EU from 1995 to 2004. Small decline in overall taxation to 39.3% of GDP in 2004. Reference: STAT/06/62. Date: 17/05/2006. Quelle: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/06/62> (08.04.2012).
- (7) Pelizzari, a.a.O., S. 35.
- (8) siehe auch: König, Klaus: Zur Managerialisierung und Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung. Speyer 2000.
- (9) Öffentlicher Sektor und private Akteure in der Stadt der Zukunft. Studie im Auftrag der Enquetekommission des Landtages von Nordrhein-Westfalen „Zukunft der Städte in NRW“ erarbeitet von Priv. Doz. Dr. Jörg Bogumil, Dr. Lars Holtkamp, Prof. Dr. Hellmut Wollmann (em.), Berlin, Hagen: 29. September 2003, S. 31.
- (10) In Baden-Württemberg zum Beispiel trat Anfang des Jahres 2005 die große Verwaltungsstrukturreform in Kraft. Von ihr waren über 450 Behörden und Ämter betroffen, von welchen über 350 entweder abgebaut, zusammengelegt oder in andere Ämter eingegliedert wurden. Der Landesrechnungshof Baden-Württemberg kritisiert die 1999 von dem damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel eingeleitete „Jahrhundertreform“ und die Einführung so genannter „Neuer Steuerungsinstrumente“ (NSI) mit deutlichen Worten: „Die bis Ende 2005 angefallenen Projektkosten für die flächendeckende Einführung der NSI in Höhe von 220 Mio. € haben sich bisher nicht annähernd amortisiert. Bislang ist es nicht einmal gelungen die laufenden Betriebskosten von 30 Mio. Euro jährlich mit entsprechenden Einsparungen gegen

zu finanzieren.“ Vgl. Rechnungshof Baden-Württemberg: Beratende Äußerungen, 29.03.2007: Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI in der Landesverwaltung. Quelle: <http://www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de/inhalt/frame.htm> (08.04.2012).

(11) Einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik zufolge hatten in NRW im Jahr 2002 bereits 34% der Städte über 20.000 Einwohner kommunale Aufgaben ausgelagert.

(12) Eigenbetriebe haben ihre Rechtsgrundlage in den jeweiligen Eigenbetriebsgesetzen der Länder und einer vom jeweiligen Innenministerium erlassenen Eigenbetriebsverordnung und rechnen nach der Bundeshaushalts- bzw. Landshaushaltsordnung ab.

(13) So lassen sich beispielsweise laut einer Analyse des Instituts für Urbanistik im Jahr 2003 in 11 größeren Städten in NRW bereits 685 privatrechtlich organisierte Einheiten feststellen, darunter sind 556 GmbHs, 56 AGs und 38 GmbH's & CoKG's.

(14) In Hinblick auf die Überprüfbarkeit dieser Art von kommunalen Haushalten bemerkt ein Vertreter des Innenministeriums NRW: „Insgesamt droht der Haushalt seine Bedeutung als Informationsgrundlage für den Rat, die Bürgerschaft und auch die Kommunalaufsicht zu verlieren. Der Blick in den Haushalt ermöglicht nicht mehr annähernd eine Einschätzung der finanzwirtschaftlichen Lage. Da Art und Umfang von Ausgliederungen zudem stark differieren, ist die Vergleichbarkeit kommunaler Haushalte erst recht nicht mehr gewährleistet.“

In: Böllinger, Werner: »Konzern Stadt« Organisationsvielfalt oder Erosionsprozess der Kommunalverwaltung? In: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Forum Kommunalaufsicht. Im Spannungsfeld von kommunaler Selbstverwaltung und gesamtstaatlicher Verantwortung. Düsseldorf 2001, Tagungsbericht, S. 164.

(15) Der Begriff „Konzern Stadt“ ist kein Begriff den linke Stadtkritiker_innen geprägt haben, sondern der offizielle Titel in städtischen Beteiligungsberichten beispielsweise der Stadt Stuttgart.

(16) Öffentlicher Sektor und private Akteure in der Stadt der Zukunft, a.a.O., S. 31.

(17) So wurden zum Beispiel Chefredakteure seitens des damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Günther Oettinger, zur Teilnahme am „Unterstützerkreis Stuttgart 21“ aufgefordert. (vgl. TAZ, 15.09.2006, S. 17).

(18) So verbirgt sich hinter dem 1960 abgerissenen und 2007 neu eröffneten Braunschweiger Schlossbau bzw. den Schloss-Arkaden eine Shoppingmall, lediglich ein Drittel der Fläche wird von städtischen Kultureinrichtungen genutzt.

(19) Zukin, Sharon: The Cultures of Cities. Hoboken 1995, S. 28.

(20) Läpple, Dieter: Thesen zu einer Renaissance der Stadt in der Wissensgesell-



Vom Garten Eden zur neo-urbanen Gartenstadt



Glaucon: "But the city whose foundation we have been describing has its being only in words; there is no spot on earth where it exists."

Sokrates: "No; but it is laid up in heaven as a pattern for him who wills to see, and seeing, to found that city in himself. Whether it exists anywhere, or ever will exist, is no matter." (1)

"Die gegenwärtige Städteplanung, die als eine Geologie der Lüge auftritt, wird dem unitären Urbanismus, einer Verteidigungstechnik für die ständig bedrohten Bedingungen der Freiheit, den Platz überlassen, und zwar in dem Moment, in dem die - als solche noch nicht vorhandenen - Individuen frei ihre eigene Geschichte konstruieren." (2)

Der Garten gehört zum Haus und das Haus zum Garten. Darauf verweist allein schon die Etymologie des althochdeutschen Wortes *garto*, das mit dem germanischen *garda* verwandt ist, womit das Haus als ein umzäunter Besitz bezeichnet wird. Die etymologische Recherche führt weiter zum Wort Hof, womit sowohl Innenhof als auch Königshof oder Gerichtshof gemeint ist. Dies könnte ein Hinweis auf die herrschaftliche Funktion des Gartens sein. Denn der Besitz eines Gartens oder gar Gartenanlage ist ein Luxus, da er an die Verfügungsgewalt über Grund und Boden geknüpft ist. Schon die hängenden Gärten von Babylon waren Teil einer herrschaftlichen Burganlage, und der Besitz größerer Gärten oder Gartenanlagen blieb lange Zeit der Oberschicht vorbehalten. Während des Römischen Reichs zum Beispiel waren Villen mit Atrien und grosszügigen Gartenanlagen ausgestattet, während das gemeine Volk in den *insulae*, den mehrgeschossigen Mietshäusern, untergebracht war. Ganz anders gestaltete sich die Beziehung zwischen Haus und Garten in anderen Kulturkreisen wie zum Beispiel in China. Die alten chinesischen Städte, nach strengen Regeln und präzisen Maßangaben geplant, besaßen zwei Mauerringe. In der Mitte des ersten Mauerrings lag der Herrschaftssitz und die eigentliche Stadt. Innerhalb des zweiten Mauerrings befanden sich Obst- und Gemüsegärten, die darüber hinaus von den Bauern aus der Umgebung als Schutzraum bei feindlichen Angriffen genutzt werden konnten. Die meist eingeschossigen, traditionellen Wohnhäuser waren zur Straßenseite hin abgeschlossen, meist nur über ein Tor

zugänglich und um einen rechtwinkligen Innenhof gruppiert, der je nach Größe des Hofes ebenfalls als Garten gestaltet war. Im europäischen Raum werden Gärten und Gartenanlagen lesbar als Ausdruck christlich-humanistisch geprägter Idealvorstellungen von einem entfernten Arkadien. Das christliche Weltbild war geprägt von einem Gegensatz zwischen dem Paradiesgarten als einem Ort des Glücks und der Welt als einem Ort des Leidens und als »Jammertal«. Während des Absolutismus und zu Zeiten des Barock entwickelten sich dann Garten- und Parkanlagen, die ganz nach den Bedürfnissen des Adels und ihrem Wunsch nach spielerischer Ordnung gestaltet waren. Kirchen und Klöster hingegen unterhielten ihre Gartenanlagen eher unter Aspekten der Nützlichkeit. Mit dem 18. Jahrhundert wurde dann die »wilde«, vermeintlich noch zu zählende Natur in den Mittelpunkt der Garten- und Parkgestaltung gerückt und das aufkommende Bürgertum pflegte einen zunehmend sentimental Umgang mit der Natur, indem es eine, hierbei scheinbar natürlich bleibende Landschaft zu kultivieren und zu harmonisieren begann. (3) Auch der Pragmatismus der ab Ende des 18. Jahrhunderts einsetzenden englischen Gartenstadtbewegung, die sich als reformerische Antwort auf die negativen Erscheinungen der industrialisierten Stadt verstand, kann nicht über den idealisierenden Gehalt hinwegtäuschen, der diesen Entwürfen zugrunde liegt. Nur der eigentliche »Erfinder« der Gartenstadt, der Architekt und Städtebauer Raymond Unwin, wehrte sich zeitlebens gegen die von Ebenezer Howard vorgenommene Umformulierung der Gartenvorstadt (Garden Suburb) zur antiurban konnotierten Gartenstadt (Garden City). Dabei hatte Unwin mit seinem Begriff der Gartenvorstadt die zukünftigen urbanen Entwicklungen weitaus realistischer als noch Howard vorausgesehen. Eine Entwicklung, die sich heute im Sprawl, der Flächen fressenden Ausdehnung europäischer und US-amerikanischer Städte und Vorstädte, längst realisiert hat. Die planerischen Idealvorstellungen von Stadt waren auch danach von einem Widerstreit zwischen überformender Aneignung von Natur einerseits und ihrer Ablehnung oder gar Verbannung aus Stadtentwürfen und urbanen Utopien andererseits geprägt. Einerseits findet man von Rationalismus und Funktionalismus geprägte Idealstadtentwürfe, in denen Verweise auf »Natur« gar nicht (wie bei der futuristischen Stadt) oder in hohem Masse funktionalisiert (wie im Fall der Stadtentwürfe der Moderne) vorkommen, andererseits Stadtentwürfe, die auf einer Einführung von »Natur« in die Stadt rekrutieren (wie im Fall der Gartenstadt) oder Entwürfe, die ungehemmt ihre organisch-biologistischen Bezüglichkeiten entwickeln (wie im Fall der Stadtvorstellungen des Städteplaners Hans Bernhard Reichow). Postulierte der berühmte Architekt Le Corbusier noch

„Das Menschenwerk heißt Ordnung“ (4), womit er sich auch gegen eine als chaotisch empfundene Natur widersetzte, betonte Reichow – noch ganz unter dem Eindruck des Widerspruchs zwischen faschistischer Monumentalarchitektur, der „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ und dem Heimatstil stehend - die Notwendigkeit „organischer Stadtbaukunst“. Dieser nach 1945 von Reichow dargelegten „organischen Stadtbaukunst“ lag das Schema einer „zellige gegliederten Nachbarschaft“ – einer sprachlichen Modifikation eben jener nationalsozialistischen „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ – zugrunde, um so „zur Erzielung des größtmöglichen, so heilsamen »Stoffwechsels« zwischen Mensch und Natur“ (5) beizutragen.

Solche Diskurse und Idealstadtentwürfe blieben nicht folgenlos. Die funktionalistische Trennung von Wohnen, Arbeit und Freizeit, das zentrale Postulat des modernen Bauens und Städtebaus, konnte aus den Entwürfen und Planungen nicht verbannt werden, wurde jedoch durch eine sukzessive Zersiedelung der Landschaft konterkariert. Auch wenn das Prinzip der „organischen Stadt“ mit den 1950 Jahren zur „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ umgewidmet und bald darauf von einem stadtplanerischen Bekenntnis zur „Urbanität durch Dichte“ mit ihren Trabanten- und monofunktionalen Neubausiedlungen abgelöst wurde, änderte dies wenig an einer „Auflösung der Stadt in die Region“. (6) Bereits in den 1970er Jahren war dann als Reaktion auf die Verstädterung der Landschaft, die sich aus einer mehr oder weniger geordneten Mélange aus Wohngebieten, Dorferweiterungen, Gewerbegebieten, Industrieparks, Einkaufszentren und Freizeiteinrichtungen zusammensetzte, eine am Umwelt- und Naturschutz orientierte Stadtplanung gefordert worden (wie übrigens bereits von den nationalsozialistischen Landschaftsplanern, wenn auch unter anderen Vorzeichen), um die negativen Folgen dieser Verstädterung in den Griff zu bekommen. Einige Planer_innen versuchten in der Folge und auf der Grundlage des Sustainable Development (wie es bereits anlässlich des Weltumweltgipfels in Rio de Janeiro 1992 formuliert worden war) die „ökologische Stadt“ zu fördern und umzusetzen, wobei die Debatte um eine „ökologische Stadt“ bis heute andauert. Flachdachbegrünungen, begrünte Fahrbahnen und Hinterhöfe, Solarzellen auf Dächern und Energiesparmassnahmen reichen jedoch nicht aus: gefragt ist nach wie vor ein gesamtgesellschaftliches Umdenken, eine veränderte Wirtschaftsweise und eine gänzlich andere Stadt-, Verkehrs- und Wohnungspolitik, die nicht nur ökologische, sondern auch soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt und integriert. Selbst aktuelle Konzepte und Entwürfe einer grünen, nachhaltigen und sogar gänzlich emissionslosen Stadt, wie das von dem Architekturbüro Foster

+ Partners entwickelte Stadtbauprojekt Masdar City im Arabischen Emirat Abu Dhabi, vernachlässigen soziale Dimensionen meist völlig und folgen kritiklos der alten Idee von der vollkommen plan- und steuerbaren Stadt. So finden sich in dem Entwurfskonzept für Masdar City zum Beispiel keinerlei Hinweise, wo und wie die für Universität und angesiedelte Unternehmen notwendige Klasse an Dienstleistungsarbeiter_innen wohnen und leben soll. Auf diesem Hintergrund erscheint dann auch eine Interpretation urbaner Entwicklung als Ausdruck von Selbstorganisationsprozessen als eine äußerst verkürzte Sichtweise: Siedlungsmodelle, die auf der Vorstellung eines mehr oder weniger geordneten Wachstums (konzentrisch, flächenhaft, stern- oder bandförmig usw.) beruhen, werden abgelöst von der Annahme, dass der Stadtentwicklung selbstbildende Prozesse (7) zugrunde liegen. Chaostheorie und die Geometrie der Fraktale dienen nun als Erklärungsmodell für Siedlungs- und Stadtentwicklung. (8) Stadt und Gesellschaft werden als Ergebnis von Selbstorganisation und nicht etwa als Ergebnis von Entscheidungen und Absichten, von Normen und Regularien gelesen. Geschlechterkategorien, Ordnungs- und Machtpolitiken, Ökonomien, Technologien der Aneignung und Kontrolle sind Begriffe und Inhalte, die in einer solchen Lesart urbaner Raumproduktion nicht mehr vorkommen. Das Paradigma der Planbarkeit von Stadt, beruhend auf Berechnung und Berechenbarkeit, auf Gesetzmäßigkeit, Kontrolle und Vorhersagbarkeit wird durch das Paradigma der Wechselwirkungen, der Unvorhersehbarkeit und der Unkontrollierbarkeit abgelöst. Damit wird ein neuer Ton in der Planungsdebatte angeschlagen. Nicht mehr der rationale, die gebaute Umwelt bestimmende Planer_in steht im Mittelpunkt urbaner Entwicklungen, sondern die Prozesse des urbanen Raumes selbst. Dieser Paradigmenwechsel kommt auch in der Feststellung des bekannten Journalisten und Architekten Rem Koolhaas zum Ausdruck, indem er bereits 1993, zu Beginn seines kometenhaften Aufstiegs als Stadtforscher, zur Beziehung zwischen (selbstredend männlichen) Planer und Stadt bemerkte: "Wir sind wie der Surfer auf den Wellen. Er kontrolliert sie nicht, aber er kennt sie." (9)

Doch wie weit die Kenntnisse von urbanen Prozessen und Produktionsformen wirklich reichen, hängt vom eingenommenen Standpunkt und Blickwinkel ab. Die Effekte der Verstädterung können von Besitzverhältnissen, Kapitalströmen, räumlich-urbanen Topographien, von städtischen Subjekten, institutionellen und politischen Ordnungen nicht losgelöst verstanden werden. Im Zusammenhang mit Bevölkerungswachstum und Landflucht, die als Hauptursachen der Bildung von Megastädten wie Kairo, Mexiko City, Sao Paulo, Mumbai oder Lagos an-

gesehen werden, wird der Unterschied zwischen Arm und Reich sowie vor allem die Zugänglichkeit zu einer eigenständigen Existenz evident. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich immer mehr Frauen auf die Flucht aus den ländlichen Gebieten in die Städte begeben. Bereits 1993 bemerkt der United Nation Fund for Population Activities (UNFPA) in seinem Jahresreport, dass die Hälfte aller MigrantInnen Frauen sind und stellt zusammenfassend fest: „Das Ausmaß der Migration wie auch die Zwangslage, die eine Migration als einzige Alternative erscheinen lassen, hängen wesentlich mit der Unterprivilegierung der Frauen zusammen.“ (10) Frauen besitzen in vielen Ländern nach wie vor keine oder nur unzulängliche Eigentums-, Erb-, Ausbildungs- und Geburtenkontrollrechte. Insgesamt gehört Frauen nur ein Prozent des Grund und Bodens in der Welt. (11) Der Anteil unbezahlter, häuslicher Reproduktionsarbeit, der von Frauen sowohl in den sogenannten Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern geleistet wird, ist nach wie vor hoch. (12) Hinzu kommt eine weltweite Feminisierung von Armut (13), wobei die Verarmung dieser Bevölkerungsgruppe nicht mehr allein auf die Staaten der südlichen Hemisphäre beschränkt ist. (14) Die Interpretation weltweiter Verstädterungsprozesse als „selbstähnliche“ Prozesse, die sich „nahezu unabhängig vom politischen, kulturellen und sozioökonomischen Hintergrund“ (15) vollziehen, leugnet die unterschiedlichen räumlichen Aneignungs- und Überlebensstrategien und damit die entscheidende Rolle, die insbesondere Geschlechterungleichheit, Frauenunterdrückung und Rechtlosigkeit von Frauen im Zusammenhang mit Stadtentwicklung und Agglomerationsbildung nach wie vor spielen.

Auch die Formierung der so genannten „Zwischenstadt“ auf eine „Sehnsucht der Verbindung von Hirtenromantik und Stadtkomfort“ (16) zu reduzieren oder die sich in urbanen Räumen bewegendenden Subjekte, ihre Motivationen und ihre Potenziale auf „Primateneigenschaften“ (17) zu reduzieren, zeigt einmal mehr die Unzulänglichkeit und Arroganz der hier eingenommenen Perspektiven. So ist zwar die Erkenntnis grundlegend richtig, dass viele urbane Räume als ganze Gebilde planerisch nicht mehr zu fassen sind. Doch nicht nur in den US-amerikanischen und europäischen Städten beruht Stadtentwicklung nach wie vor auf Top-down Entscheidungen sowie Kapital- und Investitionsinteressen, die sich rücksichtslos durchsetzen. Doch „es ist ein demokratisches Recht armer Leute, ihre eigene Entwicklung zu planen“ wie die Vereinigung der Wohnungslosen in Johannesburg angesichts traumatisierender Säuberungsaktionen und Vertreibungen feststellt. (18) Im westlichen Raum stellt sich die Frage des Rechts auf Wohnen zwar nicht auf diese dramatische Weise, dennoch ist auch hier die

Wohnungsfrage nach wie vor virulent, wird aber inzwischen nahezu gänzlich dem »freien Markt« überlassen. Auch in den USA und Europa stellt sich die Problematik der Wohnungsfrage, die dazu führt, "dass das Dasein von Sorgen und Enttäuschungen, von Einschränkungen und Fehlschlägen und nahezu unvermeidlich von Melancholie und Ressentiment erfüllt ist." (19) Dies betrifft insbesondere diejenigen Frauen, die auf das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben pochen. (20)

Angesichts der flächenhaften Ausdehnung der Städte in der westlichen Hemisphäre und angesichts eines vermeintlichen sozialen Zerfalls hat sich unter dem Stichwort New Urbanism (21) vor allem in den USA und Großbritannien eine Städtebaureformbewegung formiert, die historische Gartenstadtvorstellungen erneut aufleben lässt. Ideologisch berufen sich die Vertreter_innen dieser neuen Bewegung auf eine kompakte, durchmischte und nachhaltige Stadt. Sie betonen die Förderung innerstädtischer Investitionen und Stadtreparaturen, die Wiedereinführung stadtgestalterischer Prinzipien und Richtlinien, die Verbesserung oder Abschaffung des Massenwohnungsbaus, das Bauen nach neuesten technischen Standards sowie die Umsetzung städtischer Verwaltungsreformen (die allerdings eine weitere Privatisierung des Wohnungsmarktes zur Folge hat). Vor allem hat diese Bewegung jedoch ein Ziel: den Sprawl und die Zersiedlung erfolgreich zu bekämpfen. Diese Bewegung, die bereits zahlreiche Siedlungsprojekte verwirklicht hat, orientiert sich jedoch meist ausschließlich an den Bedürfnissen einer weißen Ober- und Mittelschicht, die sich von den negativen Effekten einer weiter wachsenden Suburbanisierung, aber auch eines vermeintlichen oder tatsächlichen Zerfalls von Stadtgebieten und Innenstädten in ihren Werten bedroht sieht. Während ein Teil dieser wohlhabenden, überwiegend weißen Bevölkerung wieder in die Innenstädte zurückkehrt und sich diese im Zuge einer Politik der Revitalisierung um den Preis der Vertreibung meist ärmerer und armer Bevölkerungsgruppen aneignet, verzieht sich der andere Teil in die neu geschaffenen befestigten und abgesicherten Siedlungsanlagen, den Gated Communities, die die gute alte, sichere und grüne Kleinstadt zum Vorbild haben. Nach den Vorstellungen des New Urbanism sollen die zersiedelten Vorstädte, aber auch die »schwarzen Ghettos« durch wohlgeordnete Siedlungen mit Marktplatz, Hauptstraße, freistehenden Einfamilienhäusern mit Gärten sowie durch gepflegte Parkanlagen ersetzt werden. (22)

Allerdings sitzen in den Rathäusern dieser neuen, sauberen und befestigten Siedlungsanlagen nicht mehr demokratisch gewählte Bürgermeister_innen, sondern ausschließlich Vertreter_innen der Entwicklungs- und Baugesellschaft

ten. Die im neotraditionalistischen oder modernistischen Stil ganz nach Wunsch gebauten Nachbarschaften verwirklichen damit die Vision einer „Urban Correctness“, die vor allem die traditionellen Werte der „Moral Majority“ zu schützen verspricht: „Sieh dir das Haus vom Garten aus an, und du bist dir sicher, dass die Leute da drinnen empörend glücklich sind.“ (23)

Fußnoten

(1) zit. nach: Wittig, Monique: *The Straight Mind and other Essays*. Boston 1992, S. 36-37.

(2) Kotanyi, Attila; Vaneigem, Raoul: Elementarprogramm des Büros für einen unitären Urbanismus. In: Gaillissaires, Pierre; Mittelstädt, Hanna; Ohrt, Roberto (Hg.): *Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten*. Hamburg 1995, S. 97.

(3) Wie es in den zahlreichen Landschaftsmalereien dieser Zeit und den Realisierungen von Landschaftsgärten wie in Weimar oder Wörlitz zum Ausdruck kam.

(4) Le Corbusier: *Der Städtebau*. Stuttgart 1979, S. 21.

(5) Reichow, Hans Bernhard: *Organische Stadtbaukunst*. Braunschweig 1948.

(6) vgl. hierzu: „Der Sprawl - Die Auflösung der Stadt in die Region“, *Arch+*, 1991, Nr. 109/110.

(7) „Die Großstruktur Stadt kann nicht mehr Teil einer Gesamtplanung sein, sondern vollzieht sich auf der Grundlage von Selbstorganisationsprozessen. Mit Selbstbildung werden jene Prozesse der Siedlungsentwicklung bezeichnet, welche im Gegensatz zur Planung nicht von rationalen Entscheidungen der Planer im voraus bestimmt werden, sondern die sich durch unmittelbares Zusammenwirken verschiedenster Einflüsse vollziehen.“ Becker, Sybille; Brenner, Klaus; Frankhauser, Pierre; Humpert, Klaus; Kull, Ulrich; Schaur, Eda: *Selbstorganisation urbaner Strukturen*. In: *Arch+*, 1994, Nr.121, S. 67. Die hier entwickelten Ideen wurden erneut von einem aktuellen Schlüsseltext deutscher Stadtplanung aufgegriffen: Sieverts, Thomas: *Zwischenstadt zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. Braunschweig/Wiesbaden 1998.

(8) vgl. dazu auch: Frankhauser, Pierre: *Fractal Aspects of Urban Structures*. In: *Mitteilungen des SFB 230*, 1988, Heft 2 und Frankhauser, Pierre: *Fraktales Stadtwachstum*. In: *Arch+*, 1991, Nr.109/110.

(9) *Arch+*, 1993, Nr. 119/120.

(10) vgl. *TAZ* vom 07.07.1993.

(11) In den USA zum Beispiel beträgt der Anteil der Frauen an landwirtschaftlichen Grundbesitzern nur 6% wobei der Anteil der in der Landwirtschaft arbeitenden Frau-

en weltweit sogar steigt. Siehe dazu: Saeger, Joni: Der Fischer Frauen-Atlas. Frankfurt a.M. 1998.

(12) Während in den westlichen und östlichen Industriestaaten der Schwerpunkt der Reproduktionsarbeit, neben einer zunehmenden Erwerbsarbeit von Frauen, vor allem auf der sozialen Versorgung liegt, müssen insbesondere Frauen in der südlichen Hemisphäre neben den traditionellen Hausarbeiten noch Feld- und Gartenarbeit leisten und die Grundversorgung der Familienmitglieder sicherstellen. Diese Arbeit wird zusätzlich erschwert durch unzulängliche oder nicht vorhandene Infrastruktureinrichtungen wie Wasserversorgung, Elektrizität und Sanitäreinrichtungen.

(13) Siebzig Prozent aller Armen auf der Welt sind Frauen. Mittlerweile unterscheidet das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) zwischen Einkommensarmut und "capacity poverty". Diese wird entlang von Indikatoren wie Mangelernährung von Kleinkindern, fehlende medizinische Betreuung bei Geburten und Analphabetenquote von Frauen gemessen.

vgl. Wichterich, Christa: Die globalisierte Frau - Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Hamburg 1998, S. 191.

(14) 2008 lebten 13,2 % der US-Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze, dies sind 39,1 Millionen Menschen. Quelle: American Community Survey Reports Poverty: 2007 and 2008, American Community Surveys, issued September 2009.

Im Jahr 2006 leben 36,5 % der Haushalte alleinerziehender Frauen mit Kindern in den USA unterhalb der Armutsgrenze, bei den alleinerziehenden Vätern bei 17,9 % der Haushalte. Diese Zahlen lassen sich noch weiter ausdifferenzieren: während von den weißen alleinerziehenden Frauen mit Kindern 33,4 % unter der Armutsgrenze leben (Väter 15,7%), sind es bei den afroamerikanischen Frauen 43,6 % (Väter 26%) und bei den hispanischen Frauen 42,5 % (Väter 22,8%).

Quelle: U.S. Bureau of the Census, Current Population Survey, Annual Social and Economic Supplements. Poverty and Health Statistics Branch/HHES Division, U. S. Bureau of the Census, U. S. Department of Commerce. Quelle: <http://www.census.gov/hhes/www/poverty/histpov/hstpov4.html> (08.05.2010).

(15) Sieverts, Thomas: Zwischenstadt zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig 1998, S. 19.

(16) ebd.

(17) ebd.

(18) vgl. Wichterich a.a.O., S. 224.

(19) vgl. Bourdieu, Pierre u.a. (Hg.): Der Einzige und sein Eigenheim. Hamburg 1998, S. 17. Bourdieu lässt in seiner Untersuchung zwar Frauen zu Wort kommen, geht jedoch in seiner Analyse des habituellen Feldes der ökonomischen Relationen

im Feld des Eigenheimbaus nicht so weit, strukturelle Fragen im Zusammenhang mit der Kategorie Geschlecht einzubeziehen – eine Kritik, die seinen Arbeiten bereits häufiger entgegengebracht wurde.

(20) Dass zu einem selbstbestimmten Leben auch die Ressource Wohnung gehört und dass der Zugang zu Wohnraum, sei es in Miete oder gar als Eigentum, insbesondere für alleinlebende oder alleinerziehende Frauen besonders erschwert ist, darauf hat in ihren Untersuchungen die Ökonomin Ruth Becker ausführlich hingewiesen. Siehe dazu u.a. Becker, Ruth: Führt Emanzipation zu Wohnungsnot? Geschlechtsspezifische Analyse der Wohnungsnachfrage. In: *Kommune*, 1992, Heft 12, S. 45-50 und Becker, Ruth: Wer eigentlich sind die Verschwender? Gegen die Diskriminierung alter Frauen in der Wohnungspolitik. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 1992, Heft 32, S. 65-70.

(21) Der erste Congress for the New Urbanism (CNU) fand 1993 in Alexandria in Virginia, USA statt. Zum Vorstand gehören Planer wie Peter Calthrope, Andreas Duany und Elizabeth Plater-Zyberk und der Entwickler von Seaside, Robert Davis. Die Siedlung Seaside in Florida, mit deren Bau 1980 begonnen wurde, war die erste Siedlung, die nach den Prinzipien des New Urbanism gebaut wurde. 1994 folgte die Walt Disney Corporation mit Celebration City, weitere Neubausiedlungen folgten wie Kentlands bei Washington DC. Eine der Bibeln des New Urbanism ist "The Celebration Chronicles - Life, Liberty, and the Pursuit of Property Value in Disney's New Town" von Andrew Ross, in der er sein Leben in der Celebration City beschreibt. Siehe hierzu: *StadtBauwelt*, 2000, Nr. 12.

(22) Um die ethnischen Ghettos aufzulösen wird im Rahmen des Bundesstaatsprogramms HOPE VI (Housing Opportunities For People Everywhere) eine neue Politik verfolgt: Wohnsilos sollen durch kleiner Gebäude ersetzt und die »ethnischen Minoritäten« über den gesamten städtischen Raum verstreut werden. Bisher haben 52 Städte in 26 Bundesstaaten hierfür mehr als 3 Milliarden Dollar erhalten und damit 45 000 teilweise leerstehende Sozialwohnungen abgerissen und durch mehr als 30 000 Wohnungen in kleineren Häusern ersetzt. Vgl. *Die Zeit*, April 1999, Nr. 16.

(23) Millet, Kate: *Fliegen*. Köln 1982, S. 419.

Originatext „Vom Garten Eden zur Gartenstadt“

In: Académie de France à Rome (ed.): La Ville/Le Jardin/La Mémoire, Villa Médicis, Rom 2000 (Ausstellungspublikation).

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht



„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ lautet der Titel des Romans, den der im Ruf eines roten Republikaners stehende Berliner Autor Georg Wilhelm Heinrich Häring unter dem Pseudonym Willibald Alexis im Jahr 1852 veröffentlicht hatte. (1) In seinem Roman beschreibt Häring die preußisch-bürgerliche, wenn gleich noch monarchisch regierte Berliner Stadtgesellschaft, in der Ruhe, Ordnung und Sicherheit als oberste Prinzipien gelten. Diese Schilderungen bürgerlicher Empfindungen referieren damit auf Lesarten urbaner Räume, die selbst heute noch vom Bild der bürgerlichen Stadt – von „Licht und Schatten einer Großstadt“ (2) – bestimmt sind. Die damit verbundenen Vorstellungen von Stadt als potentiell bedrohlichem, von asozialen, kriminellen und ungesunden Elementen durchsetztem Körper auf der einen und den Bedürfnissen nach funktionaler Überschaubarkeit, Sauberkeit, Ordnung und öffentlicher Sicherheit auf der anderen Seite, durchziehen die Leitvorstellungen von der europäischen (Bürger-) Stadt des 19. Jahrhunderts bis heute.

Ideologische Hintergründe

Die Stadtplanung selbst ist an die Ausgestaltung der Stadt im Spannungsfeld dieser ideologischen Gegensätze geknüpft. Bereits mit der Einführung von Instrumenten der Zeitmessung (wie zum Beispiel Uhren an Kirchen, Bahnhöfen oder Rathäusern) und der Etablierung von Funktionseinheiten (wie zum Beispiel Fabrik, Kleinfamilie, Gefängnis, Schule, Psychiatrie, Kaserne oder Krankenhaus) wird jene „Raumordnung der Macht“ der Disziplinargesellschaft installiert, wie sie Foucault ausführlich analysiert und beschrieben hat. Der Städtebau und vor allem die Ende des 19. Jahrhunderts auftauchende wissenschaftliche Disziplin Stadtplanung werden zu Instrumenten einer Politik, die sowohl die städtischen Individuen erst konstituiert, als auch zu Objekten ihrer Disziplinierung macht. Die Stadt wird zum verdichteten Ort einer Normalisierungsmacht die einerseits zur Homogenisierung zwingt, andererseits fortlaufend individualisierend wirkt. Die Technologien der Machtausübung entwickeln sich fortan entlang von Machtverhältnissen, die zwar ein »freies«, das heißt bürgerliches Subjekt voraussetzen, gleichwohl „tief im gesellschaftlichen Nexus wurzeln und nicht über der Gesellschaft eine zusätzliche Struktur bilden, von deren Austilgung man träumen könnte.“ (3) Ein solcher Machtbegriff orientiert sich nicht mehr an einer

einzigem souveränen Zentralgewalt, sondern spiegelt eine Pluralisierung von Macht wider, wie sie insbesondere in der bürgerlichen Stadt im Zuge eines Modernisierungswandels von feudaler Monarchie zur bürgerlichen Zivilgesellschaft und modernen kapitalistischen Gesellschaft zum Tragen kommt. Die Disziplin Stadtplanung wiederum formiert sich vorerst entlang der Notwendigkeit mit den negativen Folgen der beschleunigten Industrialisierung und Kapitalisierung von Stadt umzugehen. Sie beschäftigt sich mit städtischem Bevölkerungswachstum und deren Regulierung, mit der Bekämpfung von »Slums«, mit Wohnungs-, Grundstücks- und Bodenordnungsfragen, mit baupolizeilichen Vorschriften zu Hygiene, Gesundheit und Feuersicherheit, mit den Regularien nachbarlicher Beziehungen, mit dem Ausbau technischer Infrastrukturen wie Wasser-, Elektrizitäts- und Gasversorgung, mit der Planung öffentlicher Verkehrseinrichtungen und mit Stadterweiterungen. Diese Disziplin steht in ihren Anfängen noch ganz im Zeichen eines bürgerlichen Liberalismus, dessen programmatische Eckpunkte in der Sicherung der Bürgerrechte und in der politischen Beteiligung innerhalb einer konstitutionellen Verfassung, der Situierung eines freien Unternehmertums und in der Einschränkung staatlicher Eingriffe bestand. Dennoch waren Staat und damit auch Stadtplanung in Hinblick auf diejenigen Probleme zusehends gefordert, die durch eine reine Privatisierung der Stadt alleine nicht gelöst werden konnten. Die stadträumlich zu bewältigenden Konfliktlinien verliefen zwischen dem Elend der Fabrikarbeiter_innen und den Bedürfnissen eines Stadtbürgertums, das die städtischen Räume nach ihren Erfordernissen optimieren will. So ist die Sozialgesetzgebung von Bismarck (4) auch Ausdruck dieses Versuchs, die vorerst immensen Spannungen zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse abzubauen. Auf der Ebene der Stadtplanung entwickelt sich in der Folge ein ganzes Bündel an rechtlichen Verordnungen (Gesetze, Vorschriften) und planerischen Instrumentarien (Bebauungspläne, Bauordnungen, Stadterweiterungsplanungen) und an ideellen, teilweise realisierten Entwürfen (Arbeitersiedlungen, Reform- und Idealstadtentwürfe), um die gesellschaftlichen Gegensätze zu beruhigen und das Territorium Stadt gemäß den Erfordernissen eines sich sukzessive modernisierenden Kapitalismus zu reorganisieren. Diese Verschränkung gesellschaftlich-ökonomischer Modernisierungsvorhaben (einschließlich deren ideologischen Begründungen) mit architektonisch-planerischen Neuordnungen durchzieht dann die gesamte weitere Geschichte der Disziplin Stadtplanung. Der Stadtplanung kommt die Aufgabe zu, zwischen »gesunden« und »ungesunden« Stadtverhältnissen zu unterscheiden und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Ruhe, Sicherheit und Ordnung sind hierbei

ideologisch besetzte Maßstäbe des Erfolgs planerischer Interventionen, die der sozialen Kontrolle, der Disziplinierung und Normalisierung der städtischen Individuen dienen. So wird die als krank und gefährlich empfundene Stadt mit ihren „Volksmassen, die sich mit der Gewalt einer Sturmflut in die Hauptstädte gestürzt haben“ (5) auch zum Ausgangspunkt für die radikal ordnenden Entwürfe des Neuen Bauens und deren Postulat funktionalistischer Planungsprinzipien. Das widerständische und nomadische Element, repräsentiert durch unkontrollierbare Menschenmassen, durch bauliche „Verstopfung“ und Chaos, soll der „Freiheit durch die Ordnung“ weichen. Insbesondere Le Corbusier wird damit zum Vertreter jener Ideen der Moderne, die davon überzeugt sind, mit den Mitteln der Planung und der baulichen Neuordnung die Widersprüche urbanen Lebens in seine regulierenden Schranken verweisen zu können. Die Stadt selbst wird zu einem berechen- und fixierbaren Körper gemacht. Da dieser Körper jedoch krank ist, muss er, um zu gesunden, mit dem Mittel des chirurgischen Eingriffs der Planung behandelt werden. Die Schaffung von radikaler Ordnung, von Zonen der Arbeit, des Wohnens und der Erholung sind hierbei Ausdruck des Versuchs die vermeintliche urbane Krise, die in der Auflösung der Stadt zu enden droht, zu bewältigen.

Auch die auf die kurze Phase des modernen Bauens folgende nationalsozialistische Stadtplanung spielt auf der Klaviatur des Gegensatzes zwischen Gesundheit und Krankheit, zwischen Stadt als einem natürlichen Organismus und einem Ort kultureller „Vermassung“ sowie sozialer „Verklassung“. (6) Bekanntheitsmaß waren allerdings ideologische Hintergründe und Zielsetzungen gänzlich andere als noch beim Neuen Bauen. Der nationalsozialistischen Ideologie der Stadtplanung ging es um die Ausmerzungen der „Brutstätten“ des Marxismus und des Judentums, des Aufruhrs und des Klassenkampfes, kurz: um die „Zerschlagung der Großstädte“ (7). Stattdessen sollte eine „aufgelockerte Stadtlandschaft“ als Behausung für den „deutschen Volkskörper“ geschaffen werden. Die bestehenden Städte wiederum sollten Maßnahmen zu einer „Stadtgesundheit“ (8) unterzogen werden. Denn: „Die Wohnung ist der Lebensraum der Familie. Die Familie ist die Zelle des Staates. Ungenügende Wohnverhältnisse erzeugen zwangsläufig asoziale, staatsfeindliche Elemente... Die Beseitigung des Wohnungselends ist grundlegende staatspolitische Arbeit, die die Wurzeln des Übels heilt“ – so der dem nationalsozialistischen Regime dienende Hamburger Architekt und Stadtplaner Konstanty Gutschow. (9) Im Zusammenhang mit der Planung von Sanierungsmaßnahmen wurden mit Hilfe von Kriterien wie „Unwirtschaftlichkeit, Arbeitsscheu, Kriminalität, Wohlfahrtsbetrüger, sittliche

Gefährdung oder Verwahrlosung, Trunk- oder Rauschgiftsucht, Querulanten, geistige Gebrechen, Blindheit, Taubheit, Taubstummheit und Krüppelleiden“ all diejenigen „asozialen Elemente“ ermittelt, „deren Umquartierung besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden müsste.“ (10) Das Ergebnis war jedoch meist nicht Umquartierung, sondern Vernichtung. Es sei an dieser Stelle nur angedeutet, dass nach 1945 die zahlreichen Planungsentwürfe und planerischen Grundlagen des Nationalsozialismus fast nahtlos, wenngleich sprachlich umgedeutet, von den damaligen, meist in ihren Ämtern verbleibenden Planern weiter fortgeführt wurden. (11)

Die Liste planerischer Metaphern und Leitbilder ließe sich weiter schreiben. Es geht hier jedoch weniger um eine vollständige Darstellung der Genese der Disziplin Stadtplanung, sondern um die Verschränkungen zwischen Diskursen und Praktiken der Stadtplanung auf der einen und gesellschaftlich-kapitalistischen Modernisierungsanforderungen und ihren ideologischen Begründungen auf der anderen Seite. Die mit der Stadt des 19. Jahrhunderts assoziierten Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Bürgerstadt haben sich zwischenzeitlich zur Perspektive auf Fragen der Inklusion und (inkludierten) Exklusion unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen hin verschoben. Die Stadtforschung bedient sich heute sozioökonomischer Klassifikationskriterien und Beschreibungen sozial-räumlicher Polarisierung zur Analyse städtischer Räume und deren Entwicklungsprozessen. Die *Quartered City* (12) des Stadttheoretikers Peter Marcuse und die „vielfach geteilte Stadt“ bei Peter Krätke (13) beispielsweise unterscheidet zwischen einer „Stadt der Herrschaft und des Luxus“ (Büros, Shopping-Center, Hotels), einer „gentrifizierten Wohnstadt“ (gentrifizierte Altbauquartiere und moderne Villen- und Apartmentviertel für Manager, Yuppies usw.), einer „mittelständischen Stadt“ (traditionelle mittlere Statusgruppen), einer „Mieter-Stadt“ (niedrig entlohnte Arbeiterbevölkerung in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen) und schließlich einer „aufgegebenen Stadt“ (verarmte und andere Randgruppen). In der planerischen Realität werden mögliche Potentiale gerade in „aufgegebenen“ Gebieten leicht übersehen und „für nicht wenige Ordnungspolitiker ist die segregierte Stadt, deren letzte Konsequenz die Aufteilung der Stadt in »Zitadellen« und »Ghettos« ist, eine Wunschvorstellung.“ (14)

Städtische Kampflinien

Im Zeitalter von »Globalisierung« und zunehmenden Migrationsbewegungen haben sich, so hat es zumindest den Anschein, auch die Kampflinien in den

europäischen Städten verändert. Besonders die bundesdeutsche Mehrheitsgesellschaft tut sich nach wie vor schwer mit Migration (und Rassismus) umzugehen wie beispielsweise die Debatten im Rahmen der erfolglosen Durchsetzung eines Zuwanderungsgesetzes zeigen. Diese Debatten erfolgen auf dem Hintergrund, dass sich in Deutschland der Anteil der ausländischen Bevölkerung, das heißt der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, laut Statistischem Bundesamt von etwas über 1,2 % im Jahr 1961 auf knapp 8,8 % im Jahr 2006 erhöht hat (wobei dieser Prozentsatz im Vergleich zum Jahr 1996 wieder gesunken ist). (15) Die stärkste Gruppe der Migrant_innen in Deutschland sind immer noch Einwohner_innen mit türkischem Pass. In den Jahren von 1972 bis 2000 wurden insgesamt etwas über 400.000 Personen türkischer Herkunft tatsächlich „eingebürgert“. (16) Allerdings sank die Zahl dieser Einbürgerungen ab 2000 deutlich von 44,4 Prozent auf 26,8 Prozent im Jahr 2006. (17) Eine nicht unerhebliche Zahl an Migrant_innen unterschiedlicher Herkunft ist zudem in diesen Jahren in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt. Mittlerweile geht die Zahl der Menschen türkischer Herkunft deutlich zurück, wobei inzwischen die höchsten Zuwanderungszahlen vor allem aus den mittel- und osteuropäischen Ländern zu verzeichnen sind. (18)

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern leben viele Migrant_innen vor allem in Städten bzw. in Peripherien von Ballungsräumen. Sie sind Stadtbürger_innen, haben jedoch, sofern sie nicht aus EU-Staaten kommen, kein kommunales Wahlrecht. Sie müssen, und obwohl sie sich teilweise jahrzehntelang (19) in Deutschland aufhalten, mit einem Ausländerbeauftragten, der ihre Interessen in den Gemeinderäten und Kommunalverwaltungen vertritt, Vorlieb nehmen. (20)

Während die meisten Migrant_innen von unterschiedlichen Aufenthaltsrechten, die von Aufenthaltsgenehmigung, Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsbewilligung, Aufenthaltsbefugnis bis hin zur Aufenthaltsberechtigung reichen, betroffen sind, ist für die Gruppe der illegalen Migrant_innen das vollständige Aufenthaltsverbot ständig präsent. Dies bedeutet für die Betroffenen immer auf dem Sprung und wachsam sein zu müssen, immer den Anschein zu erwecken, dazu zu gehören, die temporären Wohn- und Arbeitsorte wieder und wieder zu wechseln, keine feste Adresse zu haben, die Post und die Handykarte über andere zu beziehen, den Fahrausweis immer griffbereit mit sich zu tragen und die Straßenseite zu wechseln, sobald uniformierte Polizist_innen auftauchen. Gerade für diese Gruppe von Migrant_innen, deren Zahl in Deutschland auf eine Million geschätzt wird, gilt das Postulat der „Ruhe als Bürgerpflicht“ im Besonde-

ren – bezahlt mit dem Preis einer beständigen psychischen und physischen Unruhe und Anspannung. (21) Dieses Verhalten steht damit im Widerspruch zu den von Ängsten geprägten Gefühlslagen der städtischen »Normalbevölkerung«, die durch reißerisch angelegte mediale Erzählungen über Ausländerkriminalität und Jugendgewalt in Stadträumen, über soziale »Migrantenghettos« ge- und befördert werden. Die Herstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit steht deshalb heute nicht nur auf der Agenda der Stadtplaner_innen, sondern spiegelt sich gleichermaßen in den Anforderungen der Stadtbewohner_innen an das städtische Umfeld wieder. Umfragen und Erhebungen bei Stadtbürger_innen zeigen deren Ordnungs-, Sicherheits- und Sauberkeitsverlangen. Diesem Verlangen widerspricht allerdings eine sachliche Lesart der polizeilichen Kriminalstatistiken, denn »die« Ausländerkriminalität gibt es nicht, weil es im kriminologischen Sinn »den« Ausländer nicht gibt. Ausländer bilden (auch) unter kriminologischen Gesichtspunkten keine homogene Gruppe. (22) Obwohl demnach subjektive Wahrnehmungen häufig nicht den tatsächlichen Verhältnissen in den jeweiligen Stadträumen entsprechen, erfolgt als kommunale Antwort auf dieses stadtbürgerliche Empfinden eine lange Reihe kriminal- und sozialpräventiver Maßnahmen und ordnungspolitischer Programme. Diese Maßnahmen reichen von auf »Bürgernähe« angelegten Organisationsstrukturen innerhalb von Polizei, Verwaltung und Sozialarbeit über Aufklärungskampagnen, Einrichtungen zu Drogen- und Gewaltprävention, Strafmaßnahmen gegen Graffiti, Videoüberwachungen an »gefährlichen Orten«, Einsatz von »Sauberkeits- und Sicherheitshotlines« bis hin zu standardisierter Brennpunktbekämpfung in Form von regelmäßigen polizeilichen Kontrollen. Hinzu kommen Gründungen von Nachbarschaftspolizeieinheiten und „Sicherheitspartnerschaften“, Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten und die Verhängung von Aufenthaltsverboten für unerwünschte Gruppen wie Jugendliche, Wohnungslose, Trebegänger_innen, Drogenkonsument_innen usw.

Rechtlich legitimiert wird diese Vorgehensweise durch zahlreiche polizeiliche Gefahrenabwehrverordnungen und örtliche Satzungen, die der öffentlichen Sicherheit dienen und die seit den 1990er Jahren nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten mitteleuropäischen Raum stark zugenommen haben. (23) Hintergrund der bundesdeutschen Regelungen der rechtlichen Befugnisse von Polizei und Ordnungsbehörden bildet hierbei die verfassungsrechtlich verankerte kommunale Selbstverwaltung, die es den einzelnen Kommunen unter Berücksichtigung des jeweiligen Landesrechts ermöglicht ihre örtlichen Angelegenheiten „im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

(24) Den einzelnen Kommunen bleibt dabei ein relativ großer Spielraum der definitorischen Auslegung der Verhaltensgebote zur öffentlichen Ordnung und Sicherheit – allerdings nur, soweit diese überhaupt noch in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, da mit der zunehmenden Privatisierung städtischer Räume öffentliches Recht von Privatrecht abgelöst wird.

Neue Ungleichheiten

Neben diesen unterschiedlichen kommunalen Maßnahmen haben Programme und Bündnisse wie das 1999 aufgelegte bundesdeutsche Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ (25) die Herstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit in spezifischen städtischen Territorien zum Ziel, wobei es hier vor allem um eine präventive »Befriedung« bereits bestehender sozialer Ungleichheiten und tatsächlicher oder vermuteter Konfliktpotentiale geht. Unter dem Stichwort der „Sozialen Stadtentwicklung“, mit Hilfe von Quartiersmanagement und Aktivierung von Bürger_innen bzw. Nachbarschaften in Kooperation mit kommunalen Einrichtungen sollen „benachteiligte Quartiere“ wieder sozialverträglich gemacht werden. Diese Vorhaben bleiben angesichts der Nichtteilhabe insbesondere von Migrant_innen an kommunalpolitischen Beteiligungsrechten jedoch ebenso fragwürdig wie angesichts der steigenden ökonomischen und sozialen Armut. Diese städtische Armut trifft vor allem geschiedene Frauen, allein Erziehende und Migrant_innen, die von den Folgen des Umbaus der Städte in Dienstleistungs- und Konsumzentralen, von prekären und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen sowie von Erwerbslosigkeit besonders betroffen sind. Um die Hälfte der Bezieher_innen von Hilfe zum Lebensunterhalt lebt zudem in den bundesdeutschen Großstädten – sei es in der verarmten Hauptstadtmetropole Berlin oder in der süddeutschen Wohlstandsregion Stuttgart – in Ein-Personen-Haushalten. Zusammenfassend und lapidar stellt der Armutsbericht der Stadt Stuttgart beispielsweise fest: „Die veränderte Struktur der Empfänger gibt einen Hinweis darauf, dass bisherige gesellschaftliche Absicherungssysteme wie zum Beispiel die Einkommenssicherung durch einen Arbeitsplatz oder durch Ehe/Partnerschaft nicht mehr unbedingt gegeben sind.“ (26)

Angesichts struktureller und eben nicht individuell bedingter Erwerbslosigkeit bzw. nicht mehr Existenz sichernder Erwerbstätigkeit erscheinen deshalb Maßnahmen, wie sie im Rahmen von Agenda 2010 auf Bundesebene verabschiedet wurden und nun von den Kommunen umgesetzt werden müssen, umso nutz-

loser. Ebenso an den Tatsachen vorbeigehend wirken auf diesem Hintergrund die gegenwärtigen Forderungen nach einer neuen Familienpolitik, die sich insbesondere in den Städten konstituieren und die klassische Kleinfamilie als vermeintlich zukunftssträchtigere Einheit gegenüber den egoistischen Kinderlosen stärken soll. (27) Angesichts dieses neuen „Familienfundamentalismus“ (28) geraten jedoch tatsächliche Lebensverhältnisse in den Städten, insbesondere die von gering verdienenden, unvermögenden Kinderlosen, allein Erziehenden und allein Lebenden, endgültig aus dem Blick. Seit Jahren zeichnen sich soziale Polarisierungen in den Städten ab, die sich immer mehr beschleunigen. Allerdings waren städtische Räume weder im 19. Jahrhundert noch heute sozialpolitische und gesellschaftliche Einheiten sondern Räume in denen „die Konflikte Ausdruck finden“ (29). Besonders problematisch wird es jedoch, wenn die mit Deregulierung, Privatisierung und Neoliberalisierung einhergehenden Fragen der Inklusion und Exklusion im diskursiven Dunkel verbleiben. Denn gegenwärtig nehmen gerade die urbanen Mittelschichten als Vertreter_innen einer städtisch-bürgerlicher Zivil- und Mehrheitsgesellschaft die neuen Anforderungen unwidersprochen hin, da sie, teilweise auch davon profitierend, letztlich von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt sind – zumindest solange, wie sie sich nicht selbst in Hartz IV und auf dem städtischen Sozialamt wieder finden. Anstatt die gesellschaftlich-urbanen Ausgrenzungen als Folge neokapitalistischer Modernisierungskrisen zu bekämpfen, propagiert und folgt man stattdessen Kompromiss- und Konsensformeln, die sich an einer, zudem bereits längst selbst erodierten gesellschaftlichen „Mitte“ orientieren. Ob unter christlich-konservativer, sozialdemokratisch-grüner oder konservativ-sozialdemokratischer Regierung: Ruhe bleibt weiterhin die erste Bürgerpflicht.

Fußnoten

(1) Alexis, Willibald: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Leipzig 1913.

Häring bezieht sich mit diesem Titel auf die Aufforderung von Staatsminister Wilhelm v. d. Schulenburg-Kehnert an die Berliner Bürger, angesichts der Flucht des Königs vor den Truppen Napoleons, Ruhe zu bewahren.

2) Titelblatt Internetausgabe, Presse- und Informationsamt in Verbindung mit dem Statistischen Amt (2001): Die wichtigsten Ergebnisse der Bürgerumfrage 2001. *Amtsblatt der Landeshauptstadt Stuttgart*, 30. August 2001, Sonderdruck Beilage, Nr. 35.

(3) Foucault, Michel: Das Subjekt und die Macht, zit. nach Raab, Heike: Foucault

und der feministische Poststrukturalismus. Dortmund 1994, S. 257.

(4) 1884 wird in Deutschland die gesetzliche, teilweise vom Staat finanzierte Unfallversicherung, im Jahr 1883 die Krankenversicherung und 1889 die Alters- und Invaliditätsversicherung eingeführt.

(5) Le Corbusier: Städtebau. Stuttgart 1979, S. 83.

(6) Schubert, Dirk: Stadterneuerung in London und Hamburg. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung. Braunschweig/Wiesbaden 1997, S. 375.

(7) ebd., S. 378.

(8) ebd., S. 380.

(9) ebd., S. 384.

(10) ebd., S. 394.

(11) So wurde beispielsweise das Konzept der „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ nach 1945 in den Begriff der „Siedlungseinheit“ umgedeutet. Siehe hierzu auch: Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900 – 1970. Braunschweig/Wiesbaden 1987.

(12) Marcuse, Peter: Wohnen in New York. Segregation und fortgeschrittene Obdachlosigkeit in einer viertgeteilten Stadt. In: Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (Hg.): New York. Strukturen einer Metropole. Frankfurt am Main 1993, S. 205 - 238.

(13) Krätke, Stefan: Strukturwandel der Städte. Städtssystem und Grundstücksmarkt in der »post-fordistischen« Ära. Frankfurt am Main/New York 1991, S. 72ff.

(14) Rada, Uwe: Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole. Berlin 1997, S. 169.

(15) Angaben bezogen auf die jeweilige Ausländerbevölkerung im Jahr 1985; Angaben ohne Einbürgerungen der Aussiedler deutscher Herkunft aus dem östlichen Ausland. Quelle: Bade, Klaus J.: Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Zuwanderung und Asyl, Schriftenreihe des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Band 8, Kronach 2001, S. 12.

(16) exakt: 424.513 Personen. Quelle: Statistisches Bundesamt.

(17) Siehe: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2006).

(18) Für 2011 siehe: Statistisches Bundesamt (Hg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2011. Fachserie 1, Reihe 2. Wiesbaden, 2012.

(19) Von den knapp 2 Millionen Migrant_innen mit türkischem Pass leben Dreiviertel bereits mehr als 10 Jahre bis über 30 Jahre in Deutschland. Quelle: Statistisches

Bundesamt.

(20) „Als Bestandteil des integrationspolitischen Gesamtkonzepts der neuen Bundesregierung sieht die Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 im Abschnitt IX.7 die Einführung eines allgemeinen kommunalen Ausländerwahlrechts vor. Dieses soll – abweichend von der in Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG getroffenen Regelung – auch Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten gewährt werden, die auf Dauer im Bundesgebiet leben. Die gesetzestechnische Umsetzung dieses Vorhabens macht eine Grundgesetzänderung (Anpassung des Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG) erforderlich, die nach Art. 79 Abs. 2 GG der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates bedarf. Angesichts dieser qualifizierten Mehrheitsanforderungen kann eine entsprechende Gesetzesinitiative nur im parteiübergreifenden Konsens beschlossen werden.“

(21) So stellt das Bundeskriminalamt fest: „Die Illegalen stellen mit 63,7 % die größte Teilgruppe bei Straftaten gegen Ausländer- und Asylverfahrensgesetz, ferner mit 15,1 % bei Urkundenfälschung, sind sonst aber unauffällig.“ Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik 2002 Bundesrepublik Deutschland. Quelle: www.bka.de/pks/pks2002 (26.06.2010).

(22) Dieser Feststellung folgt in Teilen sogar das Bundeskriminalamt, indem es in den Fußnoten zu Statistiken der Tatverdächtigen bemerkt: „Die Kriminalitätsbelastung der Deutschen und Nichtdeutschen ist zudem aufgrund der unterschiedlichen strukturellen Zusammensetzung (Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur) nicht vergleichbar. Die sich in Deutschland aufhaltenden Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind im Vergleich zur deutschen Bevölkerung im Durchschnitt jünger und häufiger männlichen Geschlechts. Sie leben häufiger in Großstädten, gehören zu einem größeren Anteil unteren Einkommens- und Bildungsschichten an und sind häufiger arbeitslos. Dies alles führt zu einem höheren Risiko, als Tatverdächtige polizeiauffällig zu werden. Zu berücksichtigen ist weiterhin ein beachtlicher Anteil ausländerspezifischer Delikte.“ Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik 2002 Bundesrepublik Deutschland. Quelle: www.bka.de/pks/pks2002 (26.06.2010).

(23) So werden zum Beispiel in England bereits 85% aller Innenstädte mit Video überwacht.

(24) Art. 28, Abs. 2, Grundgesetz Bundesrepublik Deutschland. Siehe dazu auch: Simon, Titus: Wem gehört der öffentliche Raum? Gefahrenabwehrverordnungen und andere Instrumente zur Minimierung der Präsenz sozial Schwacher in den Innenstädten. Eine Untersuchung der Hochschule Magdeburg–Stendal im Auftrag der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (KAGW) und der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe (KAGS), Endbericht Mai 2001.

(25) Quelle: <http://www.sozialestadt.de> (08.04.2012).

(26) Landeshauptstadt Stuttgart/Sozialamt (Hg.): Armut in Stuttgart. Quantitative und qualitative Analysen. Stuttgart 2002, S. 72.

(27) Weiter heißt es im Bericht: „Evident ist bei den vorliegenden Dichtezahlen, dass das Armutsrisiko bei den Geschiedenen mit 78 Personen auf 1.000 Einwohner am höchsten ist, nämlich drei mal so hoch wie bei den Verheirateten. Auch die ledigen Einwohner Stuttgarts sind in weitaus höherem Maße dem Risiko existentieller Probleme ausgesetzt; 42 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner untermauern die These von der wirtschaftlichen, materiellen Bedeutung der Institution Ehe. Dass die Verwitweten als Personengruppe am wenigsten dem Risiko einer materiellen Notlage ausgesetzt sind unterstützt auch die Befunde des Alterssicherungsberichtes über die allein Lebenden im Alter. Betrachtet man die Kategorie Familienstand nach dem Merkmal Geschlecht und nach den Dichtewerten, so ist insbesondere der sehr hohe Wert bei den geschiedenen Frauen zu beachten, der eindeutig dafür spricht, dass geschiedene Frauen insgesamt materiell das größte Risiko tragen, sei es aufgrund unzureichender Unterhaltszahlungen für sich selbst und/oder der eventuell eingeschränkten Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit aufgrund von Erziehungspflichten gegenüber Kindern.“ Landeshauptstadt Stuttgart/Sozialamt (Hg.): Armut in Stuttgart. Quantitative und qualitative Analysen. Stuttgart 2002, S. 87.

(28) Die Verantwortlichen für die Kinderlosigkeit bundesdeutscher Städte sind demnach auch schnell ausgemacht, denn es sind angeblich „insbesondere Frauen mit hohem Bildungsstand“, die „bewusst“ auf Nachwuchs verzichten und sich damit der städtischen Zukunft, nämlich den Kindern als „Dynamik und Innovationskraft“ der Städte, verweigern. Siehe: Inge Jacobs: Umdenken tut Not. In: *Stuttgarter Zeitung*, 27. Dezember 2003, Nr. 298, S. 1.

(29) Lefèbvre, Henri: Die Revolution der Städte. Frankfurt am Main 1990, S. 186.

Originaltext „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“

In: Zoll+, Forum Landesplanung, Wien, Frühjahr 2004.

Perspektiven feministischer Planung



In Bezug auf Diskurse um Raum, Stadt und Architektur, die ja nicht nur unmittelbar im planerischen Feld, sondern auch in den Sozialwissenschaften, in der Philosophie, in Kunst und Kultur sowie in Kommunal- und Sozialpolitik geführt werden, fällt auf, dass Fragestellungen zu den Wechselwirkungen zwischen Geschlecht und Raum häufig immer noch ausgeklammert bleiben. Mittlerweile lässt sich jedoch auf über 40 Jahre feministische Planungstheorie und -praxis verweisen, die gerade diese Lücken thematisiert und ins Zentrum gerückt haben.

Ausgehend von einer Analyse und Kritik an der herrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die Frauen auf die Reproduktionsarbeit und in den häuslichen Bereich verweist, bildete sich ab Mitte der 1970er Jahre eine eigenständige feministische Kritik an der baulichen Wirklichkeit heraus. Zu Beginn ging es um grundsätzliche Fragen: Wie beeinflussen Architektur und Städtebau das Leben von Frauen, welche persönlichen Erfahrungen machen Frauen mit ihrer gebauten Umwelt, in welcher Weise beeinflusst der „männliche“ Blick Bau, Entwurf und Lehre, entwerfen Frauen anders und wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? (1) Die frühen Schlüsseltexte zu diesen Fragen erschienen im deutschsprachigen Raum in Schwerpunktheften der Architekturzeitschriften *Bauwelt* und *Arch+*, aber auch in feministischen Frauenzeitschriften wie *Courage* und vor allem in der Streitschrift *Freiräume der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen* (FOPA), die 1981 in Berlin gegründet worden war und in verschiedenen deutschen Städten Untergruppen gebildet hatte. (2) In den folgenden Jahren wurde an verschiedenen Hochschulen im deutschsprachigen Raum versucht, die feministische Planungsdebatte in die Lehre und Forschung sowie in die planerischen Diskurse einzuführen. Die Kritik richtete sich zu diesem Zeitpunkt vor allem gegen die Zuständigkeit von Frauen für die häusliche Reproduktionsarbeit und deren Nichtberücksichtigung in der Planung (Stichwort »Schlafstädte«) sowie gegen normierte und hierarchisierte Wohnungsgrundrisse. Thematisiert wurde vor allem die „baulich-räumliche HERRschaft“ (3), die sich nicht nur in architektonischer Gestaltung, sondern gleichermaßen in einer Funktionstrennung zwischen Arbeiten, Wohnen und Freizeit mit der Folge eingeschränkter Raumaneignungs- und Mobilitätschancen von Frauen niederschlägt. Eine weitere wichtige Position wurde von der Stadthistorikerin und Architektin Dolores Hayden markiert. In ihrer 1981 er-

schienenen Publikation „The Grand Domestic Revolution: A History of Feminist Designs for American Homes, Neighborhoods and Cities“ (4) recherchiert und beschreibt sie unterschiedliche historische Modelle kollektiver und kommunitärer Wohn- und Haushaltsformen mit der Perspektive auf eine „nicht-sexistische Stadt“. (5) Diese historischen Entwürfe, wie zum Beispiel küchenlose Häuser, wurden in der feministischen Planungsdebatte jedoch nicht weiter aufgegriffen und weiterverfolgt. Der Ton in der hiesigen feministischen Debatte um Architektur und Stadtplanung klang zu diesem Zeitpunkt noch widerständig: „Frauen müssen die geschlechtsspezifische Aufteilung der Hausarbeit, die wirtschaftlich privatisierte Basis der Hausarbeit und die räumliche Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz bekämpfen, wenn sie gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft werden wollen.“ (6)

Fortschreibungen

Mit seiner Fortschreibung konzentrierte sich der feministisch-planerische Diskurs dann zusehends auf eine rein praxisbezogene Seite von Architektur und Stadtplanung. Zum einen wurden verschiedene partizipatorische Modelle entwickelt, die es Frauen ermöglichen sollten, ihre Interessen in kommunalen Planungsprozessen stärker als bislang zu vertreten und zum anderen wurden von Planerinnen »frauengerechte« und »frauenfreundliche« Wohnungsgrundrisse und -siedlungen entworfen, die im Zuge von Architekturwettbewerben und Kooperationen zwischen Frauenbeauftragten, Stadtverwaltungen, Wohnungsbau-gesellschaften und Ministerien oder als reine Sozialplanungen teilweise auch realisiert wurden. Diese Entwürfe beruhten auf Forderungen nach einer Anerkennung des Alltagslebens im Sinne einer „Stadt der kurzen Wege“, nach einer Vernetzung der Funktionen und einer Entschleunigung des Verkehrs, nach einer Erleichterung der von Frauen geleisteten sozialen Arbeit sowie einer höheren Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum. Kritisiert wurden weite Wege und eingeschränkte Mobilitätschancen von Frauen sowie eine unzureichende Verfügungsgewalt über öffentliche Räume durch Frauen, weshalb zum Beispiel eine effektive Bürgerinnenbeteiligung, ökologische Stadterneuerung unter Frauengesichtspunkten sowie eine Berücksichtigung des Anstiegs an Ein-Frauen-Haushalten gefordert wurde. Diese Forderungen spiegeln bis heute die veränderten Lebensweisen und Bedürfnisse von Frauen wieder, denn vor allem in den Städten leben viele Frauen nicht mehr in der tradierten Lebensform Kleinfamilie, sondern leben allein, in nichtehelicher Partnerschaft, in Wohngemeinschaften,

mit oder ohne Kinder. (Die Neue Frauenbewegung hat hier wesentlich dazu beigetragen, die gesellschaftliche Akzeptanzschwelle eines selbstbestimmten und selbstständigen Lebens von Frauen zu erhöhen.)

Fragwürdig innerhalb der feministischen Planungsdiskurse war und ist jedoch eine negative Konnotation urbaner Räume, denn eine „frauengerechte“ Stadtplanung müsse „den Abbau von Angsträumen zum Ziel haben, damit die Mobilität von Frauen und ihre Verfügung über öffentliche Räume nicht durch Planung, die ihre Interessen ignoriert, zusätzlich behindert wird.“ (7) Wenn insbesondere sexualisierte Gewalt gegen Frauen auch heute noch als wesentliche Ursache für die Rezeption von Stadträumen als »Angsträume« angesehen wird, sind allerdings planerische Maßnahmen wie Entdunkelung oder Entgrünung allein zu kurz gegriffen. Sie verfehlen den Kern struktureller Geschlechterverhältnisse und den Umstand, dass sexualisierte Gewalt nach wie vor überwiegend im häuslichen Bereich stattfindet. Hinzu kommt, dass die Gefährdung in öffentlichen Räumen in der allgemeinen Wahrnehmung meist wesentlich höher bewertet wird als dies tatsächlich, zumindest in Deutschland, der Fall ist. Dennoch besteht bei vielen Frauen sicherlich nach wie vor ein Unbehagen, sich nachts allein in öffentlichen Räumen zu bewegen und es kommt ja durchaus immer wieder zu sexualisierten Übergriffen und Gewalttaten. (Inzwischen haben einige Städte deshalb die aus der Frauenbewegung entstandene Idee eines Frauen-nachttaxis aufgegriffen.)

Dekonstruktionsdebatte

Dennoch könnte die Perspektive feministischer Planung auf Stadt und Stadtentwicklung noch weitreichender sein, denn bereits im Zusammenhang mit dem Postulat einer „frauengerechten Stadtplanung“ ging es weder „um eine Gegenplanung oder einen Gegenentwurf für eine »andere« Stadt“, sondern darum, „unter Einbeziehung des Wissens von Frauen und unter Berücksichtigung ihrer Erfahrungen bessere Bedingungen für Hausarbeit und für die Reproduktionssphäre Wohnung zu schaffen sowie ein Wohnumfeld, das sozialen Bedürfnissen gerecht wird und in dem ökologische Zusammenhänge berücksichtigt werden.“ (8) Die damalige Forderung erwies sich jedoch als ein vorschneller Rückzug von einer Position, die bis heute längst noch nicht eingenommen oder gar erreicht worden ist, zumal feministische Stadt- und Regionalplanung bereits damals damit zu kämpfen hatte, dass sie als „feministische Position immer unschärfer und unsichtbarer wird.“ (9) Erst auf dem Hintergrund einer in den

I 1990er Jahren eingeleiteten Theoriedebatte um Dekonstruktion wie sie insbesondere von Sozialwissenschaftlerinnen eingeleitet wurde, erfuhr die negative Konnotation des Urbanen innerhalb der feministischen Planungsdiskurse eine, wenngleich immer noch relativ selten aufzufindende Korrektur. Für die Einführung der Dekonstruktionsdebatte in den deutschsprachigen Raum war der im Jahr 1992 veröffentlichte Aufsatz der Sozialwissenschaftlerinnen Gildemeister und Wetterer mit dem Titel „Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung“ grundlegend. (10) Die Autorinnen analysierten und radikalisierten hier die Konstruktionsbedingungen für das System der Zweigeschlechtlichkeit in Anlehnung an die Ausführungen von Judith Butler, die mit ihrer Publikation „Gender Trouble“ auch im deutschsprachigen Raum für heftige Diskussionen sorgte. Mittlerweile ist Dekonstruktion Teil des feministischen Theoriekanons und damit wird nicht nur gender, das sozial konstruierte Geschlecht, sondern auch sex, das biologische Geschlecht als gesellschaftlich konstruiert und diskursiv produziert, denkbar gemacht. Die Folge ist ein In-Frage-Stellen auch jener biologisch begründeten Geschlechterzuschreibungen, die sich einem kritischen Zugriff vermeintlich entziehen, da sie als »natürlich« legitimiert zu sein scheinen. Damit ist der Weg frei gemacht, Geschlecht nicht nur als „weiblich“ und „männlich“, sondern als mehrdimensional zu denken. Die bislang auf Frauen gerichtete Forschung weitet sich in Richtung auf eine Beforschung von Geschlechterverhältnissen auf.

Der Blick wird damit auch frei auf Räume, Subjekte und Identitätskonstruktionen, die Grenzen von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität überschreiten. Hatte der differenzfeministische Ansatz noch versucht, Frau-Sein und Weiblichkeit positiv aufzuladen und die ontologische Leerstelle des weiblichen Geschlechts aufzufüllen, stellt der dekonstruktivistische Ansatz nun die Kategorie Geschlecht selbst in Frage. Ausgehend von diesem theoretischen Hintergrund rückt nicht nur die Zuständigkeit von Frauen für den Reproduktionsbereich, sondern beispielweise auch die damit verbundene, vermeintlich höhere soziale Kompetenz von Frauen in das kritische Blickfeld. Zudem wird die Kategorie Geschlecht nicht allein befragt, sondern in ihrer Verschränkung mit anderen gesellschaftlichen Kategorien wie Ethnizität, Klassenzugehörigkeit, sexuelle Identität oder Alter hinterfragt. Unter Bezugnahme auf die grundlegende Frage „wie räumliche Strukturen und Raumplanung zum sozialen Re- und Neukonstruktionsprozess des dualen Geschlechtersystems beitragen, um daraus Planungskonzepte abzuleiten, die diesen Konstruktionsprozess stören und

zur Dekonstruktion beitragen“ resultiert zum Beispiel die Forderung der Ökonomin Ruth Becker nach einem „Lesbenstadtteil“. (11) Dieser Vorschlag referiert auch bereits vorhandene Praktiken urbaner Raumaneignung, wie sie mit der Etablierung einer städtischen Frauen- und Lesbenprojektekultur einhergehen. Feministische Lesarten urbaner Raumproduktion und -aneignung sind jedoch nicht nur auf die Frage nach der Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität zu beschränken. Perspektivisch sind sie gleichermaßen um identitätspolitische Fragen von Differenz im Sinne einer „lokalen Politik der Differenz“ („located politics of difference“) (12) zu erweitern. Im Kontext von Stadt und Migration wird zum Beispiel die „Konstruktion eines kulturell binären Raumes, nach der sich Migrantinnen in oder zwischen zwei kulturellen Orten bewegen“ (13) in Frage gestellt. Denn das Erleben von „Entortung“ durch die Zugehörigkeit zu zwei unterschiedlichen Kulturen führt insbesondere bei intellektuellen Migrantinnen zu „Subjektivitätsformen, die es Migrantinnen ermöglichen, Verortungsstrategien in der Dialektik innerhalb und zugleich außerhalb binärer Logiken zu entwickeln.“ (14) Eine andere Autorin liefert allerdings einen etwas anderen Begründungszusammenhang, indem sie feststellt, dass „sich in Stadträumen, aus denen die Majorität sich zurückgezogen hat, sich die sozialen und ökonomischen Bedürfnisse der Minoritäten leichter, intensiver und vor allem sichtbarer entfalten.“ (15) Letztere These kann allerdings dazu benutzt werden, die Rede von ethnischen »Ghettos« und so genannten »Parallelgesellschaften« weiter zu befördern und sie entspricht in dieser Pauschalität auch nicht den realen städtischen Gegebenheiten. (16) Festzuhalten ist, dass viele Migrantinnen schon längst in der deutschen »Mehrheitsgesellschaft« angekommen sind, auch wenn sie ihre Herkunft nicht verleugnen. Dennoch bestehen nach wie vor auch auf räumlich-städtischer Ebene spezifische Bedürfnisse in Hinblick auf die Möglichkeiten urbaner Raumaneignung. (So haben einige Initiativen zum Beispiel inzwischen interkulturelle Gärten und Gärten für Migrantinnen eingerichtet).

Frauenwohnprojekte

Auf praktischer Ebene entstand in Deutschland in den letzten 30 Jahren eine inzwischen nicht unbedeutende Anzahl an Frauenwohnprojekten unterschiedlichster Art: als autonome Frauenwohnprojekte aus Eigeninitiative und in Selbstorganisation, als Realisierungen von Frauenbaugenossenschaften, als Sozialprojekte oder als frauengerechter Wohnungsbau in Miete oder Eigentum. (17)

Solche Alternativen könnten eine noch viel stärkere Aufmerksamkeit und finanzielle Förderung erfahren, da noch verbliebene staatliche und kommunale Förderinstrumente im Wohnungsbau nur bestimmte Einkommensgruppen sowie Lebensweisen fördern und gerade in diesem Zusammenhang die Geschlechterfrage nach wie vor kaum thematisiert wird. Gerade in Hinblick auf die Wohnraumversorgung für ältere Frauen ist hier nicht nur ein Forschungs-, sondern auch ein dringender Handlungsbedarf entstanden. Auch vermeintlich radikalere Alternativen zu herrschenden Wohnformen wie zum Beispiel gemeinschaftlich-kollektive Wohnformen in ehemaligen Fabriken, aufgegebenen Militärgeländen oder gar in Wagenburgen werden von offizieller Seite viel eher bekämpft als gefördert. (18) Heute werden insbesondere die Chancen des Gender Mainstreaming im Zusammenhang mit Stadt- und Wohnungspolitik sowie Verkehrs- und Freiflächenplanung im planerischen Feld diskutiert. (19) Gender Mainstreaming ist zwar eine wichtige Errungenschaft, gleichwohl handelt es sich um ein Instrument, das versucht, Geschlechtergerechtigkeit von oben nach unten durchzusetzen und in Hinblick auf die Realisierung von Geschlechtergerechtigkeit in der Stadtplanung und in der Architektur allerdings bislang nur mit wenig Erfolg. Insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben wird zwar inzwischen in manchen Bundesländern eine Stellungnahme seitens der zuständigen Gleichstellungsbeauftragten angefragt und gehört, aber geplant und gebaut wird dann doch wie gehabt. Gesellschaftliche Veränderung – und dies betrifft auch Planung und Stadtentwicklung – erfolgt eben meist nur durch Druck von »unten«.

Ausblick

Auch heute richtet sich der Fokus feministischer Planungstheorie und -praxis noch wesentlich häufiger auf Wohnbereiche und Wohnumfeld als auf eine umfassende Analyse urbaner Räume. (20) Nicht nur die feministische Planungstheorie müsste Stadt als Raum der Emanzipation begreifen und sich noch deutlicher als bislang mit alternativen Raumstrategien und Raumformen beschäftigen. Hierbei sind urbane Räume, trotz aller dort vorhandenen Einschränkungen, nicht nur als Emanzipationshindernis, sondern als Grundbedingung für die Ausbildung und Lokalisierung emanzipatorischer und widerständiger Praktiken zu begreifen. Perspektivisch gesehen tragen gerade solche Praktiken dazu bei, bestehende soziale Normen aufzubrechen und andere gesellschaftliche Lebensformen und Lebensweisen beispielhaft zu entwickeln. Wie am Beispiel anderer gesellschaftspolitischer Bewegungen zeigt sich auch am Verlauf und der

Genese der Frauenbewegung, dass deren Entwicklungs- und Etablierungsprozesse nicht ohne Widersprüche verlaufen. So sind die hiesigen Frauenprojekte, die aus der autonomen Frauenbewegung seit den 1970er Jahren entstanden sind, als verräumlichte Formen urban-gesellschaftlicher Aneignung häufig nicht mehr Austragungsorte gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen, sondern Zentren der Alltagsbewältigung und Aufarbeitung, worin sich nicht zuletzt ein gesamtgesellschaftlicher Wandel zu Individualisierung und Privatisierung widerspiegelt. In diesem Zusammenhang sind zweifelsohne neue Strategien, Koalitionen und Plattformen notwendig und wünschenswert, um auch die feministisch orientierte Stadtplanung weiter voran zu treiben. Weiterführende Perspektiven ergeben sich bei der Untersuchung urbaner Raumproduktionen und Aneignungsstrategien auf internationaler Ebene, denn es sind vor allem Frauen, die nicht nur mehrheitlich vom Land in städtische Räume migrieren, sondern dort selbstorganisierte Infrastrukturen aufbauen, sich in Gruppen und Vereinigungen organisieren, um Zugang zu Ressourcen und um ihre politischen Rechte kämpfen. Welche Rolle gerade solche urban-aktivistischen Praktiken in Bezug auf Stadt- und Kommunalentwicklung einnehmen, wäre ein wichtiges und noch zu bearbeitendes Forschungs- und Praxisfeld feministischer Planung.

Fußnoten

(1) siehe: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg.): Frauen, Räume, Architektur, Umwelt. Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis, 1980, Nr. 4, München; Dörhöfer, Kerstin, Terlinden, Ulla (Hg.): Verbaute Räume. Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen. Köln 1987; Rodenstein, Marianne: Wege zur nicht-sexistischen Stadt. Architektinnen und Planerinnen in den USA. Freiburg im Breisgau 1994; FOPA e.V. Dortmund (Hg.): Frauen verändern ihre Stadt: selbstorganisierte Projekte der sozialen und ökologischen Stadterneuerung. Vom Frauenstadthaus bis zur Umplanung einer Großsiedlung. Zürich/Dortmund 1993.

(2) *Bauwelt*, 1979, Nr. 31 / 32; *Arch +*, 1981, Nr. 60; FOPA e.V.: Frei. Räume. Streitschrift der feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen, Heft 1, Berlin 1983.

(3) Terlinden, Ulla: Baulich-räumliche HERRschaft. Bedingungen und Veränderungen. In: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg.): Frauen, Räume, Architektur, Umwelt. Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis, 1980, Nr. 4, S. 92-101.

- (4) Hayden, Dolores: *The Grand Domestic Revolution: A History of Feminist Designs for American Homes, Neighborhoods and Cities*. Cambridge: MIT 1981.
- (5) Hayden, Dolores: Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? In: *Arch +*, Dezember 1981, Nr. 60.
- (6) ebd., S. 51
- (7) vgl. FOPA e.V. Dortmund (Hg.): *Frauen verändern ihre Stadt: selbstorganisierte Projekte der sozialen und ökologischen Stadterneuerung. Vom Frauenstadthaus bis zur Umplanung einer Großsiedlung*. Zürich/Dortmund 1993, S. 23.
- (8) ebd., S. 27.
- (9) Rodenstein, Marianne: Von der frauengerechten zur nicht-sexistischen Stadt. Ein Plädoyer für eine neue Perspektive in der feministischen Stadt- und Regionalplanung. In: FOPA Berlin, Bremen, Dortmund, Hamburg, Kassel, Köln, Rhein-Main (Hg.): *Neue Wege - Neue Ziele. Positionen feministischer Planung. Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis*, 1998, S. 143.
- (10) Gildemeister, Regine; Wetterer, Angelika: *Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung*. In: Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.): *Traditionen-Brüche*. Freiburg 1992.
- (11) Becker, Ruth: Zu kurz gesprungen? Anmerkungen zum vielschichtigen Unbehagen über den Stand feministischer Planung - Überlegungen zu einer Neuorientierung. In: FOPA Berlin, Bremen, Dortmund, Hamburg, Kassel, Köln, Rhein-Main (Hg.): *Neue Wege - Neue Ziele. Positionen feministischer Planung*, Bielefeld 1998, Band 10, S. 157.
- (12) Jacobs, Jane M.; Fincher, Ruth (ed.): *Cities of Difference*. New York/London 1998, S. 2.
- (13) Gutiérrez Rodríguez, Encarnación: Raum- und Ortkonzepte intellektueller Migrantinnen. In: Andres-Müller, Heide (Hg.): *Ortsveränderungen: Perspektiven weiblicher Partizipation und Raumanneignung*. Königstein/ Taunus 1999, S. 60.
- (14) ebd., S. 61.
- (15) Eickhoff, Antje: Wo die wilden Kerle wohnen? Annäherungen an das Ghetto. In: FOPA Berlin, Bremen, Dortmund, Hamburg, Kassel, Köln, Rhein-Main (Hg.): *Ortswechsel, Blickwechsel: Frauenräume in der Migration*. Bielefeld 1998, S. 110.
- (16) vgl. hierzu auch den Aufsatz „Topologien der Migration“ in dieser Publikation.
- (17) Becker, Ruth (Hg.): *Frauenwohnprojekte – keine Utopie! Ein Leitfaden zur Entwicklung autonomer Frauen(wohn)räume mit einer Dokumentation realisierter Projekte in Deutschland*. Studien Netzwerk Frauenforschung. Dortmund 2009.
- (18) Sicher gibt es auch Ausnahmen wie die Tübinger Südstadt, ein ehemaliges Mi-

litärgelände, das mit kleinteiliger Nutzungsmischung, Reaktivierung von Altbauten in einer dezentralen, quartiersorientierten Struktur revitalisiert wurde. Die Entwicklung dieses Quartiers beruhte vor allem auf privaten Baugemeinschaften, so dass hier vor allem ein ökologisch bewusstes und akademisch-bürgerliches Milieu zum Zug kam.

(19) An dieser Stelle lässt sich beispielsweise auf die von Christine Färber, Meike Spitzner und anderen verfasste und 2003 erschienene Expertise „Umsetzung des Gender Mainstreaming in der Städtebaupolitik des Bundes“ verweisen.

(20) Nur in einigen Städten wie in Hamburg können Frauenbeiräte, die unmittelbar an die entsprechenden Behörden (in Hamburg an die Stadtentwicklungsbehörde) angeschlossen sind, durchgesetzt werden. Deren Aktivitäten brachten einige gesamtstädtische Untersuchungen wie Rahmen- und Entwicklungskonzepte mit sich.

Originaltext „Less or More? Perspektiven feministischer Planung“

In: dérive, Zeitschrift für Stadtforschung, Nr. 7, März, Wien 2002.

Raumaneignung im Horizont von Identität, Hegemonie und Subversion



Der Blick in die Geschichte(n) der europäischen wie der außereuropäischen Stadtentwicklungen zeigt, dass die Herausbildung des modernen Subjekts und der Umbau der monarchistischen in nationalstaatliche, in kapitalistische (und auch kommunistische) Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen unmittelbar an die Stadt geknüpft ist. Es zeigt sich damit auch, dass die Genese der Städte aus der Perspektive einer langen, wechselhaften Reihe von Unruhen, Widerstandsbewegungen oder Revolutionen gelesen werden kann. Hier stellt sich die Frage nach der Bedeutung urbaner Räume als Voraussetzung für emanzipatorische Prozesse bzw. nach den Wechselwirkungen zwischen Stadt und gesellschaftspolitischen Bewegungen. Die Produktivität der Stadt wird somit nicht nur, um dem Soziologen Georg Simmel zu folgen, von ihrer Größe, ihrer Dichte, dem Grad ihrer hoch spezialisierten Arbeitsteilung, ihrer kulturellen und sozialen Heterogenität sowie ihrem Anteil an Fremdheit getragen. Die Produktivität der Stadt, so meine These, wird auch davon bestimmt, in wie weit sich hier gesellschaftskritische Bewegungen formieren, situieren und an Einfluss gewinnen können. Um es etwas allgemeiner zu formulieren: Urbane Räume sind in ihrer Funktion als verdichtete Austragungsorte gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen um Definitions- und Handlungsmacht zu verstehen. Aus dieser Perspektive stellt sich die Raumfrage als Machtfrage: Wer kann sich Raum (ver-)schaffen und aneignen? Hiervon ausgehend können widerständige urbane Praktiken in einen Begriff des städtischen Raumes eingeführt werden, wenn Macht nicht nur als vertikal, sondern im Sinne von Foucault auch als horizontal wirksam und produktiv verstanden wird. Ein solches Verständnis von Macht bietet (trotz aller berechtigten Einwände und Kritik) neue Anschlussmöglichkeiten für eine urbane Raumtheorie und ihre Perspektive auf urban-gesellschaftliche Räume, die nun um die Produktivität widerständiger, gesellschaftspolitischer, subkultureller und auch subalternen Bewegungen und Gruppen erweitert werden kann. Gerade dieser Aspekt wird insbesondere in der Stadtplanung sowie in der Rezeption der Stadt und ihrer Bewohner_innen noch häufig vernachlässigt. Eine Raumtheorie, die diese Produktivität nicht ausschließt, kann damit auch jene Raumaneignungsstrategien, die sich gegen vorhandene Ungleichheiten und (negative) Differenzen richten und über diese hinausweisen, thematisieren und zur Diskussion stellen. Denn gerade von diesen »Gegen«bewegungen gehen wichtige, Gesellschaft verändernde Impulse

aus. (1) In Hinblick auf eine solche erweiterte Theorie von Raumproduktion und urban-gesellschaftlichen Räumen unterscheide ich zwischen drei Formen von Raumaneignung. Eine erste Form der Raumaneignung erfolgt im Zusammenhang mit Identitätsbildung, eine zweite bezeichne ich als hegemoniale und eine dritte Form als subversive Raumaneignung.

Identitäre Raumaneignung

Die erste Form der Raumaneignung betrifft zuerst einmal den Körper selbst. So stellt bereits der Philosoph Maurice Merleau-Ponty fest: „Far from my body's being for me no more than a fragment of space, there would be no space at all for me if I had no body.“ (2) In der Folge steht auch die kindliche und adoleszente Identitätsbildung (sei es in Bezug auf die Ich-Entwicklung, sei es in Bezug auf die Ausbildung geschlechtlicher und sexueller Identität) in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einer möglichst positiv verlaufenden In-Besitznahme und Aneignung des eigenen Körpers als Raum. Dieser Körperraum wird früher oder später geschlechtlich aufgeladen und mit »weiblichen« und »männlichen« Körperbildern ebenso wie mit der Entwicklung von Sexualität und sexuellen Identität verknüpft. Die Aneignung des Körpers, aber auch die bewusste und unbewusste Auseinandersetzung mit Geschlecht und Geschlechterzuschreibungen, macht in der Folge den Körper häufig zu einem umstrittenen »Raum«, wobei auch das Verhältnis zwischen Körper- und Umgebungsraum hier eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Insbesondere in den Sozialwissenschaften wird auf den Zusammenhang von kindlicher und adoleszenter Identitätsentwicklung und Raumaneignung hingewiesen. (3) Bereits in frühen Jahren zeigen Geschlechternormen und geschlechterdifferentielle Sozialisation zum Beispiel im Bewegungs- und Raumaneignungsverhalten von Kindern ihre Wirkung. (4) So basieren zum Beispiel Konstruktionen von Männlichkeit nach wie vor auf einem Raum greifenden Verhalten und auf der aktiven körperlichen Aneignung physischer Räume sowie in der Folge auf der Besetzung öffentlicher, halböffentlicher oder auch privater Räume. Frühe Geschlechterdifferenzen zeigen sich zum Beispiel im Verhalten von Kindern auf Spielplätzen und setzen sich selbst in hierarchie-freien Sportarten wie dem Streetskaten fort, die meist eine Domäne männlicher Jugendlicher ist. Mädchen und junge Frauen haben es aufgrund ihrer Erziehung schwerer, sich hier im wahrsten Sinne des Wortes Raum zu verschaffen – zumindest ab dem Moment, in dem sie mit Geschlechterzuschreibungen und Stereotypen über »weibliches« Körper- und Bewegungsverhalten konfrontiert und

direkt oder indirekt zu Anpassungsleistungen an Geschlechternormen aufgefordert werden. Geschlechternormativität und deren Inkorporierungen in Bezug auf Körperpositionen und Raumaneignungsverhalten in öffentlichen Räumen und Alltagssituationen machen sich auch bei Erwachsenen bemerkbar, wie zum Beispiel bereits in den 1970er Jahren die Künstlerin Marianne Wex anhand von Photographien und Abbildungen aus Publikationen aufgezeigt hatte. (5) Solche Differenzen lassen sich trotz veränderter sozialer Verhaltensweisen und fortgeschriebener normativer Geschlechterordnungen auch heute noch beobachten, wie zum Beispiel die unterschiedlichen Körperhaltungen während des Wartens oder Sitzens an einer Bushaltestelle oder das raumgreifende Körperverhalten insbesondere von Männern in öffentlichen Verkehrsmitteln. Geschlechterkonnotierte Körper- und Bewegungsbilder werden gleichermaßen auf visueller und medialer Ebene vermittelt. Werbung im Stadtraum, inzwischen in Form von übergroßen Riesenpostern und Videoscreens an vielen Gebäuden installiert, trägt mit ihren Darstellungen zur Bestätigung herrschender Geschlechternormen bei, denn meist werden hier Frauen als körperlich passiv, dem männlichen Geschlecht zugewandt dargestellt und so ein nach wie vor männlich konnotierter und zudem heteronormativer Blick bedient.

Das Thema Raumaneignung kommt auch bei den Interaktionen im häuslichen Bereich zum Tragen. Auch das bereits von Virginia Wolff geforderte „Ein Zimmer für sich allein“ ist für viele Frauen heute noch nicht selbstverständlich, selbst wenn es wirtschaftlich und räumlich gesehen möglich wäre. Dabei ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass Frauen sehr wohl an der Produktion von Geschlechterverhältnissen mitbeteiligt und nicht nur deren Opfer sind. Ungleichheiten und Differenzlinien entwickeln sich eben nicht nur entlang von (biologischer) Geschlechterzugehörigkeit, wie viele Untersuchungen und Beiträge der Geschlechterforschung zeigen. Auf struktureller Ebene zeigen sich dennoch gewisse Konstanten, wozu die nicht wenigen Fälle von sexualisierter und häuslicher Gewalt gehören, die nach wie vor überwiegend von Männern ausgeübt wird. (Durch das neue Gewaltschutzgesetz hat sich jedoch auch in Deutschland eine positive Verschiebung einleiten lassen: nicht mehr länger die Opfer, sondern die Täter müssen aus Haus oder Wohnung und dem Wohnumfeld weichen. Zumindest diesbezüglich ist somit ein Fortschritt zu verzeichnen.) Fragen von Raumaneignung spielen auch im Zusammenhang mit sexueller Identität eine Rolle. Homosexuelle und offen transsexuelle, transidentitäre und queere Personen erfahren nicht selten negative Reaktionen, die von schrägen Blicken, Ablehnung bis hin zu sprachlichen und körperlichen Übergriffen reichen, und

werden so in ihrem stadträumlichen Bewegungsradius und in ihrer Raumaneignung eingeschränkt. Die öffentliche Ablehnung von homosexuellen und queeren Personen hat zwar zumindest in den mittel- und nordeuropäischen Großstädten abgenommen, dennoch entstehen nach wie vor genügend Situationen, die den homosexuellen und queeren Alltag erschweren oder gar bedrohen. Umgekehrt beeinflusst und fördert auch die bauliche Umwelt ein geschlechterdifferentielles und geschlechterstereotypisches Bewegungs- und Raumaneignungsverhalten und trägt damit zu einer Verfestigung geschlechtsspezifischer Identität mit bei, auch wenn dies meist unbewusst geschieht. Die Einführung von Kaufhäusern, später dann von Fußgängerzonen und Einkaufszentren entspricht insbesondere dem Bewegungs- und Sicherheitsbedürfnis weiblicher Konsumentinnen, die aufgrund ihrer nach wie vor bestehenden Zuständigkeit für die Reproduktionsarbeit auch die Hauptzielgruppe dieser Einrichtungen ausmachen (eine Zielgruppe, die dann weiter ausdifferenziert wird). Dies spiegelt sich in der internen Organisation der Warenangebote und Wegeführung wider. Neben einer strikt geschlechterdifferentiellen Teilung zwischen Damen, Herren und Kinderabteilung finden sich bei mehrgeschossigen Kaufhäusern im Erdgeschoßbereich meist Parfümeriebedarf und Sonderangebote für den »weiblichen« Bedarf, die Abteilung Damenkleidung ist meist im ersten Obergeschoß bzw. immer näher am Erdgeschoß und Eingangsbereich gelegen als die Abteilung für »Herren«. Ein anderes Beispiel zeigt sich bei näherer Betrachtung des Angebots eines bekannten schwedischen Möbelhauses, das auf den ersten Blick alle Käufer_innenschichten auf neutrale Weise anspricht, jedoch feine geschlechterdifferentielle Unterschiede vornimmt, indem es beispielsweise dekorative Einrichtungsgegenstände wie Vorhänge, Kissen und Textilien mit weiblichen und solide, notwendige Einrichtungsgegenstände wie Tische, Stühle und Schränke mit männlichen Namen auszeichnet. Diese wenigen Beispiele zeigen, dass uns Geschlechternormen ein ganzes Leben lang begleiten, dass unsere unbewussten Einschreibungen und Handlungsmuster, unsere »geschlechtliche Identität« durch bauliche, städtische und gesellschaftliche Raumstrukturen weitaus häufiger bestätigt als erweitert werden. Diese Identität zu verändern bedeutet bewusste Anstrengung und dies umso mehr, wenn sich außerhalb von uns selbst wenig Anknüpfungspunkte und kaum Alternativen finden lassen.

Hegemoniale Raumaneignung

Als eine weitere Form der Raumaneignung kommen hegemoniale Raumaneig-

nungsstrategien zum Tragen die ich begrifflich in Anlehnung an das Hegemonie-Konzept des Philosophen und Theoretikers Antonio Gramsci verorte. Unter Hegemonie sind Machtverhältnisse zu verstehen, die sich auf einen allgemeinen Konsens stützen, der von dominanten gesellschaftlichen Gruppen etabliert wird. Hegemonie gleich Konsens und Zwang, so lautet die bekannte Formel von Gramsci. Der allgemeine Konsens basiert auf einem bereits kollektiv verankerten, wenn auch nicht unveränderbaren Set an Normen, Werten, Haltungen, Vorstellungen sowie Übereinkünften und erzeugt damit soziale Ordnung. Diese Ordnung ist dann am stabilsten wenn sie Einzug in den »Alltagsverstand« (6) hält und sich dort in Normalitätsvorstellungen sowie in einer Anerkennung der »Grenzen des Möglichen« verankert. (7)

Diese eher »weichen« und verhandelbaren Dimensionen sozialer Ordnung treffen auf »harte« Komponenten wie Rechtsprechung, Gesetze, Vorschriften usw. seitens staatlich-politischer Seiten, die damit soziale Ordnung strukturieren und fundieren. Im engeren Sinne bedeutet Hegemonie also die Herstellung einer Vormachtstellung mittels des Erlangens von Diskurs- aber auch Handlungshoheit. Möglichst alle anderen gesellschaftlichen Gruppen sollen von der Notwendigkeit und Legitimität des eigenen Interesses überzeugt werden, zur Not auch mittels der Anwendung von Zwang. Gesellschaftliche Veränderungen, die diesen Interessen zuwider laufen, stehen damit nicht auf der Agenda. Auch an der Veränderung vorherrschender Geschlechter-, Sexualitäts- und Identitätsdispositive haben Eliten bzw. dominante Gruppen kein echtes Interesse bzw. nur dann, wenn sie zu ihrem Vorteil sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass gesellschaftliche Veränderungen unmöglich sind. Sicher ist jedoch, dass sie erkämpft werden müssen. Dieser Kampf kann unterschiedliche Formen annehmen und in unterschiedlichen Arenen stattfinden: auf parlamentarischer und/oder außerparlamentarischer bzw. zivilgesellschaftlicher Ebene, auf der Basis von unterschiedlichen Aushandlungsprozessen (in einem rechtlichen bis hin zu einem rein diskursiven Rahmen) und in Form von Widerstandsbewegungen, auf friedliche bis hin zu gewalttätiger Weise. Die Geschichte zeigt, dass auf längere Sicht die durch solche widerständigen Kämpfe eingeleiteten gesellschaftlichen Veränderungen zu einer (wenn auch vorerst systemkonform bleibenden) Modernisierung von Gesellschaft, Ökonomie und Kultur beitragen. Auch in der Stadtgesellschaft treffen unterschiedliche Interessen aufeinander, wobei sich in Bezug auf Vorhaben urbaner Raumproduktion und Formen urbaner Raumaneignung meist zwei Seiten gegenüber stehen. Auf der einen Seite Investor_innen, Unternehmer_innen, Kommunalvertreter_innen, Planer_innen,

Politiker_innen und Medienvertreter_innen sowie ein mehr oder weniger großer Teil der Bevölkerung, also diejenigen, die von den jeweiligen Vorhaben profitieren oder davon zu profitieren glauben. Auf der anderen Seite finden sich negativ betroffene StadtbewohnerInnen und all jene, die diese Vorhaben kritisch sehen und ihre positiven Effekte anzweifeln. Neben diesen beiden Gruppen existiert immer auch eine mehr oder weniger große Gruppe von Unentschlossenen oder Gleichgültigen. Der ersten Gruppierung muss es also darum gehen, den Widerstand möglichst klein zu halten, den (städtischen) Konsens möglichst weit auszudehnen und eine Raum-, Stadt- und Ordnungspolitik zu installieren, die ihre Ziele, Interessen und Vorstellungen möglichst reibungslos zu realisieren verspricht. Dazu dienen dann auch Strategien, die zum Beispiel in einer symbolischen Aufladung und diskursiv-medialen Inszenierung von Stadtbildern, Stadtgeschichte(n) und geplanten Stadtentwicklungsprojekten bestehen. Diese Mittel können jedoch auch sehr schnell an ihre Grenzen geraten, wenn die Widersprüche zu groß und zu offensichtlich werden. Ein anderes Mittel ist der Lobbyismus mit seinen gezielten Versuchen Politiker_innen, Führungspersonen und Medienvertreter_innen auf geplante Vorhaben einzuschwören und möglichst viele, unmittelbar oder mittelbar Beteiligte auf einen Konsens in Hinblick auf ein bestimmtes Interesse und dessen Durchsetzung zu verpflichten. Im Fall von Stadtentwicklung besteht dieses Interesse meist in einer profitablen ökonomischen Verwertung urbaner Räume wobei die geplanten Bauvorhaben und Baumaßnahmen mit Hilfe von Modernisierungs- und Fortschrittsversprechen symbolisch aufgeladen werden. Hegemoniale Raumaneignungsstrategien stehen damit einem „Recht auf Stadt“, das seitens anderer Gruppen von Stadtbewohner_innen eingefordert wird, gegenüber.

Neue Formen hegemonialer Raumaneignung entstehen auch im Zusammenhang mit dem Aufkommen postfordistischer Ökonomien und der so genannten Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft. In Hinblick auf die Merkmale dieser Ökonomien hat der Theoretiker Maurizio Lazzarato den Begriff der immateriellen Arbeit geprägt. (8) Diese neuen Arbeitsformen bestehen in einer vollständigen Verwertung von Subjektivität innerhalb von flexibilisierten Produktionszyklen, womit prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Hyperausbeutung und eine »Feminisierung« von Erwerbsarbeit verbunden sind. (Mit dem taktisch zu nutzenden, wenngleich etwas unpräzisen Begriff der »Feminisierung« ist die Ausweitung von bislang tradiertem Frauenerwerbsarbeit vorbehaltener, flexibler und gering entlohnter Erwerbsarbeitsstrukturen gemeint wie sie ja bereits seit einiger Zeit festzustellen sind und die eine Verschärfung von Ungleichheiten

zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen zur Folge haben). In der Folge formieren sich neue Klassen von Dienstleistungsarbeiter_innen: auf der einen Seite gut situierte Schichten, Stichwort: Double Income No Kids (DINKY), die ihren Anspruch auf urbane Lebensqualität, urbane Dichte und Vielfalt anmelden und sich bevorzugt in modernisierten Innenstadtquartieren ansiedeln. Auf der anderen Seite entsteht eine Schicht unsichtbar bleibender und schlecht bezahlter Dienstleistungsarbeiter_innen, welche die Grundlage für einen weiteren Ausbau der Städte als Dienstleistungszentralen bilden. Auf dieses Phänomen hat bereits seit längerem die Ökonomin Saskia Sassen in ihren Untersuchungen zur ökonomischen Restrukturierung der Global Cities hingewiesen. (9)

Im Zuge dieser Veränderungen kommt es auch zu einer Verschärfung sozial-räumlicher Differenzen, denn insbesondere in den Zonen innerhalb der Wachstumskorridore geht der Umbau der Städte mit einer erhöhten Wohnungsnachfrage, mit steigenden Mietpreisen und Gentrifizierung, der Verdrängung der bisherigen Stadtbewohner_innen eines Stadtviertels, einher. Hinzu kommen die Verabschiedung des sozialen Wohnungsbaus, die Aufhebung von Mietpreisbindungen und der Verkauf noch verbliebener Sozial- und Genossenschaftswohnungen. Sicherlich heißt Stadt auch Stadtentwicklung und beinhaltet damit bauliche wie soziale Veränderungen in Städten. Lokal wie international betrachtet, lässt sich dennoch inzwischen eine noch nie dagewesene Dynamik städtischer Umbau- und Entwicklungsprozesse im Horizont eines entgrenzten Kapitalismus beobachten. Diese Dynamiken, dies sei an dieser Stelle bemerkt, gehen nicht nur mit Wachstum, sondern in anderen Städten und Gebieten mit Schrumpfung oder mit dem Verlust und der Vernichtung bestehender baulicher, ökonomischer, sozialer und kultureller Räume und Infrastrukturen einher. Diese Prozesse verlaufen zwar je nach Stadt unterschiedlich – sowohl was die Geschwindigkeit des Stadtbbaus oder der Stadterweiterung, als auch deren Dimensionen betrifft –, dennoch weisen sie Gemeinsamkeiten auf. Erstens in Bezug auf ihre Motive, nämlich das Erzielen einer möglichst hohen Rentabilität des eingesetzten ökonomischen, aber auch symbolischen Kapitals. Zweitens in Bezug auf ihre Gestaltungen, die sich einerseits in einer sich wiederholenden Gleichförmigkeit, andererseits in einer möglichst spektakelförmigen Inszenierung von Einmaligkeit niederschlagen. Drittens in Hinblick auf die, bereits beschriebenen Folgen für die Stadtgesellschaft mit ihren verschiedenen Gruppen und Gruppierungen. In aller Kürze ausgedrückt lässt sich eine solche hegemoniale Raumaneignung mit den Stichworten »urbane Aufrüstung«, »Homogenisierung durch Ökonomisierung« und »soziale Polarisierung« fassen. Hegemoniale Raumaneignungs-

strategien (und diese können nicht nur in urbanen, sondern ebenso in ländlichen Gebieten stattfinden) betreffen auch, obwohl dies nicht immer unmittelbar erkennbar wird, Geschlechterverhältnisse bzw. das Spektrum an kategorialen Differenzen, die in den Sozialwissenschaften unter dem Begriff der Intersektionalität diskutiert und gefasst werden. Gemeint sind hier die Wechselwirkungen unterschiedlicher Differenzlinien (Klasse, Geschlecht, Ethnizität/Rasse, Körper, sexuelle Identität), die sich auf mehreren Ebenen (Gesellschaftsstrukturen, Identitätskonstruktionen, Repräsentationen) realisieren. (10) Angesichts dieser Komplexität müssten demnach spezifische (städtische) Fallanalysen vorgenommen werden, um die jeweiligen Wirkungsweisen hegemonialer Raumaneignungsstrategien im Detail heraus zu arbeiten. Grundsätzlich ausgedrückt ist die hegemonial motivierte Raumaneignung Teil eines „Gesellschaftskörpers“, in dem sich „Prozeduren ausbreiten, um die Individuen anzuordnen, zu fixieren und räumlich zu verteilen und zu klassifizieren, um das Höchstmaß an Zeit und das Höchstmaß an Kräften aus ihnen herauszuholen, um ihre Körper zu dressieren, ihr ganzes Verhalten zu codieren ...“ (11) wie es Foucault einmal formuliert hat.

Hiervon ausgehend, lässt sich auch auf der Ebene der hegemonial motivierten Raumproduktion ein „Doing Gender“ (12), ein ständiges Wiederherstellen von geschlechterkategorialen, auf Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität beruhenden Setzungen beobachten. Lesbar wird dies zum Beispiel an einer einseitigen Ausrichtung von Verkehrskonzepten an der Normativität männlich konnotierter Nutzungsbedürfnisse, an der repräsentativen, geschlechter- und heteronormativen Aufladung urbaner Räume (zum Beispiel bei Denkmälern, in Stadt-, Verkehrs- und Immobilienwerbung) oder in Siedlungsentwürfen und -strukturen, die sich an der tradierten Kleinfamilie und ihrem heteronormativen Gehalt orientieren. In Bezug auf Siedlungsformen ist das möglichst freistehende Einfamilienhaus nach wie vor die am häufigsten gewünschte und bevorzugte Wohnform. Hierbei spielt der symbolische Gehalt, wie Bourdieu in seinen Untersuchungen zum Eigenheimbau nachgewiesen hat, eine weitaus größere Rolle als die ökonomischen Motiven. (13) Aus Geschlechterperspektive gelesen heißt dies, dass der Eigenheimbau vor allem durch die Narrationen und Projektionen, die mit der heterosexuellen Kleinfamilie assoziiert werden, symbolisch aufgeladen und motiviert wird. In der Folge können auch die Gated Communities angeführt werden, die den Schutz der bürgerlichen Kleinfamilie zum Kern haben. In der urbanen Realität hat die traditionelle Kleinfamilie als monopolisierendes Lebensmodell angesichts der neuen Vielfalt an Lebensformen und Lebenswei-

sen, die auch als Folge von Modernisierungs- und Emanzipationsprozessen entstanden sind, allerdings ausgespielt. Dass eine bauliche Neuorientierung an veränderte Lebensformen insbesondere in den Städten noch häufig auf sich warten lässt, ist angesichts des geschlechternormativen Trägheitsmoments räumlich-planerischer Reorganisation, aber auch des Widerstands der Disziplinen Architektur und Stadtplanung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen keine Überraschung. Die Produktion gebauter Räume befindet sich damit gegenüber den Fortschreibungen von Geschlechter- und Lebensverhältnissen nicht nur in einem zeitlichen Verzug, sondern setzt tradierte Vorstellungen des Wohnens, Arbeitens und Lebens meist weiter fort, wie viele Siedlungs-, Stadt- und Architekturentwürfe zeigen. Mit der Fortschreibung geschlechtersensibler Theoriebildung und der Einführung einer intersektionalen Analyse kann im Zusammenhang mit urbaner Raumproduktion an ein Doing Difference angeschlossen werden. (14) Gemeint sind hier Differenz produzierende bzw. bestehende Differenzen verfestigende Strategien beispielsweise entlang von Klasse und Ethnizität. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn Wohnungsgesellschaften dazu übergehen, ihre Wohnbauten nach ethnischen Kriterien zu vermieten oder zu verkaufen, um so entlang von vermeintlicher kultureller Differenz zu entmischen, also zu segregieren. (15)

An dieser Stelle lässt sich auch fragen, welche Raumanennungs- und Raumnutzungsansprüche sich in städtischen, verstädterten (aber auch ländlichen) Gebieten durchsetzen bzw. auf welche dieser Ansprüche Politik und Gesellschaft reagieren und unter welchen Vorzeichen sie das tun. Dass sich hier komplexe Konfliktlinien auftun, zeigt sich beispielsweise entlang der Debatten um das Kopftuch und den Bau von Moscheen ebenso wie an den Auseinandersetzungen um Stadtentwicklungs- und Infrastrukturplanungen. Hier kommt nicht nur der kompetenten Moderation von Verhandlungs- und Aushandlungsprozessen eine besondere Bedeutung zu, sondern gleichermaßen der Frage verbindlicher Partizipationsmöglichkeiten – ein Aspekt, der gerade bei Planungsmaßnahmen nur sehr eingeschränkt gegeben ist, da die Beteiligung der Stadtbewohner_innen meist auf einer rein kommentatorischen Ebene verbleibt.

Dies zeigt sich auch bei Programmen, wie sie von staatlich-kommunaler Seite aufgelegt werden, um bereits bestehende oder sich möglicherweise verschärfende ökonomische und sozialräumliche Disparitäten auszugleichen und die sozialen Widersprüche nicht zu konflikthaft werden zu lassen. So werden nicht nur von deutschen Stadtverwaltungen, sondern auch auf der Ebene der EU und der Weltbank bürgerschaftliches Engagement und Empowerment nachgefragt und

Bürger_innen sollen an der Gestaltung urbanen Raumes beteiligt werden. Doch staatliche Angebote, wie sie zum Beispiel in Deutschland im Rahmen des Bundes-Länder-Programms "Soziale Stadt" oder der Berlin-spezifischen Variante des Quartiermanagements offeriert werden, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier keine tatsächliche Partizipation stattfindet. Die Folgen einer verfehlten und einseitig an Unternehmensinteressen ausgerichteten Wirtschafts-, Sozial- und Städtebaupolitik werden mit mittelstandsorientierten Sauberkeitsdiskursen, städtebaulichen Verschönerungsmaßnahmen und mit Versuchen zur Aktivierung nicht- oder schlechtbezahlter Freiwilligenarbeit beantwortet, um so genannte »soziale Brennpunkte«, »Ghettoverdachtsgebiete« und »überforderte Nachbarschaften« zu befrieden.

Doch die Widersprüche bleiben nicht aus, wenn beispielsweise auf der einen Seite selbstorganisierten Initiativen und Projekten, die ja häufig in solchen Quartieren arbeiten, die finanzielle Unterstützung gekürzt oder gar gestrichen wird und auf der anderen Seite, wie die Soziologin Monika Alisch bemerkt, die Entscheidungsbefugnis über die Auswahl von Projekten und die Verteilung der Mittel innerhalb dieser Programme weiterhin den städtischen Organen vorbehalten bleibt. Hinzu kommt, dass in Hinblick auf die Rolle der Bewohner_innenschaft als „Akteur der Stadtteilentwicklung“ eine recht konventionelle Auffassung von Beteiligungsformen (16) beibehalten wird und zum Beispiel Geschlechterdifferenzen gar nicht erst thematisiert werden. Verschärft wird die gesamte Problematik dadurch, dass es sich bei vielen Problemen mit denen Stadtplanung zu tun hat, um, wie es der bekannte Planungstheoretiker Horst Rittel einmal ausgedrückt hat, „böartige Probleme“ handelt – das heißt um Probleme, die gesellschaftliche und soziale Ursachen haben, die sich mit Planung allein nicht lösen lassen, mit denen Planung jedoch konfrontiert wird. (17) Umgekehrt heißt dies jedoch auch, dass eine hegemonial motivierte Raumaneignung Folgen für genau jene gesellschaftlichen und sozialen Ebenen und Probleme hat. Durch Sparmaßnahmen und Kürzungen, dies zeigen viele Beispiele, werden insbesondere jene Stadtbewohner_innen getroffen, die bereits zuvor auf eine Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer gesellschaftlichen und städtischen Raumansprüche angewiesen sind. Es ist an dieser Stelle fast überflüssig, diese Gruppen aufzuzählen, da es sich immer wieder um dieselben Gruppen handelt: von den sozial Schwächsten wie zum Beispiel von verdeckter oder offener Wohnungslosigkeit betroffene Frauen, wohnungslose Männer, Hartz IV Empfänger_innen, Andersfähige und psychisch Kranke, aber auch Jugendliche, insbesondere Mädchen, Personen mit Sprach- und Bildungsdefiziten oder alleinerziehende

Mütter mit wenig Einkommen. Auch wenn es sich um scheinbar marginale und zahlenmäßig kleine Gruppen handelt, wird eine massive Verschlechterung der sozialen Versorgung und Lage dieser Gruppen das gesamte gesellschaftliche Klima in der Stadt beeinflussen. (18) Auch Kürzungen im Kulturetat, bei Kunst- und Kulturvereinen oder anderen, selbstorganisierten Initiativen oder gar das völlige Streichen von kulturellen Einrichtungen, wie es inzwischen in nicht wenigen Städten üblich ist, bleiben auf Dauer gesehen nicht ohne Folgen für das Zusammenleben in diesen Städten. Hinzu kommt, dass inzwischen auch Teile der bürgerlichen Mittelschichten betroffen sind, weshalb Stadt- und Infrastrukturplanungen auch hier zu Lande auf immer mehr Widerstand treffen.

Subversive Raumaneignung

Damit werden hegemoniale Raumaneignungsstrategien durch widerständige Praktiken und Taktiken erwidert, die ich unter dem Begriff der subversiven Raumaneignung fasse. Im Zusammenhang mit einer unmittelbaren Thematisierung städtischer Politik sind hier die sogenannten städtischen sozialen Bewegungen anzuführen nämlich „Bewegungen gegen neue Stadtentwicklungspolitik“ und „neue Armutsbewegungen.“ (19) Immer mehr Aktivist_innen in vielen Städten, darunter nicht wenige Kulturproduzent_innen und Künstler_innen, organisieren sich gegen geplante Stadtentwicklungsprojekte und fordern ein „Recht auf Stadt“. (20)

Doch unter dem Begriff der subversiven Raumaneignung lassen sich nicht nur unmittelbar stadtaktivistische Bewegungen und Initiativen einordnen. In einem größeren Rahmen betrachtet können alle jene gesellschaftspolitischen Bewegungen hinzu gezählt werden, die auf eine stärkere Demokratisierung, gerechtere Ressourcenverteilung, Gleichstellung, Selbstbestimmung und Inklusion anstelle von Exklusion abzielen und die sich in der Stadt verorten. Hiervon ausgehend lässt sich auch die Neue bzw. Zweite Frauen- und Lesbenbewegung in dieses Spektrum einreihen. Zum einen, weil sich im Zuge der Entwicklung der Neuen Frauenbewegung eine eigenständige feministische Planungs- und Wohnungsbaukritik herausgebildet hat, zum anderen, weil es sich bei den Forderungen nach Selbstbestimmung und Gleichberechtigung bis hin zu den Fragen nach möglichen Strategien der Dekonstruktion eines hegemonialen Geschlechterdualismus auch um Forderungen nach Aneignung von Raum handelt. Die Genese der Neuen Frauenbewegung hin zu einer vorwiegend in verdichteten städtischen Räumen situierten Frauenöffentlichkeit und Frauenprojektekultur

kann als eine relativ erfolgreiche Form subversiver Raumaneignung gelesen werden, die zur Herstellung urbaner Diversität beiträgt. Den Begriff der Frauenöffentlichkeit wie ich ihn hier gebrauche, meint deshalb keine »heimliche«, rein auf den Alltag bezogene Frauenöffentlichkeit (21), sondern eine städtische Teilöffentlichkeit, die Frauen- und Lesbenpolitik als gemeinsamen Gegenstand hat (und insofern auch subversiv ist, da ihr Ziel ist, herrschende Geschlechterordnungen zu unterlaufen). Eine solche Frauenöffentlichkeit bzw. Frauenprojektekultur hat sich nicht nur bevorzugt in den Großstädten in Deutschland, sondern auch in den Großstädten anderer europäischen Ländern wie beispielsweise in Österreich und der Schweiz, teilweise in den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Dänemark, Schweden und in Italien herausgebildet. Diese Frauenprojektekultur leistet ihren Beitrag zu städtischer Kultur und Öffentlichkeit, zu urbaner Dienstleistungsökonomie und sozialem Leben.

Die Schaffung dieser Frauenprojektekultur ist Ausdruck einer urbanen Raumaneignung, die verschiedene Stadien durchlaufen hat – von Protesten und Aktionen im öffentlichen Raum bis hin zur Einrichtung von temporären und dauerhaften Frauenräumen und Frauenprojekten. Sie stellt jedoch auch im Sinne von Bourdieu eine spezifische Form der Bildung von sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital dar, nämlich eine „Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen.“ (22) So entsteht Sozialkapital zum Beispiel durch den Aufbau von lokalen, nationalen und auch internationalen Beziehungsnetzen, durch ein ganzes Set an informellen und formellen Austausch- und Informationsbeziehungen innerhalb dieser selbstorganisierten Räume und in der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Einrichtungen. Darüber hinaus entsteht kulturelles Kapital durch die Schaffung selbst bestimmter Freiräume, die Raum geben für verschiedene künstlerische und kulturelle Praktiken sowie ökonomisches Kapital durch die Einrichtung von Erwerbsarbeitsplätzen, durch Vernetzung und durch die Gründung von Frauenbetrieben. Und um diese Kapitalbildungsprozesse noch zu erweitern, wird »politisches Kapital« durch politische Einflussnahme (wie sie beispielsweise in der Einführung eines Gewaltschutzgesetzes zum Tragen kam) gebildet. Auf der Folie eines erweiterten Raumbegriffs gelesen, hat die autonome Frauenbewegung damit nicht nur gesellschaftliche Diskurse beeinflusst, sondern die gesellschaftliche Akzeptanzschwelle eines selbst bestimmten Lebens von Frauen

insbesondere in den Städten erhöht. Als Ausdruck subversiver Raumaneignung verorte ich diese Öffentlichkeit auch, weil die feministische Frauenöffentlichkeit ihre Referenzpunkte eher in einer De- als in einer Re-Konstruktion geschlechterdifferentieller Normen und Klassifizierungen hat. Denn die Schaffung dieser Räume erfolgt in erster Linie über eine politisch begründete Ablehnung und Abweichung von Zuschreibungen, die mit »Frau-Sein« und der Kategorie Geschlecht verbunden sind. Insofern können diese Räume auch als heterotopische Räume verstanden werden, als, um es mit den Worten Foucaults zu sagen, „tatsächlich realisierte Utopien, in denen die wirklichen Plätze innerhalb der Kultur gleichzeitig repräsentiert, bestritten und gewendet sind.“ (23) Dennoch ergibt sich hier ein gewisses Paradox. Dieses Paradox macht der feministischen Frauenöffentlichkeit zum Beispiel im Zusammenhang mit der Frage, ob Transgender oder transsexuelle Personen Zutritt in diese Räume haben oder nicht, zu schaffen. Denn bei den Räumlichkeiten der feministischen Frauenöffentlichkeit handelt es sich um Räume, die Frauen offen stehen und in der Regel für Männer verschlossen sind. Die Erlaubnis einzutreten besteht darin, das »richtige« Geschlecht zu besitzen.

Aus dieser Perspektive betrachtet, könnte die Schaffung von Frauenräumen als eine, wie es Gildemeister und Wetterer ausdrücken, reine „Dramatisierung der Geschlechterdifferenz“ gelesen werden. Nämlich als ein Versuch der Aufwertung des Weiblichen und als eine „Bestätigung und Reifizierung genau jenes Klassifikationsvorgangs, ohne dessen Dekonstruktion eine qualitative Veränderung des Geschlechterverhältnisses nicht möglich ist.“ (24) Dies würde bedeuten, dass die feministische Frauenöffentlichkeit im binären Schema zweigeschlechtlicher Ordnungen verbleibt. Doch wie selbst der Systemtheoretiker Niklas Luhmann feststellt, handelt es sich bei der Frauenbewegung um eine Bewegung, die von der „Unterscheidung unterscheidet“, indem sie das vom Dualismus Mann-Frau ausgeschlossene »Dritte« sicht- und lebbar macht (25) – nicht zuletzt auch deshalb, weil sie den Beziehungen zwischen Frauen Raum verschafft. Die Frauenbewegung ist zudem eine der wenigen politischen Bewegungen, die eine Kluft zwischen Beobachtern und Beteiligten dadurch zu überwinden versucht, indem „die Spannungen zwischen diesen Perspektiven von den Mitgliedern der Bewegung selbst diskutiert, wenn auch nicht völlig akzeptiert“ (26) werden wie die Philosophin Seyla Benhabib es einmal formuliert hat. Zudem ist im Grundsatz zu fragen, ob der geschlechterdifferenzielle Ausschluss nicht gerade eine Durchlässigkeit beinhaltet. Denn der Vorgang des »Durchdringens« beinhaltet eine gewisse Anstrengung und den Mut zur Selbstbezüg-

lichkeit. Diese Strategie der Abgrenzung birgt das Potenzial selbstreflexiver Rückbezüglichkeit in sich, die eigene Wahrheit ans Licht zu bringen – und sei es auch nur die Erkenntnis, dass Frauen keine besseren Menschen und darüber hinaus keine homogene Gruppe sind. Durch die Ausweisung reiner Frauenräumlichkeiten wird die Kategorie Geschlecht sozusagen vor den Spiegel geführt, denn wie Foucault ausführt: „Der Spiegel funktioniert als eine Heterotopie in dem Sinn, dass er den Platz, den ich einnehme, während ich mich im Glas erblicke, ganz wirklich macht und mit dem ganzen Umraum verbindet und dass er ihn zugleich ganz unwirklich macht, da er nur über den virtuellen Punkt dort wahrzunehmen ist.“ (27)

Durch die Definition ausschließlich Frauen vorbehaltenen Räumlichkeiten erweisen sich jene – und hier sind nicht nur die konkreten Räumlichkeiten gemeint, sondern auch die Räume diesbezüglicher Diskurse – gegenüber der Gesellschaft als Spiegeleffekt. Die Erklärung von Räumlichkeiten zu reinen Frauenräumen und der damit einhergehende Ausschluss des männlichen Geschlechts verweist damit auf die »Realität« von Geschlecht als einer strukturellen Kategorie. Gleichzeitig wird jedoch Geschlecht als eine virtuelle Konstruktion, als eine rein definitorische Setzung veröffentlicht. Mit der Schaffung feministisch ausgerichteter Frauenräume wird so die Funktionsweise der Kategorie Geschlecht deutlich gemacht. Denn auf der einen Seite referiert die Ausweisung reiner Frauenräume auf das »Vorhandensein« von Geschlecht im Sinne einer in diesem Fall jedoch bewusst vorgenommenen Geschlechterdifferenz. Auf der anderen Seite entlarvt diese räumliche Trennung Geschlecht als Konstruktion und Repräsentation, da mit und in diesen Räumen eine politisch fundierte Analyse einhergeht und begründet wird.

Erweiterte Perspektiven

Welche anderen Perspektiven auf Raum und Stadtraum ergeben sich aus diesen Ausführungen? Erstens, den Stadt- und Raumbegriff zu erweitern und urbane Räume als verdichtete Austragungsorte gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse um Definitions- und Handlungsmacht zu begreifen. Damit können auch jene urbanen Praktiken erkennbar gemacht werden mit denen strukturell verankerte Kategorien wie Geschlecht, Klasse und Ethnizität zwar nicht aufgehoben, doch zumindest verflüssigt werden können. Eine solche Erweiterung vorzunehmen basiert auch auf der Erkenntnis, dass Praktiken und Strategien wie sie durch gesellschaftskritische Bewegungen und ihre Protagonist_innen

in Gang gesetzt und gelebt werden, längerfristig in gesellschaftliche Modernisierungsvorhaben gleichsam invertiert und wiederum nutzbar gemacht werden können. Denn aus der Distanz betrachtet, fungieren widerständige Subjekte und ihre Bewegungen durchaus, gewollt oder ungewollt, als produktive, gesellschaftliche Modernisierungsfaktoren. Der Anti-Atom- und Ökologiebewegung ist eine gesamtgesellschaftliche Thematisierung ökologischer Fragestellungen zu verdanken, die zumindest in Teilen zu konkreten Veränderungen geführt hat, auch wenn im Zuge einer gesellschaftlichen Vervielfältigung viele Vorstellungen und Forderungen vorerst auf der Strecke bleiben.

Auch die gesellschaftliche Öffnung gegenüber anderen Lebensformen, wie sie von der Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung, teilweise auf struktureller, meist jedoch auf der Ebene der Wahrnehmung erkämpft werden konnte, ist mittlerweile zum Bestandteil einer Mehrwert schaffenden Aneignung von Identitätskonstruktionen geworden, da ein wesentlicher Bestandteil kapitalistischer Modernisierung darin besteht, Waren und Dienstleistungen zu diversifizieren und neue Käufer_innengruppen zu erschließen. Dies muss durchaus kritisch gelesen werden, zumal wenn strukturelle Veränderungen weiterhin auf sich warten lassen. Gesellschaftspolitische Bewegungen bewegen sich immer in diesem Spannungsfeld von Kritik und Widerstand auf der einen Seite und dem Versuch ihrer Inkorporierung in das herrschende System auf der anderen Seite. Schließlich gibt es kein Außerhalb der Macht, wie schon Foucault bemerkt hat. Zweitens geht es darum, die produktive Rolle von gesellschaftspolitischen, individuellen wie kollektiven Bewegungen in die Perspektive auf Raum bzw. Stadt mit ein zu beziehen. Denn nicht zuletzt zeigt sich bereits in der historischen Betrachtung, dass die Produktivität dieser Bewegungen, dass die subversive Aneignung urban-gesellschaftlicher Räume an die Genese urbaner Räume selbst geknüpft ist. Um hier ein Beispiel zu nennen: die Einführung von inkrementalistischen Planungsmethoden und Partizipationsmodellen im Zuge der „beut samen Stadterneuerung“, also einer Politik der kleinen Schritte in der Stadtplanung und Stadtentwicklung, war viel weniger ein Ergebnis der Versuche einer Verwissenschaftlichung von Planung wie sie in den 1970er Jahren betrieben wurde, sondern vor allem eine Folge sozialer Kämpfe wie sie in Hausbesetzungen und stadtteilaktivistischen Bewegungen zum Tragen kamen.

Bis heute besteht der Antagonismus zwischen hegemonialen und subversiven Aneignungsstrategien im Feld urbaner Raumproduktionen weiter. Deutlich wird dies an den teilweise jahrelangen Auseinandersetzungen um besetzte Häuser, Bauwagensiedlungen, selbst verwaltete Jugendhäuser und Kulturzentren, an

Auseinandersetzungen um Stadtbauvorhaben, Stadtentwicklungsmaßnahmen, Infrastrukturprojekte und im Kampf um urbane Freiräume, um Möglichkeiten selbst bestimmter Raumaneignung. Gleichmaßen haben wir es auch in diesem Zusammenhang mit Fragen strukturell verankerter Geschlechterdifferenzen und einer damit einhergehenden ungleichen Verteilung von materiellen, politischen und symbolisch-kulturellen Ressourcen zu tun. Besonders deutlich wird dies auf globaler Ebene im Zusammenhang mit beschleunigten Verstädterungsprozessen und der Migration von Frauen in die Städte Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Die Entwicklung verläuft hier durchaus widersprüchlich. Einerseits profitieren die neuen globalen Ökonomien, die auf Frauenerwerbsarbeit angewiesen sind, von der Rechtlosigkeit und eingeschränkten politischen Teilhabe von Frauen, von deren Mangel an Bildung und Ressourcen, andererseits können sich viele Frauen durch das Leben in der Stadt wenigstens etwas Unabhängigkeit verschaffen. Gerade das Leben in der Großstadt bringt so für nicht wenige Frauen zumindest in Teilen eine Befreiung aus herrschenden Geschlechterverhältnissen mit sich, die jedoch – je nach sozialem Status, Lebenslage und Gruppenzugehörigkeit – auf der anderen Seite durch Armut, schlechte Bezahlung und Wohnverhältnisse, durch ein Überleben mittels Prostitution und in Ausbeutungsverhältnissen, erkaufte werden muss. Dennoch sind es in den Städten vor allem Frauen, die dort selbst organisierte Infrastrukturen aufbauen, sich in Gruppen und Vereinigungen organisieren, um Zugang zu Ressourcen und um ihre politischen Rechte kämpfen. Bei der Betrachtung und Analyse städtisch-sozialer Formen von Selbstorganisation und informellen Überlebensstrategien in diesen Agglomerationen wird jedoch der Beitrag von Frauen zu städtischem Leben bzw. Überleben und die Geschlechterfrage häufig immer noch zu wenig berücksichtigt. Dabei ist längst bekannt, dass der Stand gesellschaftlicher Entwicklung von den jeweils vorherrschenden Geschlechterverhältnissen, von der Frage der Zugänglichkeit von Frauen zu Bildung, Wirtschaft und politischer Teilhabe wesentlich mit bestimmt wird.

In den europäischen Städten wiederum, um damit noch einmal auf die städtische Frauenprojektkultur zurück zu kommen, macht sich in Bezug auf deren Weiterentwicklung inzwischen ein gewisser Stillstand bemerkbar. Im Innern vieler Frauenprojekte verliert sich im Zuge ihrer professionellen Veralltäglichung mittlerweile ein subversives Moment zugunsten eines Trägheitsmoments der Verteidigung und des Festhaltens am Erreichten. Mit dem massiven Abbau des so genannten Wohlfahrtsstaates und der Durchsetzung einer neoliberalistischen Sozialpolitik in Europa sehen sich insbesondere die feministischen

Frauenprojekte des sozialen Sektors mit »freiem« Wettbewerb und dem Verlangen nach »Qualitätsmanagement« (zum Beispiel in Form von Zertifizierungen, Leistungsverträgen mit kommunalen Finanzgebern, Produktbildungen) konfrontiert. Der Spagat zwischen feministisch-politischem Anspruch und »Qualitätssicherung«, das heißt Integration in die ökonomisierte Verwaltungs- und Verwertungslogik des staatlich-kommunalen Sozialwesens, wird damit immer größer. Dazu kommt die Schwierigkeit, spezialisierte Diskurse, die innerhalb anderer urbaner Öffentlichkeiten und vor allem in der akademisch-feministischen Theorieproduktion ausgebildet werden, in diese Form von Frauenöffentlichkeit zurückzuführen. Deutlich spürbar wird zudem ein Generationenwechsel innerhalb der Frauenprojektebewegung. Dieser spiegelt eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung wider, die von Individualisierungs- und Entsolidarisierungsprozessen gekennzeichnet ist. Der ehemalige kollektive Frauenkampf um Autonomie, politische Selbstbestimmung, um andere Lebens-, Wohn- und Arbeitsformen ist heute deshalb meist nicht mehr in den Frauenprojekten, sondern nur noch in Filmen wie „Die Ritterinnen“ retrospektiv ersichtlich. (28)

»Feminismus heute« ist eine komplexe Angelegenheit geworden und erfordert mehr inhaltliche Auseinandersetzung als zu Zeiten von Parolen wie „Frauen gemeinsam sind stark“. Frau oder/und lesbisch sein genügt heute nicht mehr, um damit von vorn herein eine selbstverständliche Legitimierung gesellschaftspolitischen und sozialen Handelns zu begründen. Mit diesem identitätspolitischen Problem sieht sich auch die Schwulenbewegung konfrontiert, die sich größtenteils zu einer Spaß- und Verpartnerungs-Gemeinschaft entwickelt hat und nicht mehr so recht weiß, worin ihre politischen Inhalte und Ziele eigentlich noch bestehen. Insbesondere in Metropolen wie Berlin lässt sich heute eine Fortschreibung solcher städtisch-emanzipatorischen Bewegungen eher im Kontext verschiedener Club Cultures, in temporären Veranstaltungen wie den Ladyfesten und in einer Verschränkung mit der Schwulenszene als in der tradiert feministischen Frauenöffentlichkeit ausmachen.

Neue performative Räume entstehen eher im Zusammenhang mit subkulturellen Praktiken: neben den lesbischen und schwulen Communities sind vor allem im Zusammenhang mit Queer- und Transgenderbewegungen Räume urbanen Lebens entstanden, die binäre Geschlechterordnungen durchkreuzen. Und die schon legendären schwul-lesbisch-transsexuellen und queeren Gayhane-Parties mitten im Berliner Kiez Kreuzberg beweisen, dass urban-identitätspolitisches Lebens inzwischen bis in die eher konservativen Migrant_innenkulturen hinein reichen können. Gerade solche Praktiken tragen dazu bei, bestehen-

de gesellschaftliche Normen aufzubrechen und andere Formen sozial-urbaner Praxis weiter zu schreiben. In Anlehnung an den Theoretiker Homi K. Bhabha lassen sich solche Räume als Räume des »Da-Zwischen« verorten, als Territorien, die immer wieder aufs Neue eingeschrieben und hergestellt werden, als Räume, wie ich es formulieren möchte, transitorischer Differenzbildung. Die Räume, die hier entstehen, gleichen Zonen der Unterscheidung, die sich bewusst für Übergänge offen halten und die sich ständig in Phasen des Übergangs befinden. Gerade Großstädte und Metropolen bilden einerseits die Voraussetzung für die Lancierung von grenzüberschreitenden und widerständigen Praktiken, andererseits sind es die aus diesen Strategien subversiver Rauman eignung resultierenden Räume, die ein hybrides, vielfältiges und produktives Metropolendasein erst schaffen.

Fußnoten

- (1) Erinnert sei hier nur an die Entstehungsgeschichte von Bündnis 90/Die Grünen bzw. die Lancierung von Themen wie Atomkraft, Umweltschutz, Nachhaltigkeit usw. durch relativ kleine Widerstandsgruppen und Aktivist_innen.
- (2) Merleau Ponty, M.: *The Phenomonology of Perception*. New York 1962, S. 102.
- (3) siehe: Deinet, Ulrich: „Aneignung“ und „Raum“. Quelle: <http://www.sozialraum.de/deinet-aneignungsozialraum.de> (26.04.2009) und Nissen, Ursula: *Kindheit, Geschlecht und Raum. Sozialisationstheoretische Zusammenhänge geschlechtsspezifischer Raumaneignung*. München 1998.
- (4) siehe: Pfister, Gertrud: *Spiel- und Bewegungserfahrungen von Mädchen. Zum Zusammenhang von Körperkarrieren, Raumaneignung und Persönlichkeitsentwicklung*. In: Flade, Antje; Kustor-Hüttl, Beatrice (Hg.): *Mädchen in der Stadtplanung. Bolzplätze – und was sonst?* Weinheim 1993.
- (5) Wex, Marianne: *„Weibliche“ und „männliche“ Körpersprache als Folge patriarchalischer Machtverhältnisse*. Hamburg: Verlag Marianne Wex 1979.
- (6) Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. GH 1393. Hamburg 1992.
- (7) siehe auch: Borg, Erik: *Steinbruch Gramsci. Hegemonie im internationalen politischen System*. Quelle: <http://www.sopos.org/aufsaeetze/3bbdcd9ea0c9f/1.phtml> (08.04.2012).
- (8) Lazzarato, Maurizio: *Immaterielle Arbeit: Gesellschaftliche Tätigkeit unter den Bedingungen des Postfordismus*. In: Negri, Toni; Lazzarato, Maurizio; Virno, Paolo: *Umherschweifende Produzenten: Immaterielle Arbeit und Subversion*. Berlin 1998,

S. 39-52.

(9) Sassen, Saskia: *The Global City: New York, London, Tokyo*. Princeton, New Jersey 2001.

(10) Degele, Nina, Winker, Gabriele: Intersektionalität als Mehrebenenanalyse. Paper Juli 2007. Quelle: http://www.tu-harburg.de/agentec/winker/pdf/Intersektionalitaet_Mehrebenen.pdf (08.04.2012)

(11) Foucault, Michel: *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt am Main 1998, S. 295.

(12) West, Candance; Zimmerman, Don H.: *Doing Gender*. In: *Gender & Society*, 1987, Vol. 1, No. 2, S. 125-151.

(13) siehe dazu: Bourdieu, Pierre: *Der Einzige und sein Eigenheim*. Schriften zu Politik und Kultur 3. Hamburg 1998.

(14) siehe: West, Candance; Fenstermaker, Sarah: *Doing Difference*. *Gender and Society*, 1995, Vol. 9, No. 1, S. 8-37.

(15) Anna Reimann: Streit um angeblichen Ghettoisierungsplan. Wohnungsgesellschaft weist Vorwürfe zurück. *Spiegel Online*, 21.11.2007. Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,518675,00.html> (08.04.2012).

(16) siehe: Alisch, Monika: *Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen*. Opladen 2002.

(17) siehe: Reuter, Wolf D. (Hg.): *Horst W. Rittel: Planen, Entwerfen, Design*. Stuttgart 1992.

(18) Durch die bislang gute Beschäftigungslage waren die Integrationsbemühungen beispielsweise in Stuttgart, eine Stadt, die einen wesentlich höheren Anteil (40% im Jahr 2007) an Menschen mit Migrationshintergrund aufweist als zum Beispiel Berlin (25,7% im Jahr 2007), bislang relativ erfolgreich. Siehe: Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr.183 vom 04.05.2007. Quelle: <http://www.destatis.de> und Der Beauftragte für Integration und Migration in Berlin:: *Einwohner/innen in Berlin am 31. 12. 2007 nach Bezirken und Migrationsstatus*. Quelle: http://www.berlin.de/lb/intmig/statistik/demografie/bevoelkerung_nichtdeutscher_staatsang.html (08.04.2012).

(19) Meyer, Margit: *Städtische soziale Bewegungen*. In: Klein, Ansgar; Legrand, Hans-Josef; Leif, Thomas (Hg.): *Neue soziale Bewegungen*. Opladen/Wiesbaden 1999, S. 257-271.

(20) Siehe gleichnamiges Essay in dieser Publikation.

(21) Klaus, Elisabeth: *Von der heimlichen Öffentlichkeit der Frauen*. In: Institut für Sozialforschung (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Frankfurt am Main 1994, S. 72-100.

(22) Bourdieu, Pierre: *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital und soziales Kapital*. In: Kreckel, R. (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*. Soziale Welt, Sonderband 2. Göt-

tingen 1983, S. 183-198.

(23) Engelmann, Jan (Hg.): Foucault, Michel: Botschaften der Macht: Der Foucault-Reader. Stuttgart 1999, S. 149.

(24) Gildemeister, Regine; Wetterer, Angelika: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.): Traditionen-Brüche. Freiburg 1992.

(25) vgl. Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): Niklas Luhmann: Protest: Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt am Main 1997.

(26) Benhabib, Seyla: Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Frankfurt am Main 1999, S. 24-25.

(27) Engelmann, a.a.O., S. 150.

(28) Die Ritterinnen. Deutschland 2002. Regie: Barbara Teufel, 96 min.



Vom Frauenraum zur Queer Nation



Zu tradierten Konzepten von Öffentlichkeit und Privatheit ist bereits sehr ausführlich innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung gearbeitet worden. (1) Wesentliche Kritikpunkte betreffen die in diesen idealistischen Konzepten angelegten Asymmetrien zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, das Ausklammern von Fragen der Exklusion und Inklusion entlang von Geschlecht und anderen Kategorien, die Vernachlässigung von Fragen nach den Folgen sozialer Ungleichheit sowie die Frage nach den verschiedenen Systemen staatlicher Disziplinierungs- und Formierungsarbeit. Auch das Konzept der Zivilgesellschaft, das als diskursiv-kommunikatives Korrektiv gegenüber dem Staat fungieren soll, wird als zu eng gesetzt erkannt und zwar dann, wenn immer noch von einer Öffentlichkeit anstelle von vielen verschiedenen Formen von Öffentlichkeit ausgegangen und nationale sowie sprachliche Zugehörigkeit stillschweigend vorausgesetzt werden. Zudem werden in herkömmlichen Auffassungen von Öffentlichkeit Dimensionen subjektiven und kollektiven widerständigen Sprechens, Denkens und Handelns vernachlässigt wie sie in frauen-, geschlechter- und identitätspolitischen, aber auch in den globalisierungskritischen, migrantischen und indigenen Bewegungen zum Ausdruck kommen. (2) Im Folgenden werde ich verschiedene theoretische Zugänge ansatzweise zusammen bringen, um die wechselseitigen Dynamiken zwischen Politik, Ökonomie und Sozialem am Beispiel der Entwicklung und Problematik spezifischer Öffentlichkeiten aufzuzeigen. In Bezug auf den Begriff der Öffentlichkeit folge ich hier dem Ansatz von Bourdieu, der Öffentlichkeit als ein ideologisches Konstrukt versteht, das auf die Strukturen des sozialen Raumes rückbezogen werden muss. (3) Denn neben den staatlich-institutionellen und rechtlichen Ordnungen sind es auch diese Ideologien im Zusammenhang mit den Strukturen des sozialen Raumes, die darüber mitbestimmen, ob und in welcher Weise sich beispielsweise politische Partizipation tatsächlich realisieren lässt. Hiervon ausgehend ist es sinnvoll, sich mit dem Begriff des sozialen Raumes zu beschäftigen, um zu einer möglichen Strukturierung der Funktionsweisen und Problematiken von Öffentlichkeit und Privatheit im Horizont spezifischer Teilöffentlichkeiten zu gelangen. Diese Teilöffentlichkeiten manifestieren sich insbesondere im städtischen Raum und als städtische Räume von Öffentlichkeit. Stadt ist sozusagen ein Konzentrat verschiedener Formen von Öffentlichkeit, gleichzeitig formen diese Öffentlichkeiten die Stadt. Auch wenn wir bei dem

Wort Raum zuerst an materiell-physische Räume denken, ist dies nur eine Dimension innerhalb eines Raumkonzepts, das unter Raum auch sozialen Raum versteht. Sozialer Raum wird durch gesellschaftliche Praktiken hergestellt, die wiederum von Kategorien wie Klasse, Ethnizität, Geschlecht, sexuelle Identität mit bestimmt werden und die sowohl individuellen wie gruppenspezifischen Habitus bestimmen. Soziale Räume werden, wie schließlich auch der späte Bourdieu in Hinblick auf Geschlecht zeigt, von Geschlechterregimen konstituiert. (4) Im sozialen Raum haben wir es zudem mit verschiedenen Formen und Arten von Handlung und Interaktion zu tun, die „durch subjektive Motive, Interessen sowie verobjektivierte Handlungs- und Deutungskontexte“ (5) mehrfach bestimmt sind. Eine solche Sozialpsychologie wird nicht nur in privaten, sondern gleichermaßen in den Kommunikationsbeziehungen innerhalb von öffentlichen Räumen virulent. Interaktionen stehen darüber hinaus in einer dynamischen Wechselwirkung mit einem Feld, das unter dem Stichwort der Normativität, der institutionalisierten und normativen Definitions- und Regulationssysteme gefasst werden kann. Gemeint sind hier alle jene Systeme der Mikro- und Makrophysik von Macht, die gesellschaftliches Handeln normativ regulieren – sei es durch Gesetze, sei es durch hegemoniale Normen wie zum Beispiel der Heteronormativität. Dieses Feld steht nicht für sich allein, sondern wiederum in einem wechselseitigen Konstitutionsverhältnis zum Feld symbolisch-kultureller Ordnungen, die durch Artefakte der Repräsentationen konstruiert und durch Akte der Benennung und Bezeichnung verstetigt, aber auch dynamisiert werden. Die Kopftuchdebatte ist eines der aktuellen Beispiele, die zeigen, wie umkämpft, aber auch verschränkt symbolisch-repräsentative und soziale Felder sind. Mit diesen Feldern, die hier nur der Definition halber als abgegrenzte Felder gedacht sind, ist „sozialer Raum“ vorläufig zu beschreiben.

Von diesem sozialen Raumbegriff ausgehend – das heißt Klassen-, Macht- und Geschlechterverhältnisse, die sich in sozialen Praktiken und Handlungsstrukturen, in institutionalisierten und normativen Regel- und Regulationssystemen und in symbolisch-kulturellen Ordnungen realisieren – können nun Öffentlichkeit und Privatheit als letztlich ideologisch fundierte Konstrukte erkennbar gemacht werden. Denn im sozialen Raum ist eine „ungeheure kollektive Sozialisationsarbeit“ (6) am Werk, die fortlaufend einen Geschlechterdifferenz naturalisierenden Habitus produziert und damit Machtverhältnisse perpetuiert, die beispielsweise darüber entscheiden, wer überhaupt sprechen kann und darf oder von welcher Position aus gesprochen wird. Die Verfasstheiten des sozialen Raumes mit ihren Ökonomien, Ordnungen und Institutionen des Öffentlichen und Privaten

bilden für die Akteur_innen die relationale Umgebung für ihre Interaktionen. In Anlehnung an Max Weber lassen sich in Bezug auf die Ordnungen des Privaten und Öffentlichen vier Bereiche unterscheiden; zum einen der Haushalt als Raum familiärer bzw. individueller Reproduktion und die Unternehmen als Räume privatwirtschaftlicher und kapitalistischer Produktion. Diese beiden Bereiche bilden die Sphären des Privaten. Die Bereiche des Öffentlichen werden durch die Arenen öffentlicher Meinungsbildung und durch den Staat als politisch-bürokratische Einheit gebildet. Der Haushalt ist der am wenigsten öffentliche Bereich, dennoch ist auch dieser Raum der Logik des Öffentlichen unterworfen, denkt man zum Beispiel an all die Gesetze, die in die Struktur und Organisation privater Haushalte eingreifen.

Öffentlichkeiten

Öffentlichkeit und Privatheit allerdings nur im Kontext von rational-bürokratischer Herrschaft im Sinne von Weber zu lesen, wird der Komplexität heutiger gesellschaftlicher Praktiken und den Erfahrungs- und Handlungsebenen der vergesellschafteten Individuen nicht mehr gerecht: in den Räumen, die wir als privat und öffentlich bezeichnen, geht es immer auch um gesellschaftliche und symbolische Kämpfe, die um Definitions-, Deutungs- und Handlungsmacht geführt werden. Aus kritischer Perspektive gelesen geht es deshalb sowohl um die Ermächtigung der Individuen und einzelnen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber dem Staat und den privatwirtschaftlich-kapitalistischen Kräften, die sich des Subjekts bemächtigen wollen, als auch um eine Ermächtigung gegenüber der sozialen und politischen Wirkmächtigkeit von gesellschaftlichen Kategorien wie Geschlecht, Klasse oder Nation.

Ist im Zusammenhang mit diesen Kämpfen deshalb nicht nur die Durchsetzung partikularer Interessen gemeint, sondern zielen diese, zumindest perspektivisch, auf eine emanzipatorische Veränderung strukturell, normativ und symbolisch verankerter Macht- und Herrschaftsverhältnisse ab, können solche Kämpfe und Aushandlungen vorläufig unter dem Stichwort „Gegenöffentlichkeit“ zusammen gefasst werden. Die Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser spricht hier von „subalternen Gegenöffentlichkeiten“. Bei diesen subalternen Gegenöffentlichkeiten handelt es sich um „parallele diskursive Räume ... in denen Angehörige untergeordneter sozialer Gruppen Gegendiskurse erfinden und in Umlauf setzen, die es ihnen wiederum erlauben, oppositionelle Interpretationen, Interessen und Bedürfnisse zu formulieren.“ (7) Fraser liest diese Gegenöffentlichkeiten als dia-

lektisch: Einerseits „ermöglichen sie das Zurückziehen und die Neugruppierung, andererseits sind sie Übungsfeld einer Umgestaltung, die auf breitere Öffentlichkeiten zielt.“ Zu Recht weist Fraser darüber hinaus darauf hin, dass diese Öffentlichkeiten nicht nur Räume der diskursiven Meinungsbildung, sondern gleichermaßen Räume „für die Herausbildung und die Inszenierung sozialer Identitäten“ (8) sind. Diese Gegenöffentlichkeiten sind selbst als soziale Räume zu verorten, in denen Akteur_innen andere Handlungsweisen erproben und von hier ausgehend zu Institutionen, Diskursen, Kodifizierungen und Repräsentationen kritisch Stellung beziehen. Diese Gegenöffentlichkeiten fungieren somit auch als Arenen öffentlicher Diskursbildung, indem sie diskursive Vormachtstellungen bekämpfen, bislang Nicht-Gedachtes und Unausgesprochenes artikulieren und bestehende Herrschafts- und Machtstrukturen reflektieren. Darüber hinaus lässt sich in Bezug auf diese Teilöffentlichkeiten auch eine physische Dimension feststellen. Diese physische Dimension drückt sich sowohl in einem anderen Gebrauch bestehender, als auch in der Schaffung eigener, selbst organisierter Räume und in anderen Formen der Gemeinschaftsbildung aus. In Hinblick auf eine Gemeinschaftsbildung ist für diese Öffentlichkeiten kennzeichnend, dass deren Gemeinschaft stiftendes Moment weniger auf institutionalisierten Beziehungen als auf imaginierten Formen der Gemeinsamkeit beruhen. Diese können mit Butler perspektivisch als Formen selbst erklärter Verwandtschaft bezeichnet werden. In Hinblick auf eine physische Verräumlichung dieser Öffentlichkeiten lässt sich vor allem in Großstädten und Metropolen heute eine Geographie unterschiedlicher subkultureller, feministischer und queerer Szenen und Milieus konstatieren. Diese Räume fungieren auch als Bühnen performativer Verschiebung normativer Konzepte wie sie zum Beispiel im Drag Kinging zum Ausdruck kommen. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass diese Teilöffentlichkeiten andere Diskurse, Praxen und Imaginationen behaupten, formulieren und auch praktizieren. Allerdings sind diese Räume bzw. Gegenöffentlichkeiten nicht lediglich als parallel zu dominanten bzw. wie Fraser es formuliert »starken« Öffentlichkeiten verlaufend zu lesen. Da dominante Öffentlichkeiten an der Konstituierung gesellschaftlicher Subjekte, an deren Identitätsbildung, Handlungsweisen und Interaktionen beteiligt sind, steht auch ein »Gegen« immer wieder neu auf dem Prüfstein, zumindest theoretisch, denn „schwache“ und „starke“ Öffentlichkeiten stehen in einem wechselseitigen Verhältnis der gegenseitigen Einflussnahme. Emanzipatorisch angelegte Teilöffentlichkeiten befinden sich mit ihrem Anspruch auf Ermächtigung und Partizipation demnach auch, wie Benhabib bemerkt, in einem Spannungsfeld von Verrechtlichung und

Veröffentlichung. (9) Am Beispiel der feministischen Frauenprojektekultur wird dieser Spagat zwischen Verrechtlichung und Veröffentlichung besonders deutlich. Die meisten Frauenprojekte arbeiten heute im sozialen Feld, (10) wobei die Arbeitsfelder der Sozialarbeit von der Frauenbewegung zum Beispiel durch die Enttabuisierung von sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen oder durch die Thematisierung sozialer Bedürfnisse von Migrantinnen erweitert wurden. Vom rechtlichen Status sind diese Frauenprojekte meist in Form gemeinnütziger Vereine organisiert. Im Zuge einer fortschreitenden Professionalisierung dieser Frauenprojekte durch finanzielle Teilförderung seitens Kommunen und Staat sowie aufgrund partieller Integration in andere Institutionen wie zum Beispiel Wohlfahrtsverbände, werden Frauenprojekte, die im sozialen Bereich arbeiten, heute überwiegend als sozialwirtschaftliche Unternehmen geführt. Durch den Umbau der Sozialsysteme und der damit verbundenen Anforderungen an Qualitätsmerkmale und Qualitätssicherung der Sozialen Arbeit gehen Anpassungsleistungen einher, die allerdings meist keine existentielle Absicherungsgarantie für diese Frauenprojekte mitbeinhalten. (11)

Die Genese der Frauenprojektekultur zeigt damit beispielhaft die Einflussnahme staatlichen Regierens auf eine gesellschaftspolitische und emanzipatorisch-städtische Bewegung, die dadurch sukzessive ihre Inhalte und Organisationsformen modifiziert und an die Kriterien staatlich-kommunaler Politik anpasst und anpassen muss. Während auf Seiten der Frauenprojektekultur der Grad der Verrechtlichung und Professionalisierung zugenommen hat, hat sich die feministische Theoriebildung wiederum nahezu gänzlich in den akademischen Raum hinein verlagert. Die Soziologin und Politikwissenschaftlerin Sabine Hark hat in ihrer Untersuchung der Formationen von Wissensproduktion innerhalb des akademischen Feminismus auf die damit einhergehende Umstrittenheit feministischer Diskurse hingewiesen. Diese Wissensproduktionen sieht sie als Ausdruck einer spezifischen reflexiven Produktivität, die jedoch „von ... und innerhalb der dynamischen Strukturen und Diskurse geformt werden, denen zu widersprechen und die zu transformieren sie beabsichtigen.“ (12) Hark verweist hier auf eine »disziplinäre Disziplinierung« feministischer Theoriebildung, die nun den Gesetzen, Regeln und Normen, aber auch den Strukturen des Wissenschaftsbetriebs Folge leisten muss. Der noch zu Beginn der Frauenbewegung postulierte Anspruch, feministische Theorie und Praxis zu verschränken, bleibt in der Folge in weiten Teilen auf der Strecke, auch wenn ein gelegentlicher Transfer zwischen akademischer Theorieproduktion und feministischer Frauenprojektekultur stattfindet. (Es wäre deshalb wieder an der Zeit, dass sich beide Seiten

wieder mehr aufeinander zubewegen, sich austauschen und neue Formen der Vernetzung, aber auch der Solidarität entwickeln, um das feministische Projekt weiter voranzutreiben und tatsächliche, nämlich strukturelle Veränderungen der Geschlechterverhältnisse zu erreichen). Spannt man an dieser Stelle den Bogen noch weiter, stehen Gegenöffentlichkeiten damit nicht außerhalb von Techniken des Regierens, die Foucault mit dem Begriff der „Gouvernementalität“ beschreibt. Staatliches Regieren und politische Macht zielen nun nicht mehr in erster Linie auf die Herstellung eines Konsenses, sondern im Zuge einer Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche treten nun Techniken der Selbstdisziplinierung in den Vordergrund. Im Bereich der akademischen Theorie- und der öffentlichen Diskursproduktion führt dies von einer Entdemokratisierung von Institutionen wie den Hochschulen (als Folge der Umstrukturierungen im Zuge der Bologna-Reform) bis hin zur Selbstzensur, da insbesondere kritische Intellektuelle um ihre (häufig befristeten) Anstellungen fürchten müssen. Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen verschiebt sich nun der Akzent noch weiter weg von liberal-demokratischen Konzeptionen von Öffentlichkeit, die noch von der Idee (wenn auch nicht unbedingt der Realität) der Offenheit, Gleichheit und Rationalität bürgerschaftlichen und staatlichen Handelns bestimmt waren. Der Staat verabschiedet sich nicht, sondern bedient sich nur anderer Instrumente der Grenzziehung zwischen öffentlichen und privaten Räumen. In Hinblick auf die Geschlechterfrage bedeutet diese Akzentverschiebung eine erneute Verfestigung der Geschlechterverhältnisse unter anderen Vorzeichen. Der Umbau und Abbau sozialer Leistungen beispielsweise hat eine Verschiebung sozialer Kosten, die im Zusammenhang mit Altenpflege, Kinderbetreuung, Unterhalt von Angehörigen oder schulischer Bildung entstehen, in die private Verantwortung hinein zur Folge: eine Verantwortung, die auch heute noch mehrheitlich von Frauen geleistet und weiterhin an Frauen delegiert wird. Einerseits verliert Geschlecht an Bedeutung auf formal-rechtlicher Ebene wie zum Beispiel durch die Einführung von Gleichstellungsgesetzen und Gender Mainstreaming, gleichzeitig erfahren Geschlechterdifferenzen jedoch eine Intensivierung, wenn zum Beispiel durch die Einführung von Hartz IV neue ökonomische Abhängigkeiten in Partnerbeziehungen produziert werden, die insbesondere Frauen treffen. Dieses Ausbleiben tatsächlicher, struktureller Veränderungen der Geschlechterverhältnisse wird in den Sphären öffentlich-hegemonialer Meinungs- und Konsensbildung zwar erwähnt, bleibt aber ohne politische Konsequenzen oder wird sogar verharmlost. Dies zeigt sich beispielsweise in Deutschland an der Figur von Angela Merkel und ihres Effektes, den die Politikwissenschaftlerin Bar-

bara Holland-Cuntz in einem Interview als „eine Art gefühlter Modernisierung“ beschreibt: Deutschland „bleibt ein patriarchal-konservatives Land, aber das Bild nach außen wirkt modern“ (13), da Deutschland ja jetzt eine Frau als Bundeskanzler vorzuweisen hat. In den mit einer neoliberalen Politik einhergehenden Diskursen geht es nicht mehr um gesellschaftsvertragliche Aushandlung, um gerechte Ressourcenverteilung, um Bürger_innenrechte oder um die Durchsetzung von Antidiskriminierung oder Partizipation, sondern um eine „Anrufung“ (Louis Althusser) von Eigenverantwortung, Autonomie und Marktförmigkeit.

»Schwul sells«

Im Zuge dieser Anrufungen werden Diskurse umkodiert, Identitätsangebote vielfältigt und kritische Positionen abgewertet, negiert oder durch ihre Integration marktförmig gemacht. Gegenöffentlichkeiten stehen nicht außerhalb dieser Anrufungen und müssen sich diesen Vorzeichen neu stellen. Damit befinden sich nicht nur genderkritische Gegenöffentlichkeiten nicht nur in einem Spannungsfeld von Verrechtlichung und Veröffentlichung, sondern gleichermaßen in einem Spannungsfeld von semantischer Kolonialisierung und gouvernementaler Aneignung. Dieses Spannungsfeld bestimmt auch darüber, wie sich diese Öffentlichkeiten selbst definieren. Dies zeigt sich beispielsweise auch an der Entwicklung der Schwulenbewegung. Schwule Identität wird im Zuge ihrer Veröffentlichung zum Markenzeichen, denn »Schwul sells«. Und dies nicht nur in den konsumtiven Märkten der neuen Ökonomien, sondern auch in der repräsentativen Politik. „Ich bin schwul und das ist auch gut so“ erklärte Klaus Wowereit kurz vor Beginn seiner Karriere als Berliner Bürgermeister auf dem SPD-Landesparteitag im Jahr 2001. Mit diesem Bekenntnis war seine Wiederwahl in der Hauptstadt der Schwulenbewegung auch über die erste Amtszeit hinaus gewährleistet. Was als schwule Emanzipationsbewegung mit Anspruch auf alternative Beziehungs- und Sexualpolitiken in den 1970er Jahren begann, mündete unter der rot-grünen Ägide Anfang des 21. Jahrhunderts in einer Verrechtlichung homosexueller Lebenspartnerschaft, die in Deutschland zudem noch nicht einmal der heterosexuellen Ehe gleichgestellt ist. Diese Verrechtlichung ist einerseits Ausdruck einer kapitalistischen Diversifizierung, die zielgruppenspezifischer operieren muss (gerade schwule Männer erweisen sich als konsumkräftige Gruppe), andererseits ein Zugeständnis an einen jahrelang geführten Kampf um öffentliche Anerkennung. Doch diese vermeintliche Anerkennung wird erneut funktionalisiert, denn sie

dient der Verschleierung eines Neokonservatismus, der nicht nur Geschlechterungleichheit und soziale Benachteiligungen weiter betreibt, sondern andere (sexuelle) Identitäten assimiliert. So erfolgte die offizielle Würdigung von Regenbogenfamilien durch den ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler (14) im Kontext einer Politik, die Familie als Hort und Trutzburg gegenüber den kalten Kräften des Marktes wieder ins Zentrum rückt, ein Zentrum, das sich inzwischen „selbst als minderheitlich, als Peripherie, zu präsentieren beginnt.“ (15) Die vermeintlich erfolgte Anerkennung homosexuellen Lebens verschleiert damit die Produktion neuer Ungleichheiten, die sich auch inmitten schwuler und lesbischer Milieus weiter verfestigen, während die homosexuelle Menge ihren Distinktionsgewinn aus Christopher Street Day Paraden, schwul-lesbischen Stadtfesten und sportiven Gay Games gewinnt.

Anfang 2006 wurde in Berlin und „in unserem Namen“ die Initiative Queer Nations vorgestellt, die im Mai 2005 gegründet worden war. Diese Initiative will in Anlehnung an das ehemalige Institut für Sexualwissenschaft von Magnus Hirschfeld eine wissenschaftliche Einrichtung gründen, um „Durch Wissenschaft zur Gerechtigkeit“ zu kommen. Vornationalsozialistische Vergangenheit und die hehre Wissenschaft werden angerufen, um Homosexualität(en) zu normalisieren. Der in den letzten Jahren inflationär und undifferenziert gebrauchte Begriff queer fungiert hier „in unserem Namen“ als eine Gemengelage, die von „Lesben, Schwulen, heterosexuellen Männern und Frauen, Wissenschaftlern, Künstlern, Unternehmern, Betriebsräten, Bundeswehrangehörigen, Medizinerinnen“ bis hin zu „Christen, Juden“ und „Muslimen“ reicht. Laut Selbstdefinition sind „Forschen, Fördern, Fordern, Erinnern“ die Leitmotive dieser Organisation. (16) Dieses Motiv erinnert an das Motto der deutschen Bundesagentur für Arbeit, die ja auch fördern, aber zugleich einiges fordern will. So ist es nicht erstaunlich, dass nicht nur fast alle Fraktionen des Bundestags, sondern auch der Berliner Bürgermeister, der Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Akademiker_innen und Kulturschaffende diese zukünftige Speerspitze einer, irgendwie queer zu beforschenden Sexualkunde unterstützen. Doch man will nicht nur forschen, sondern zum „Teil der deutschen Nationalgeschichte“ werden, denn so der Geschäftsführer der Initiative: „Eine Denkfabrik in der Linie Hirschfelds zu begründen ist ein patriotisches Unterfangen der BRD. Sie möge eines Tages in einem Staatsakt vom Bundespräsidenten eröffnet werden.“ (17) Nicht zuletzt aus diesem Grund stellt das lesbisch-feministisch-queere Netzwerk in einer Stellungnahme fest, dass im Fall dieses Instituts „eine Veränderung des Namens und eine Revision der (patriotisch)nationalistischen Programmatik so-

wie der integrationistischen Perspektive dringend erforderlich“ (18) ist. (Inzwischen hat auch die im Jahr 2012 gebildete schwarz-rote Koalition in Berlin ihre Unterstützung bei der Gründung eines Magnus-Hirschfeld Instituts zugesagt). Sicherlich ist mit der Einrichtung eines solchen Instituts die längst überfällige offizielle Anerkennung der Leistungen von Magnus Hirschfeld und der Notwendigkeit von Forschungen zu Homosexualität verbunden. Abgesehen von der Kritik an den nationalistischen Untertönen dieser Initiative ist darüber hinaus zu fragen, ob es nicht auch darum gehen muss, das Thema Homosexualität und Queer Studies als offizielles Forschungs- und Lehrgebiet endlich an Hochschulen zu etablieren.

Historisierungen

Der inzwischen zu beobachtende gesellschaftliche Neokonservatismus beinhaltet eine Historisierung des deutschen Faschismus, die auch vor der Schwulen- und Lesbenbewegung nicht halt macht. »Historisierung« meint hier „eben nicht (nur) das legitime und als solches zu begrüßende Bemühen, den Nationalsozialismus in die größeren Zusammenhänge der deutschen und europäischen bzw. internationalen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts einzubetten; sondern damit verbunden sind erkennbare Verharmlosungen. »Historisierung« des Nationalsozialismus wird somit zur Voraussetzung für die »Normalisierung« des Geschichtsbildes“ (19) wie der Politikwissenschaftler Michael Schneider bemerkt. Vor diesem Hintergrund ist die Errichtung eines Denkmals für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus nicht nur zu begrüßen, sondern auch kritisch zu lesen. Initiiert vom Lesben- und Schwulverband in Deutschland (LSVD) und der Initiative Der homosexuellen NS-Opfer gedenken beschloss der Deutsche Bundestag im Jahr 2003 in Berlin ein Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen zu errichten. In Umsetzung des Bundestagsbeschlusses fand dann im Jahr 2005 ein Kunstwettbewerb statt der vom Land Berlin im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland organisiert wurde. Eine elfköpfige Jury wählte aus den 17 eingereichten Entwürfen die Arbeit der Künstler Michael Elmgreen und Ingar Dragset aus und empfahl deren Realisierung. In einer Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur teilte der Juryvorsitzende zum ausgewählten Entwurf und zur Entscheidung des Preisgerichts mit: „Die Jury ist zu der Überzeugung gekommen, hiermit eine künstlerische Arbeit gefunden zu haben, die souverän und zeitgemäß einen Ort zum Gedenken an die im Nationalsozialismus verfolgten

Homosexuellen schafft und gleichfalls die Diskussion über die Akzeptanz der gleichgeschlechtlichen Liebe heutzutage anregt.“

Abgesehen von der Frage, inwieweit dieser Entwurf (und seine inzwischen erfolgte Realisierung) der Kunstkritik tatsächlich standhält und abgesehen davon, dass mit diesem Denkmal Lesben erneut unter dem Etikett »schwul« subsumiert werden (was zu Protesten geführt hat, so dass auf der Tafel zum Denkmal auf die gesonderte Rolle lesbischer Sexualität, die nicht unter die nationalsozialistische Strafbarkeit fiel, hingewiesen wird), scheinen mir noch andere Punkte wesentlich zu sein. Ich beziehe mich im Folgenden auf einen 1999 im Vorfeld zu den Planungen des Homodenkmals veröffentlichten Aufsatz des Soziologen Klaus Müller. (20) Kurz zusammen gefasst, stellt Müller fest, dass erstens die historische Forschung zur NS-Homosexuellenverfolgung bis Ende der 1990er Jahre marginalisiert wurde und in Bezug auf ihren Umfang auch heute noch marginal ist sowie zweitens, dass kaum Zeugnisse homosexueller Überlebender vorliegen. Die wenigen Überlebenden wurden in den homophoben Nachkriegsgesellschaften zum Schweigen gezwungen: „Ihre Verfolgung wurde zum individuellen Schicksal.“ (21) Damit ist die Frage berechtigt, ob dieses Mahnmal, zumal wie es heute zu besuchen ist, nicht als ein Ort konkreter Erinnerung an konkrete Opfer, sondern viel eher, um es mit den Worten von Müller zu sagen, als ein „Spiegel für zeitgenössische Homosexuellenpolitik“ fungiert. Diese Homosexuellenpolitik richtet ihren Fokus auf gesellschaftliche Integration und Anerkennung, bezahlt dafür jedoch mit dem Preis ihrer Entpolitisierung und, wie im Fall des Homodenkmals, mit Geschichtsvergessenheit. Ähnlich dem rosa Winkel wird auch dieses Denkmal zu einem leeren und entkontextualisierten Zeichen, das sich nach individuellen Vorlieben und Sichtweisen mit unterschiedlichen Bedeutungen aufladen lässt, auch wenn die am Denkmal angebrachte Tafel versucht, die Semantik und das Verständnis für diese Geschichte in eine entsprechende Richtung zu lenken.

Neue Koalitionen

Sicherlich haben geschlechterpolitische Bewegungen wie die Frauen-, Lesben-, Schwulen- und die Queer- und Transgender-Bewegung mit ihren Denkbewegungen, ihrem Kampf um Sichtbarwerdung und mit der Schaffung eigener, vor allem in größeren Städten angesiedelten Räume und Projekte zu einer reflexiven Veränderung des sozialen Raumes und damit auch zu einer gewissen Verschiebung der Definitionen von Öffentlichkeit und Privatheit beigetragen. Sie

konnten erreichen, dass bislang ausgeklammerte Fragestellungen und tabuierte Themen über die Grenzen des Privaten und der eigenen subkulturellen Öffentlichkeit hinaus diskutiert werden, so dass beispielsweise sexistische Äußerungen gegenüber Frauen oder Hassreden gegen Schwule und Lesben in der politischen, sozialen und städtischen Öffentlichkeit als nicht mehr akzeptabel erscheinen. Auf staatsrechtlicher Ebene konnten gewisse Formen der Verrechtlichung erreicht werden wie die eingetragene Lebenspartnerschaft. Diskutiert werden inzwischen auch Zwangsvergeschlechtlichung und Intersexualität. Diese Normalisierungsprozesse sind gleichermaßen Ergebnis eines Kampfes um diskursive Ermächtigung als auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag zu einer sozialen und politischen Modernisierung, die (und dies nicht nur auf der Folie einer nicht vollständig realisierten Gleichstellung) allerdings auch zwiespältig bleibt. Denn einerseits werden Geschlechter- und Identitätsfragen innerhalb verschiedener öffentlicher Räume und auf institutionellen Ebenen thematisiert und neu verhandelt, andererseits jedoch im Zuge und aufgrund dieser Normalisierungsprozessen wieder in das Private verwiesen. Homosexualität erscheint in Mitteleuropa inzwischen als so selbstverständlich, dass nicht mehr darüber diskutiert zu werden braucht. Homosexuelles Leben ist in Ländern wie Deutschland zwar inzwischen offen möglich und Homosexuelle bzw. queere Personen leben hierzulande in einer vergleichsweise äußerst komfortablen Situation wie die jüngsten Entwicklungen zum Beispiel in Russland zeigen, wo inzwischen selbst das Sprechen über Homosexualität unter Strafe steht. Dennoch ist dies kein Grund die Hände in den Schoß zu legen, denn was auf der einen Seite an Anerkennung und Selbstermächtigung gewonnen wird, fällt auf der anderen Seite durch Individualisierungs- und Entsolidarisierungsprozesse sowie durch neue, wenn auch subtilere Ausschlussverfahren wieder weg, denn dies ist die herrschende Logik in Politik, Ökonomie und Sozialem unter dem Vorzeichen einer neoliberalen Modernisierung des Kapitalismus. Diese modifizierten Machtverhältnisse, die damit einher gehenden Strategien und Machtspiele gerade in Hinblick auf die eigenen Verfasstheiten immer wieder auf ein Neues kritisch zu diskutieren und die Kunst der „reflektierten Unfügsamkeit“ (22) zu pflegen, ist eine wesentliche und nicht nur taktische Notwendigkeit eines zukünftigen »Gegen«. Neue Formen solidarischer Kollaborationen zu erfinden, eine andere noch zu entwickelnde Aufgabe.

- (1) Siehe: Klaus, Elisabeth; Drüeke, Ricarda: Öffentlichkeit und Privatheit: Frauenöffentlichkeiten und feministische Öffentlichkeiten. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden 2008 (2. erweiterte, aktualisierte Auflage).
- (2) Zur Rolle dieser Bewegungen siehe: Negri, Antonio; Hardt, Michael: Empire. New York/ Frankfurt am Main 2000.
- (3) Fischer-Lichte, Erika; Kolesch, Doris (Hg.): Kulturen des Performativen. *Paragana*. Internationale Zeitschrift für Historische Anthropologie, 1998, Heft 7.
- (4) Bourdieu, Pierre: Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main 2005.
- (5) Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.): TraditionenBrüche. Freiburg 1992, S. 29.
- (6) Bourdieu, a.a.O., S. 45.
- (7) Fraser, Nancy: Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie. In: Scheich, Elvira (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie, Hamburg 1996, S. 163.
- (8) ebd., S. 166.
- (9) Benhabib, Seyla: Feministische Theorie und Hannah Arendts Begriff des öffentlichen Raumes. In: Brückner, Margrit; Meyer, Birgit (Hg.): Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume. Freiburg im Breisgau 1994, S. 295.
- (10) siehe: Doderer, Yvonne P.: Urbane Praktiken. Strategien und Raumproduktionen feministischer Frauenöffentlichkeit. Münster 2002.
- (11) Diese Entwicklung ist nicht nur in dieser Hinsicht problematisch. Denn dies bedeutete meist auch, dass eine basisdemokratische Struktur zugunsten einer betrieblich-hierarchischen Organisation aufgegeben wurde. Die interne Organisation dieser Frauenprojekte gleicht damit Kleinbetrieben, die in vielen Fällen zum Beispiel über keine Arbeitnehmerinnenvertretung verfügen. Andererseits wird aber von den Mitarbeiterinnen eine hohe moralische Identifikation mit dem Projekt als Legitimation für eine überdurchschnittliche Arbeitsleistung bei gleichzeitiger Akzeptanz einer steilen Hierarchie eingefordert. Auf der Strecke bleibt hier auch eine interne und externe inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen Zielen, stattdessen werden entweder einmal formulierte Ziele weiter behauptet oder diese sukzessive aufgegeben. Dies hat nicht nur mit Anpassungsdruck oder Generationenwechsel zu tun, sondern auch mit einem Mangel an gemeinsamen Foren politisch-feministischer Auseinandersetzung, die über gelegentlich veranstaltete Fachtagungen hinaus reichen und die als Instrument der Reflexion und Solidarisierung dienen könnten. Abgesehen von gelegentlichen wissenschaftlichen Begleitungen, kann ich, zumindest in Deutschland, keinen wesentlichen Austausch zwischen feministisch-akademischer Theorie-

produktion einerseits und feministischer Praxis andererseits mehr erkennen. Dies schwächt letztlich beide Seiten.

(12) Hark, Sabine: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt am Main 2005, S. 63.

(13) „Vielleicht wird Feminismus wieder schick“, Interview mit Barbara Holland-Cunz von Heide Oestreich. In: TAZ, 25.11.2006. Quelle: <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2006/11/25/a0143> (08.04.2012)

(14) Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg: Bundespräsident Köhler würdigt Bedeutung der Regenbogenfamilien, 19. Januar 2006. Quelle: <http://www.berlin.lsvd.de> (21.05.2010).

(15) Dieffenbach, Katja: Die Liebe zu sprechenden Mikromedien 5-Minuten Radiotheorie der Bewegung. In: Shedhalle Programm 97: Von der Einfachlösung bis zum Profisystem. Zürich 1998, S. 19.

(16) Initiative Queer Nations (IQN) (Hg.): In unserem Namen. Verein Initiative Queer Nations e.V., Berlin 2006, Broschüre.

(17) Quelle: http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=4245 (08.04.2012).

(18) Ifq-Positionierung zur Initiative Queer Nations (30.04.2006) Quelle: <http://www.lesbisch-feministisch-queer.de/aktuelles.html> (08.04.2012).

(19) Schneider, Michael: „Volkspädagogik“ von rechts: Ernst Nolte, die Bemühungen um die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und die „selbstbewusste Nation“. Bonn 1995. Electronic ed.: Bonn: Bibliothek der FES, 1998. Quelle: <http://www.fes.de/fulltext/historiker/00024toc.htm> (08.04.2012).

(20) Müller, Klaus: Amnesien: Formen des Vergessens, Formen des Erinnerns. In: Heinrich-Boell-Stiftung (Hg.): Der homosexuellen NS-Opfer gedenken. Berlin 1999. Siehe auch: <http://www.xs4all.nl/~kmlink/09newarticles/05amnesien.htm> (08.04.2012).

(21) ebd.

(22) Foucault, Michel: Was ist Kritik? Berlin 1992, S. 15.

Städtische Räume queeren



Die schwule, lesbische, transsexuelle, transgender und queere Öffentlichkeit und Kultur wie sie seit den 1960er Jahren in vielen US-amerikanischen, europäischen und teilweise auch außereuropäischen Metropolen und Großstädten entstanden ist, steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Stadt und städtischem Leben. Denn erst das Leben in der Stadt ermöglicht die Bildung von emanzipatorischen Bewegungen und ihre Verräumlichung in Form von Gemeinschaftsbildungen. Das mit der Formierung von solchen Öffentlichkeiten einhergehende »queeren« von städtischen Räumen steht dabei unmittelbar in einem Zusammenhang mit Fragen von Identität und Differenz, Körper und Sexualität, es betrifft Alltags- und Sozialleben, Ökonomie und Politik sowie Kunst und Kultur. Das Queeren umfasst die ganze thematische Bandbreite, die mit der Normativität von Geschlechterordnungen einhergeht und ebenso die Versuche, diese zu durchkreuzen oder gar zu überschreiten. Eine schwule, lesbische und transsexuelle Bewegung begann sich in den USA bereits ab Mitte der 1950 Jahre zu formieren. Die Stonewall Riots im Jahr 1969 im New Yorker Stadtteil Greenwich Village, als sich Schwule, Lesben, Transsexuelle und Drag Queens gegen Polizeikontrollen und Polizeiübergriffe zur Wehr setzten, waren nicht nur einer der ersten Höhepunkte dieses Widerstands, sondern auch ein Zeichen des Aufbruchs für europäische Schwule, Transsexuelle und Lesben (letztere vor allem innerhalb der feministischen Frauenbewegung situiert). (1) Inzwischen hat sich in vielen Metropolen und Großstädten nicht nur in den USA, Australien und Europa, sondern auch in lateinamerikanischen und einigen asiatischen Ländern eine so genannte gay, lesbian, bisexual, transgender und queer (glbtq) Kultur etabliert. Diese Kultur umfasst aktivistische Gruppen und Organisationen, die um rechtliche Gleichstellung, gegen Diskriminierung und AIDS kämpfen sowie Sport-, Kultur- und Filmfestivals und jährliche Christopher-Street Day Paraden veranstalten. Hinzu kommen kommerzielle wie nicht-kommerzielle Treffpunkte wie zum Beispiel Clubs, Discos, Cafés, Bars, Saunen, Restaurants, Hotels und Unternehmen, die von glbtq's geführt werden und die ihr Angebot an die glbtq-Communities richten sowie Zeitschriften, TV-Sender und virtuelle Netzwerke, die den einzelnen glbtq's den Anschluss an die jeweiligen lokalen Communities erleichtern sollen. Zur urbanen Geographie dieser Kulturen und zum urbanen Leben von glbtq's sind vor allem im englischsprachigen Raum inzwischen einige Untersuchungen und Beiträge veröffentlicht worden. (2) Obwohl die rechtli-

che Situation in Hinblick auf die Legalität von Homo- und Transsexualität oder auch gleichgeschlechtliche Eheschließung global gesehen nach wie vor sehr unterschiedlich ist (und auch heute noch in nicht wenigen Ländern homosexuelle Handlungen mit Gefängnis oder sogar mit dem Tod bestraft werden) (3) sprechen manche ForscherInnen angesichts dieser glbtq-Kulturen vom „global gay“ und einer „internationalization of gay identities“. (4) Diese Behauptung ist sicherlich aus verschiedenen Gründen kritisch zu lesen, dennoch ist sie angesichts der internationalen Vernetzung im Kampf um Rechte und gesellschaftliche Anerkennung von glbtq's sowie auf dem Hintergrund eines intensiven internationalen Austauschs nicht völlig von der Hand zu weisen. Und es ist auch kein Zufall, dass glbtq's bevorzugt in Städten, insbesondere in verdichteten, innenstadtnahen oder innerstädtischen Stadtgebieten leben und dass hier die glbtq-Kultur öffentlich sichtbar wird. Im Gegensatz zu ländlichen Gebieten ist die soziale und familiäre Kontrolle in Städten wesentlich geringer und es bestehen mehr Chancen, andere glbtq's zu treffen und sich gemeinsam zu organisieren. Das Leben in der Stadt eröffnet immer wieder neue Spielräume und erlaubt eine Verflüssigung herrschender Geschlechterordnungen. Dies ist nicht nur für viele Frauen, sondern gerade für das Leben von glbtq's besonders wichtig.

Denn nicht zuletzt ist der städtische Raum auch ein Raum der Differenz und Differenzbildung. Gesellschaftlich und strukturell verankerte Differenzen können im Urbanen und als Urbanes verfestigt und vertieft werden wie es zum Beispiel im Zusammenhang mit sozialräumlicher Segregation besonders deutlich zum Tragen kommt. Differenz kann jedoch auch als ein Sich-Unterscheiden im Sinne eines »Dritten« bzw. eines Raumes des »Da-Zwischen« (Homi K. Bhaba) verstanden werden. Ein Queeren urban-gesellschaftlicher Räume kann somit als eine Differenzbildung zu vorherrschenden Geschlechterordnungen gelesen werden und als eine Haltung, die sich bewusst als sexuell-identitäre Differenz positioniert und im günstigen Fall im Urbanen situiert. Unter queeren lassen sich damit sowohl individuelle Strategien zur Verwirklichung queeren Lebens, als auch die Schaffung einer emanzipatorisch-urbanen (Teil-)Öffentlichkeit verstehen, um aus dem Schatten einer von der vorherrschenden Öffentlichkeit negierten urban-gesellschaftlichen Realität heraus zu treten.

Homosexualität und Queerness sind seit jeher Bestandteil menschlicher Sexualität und Identität, auch wenn deren Verständnis und Bezeichnungen unterschiedlich sind bzw. Homosexualität und Queerness je nach gesellschaftlicher Verfasstheit und historischem Zeitpunkt auf verschiedene Weise gelebt, aber auch unterdrückt werden. Von diesem Hintergrund ausgehend, beinhaltet das

Queeren urban-gesellschaftlicher Räume ein Moment des Widerstands, denn die glbtq-Person widersetzt sich (mehr oder weniger offen) der Kategorie Geschlecht und heteronormativen Geschlechterordnungen. Dieser Widerstand kann mittels verschiedener Praktiken vollzogen werden: er äußert sich nicht nur als andere sexuelle Orientierung, sondern auch in Kleidungsstilen, Auftreten und Sprache, in Form von spezifischen Gemeinschaftsbildungen und in politischen Aktionen. Den urbanen Raum zu queeren kann subtil bis offensiv, leise oder laut erfolgen. Queere Zeichen können für Andere sichtbar, aber ebenso unlesbar sein. Manche glbtq's leben ihre Identität und Sexualität offensiv in ihrem Alltag, andere switchen zwischen äußerer „Normalität“ und queerer Identität, indem sie ihr Queerness nur an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten offenlegen. Dabei ist dieser Widerstand nicht damit zu verwechseln, dass die Normativität von Geschlecht immer schon brüchig ist – ein Umstand, der jedoch gerne verdrängt und verleugnet wird. Insbesondere die Medien produzieren und vermitteln nahezu unaufhörlich positivistische, heteronormative und geschlechterdualistische Bilder und Narrationen von »Weiblichkeit« und »Männlichkeit«, von Familienleben, Heterosexualität und binärer Geschlechtersozialität. (Daran ändert im Übrigen auch das gelegentliche Auftauchen von glbtq-Lebensweisen in den Mainstream-Medien nichts, denn beispielsweise die, auch von glbtq's durchaus goutierten US-amerikanischen TV-Serien wie „Queer as Folks“ oder „L-World“ sind voll von heterosexuell konnotierten und geschlechterdifferentiellen Handlungs- und Personenmustern). Die Normativität von Geschlecht beruht vor allem auf einer Naturalisierung von binären Geschlechterordnungen und Heterosexualität, die Geschlechterdifferenz und Heterosexualität als »natürlich« definiert und andere Identitäten als Abweichung versteht. Auch in »modernen« und »aufgeklärten« Gesellschaften lässt sich ein Beharrungsvermögen dieser Auffassungen von Geschlecht feststellen, das bis in die psychischen Tiefen des einzelnen Individuums reicht. Schwul, lesbisch, queer oder transgender zu leben kollidiert deshalb auch heute noch mit vorherrschenden Geschlechterordnungen. Selbst in sich aufgeschlossen gebenden Kreisen (wie zum Beispiel im Kunst- und Kulturbetrieb oder in der Film-, Mode- und Musikindustrie) dominieren nach wie vor heteronormative Geschlechtervorstellungen. Zwar kann sich queeres Leben hier leichter etablieren als in vielen anderen Bereichen, dennoch heißt dies nicht zwangsläufig, dass es nach außen kommuniziert und thematisiert wird. Und auch wenn in einigen Ländern inzwischen gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften rechtlich anerkannt sind oder sich inzwischen Personen des öffentlichen Lebens offen zu ihrer Homosexualität (weniger ihrer Queer-

ness) bekennen, beinhaltet eine Konfrontation mit »realen« gbtq-Personen auch heute noch ein Infragestellen heterosexueller Identität und Normativität. Heterosexuelle versichern sich in solchen Situationen gerne ihrer »Normalität« allein dadurch, dass dieses Thema allenfalls gestreift und nicht näher darauf eingegangen wird. Manchmal konfrontiert eine solche Begegnung auch mit unerfüllt gebliebenen Wünschen und Sehnsüchten, denn die vermeintliche Selbstverständlichkeit heterosexueller Geschlechteridentität ist weniger stabil und eindeutig, als sie auf den ersten Blick erscheint. Nicht selten leben zum Beispiel Frauen mit Männern zusammen, weil sie ökonomisch und sozial von dieser Beziehung profitieren und das Eingehen einer lesbisch-queeren Beziehung mit zu vielen Unsicherheiten sowie der Gefahr gesellschaftlicher Nicht-Anerkennung verbunden ist und nicht wenige Männer leben selbst in aufgeklärten Gesellschaften ihre schwulen oder queeren Bedürfnisse nicht offen aus. Umgekehrt versuchen inzwischen viele gbtq's so normal wie möglich zu erscheinen und verstehen ihre (sexuelle) Identität als Privatangelegenheit. Nicht wenige gbtq's propagieren auch deshalb die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Sicherlich beinhaltet diese Form der rechtlichen Anerkennung einen gewissen Schutz und Vorteile, doch die Grundfesten der Geschlechterordnung werden dadurch nicht wirklich erschüttert. (5)

Spätestens an dieser Stelle wird darüber hinaus deutlich, dass der Begriff gbtq nicht nur eine Bandbreite verschiedener sexueller Orientierungen und Identitäten, sondern gleichermaßen unterschiedliche politische Auffassungen und Positionen zusammenfasst. Diese Bandbreite reicht von der Auffassung „meine Sexualität ist Privatsache“ über identitätspolitische Bewegungen („proud to be gay“) bis hin zu queeren, gendervarianten und transgender politischen Ansätzen, denen es darum geht, die Kategorie Geschlecht nachhaltig zu dekonstruieren und zu überschreiten. Ausgehend von diesem Hintergrund wird deutlich, dass mit queeren nicht nur die aus der Normativität von Geschlechterordnungen resultierenden Irritationen, Konflikte und Krisen gemeint sind, obwohl diese Bestandteil des queeren sein können. Queeren politisch verstanden, heißt, noch einen Schritt weiter zu gehen und zwar im Sinne eines sich bewussten Widerstehens und Durchkreuzens von Geschlechterordnungen - verknüpft mit dem Anspruch und der Forderung, diese zu verändern. An diesem Punkt angelangt, wird auch die Schnittstelle zwischen feministischer Politik und queeren deutlich. Im Gegensatz zu einem differenzfeministischen oder auch identitätspolitischen oder Ansatz geht es beim Queeren aus meiner Sicht um eine grundsätzliche Infragestellung der Kategorie Geschlecht mit dem perspektivischen Ziel, die-

se Kategorie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu dekonstruieren (und letztlich überflüssig zu machen). Dies kommt insbesondere in dem Begriff „trans“gender zum Ausdruck. Als politischer Ansatz gedacht, läuft diese Konzeption jedoch Gefahr zu diffus zu werden. Dies zeigt sich inzwischen auch am Einsatz des Begriffs queer, unter den mittlerweile alle Identitäten, seien es Schwule, Lesben, Transsexuelle und Transgender Personen subsumiert werden, ohne dass deshalb notwendigerweise ein politischer Horizont mit aktiviert wird. Dennoch sind die Begriffe queer und transgender wichtig und notwendig, da sie nicht zuletzt aus einer Kritik an den Ausschlussmechanismen identitätspolitischer Bewegungen entstanden sind. Während selbst das Adjektiv „feministisch“ heute oft noch einen negativen Beigeschmack hat, zeigt sich, dass sich die Durchsetzung (zum Beispiel in der Sprache) von queer und transgender Belangen als noch schwieriger gestaltet. Hinzu kommen die Bewegungen von Intersexuellen, die sich gegen ihre Zwangsvergeschlechtlichung wehren und damit darauf aufmerksam machen, dass vermeintlich natürlich-biologische Unterschiede nicht nur diskursiv hintergebar, sondern dass Genderinvarianzen durchaus auch »realer Natur« sind. Das Kürzel glbtq wird deshalb heute zu gltbqi erweitert.

Auch wenn Geschlechterordnungen bei genauerer Betrachtung in nahezu allen Bereichen von Gesellschaft nach wie vor und vor allem auf strukturellen Ebenen verankert sind, haben sie sich insbesondere in hochindustrialisierten Ländern verflüssigt und den Erfordernissen eines globalisierten Kapitalismus angepasst. Dabei spiegelt die Diversifikation der wirtschaftlichen Zielgruppen durchaus eine Diversifikation veränderter Lebensweisen vor allem in den Städten wider, da die traditionelle Kleinfamilie hier nicht mehr die vorherrschende Lebensform ist. Vor allem in Metropolen und Großstädten leben viele Menschen allein, in Zweck- oder Wohngemeinschaften, mit gleichgeschlechtlichen Partner_innen oder sind alleinerziehend. (6) Der hohe Anteil an Lebensformen jenseits der klassischen Kleinfamilie (7) ist nicht nur ein Ergebnis von Individualisierung, steigender Lebenserwartung, höheren Scheidungsraten und fallenden Geburtenraten, sondern auch Ausdruck von Bedürfnissen nach mehr Selbstbestimmung, Emanzipation und individueller Freiheit. Dieser Aspekt ist vor allem für Frauen und glbtqi-Personen wichtig. (8)

Eine der Grundvoraussetzungen für die Realisierung dieser Bedürfnisse ist Wohnraum – eine (urbane) Ressource, zu der längst nicht alle Menschen auf diesem Globus Zugang haben. Das Leben in einem eigenen Zimmer oder einer eigenen Wohnung heißt, einen Rückzugs- und Schutzraum zu haben, der

zumindest gewisse Grenzen nach außen schafft. Einen eigenen Wohnraum zu haben, beinhaltet auch die Möglichkeit, über den eigenen Körper, die eigene Sexualität und Identität zumindest im Innenraum zu bestimmen, auch wenn dies nur der Anfang eines selbstbestimmten Leben ist. Doch gerade in Großstädten und Metropolen sind Wohnungen oft teuer. Hinzu kommen unterschiedliche Strukturen des Wohnungsmarktes, die von Land zu Land und von Stadt zu Stadt differieren. So hat in Europa Berlin immer noch die niedrigsten und London die höchsten Mietpreise. Einkommensunterschiede oder Erwerbslosigkeit erschweren den Zugang nicht nur zum Wohnungsmarkt, sondern auch zu entsprechenden städtischen Lagen auf die gerade glbtqi's besonders angewiesen sind, um Zugang zu queeren Infrastrukturen zu haben. Und sicherlich hat insbesondere das Alleinleben in Städten auch negative Seiten wie Vereinsamung, Isolation, mangelnde soziale Anbindung und Versorgung, was insbesondere im Alter für alleinlebende glbtqi's zu einem Problem werden kann. Stadt und städtisches Leben eröffnen dennoch für glbtqi's eine Vielzahl an Möglichkeiten: in der städtischen Anonymität unterzutauchen oder auch wieder aufzutauchen, sich der familiären Kontrolle zu entziehen, das urbane Nachtleben zu nutzen, sich mit anderen glbtqi's auszutauschen, gemeinsam zu feiern, zu diskutieren, politische Aktionen zu planen oder einfach so vor sich hin zu leben. Gerade das Leben und Wohnen in der Stadt erleichtert es, sich zu organisieren und sich mit anderen glbtqi's zusammen zu tun. Judith Butler spricht hier von „freiwilliger Verwandtschaft“, also von Bindungs- und Beziehungsstrukturen jenseits einer tradierten familiär-verwandtschaftlichen oder ehelichen Einheit. (9) Solche freiwilligen Verwandtschaften ergeben sich durch sexuelle Kontakte, Freundschaftsbeziehungen und Bildung von glbtqi-Communities. Urbane Räume zu queeren beinhaltet deshalb nicht nur den Anspruch des glbtqi-Individuums auf selbstbestimmte Lebens- und Wohnformen, sondern gleichermaßen auf die Möglichkeit der Schaffung von Gemeinschaften, die sich über freiwillige „Verwandtschaft“, gemeinschaftliches soziales und kulturelles Leben sowie politische Forderungen definieren und organisieren.

Und sicherlich ist es in Metropolen wie San Francisco, New York, Sydney, Tokyo, Paris, Berlin, Bangkok, Buenos Aires, Hongkong oder London, aber auch in Großstädten wie Boston, Toronto, Hamburg oder Barcelona leichter, Anschluss an entsprechende Szenen und Angebote zu finden als in Kleinstädten oder gar auf dem Land. Ausdehnung, Infrastrukturen und Ressourcen dieser glbtqi-Szenen und Kulturen sind jedoch abhängig von der lokalen, politischen und sozialen Situation in den jeweiligen Städten. In einigen Metropolen und

Großstädten haben sich ausgesprochen queere Stadtviertel mit einer auch statistisch signifikanten gbtqi-Bevölkerung nebst ihren entsprechenden Infrastrukturen herausgebildet. Eines der bekanntesten dieser Viertel ist sicherlich das „Castro“ in San Francisco. (10) Trotz der Möglichkeiten, die ein städtisches Feld eröffnet, ist es dennoch nicht einfach, sich über die individuelle Ebene hinaus zu organisieren, sich Räume anzueignen und eine gbtqi-Kultur zu schaffen. Heute eröffnet zudem das Internet neue Möglichkeiten des sich Kennenlernens und des sich Organisierens, auch über das Leben in der Stadt hinaus. In der Stadt selbst wird beispielsweise das schwule Outdoor-Cruising in städtischen Parks, Plätzen, Straßen und öffentlichen Toilettenanlagen sukzessive von einem virtuellen Cruising abgelöst. Auch der Besuch von schwulen Bars, Discos, Saunen, Sportstudios und Pornokinos hat im Zeitalter des Internet nachgelassen – stattdessen verabredet man sich lieber in privaten Räumen. (Für lesbische Frauen stand das Cruisen allerdings kaum auf der Agenda, auch weil »weibliche« und lesbisch-queere Sexualität bis heute keine wirkliche gesellschaftlich anerkannte Souveränität erlangt hat).

Dieser Trend zu einem Rückzug ins Private und einer damit einhergehenden Ent-Gemeinschaftung wird durch das Moment gefördert, dass das Leben in Städten – und dies auch in den USA und in Europa – immer schwieriger wird. Steigende Miet- und Immobilienpreise machen innenstadtnahen und innerstädtischen Wohnraum zu einer Ressource, die für ökonomisch weniger gut gestellte gbtqi's immer schwieriger zu bekommen ist. Denn wie bereits erwähnt, machen Ungleichheiten auch vor gbtqi-Szenen nicht halt. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass es insbesondere schwule weiße Männer sind, die sich Wohnungen und Räume in für gbtqi interessanten oder angesagten Stadtvierteln anmieten oder kaufen können und damit längerfristig schwul dominierte Stadtviertel bilden können. Wesentlich weniger Lesben, queere Frauen und transgender Personen besitzen eine Eigentumswohnung, sondern wohnen zur Miete und diese Miete verbraucht zudem einen hohen Anteil ihres Einkommens. (11) Sicherlich gibt es inzwischen auch eine lesbische Mittelschicht, die sich Eigentumswohnungen oder teure Mietwohnungen leisten kann, rein statistisch gesehen bestehen jedoch nach wie vor erhebliche Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen »Frauen« und »Männern«. Diese Entwicklung macht nicht nur die Suche nach erschwinglichem Wohnraum schwieriger, sondern auch das Anmieten von Räumen, um sich zu treffen und zu organisieren. Gerade nicht-kommerzielle gbtqi-Initiativen sind auf ein Angebot an Räumen angewiesen, die nicht nur erschwinglich, sondern auch gut erreichbar sind

und eine Anbindung an andere ähnliche Einrichtungen sowie Angebote aufweisen. Die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt erfolgt im Kontext einer in nahezu allen Metropolen und Großstädten rund um den Globus zu beobachtenden Welle urbaner Aufrüstung und einer rein an Kapitalinteressen orientierten Stadtentwicklung und Stadtpolitik. Gefördert und investiert wird meist nur noch in Wohnungs- und Städtebau für ein zahlungskräftiges Klientel. Die bunt designten Pläne, Broschüren und virtuellen Werbeauftritte haben ausschließlich junge, wohlhabende und erfolgreiche heterosexuelle Paare und Kleinfamilien oder eben ausschließlich ökonomisch potente Singles als Zielgruppen. Andere Lebensformen und Lebensweisen kommen in diesen Planungen nicht vor, geschweige denn andere Stadt- und Bauformen oder der Bau von Stadtteilen mit gemischten Nutzungen, mit kleinteiligen und preisgünstigen Gewerberäumen sowie guten öffentlichen Nahverkehrsanbindungen. Stattdessen wird die Segregation in den Städten weiter forciert und es werden gesicherte Stadt-Enklaven für Wohlhabende etabliert.

Dies hat auch Folgen für bereits existierende queere Stadtviertel und Stadträume, denn diese urbane Aufrüstung geht mit einer normativen Homogenisierung urbaner Räume einher, die keine Abweichungen mehr duldet. Was in vielen Städten ab Anfang der 1980er Jahre unter dem Vorzeichen der „Broken Windows“-Theorie, nämlich der Verfolgung von kleinsten Regelbrüchen wie Herumlungern oder Betteln in öffentlichen Stadträumen eingeleitet wurde, hat inzwischen in vielen Städten zu einer massiven Säuberung meist innerstädtischer Stadtgebiete von »unerwünschten Personengruppen« geführt. Die Säuberung der Stadträume von queeren Szenen, die nicht in das Bild von angepassten und unauffälligen weißen Schwulen und Lesben passen, beschreibt beispielsweise Frank Leon Roberts entlang der Geschichte des Christopher Street Pier im New Yorker Stadtteil West Village und der gezielten Vertreibung von queeren schwarzen und Latino-Jugendlichen im Zuge eines „Quality of Life“ Programms. (12) (Und sicherlich wohnen auch in diesen aufgeräumten und gesäuberten Stadtteilen gbtq's und beteiligen sich womöglich sogar an den Kriminalisierungskampagnen gegen unerwünschte „Randgruppen“, denn schwul oder lesbisch zu sein ist kein Garant für eine kritische und selbst-reflexive Haltung und Denkweise.) Was eine solche Stadtpolitik zu verunmöglichen versucht, ist die Anerkennung der Existenzberechtigung und der Raumanerkennung von queeren (ebenso wie nicht-queeren) Szenen jenseits des Mainstream, sei er hetero- oder homosexuell. Verunmöglicht wird damit auch, dass so genannte randständige und minoritäre Gruppen die Möglichkeit bekommen, andere Lebensweisen

jenseits der traditionellen Kleinfamilie zu realisieren. Eine solche Stadtpolitik verhindert damit ein Leben in der Stadt, das auf produktiver Differenz, auf Heterogenität, aber auch auf Bildung homogener Gruppen mit ihren Raumansprüchen und vor allem auf einer Ermöglichung emanzipatorischer Freiheit beruht. Das Recht auf urbane Raumaneignung gilt heute längst nicht mehr für alle StadtbewohnerInnen. Auch Metropolen wie zum Beispiel Paris sind inzwischen im wahrsten Sinne des Wortes „versteint“ und entlang sozialer Unterschiede segregiert. Nicht-kommerzielle Initiativen haben hier schon längst kaum eine Chance, sich dauerhaft zu verorten. Dies hat auch Auswirkungen für das Leben von glbtqi's, denn in Paris existieren nahezu keine nicht-kommerziellen queeren Räume mehr. In Europa besteht nur noch in Berlin eine Existenzmöglichkeit für eine nennenswerte Zahl an nicht rein kommerziellen glbtqi-Freiräumen, so dass hier eine bunte urbane glbtqi-Öffentlichkeit entstanden ist, die Berlin nicht zuletzt auch für (glbtqi-)Touristen so attraktiv macht.

Das Leben in der Stadt wird aber auch deshalb schwerer, weil Prekarisierung und Flexibilisierung von Erwerbsarbeit sowie Erwerbslosigkeit weiter zunehmen. Dies hat nicht nur ökonomische Folgen für einzelne glbtqi's, sondern erschwert es glbtqi's, ihre Identität offen zu leben, da in Konkurrenzsituationen Abweichungen gleich welcher Art weniger geduldet werden. Hinzu kommen steigende Arbeitsanforderungen und ein erhöhter Anpassungsdruck, so dass für viele glbtqi's immer weniger Zeit bleibt, sich politisch zu engagieren, da mehr Zeit für die eigene Existenzsicherung aufgewendet werden muss. Hier werden bereits bestehende Differenzen weiter verschärft, denn gerade die nicht in traditionellen Ehen und Familien lebenden und ökonomisch nicht gut gestellten glbtqi's müssen einen erhöhten Aufwand betreiben, um ihr Leben zu organisieren. (13) Insbesondere glbtqi's erfahren zudem häufig weniger soziale und materielle Unterstützung von Seiten ihrer Familien oder von Verwandten, was sich vor allem im Alter bemerkbar macht. So haben sich inzwischen in einigen Städten Initiativen gebildet, die Wohnformen für glbtqi's im Alter entwickeln und aufbauen wollen.

Dennoch wird auch in Zukunft Stadt und städtisches Leben das bevorzugte Terrain für glbtqi's sein. Offen bleibt, wie das glbtqi-Leben in 20 oder 30 Jahren in den (westlich geprägten) Städten aussehen wird. Die Frage ist, welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte sich in der jeweiligen Stadtpolitik durchsetzen werden: Kräfte, die eine saubere, ökonomisch verwertbare, kleinfamiliengerechte, aber auch entdemokratisierte Stadt wollen oder solche Kräfte, die ein, im wahrsten Sinne des Wortes, queeres Leben nicht nur als selbstverständlichen

und zugehörigen Bestandteil von Stadt, sondern zudem als Bereicherung begreifen. Die Antwort auf diese Frage muss nicht zuletzt auch von den gbtqi-Communities selbst beantwortet werden.

Fußnoten

(1) Faschismus und Zweiter Weltkrieg hatten dem städtischen homosexuellen und queeren Leben in den europäischen Metropolen, das sich Anfang des 20. Jahrhunderts zu etablieren begann, ein brutales Ende bereitet.

(2) u.a. als frühe Publikationen: Bell, David; Valentine, Gill (eds.): Mapping Desire: Geographies of Sexualities. London 1995; Ingram, Gordon Brent, Bouthillette, Anne-Marie; Retter, Yolanda (eds.): Queers in Space: Communities/Public Places/Sites of Resistance. Seattle 1997; Whittle, Stephen (ed.): The Margins of the City. Gay Men's Urban Lives. Aldershot 1994 sowie verschiedene Aufsätze in Zeitschriften wie zum Beispiel Environment and Planning.

(3) siehe auch: Quelle: http://ilga.org/map/LGBTI_rights.jpg oder <http://www.amnestyusa.org/lgbt-human-rights/country-information/page.do?id=1106576> (08.04.2012).

(4) Altman, Dennis: Rupture or Continuity? The Internationalization of Gay Identities. In: Hawley, John C. (ed): Postcolonial, Queer: Theoretical Intersections. State University of New York Press 2001, S. 19-41.

(5) Aus meiner Sicht müsste es um mehr gehen, nämlich um die Abschaffung der Ehe als solche, um tatsächlich die Wahl verschiedener Lebensweisen und deren rechtliche und ökonomische Gleichstellung zu ermöglichen. Anstelle von Eherecht könnten zivilrechtliche Verträge für eine entsprechende Absicherung sorgen.

(6) Wobei hier die Haushalte mit Kindern, die von Frauen geführt werden (female-headed households with children) hinzukommen, so dass diesbezüglich auch afrikanische Länder miteinbezogen werden müssten.

(7) In europäischen Großstädten ist das Alleinleben oder das Leben in Wohngemeinschaften mittlerweile üblich, der Anteil der Single-Haushalte schwankt hier zwischen 61 % in Stockholm (2004), 49,6 % in Berlin (2003), 35% in London (2004) und 28,6% in Barcelona (2003), um nur einige Beispiele zu nennen. Sicherlich ist dies nicht nur allein ein Ergebnis queerer Lebensformen, sondern einer zunehmenden Altersbevölkerung, die auch aufgrund von Trennung oder Tod des Lebenspartners alleine lebt.

(8) Denn ein Leben in einer herkömmlichen Familie hat bekanntermaßen nicht nur positive Seiten. Dies zeigt zum Beispiel der nach wie vor hohe Anteil an häuslicher Gewalt. Eine gbtqi-Identität erfährt meist erst Jahre später eine gewisse Akzeptanz seitens der Herkunftsfamilie.

(9) Butler, Judith: *Antigones Verlangen. Verwandtschaft zwischen Leben und Tod*. Frankfurt am Main 2001.

(10) Die Okkupation dieses Stadtteils durch die Gay Community hatte durchaus auch Gentrifizierungseffekte, so dass die ursprüngliche Einwohner_innenschaft sukzessive durch steigende Mietpreise verdrängt wurde. Solche Gentrifizierungsprozesse sind durchaus auch in anderen Großstädten, wenn auch in unterschiedlichen Größenordnungen, zu beobachten. Mit diesen Gentrifizierungsprozessen geht allerdings auch eine Aufwertung dieser Stadtviertel einher, so dass nach einigen Jahren die glbtqi Community selbst mit steigenden Mietpreisen zu kämpfen hat.

(11) In Deutschland dominiert auf dem Wohnungsmarkt im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern noch die Mietwohnung. In Ländern wie Frankreich, Spanien oder Italien steht das Wohnen im Eigentum an erster Stelle, was dazu führt, dass lange bei den Eltern gewohnt wird oder der Zwang zur Heirat wesentlich größer ist. Dies gilt im Übrigen auch für die USA.

(12) Roberts, Frank Leon: *Disruptive Spaces/Disruptive Cultures: „Quality of Life“*. *Queer Space and the History and Gentrification of the Christopher Street Pier*. The Gallatin School of Individualized Study, New York University e. Frances White, May 6, 2003, paper.

(13) Auch eine Ein- oder Zweiraum-Wohnung muss regelmäßig geputzt werden, es muss eingekauft, gewaschen, gespült und gekocht werden usw. Die für die Reproduktion notwendige Arbeit wird grundsätzlich unterschätzt und spielt auch bei Alleinlebenden bzw. Alleinerwerbstätigen eine Rolle, die damit im Verhältnis zu Erwerbstätigen, die in der klassischen Hausfrauen-Ehe leben, nicht nur steuerlich, sondern eben auch in Bezug auf den für die eigene Reproduktion notwendigen Arbeitsaufwand benachteiligt sind.

Originaltext „LGBTQs in the City, Queering Urban Space“

In: International Journal of Urban and Regional Research, Volume 35.2, March 2011 / 431–6.

Homo-/sexuelles Begehren und Kolonialismus



Erst in den letzten Jahren sind die Forschungen der so genannten Postcolonial Studies auch im deutschsprachigen und zwar vorwiegend im akademischen Raum aufgenommen worden. Dies hat sicherlich damit zu tun, dass die koloniale Vergangenheit Deutschlands lange Zeit völlig verdrängt wurde. Und dies, obwohl auch in Deutschland, neben den ethnologischen und naturkundlichen Museen, Zoologischen Gärten, Universitäten und gelehrten Gesellschaften nicht wenige Wissenschaftsdisziplinen zur Beförderung und Legitimierung des Kolonialismus beigetragen haben. Eine kritische Reflexion des deutschen Kolonialismus wurde jedoch bis in die jüngste Zeit kaum betrieben.

Forschungslandschaft

Eine frühe Ausnahme stellte hier Hannah Arendt dar, die einen der Ursprünge totaler Herrschaft auch im deutschen Kolonialismus in Afrika verortete. Später kamen dann die Forschungen des DDR-Historikers Horst Drechsler und des westdeutschen Historikers Helmut Bley hinzu, der den Massenmord an den Herero und Nama untersuchte. Insbesondere der Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Faschismus wurde zwar zu Zeiten der 1968er StudentInnenbewegung noch diskutiert, mit den Jahren verschob sich die wissenschaftliche Reflexion jedoch nahezu ausschließlich auf Antisemitismus, Judenvernichtung und Nationalsozialismus, weshalb sich bis heute nur wenige Forschungen auf die Verschränkungen von deutschem Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus konzentriert haben. (1) Der Historiker Dan Diner spricht in diesem Zusammenhang deshalb von „gegenläufigen Gedächtnissen“. (2) Im englischsprachigen Raum hingegen erfolgte eine wissenschaftliche Reflexion und Aufarbeitung des Kolonialismus bereits zu einem früheren Zeitpunkt. Die Begründung der Postcolonial Studies lässt sich auf die Schriften des Literaturwissenschaftlers Edward Said und sein 1978 erschienenes Schlüsselwerk mit dem Titel „Orientalism“ zurückführen. Zahlreiche weitere AutorInnen wie Homi K. Bhabha, bell hooks, Gayatri Chakravorty Spivak, Toni Morrison, Achille Mbembe, um nur einige wenige zu nennen, kamen hinzu. In Deutschland hingegen gibt es meines Wissens bis heute keinen Lehrstuhl für Postcolonial Studies an einer deutschen Universität. Immerhin wurde im Juni 2009 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main ein Frankfurt Research Center for Postcolonial Studies (FRCPS) unter der

Leitung der Juniorprofessorin für Gender und Postkoloniale Studien, Prof. Dr. Nikita Dhawan, eröffnet. Die Verbindung von Geschlechter- und Kolonialismusforschung ist ein Ausdruck davon, dass insbesondere Frauen- und Geschlechterforscher_innen die Einführung englischsprachiger Postkolonialismus-Theorien in die hiesigen Wissenschaftsdiskurse betrieben haben. In der jüngsten Zeit haben Untersuchungen und Forschungen im Kontext der Postcolonial Studies in Disziplinen wie den Kunst-, Literatur- und Kulturwissenschaften erfreulicherweise jedoch auch hier zu Lande zugenommen. (3)

Mit dem Begriff Kolonialismus wird ganz allgemein eine Herrschaftspraxis bezeichnet, die die Unterwerfung eines Volkes beinhaltet. Inhaltlich oft analog verwendet zu Imperialismus unterscheiden sich beide Begriffe etymologisch gesehen: Kolonialismus stammt vom Lateinischen Wort *colonus*, also Farmer oder Siedler, Imperialismus vom Lateinischen Wort *imperare*, also befehlen ab.

(4) Aus marxistischer Perspektive beschreibt Imperialismus ein bestimmtes Entwicklungsstadium des Kapitalismus. Um auf die ökonomische und militärische Dimension des Kolonialismus zu verweisen, sprechen viele Historiker wie beispielsweise Robert Aldrich im Zusammenhang mit der zwischen dem 15. bis Mitte des 20. Jahrhunderts andauernden kolonialen Herrschaft der Europäer über Gebiete in Afrika, Amerika, Lateinamerika, der Karibik und Teilen Asiens deshalb vom »modernen Imperialismus«. Anfang des 20. Jahrhunderts herrschte beispielsweise die britische Krone „über ein Fünftel bis ein Viertel der Menschheit und der Erde; Frankreich nannte ein Imperium von 11 Millionen Quadratkilometern und 100 Millionen Bürgern und Untertanen sein eigen; Belgisch-Kongo war 73-mal so groß wie Belgien.“ (5) Das deutsche Reich war im imperialen Wettstreit der europäischen Mächte um territoriale Aneignung und Ausbeutung »fremder Länder« hingegen ein Nachzügler. Bismarck war ursprünglich ein ausgesprochener Gegner des Kolonialismus, gab 1884 jedoch dem Druck deutscher Kolonialverbände und -vereinigungen nach. Nach kurzer Zeit herrschte das wilhelminische Königreich dann über eine Fläche, die mit „2,9 Millionen Quadratkilometern sechsmal so groß war wie das »Mutterland« selbst.“ (6)

Der mit der deutschen Kolonialherrschaft in Ost- und Südwestafrika verbundene Völkermord an den Herero und Nama ist inzwischen in das öffentliche Bewusstsein gedrungen. 2004 bekannte sich die Bundesrepublik Deutschland, allerdings ohne Entschädigungszahlungen zu leisten, zu ihrer Verantwortung und Schuld. Doch nicht nur in der deutschen Geschichtsschreibung bis heute verdrängt wird die Beteiligung der Kolonisierten am Ersten und Zweiten Welt-

krieg. Diese Kriege werden nach wie vor als europäische und weiße Kriege gelesen, obwohl zum Beispiel im Zweiten Weltkrieg auf britischer Seite jeder zweite Soldat aus den Kolonien stammte und damit insgesamt sechs Millionen Kolonialsoldaten in den Kampf geschickt wurden. Etwa eine Million Afrikaner wiederum standen unter französischem Kommando, um an dieser Stelle nur einige Zahlen zu nennen. (7) Dieser Aspekt des Kolonialismus ist auch innerhalb der Postcolonial Studies noch nicht ausreichend beleuchtet. In Erweiterung des Begriffs Kolonialismus bezieht sich der Begriff des Postkolonialismus nicht nur auf die Zeitspanne kolonialer Herrschaft selbst, sondern thematisiert gleichermaßen Prozesse der Dekolonisation (die Übergangsphasen ehemaliger Kolonialländer in die politische Unabhängigkeit) und deren Effekte sowie neue Formen des Kolonialismus, wie sie insbesondere im Zusammenhang mit der so genannten Globalisierung erfolgen. (8) Problematisch an der Verwendung des Begriffs des Postkolonialismus ist seine Konzentration auf Literatur. Dies führt dazu, dass ökonomische, politische und soziale Aspekte des Kolonialismus nicht selten unterbelichtet bleiben. Entscheidend ist hier dennoch die Betonung einer Lesart kolonialer Herrschaft zugunsten einer wechselseitigen und multidirektionalen Perspektive, in der die Opfer nicht stumm, hilflos und ausgeliefert bleiben, sondern sich als aktive und handlungsfähige Subjekte situieren, die ihre eigene Sprache sprechen und ihre eigenen Widerstandsformen entwickeln. Eine der frühen und wichtigen dieser Stimmen war sicherlich der 1925 auf Martinique geborene Psychiater und Schriftsteller Frantz Fanon mit seinen Werken wie „Schwarze Haut, Weiße Masken“ oder „Die Verdammten dieser Erde“. (9) Fanon war einer der ersten, der eine Kritik am Kolonialismus und Imperialismus formulierte, die auch die psychologischen Wechselbeziehungen zwischen Kolonisierten und Kolonisierenden beleuchtete. Allerdings hat auch Fanon die Geschlechterfrage und die Frage des eigenen Begehrens in seinen Reflexionen ausgeklammert, worauf der Filmemacher Isaac Julien und der Theoretiker Mark Nash in ihrer Beschreibung ihres Films über Frantz Fanon hinweisen. Und sie bemerken zusammenfassend: „Das gegenseitige Begehren zwischen Kolonisierten und Kolonisierenden bildet in Bezug auf koloniale Rassismen ein eigenes Feld.“ (10)

Koloniales Begehren

In Bezug auf den Begriff des Begehrens spricht der Psychoanalytiker Jacques Lacan von einer „Dialektik des Begehrens“ (11) und versteht Begehren als eine

Artikulation „in einem Diskurs, der voll List ist“. (12) Ausgehend vom Spiegelstadium, wie es Lacan beschreibt, bewegt sich das Subjekt auf der Ebene des Imaginären, denn das Ich/Moi konstituiert sich immer über ein Objekt, über ein antizipiertes Spiegelbild, ein Ideal-Ich. Die Identifikation mit dem eigenen Spiegelbild, die in der Figur des Narziss ihren stärksten Ausdruck findet, verbirgt damit einerseits die Unmöglichkeit realer Bedürfnisbefriedigung, andererseits das Erleben eines Mangels, entstanden aus dem Herausfallen aus der ursprünglichen, symbiotischen Einheit. Oder, um es mit den Worten Freuds zu sagen, Angst braucht immer ein Objekt. Damit entsteht ein Widerspruch und eine dialektische Beziehung, die Lacan als Aufklaffen bezeichnet, denn „der Weg des Subjekts verläuft zwischen zwei Mauern des Unmöglichen“ also zwischen realer Befriedigung auf der einen und imaginärer Erfüllung auf der anderen Seite. (13) In dieser Kluft siedelt Lacan das Sprechen und die Sprache an. Das Subjekt (abgeleitet vom Freudschen E/S bzw. groß S) konstituiert sich damit nicht nur über Spiegelbild/Imagination, sondern auch über Sprache - eine Sprache, die allerdings immer schon der Diskurs des Anderen (groß A) ist. Die feministische Kritik, dies sei an dieser Stelle erwähnt, hat das Lacansche Konzept des großen Anderen als Phallus/das Väterliche und damit als den „dritten Moment in jedem beliebigen Begehrensverhältnis“ (14) in dieser einseitigen Ausrichtung zurückgewiesen. Dennoch möchte ich hier Lacan insofern folgen, als dass die Konstitution des Subjekts immer innerhalb bereits bestehender symbolischer Ordnungen mit ihren jeweiligen Bedeutungs- und Verheißungsproduktionen erfolgt und damit innerhalb einer Kette von Signifikanten, die immer schon das Begehren des Anderen beinhaltet: Das Begehren „artikuliert sich in der symbolischen Sprachordnung – gebrochen durch die Begierde des Anderen.“ (15) Genau auf diesen Ebenen verortet der Theoretiker Homi K. Bhabha das koloniale Stereotyp, denn „das Subjekt findet und erkennt sich durch ein Bild, das gleichzeitig entfremdend und daher potentiell konfrontativ ist.“ (16) Bhabha verweist hier auf Fanons Beschreibung einer, für die Erfahrung des Schwarzen typischen Schlüsselszene, in der ein weißes Mädchen zu seiner Mutter sagt: „Schau mal, ein Neger ... Mama, schau doch, der Neger da! Ich habe Angst.“ (17) Die Angst braucht ein Objekt, hier ist es der „Neger“: ein Mensch, der sich ganz offensichtlich durch seine Hautfarbe unterscheidet. Es handelt sich also um eine Differenz, die zwar als Differenz erkannt, aber offensichtlich nicht überbrückt werden kann, sondern Angst auslöst. Differenz wird hier zum Ausgangspunkt sowohl für die Imagination des eigenen Ichs, als auch der Phantasie über den Fremden/Anderen. Diese Phantasie wird durch ein bereits bestehendes

koloniales Stereotyp semantisch aufgeladen. Gleichzeitig wird das Verlangen nach Ganzheit und Ursprünglichkeit durch die Konfrontation mit einer Differenz, die hier entlang von Rasse, Kultur und Hautfarbe verläuft, bedroht. (18) Zu fragen wäre an dieser Stelle auch nach den geschlechtlichen Dimensionen dieser Szene, was jedoch weder Fanon noch Bhabha tun (auf diese Dimension komme ich später noch zu sprechen). Das koloniale Stereotyp fungiert hier auch als Fetisch, indem es ein Wissen über den Anderen gleichsam „arretiert“ (19) und festschreibt, wobei das „Objekt der Diskriminierung für natürlich und sichtbar gehalten wird“ (20), nämlich als Farbe und Haut wie Bhabha feststellt. Die scheinbare Natürlichkeit dieser Differenz wird jedoch nicht hinterfragt, sie wird nicht als Teil eines kolonialen Diskurses reflektiert, sondern als gegeben angenommen. Gleichzeitig wird diese Differenz zum Objekt des Begehrens. Bhabha verweist in diesem Zusammenhang erneut auf Fanon, der schreibt: „Es gibt eine Suche nach dem Schwarzen, man ruft nach dem Schwarzen, man kann den Schwarzen nicht entbehren, man fordert ihn, aber er soll auf eine bestimmte Art gewürzt sein. Leider nimmt der Neger das System auseinander und bricht die Verträge.“ (21)

Das koloniale Stereotyp stellt, wie Bhabha bemerkt, für beide Seiten, sowohl für den Kolonialherrn als auch für den Kolonisierten, den „Ausgangspunkt der Subjektivierung“ dar. Damit erklären sich auch die Ambivalenzen, die mit der »kolonialen Beziehung« einhergehen. Denn wie Bhabha schreibt: „Indem der stereotypische Andere in die wildesten Phantasien (im populären Sinne) des Kolonialherren eindringt, enthüllt er etwas von der »Phantasie« (als Begehren, Abwehr) jener Position des Herrseins.“ (22)

Koloniale Vergeschlechtlichung

Die dem kolonialen Machtverhältnis zugrundeliegende Begehrensstruktur impliziert ein ideales Feld für eine sexualisierte Vergeschlechtlichung, denn hier treffen zwei Formen des Begehrens aufeinander: das im kolonialen Stereotyp angelegte Begehren nach dem Fremden/Anderen und das sexuelle Begehren. Das im kolonialen Stereotyp angelegte Begehren ist ein offenes, das sexuelle Begehren hingegen ein eher verborgen gehaltenes Geheimnis. Denn im Gegensatz zum sexuellen Begehren strukturiert sich das Begehren innerhalb des kolonialen Stereotyps entlang von ganz offensichtlichen Ambivalenzen: der Eingeborene ist der Wilde (Kannibale) und doch der beste Diener (Verwalter der Nahrung), er ist die Verkörperung zügelloser Sexualität und doch unschuldig

wie ein Kind. (23) Bhabha bemerkt: „Die schwarze Haut spaltet sich unter dem Blick des Rassisten, de-plaziert zu Zeichen von Bestialität, Genitalien, Groteske, die den phobischen Mythos der undifferenzierten Ganzheit des weißen Körpers enthüllen.“ (24) Die schwarze Haut dient also nicht nur als negatives Gegenbild zum weißen Körper, sondern ermöglicht eine mythische Überhöhung des weißen Körpers als rein, gesund, überlegen usw. Schwarze Haut und weißer Körper sind jedoch nicht nur rassistisch, sondern gleichermaßen geschlechtlich aufgeladen - ein Aspekt, der von Bhabha allerdings nur teilweise vertieft wird. Dabei ist die Verschränkung des kolonial-rassistischen Stereotyps mit der Kategorie Geschlecht in den Narrationen des europäischen Kolonialismus durchaus erkennbar. Diese Narrationen wie sie in Briefen, Romanen, Zeitschriften, Kampfblättern, Akten, »wissenschaftlichen« Schriften usw. verbreitet wurden, erzählen von wehrhafter, soldatischer und kriegereischer weißer Männlichkeit, von männlichem Heldentum und Opferbereitschaft, von der geistigen und körperlichen Überlegenheit der weißen Männer. Die kolonisierten Völker hingegen wurden als minderwertig, unterlegen, bestialisch, blutrünstig, brutal, grausam, ungebildet und unzivilisiert, als nicht-menschlich, unsittlich und sexuell triebhaft betrachtet. Diese Stereotypen lieferten die Legitimation für die Brutalität, auf der die Kolonialherrschaft basierte, nämlich die hemmungslose Ausbeutung der Arbeitskraft der Kolonisierten, ihre körperliche Züchtigung und Bestrafung (wie im Kongo zum Beispiel durch das Abhacken von Armen und Händen), ihre Unterwerfung mittels sexualisierter Gewalt bis hin zu ihrer psychischen und physischen Vernichtung. Es gab jedoch auch eine Seite innerhalb des kolonialen Projekts, das sich an die Prinzipien des okzidentalen Humanismus erinnerte: Aus dieser Perspektive musste der Wilde gebessert, bzw. in Anlehnung an einen Begriff von Karl Marx, »verwohlfeilert« werden. Innerhalb des immer sichtbaren „Apparats der kolonialen Macht“ (25) wurde deshalb sogar der Einsatz reformerischer Regierungsstrategien angedacht. So schrieb der Mediziner Ludwig Deppe 1919 in seinem Buch über seine Zeit mit dem Kommandeur der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika im Ersten Weltkrieg, Paul Emil von Lettow-Vorbeck: „Das Verhältnis des Negers zum Europäer ist etwa das eines Lehrlings zum Meister im Sinne des mittelalterlichen Handwerks. [...] Jeder Afrikaner erlebt in der Behandlung der Eingeborenen an sich drei Entwicklungsstadien. Zuerst ist er entzückt über den schwarze Landsmann und entdeckt eine Tugend über die andere an ihm; dann schlägt er auf Grund mancherlei Erfahrungen in das Gegenteil um und traut keinem Schwarzen über den Weg. Schließlich kommt er zur goldenen Mittelstraße: er sieht sine ira et studio [so viel wie: ohne

Zorn und Eifer] den Farbigen sich an und gewinnt manche interessante Seite ihm ab, ohne über seine Fehler in Ekstase zu geraten. Und diesen wechselnden Anschauungen entspricht auch die Art seiner Strafen: zuerst vermeidet er ängstlich jeden Schlag, dann schätzt er die Wirkung der »hams isherin«, d.h. »25« Hiebe mit der Nilpferdpeitsche, die gewöhnliche Strafe für ernstere Vergehen. Zuletzt gelangt er auf den Standpunkt der allgemeinen Erziehung, dass am meisten auch auf den Neger das Vorbild des Europäers wirkt [...]. Arbeit am Neger ist Erziehungsarbeit.“ (26) Das koloniale Projekt, dies zeigt dieses Zitat, war sowohl ein rassistisches wie ein patriarchalisches Unterfangen wie u.a. Sandra Maß am Beispiel der Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland beschreibt. Es wurde von europäischen weißen Männer betrieben, die sich auch in den Kolonien entlang der in den »Heimatländern« herrschenden Klassengesellschaften strukturierten: vom Gouverneur bis hin zum Kolonialbeamten, vom General bis hin zum einfachen Soldaten, vom Großunternehmer bis hin zum weißen Aufseher, vom Abenteurer bis hin zum Kriminellen. Aber es gab auch den »schwarzen Krieger«, der gemeinsam mit den weißen Helden kämpfte und so in dessen Nähe rückte, gleichwohl nie auf derselben Stufe stand. So beschreibt eben jener Paul Emil von Lettow-Vorbeck (27) in seinem 1920 in Leipzig erschienenen Jugendbuch »Heia Safari. Deutschlands Kampf in Ostafrika« die Askari (28) mit folgenden Worten: »»Wir werden bei dir bleiben bis wir fallen!« Klingt das nicht wie der Ausdruck unseres eigensten germanischen Wesens mit seiner schlichten, wortkargen Treue, mit seiner mannhaften Festigkeit, die die Zähne aufeinanderbeißt? [...] Und doch waren es einfache schwarze Soldaten, deutsche Askari, die so zu mir sprachen, noch im November 1918, nach mehr als vier langen Kriegsjahren gegen hundertfache Übermacht. Deutsches Soldatentum hatte ihnen seinen Stempel aufgedrückt; Anhänglichkeit an den deutschen Führer, Pflichtgefühl und unbändiger Soldatenstolz machten es ihnen unmöglich, in dem ungleichen Kampf klein beizugeben. Kein materielles Lockmittel konnten wir ihnen geben; wir boten ihnen nur Kämpfe, Entbehrungen, Verluste, und doch hielten sie aus. Auch sie waren von Idealen getragen, und echte Ideale halten Stürmen stand; denn das Gute ist ewig.“ (29) Hier hatte also die patriarchalische Erziehungsarbeit auch am »schwarzen Mann« ganze Arbeit geleistet. Doch wo verblieb die weiße, aber auch die schwarze Frau innerhalb des kolonialen Projekts?

Weißer europäische Frauen wurden lange Zeit nur zögerlich in die Kolonialpolitik mit einbezogen. In den »Heimatländern« fungierten sie als »Kulturträgerinnen« und als (in Deutschland in speziellen Vereinen organisierten) Propa-

gandistinnen kolonialer Ideen. Da sich Eroberer und Kolonialherren von Anfang an nicht-europäischer Frauen als Haushälterinnen und Sex-Dienstleisterinnen bedienten - und dies nicht nur toleriert, sondern sogar gefördert wurde, in Italien gab es hierfür den Begriff des *madamismo* (30) - wurden europäische, weiße Frauen erst später in die Kolonien geschickt. Ihre Einbindung in das koloniale Projekt sollte einer drohenden „Verkafferung“ (31) und Verweiblichung weißer Männlichkeit vorbeugen und Mischehen, Unsittlichkeit und »Rassenmischung« verhindern. Die kolonisierten Frauen wiederum wurden als das omnisexuelle, erotische Andere, als triebhaft-sexuell imaginiert. Viele Mediziner und Wissenschaftler, aber auch Künstler beschäftigten sich beispielsweise mit der südafrikanischen Khoisanerin Saartjie (Sahr-chey) „Sarah“ Baartman, der so genannten Hottentotten Venus, die von 1810 bis zu ihrem Tod im Jahr 1815 in Großbritannien und Frankreich herumgereicht wurde. Nach ihrem Tod wurde das Skelett, ihre konservierten Genitalien und ihr Gehirn im Naturgeschichtlichen Museum in Paris, und dies bis zum Jahr 1974, ausgestellt. Wie der Anthropologe Jean Muteba Rahier bemerkt, diente in den europäischen Kolonialdiskursen Sexualität einerseits als übergeordnete semantische Figur, die Nicht-Europäerinnen als unmoralisch, abnormal und sexuell obsessiv konnotierte und andererseits eine Metapher war für die Eroberung fremder Länder, die als braune und schwarze Frauenkörper imaginiert wurden und die nur darauf warteten, penetriert zu werden. (32) Verpackt wurde diese kolonial-sexualisierte Aneignung in einen Exotismus und einen Orientalismus wie er vor allem in der europäischen Kunstgeschichte und Literatur verankert ist. So beschreibt auch Edward Said den »Orient« aus der Sicht des kolonialen, männlich-weißen herrschaftlichen Blicks gelesen als weiblich und als erotisch-sexuell in hohem Maße aufgeladen. Doch selbst diese kritische Rezeption liest die Kolonialgeschichte nur aus einer eingeschränkten Perspektive, denn sie blendet aus, dass das erotisch-sexuelle Begehren der Kolonialherren nicht nur heterosexuell bestimmt war. Die Literaturwissenschaftlerin Hema Chari weist deshalb zu Recht darauf hin, dass nicht nur die kolonialen Narrationen, sondern ebenso die postkolonialen Theorien und Studien selbst auf ihren heteronormativen Rahmen hin kritisch befragt werden müssen. (33)

Homo-/sexuelles Eden

Die kolonialen Entdeckungsfahrten, die militärisch und unternehmerisch motivierten Eroberungen, die koloniale Herrschaft über nicht-europäische Territorien

erfolgten unter dem Vorzeichen von Homosozialität. Die Gemeinschaften, die sich im Zusammenhang mit Expeditionen, wirtschaftlichen Unternehmen, kolonialen Schutztruppen und Armeeeinheiten bildeten, waren überwiegend homosziale Gemeinschaften. Unter dem Begriff Homosozialität sind alle Arten von Männergemeinschaften und Männerbündnissen zu verstehen, wobei Homoerotik und Homosexualität ein Bestandteil sein kann, jedoch nicht zwangsläufig sein muss. (34) Im Kontext von homoszialer Vergemeinschaftung und aus den normativen Restriktionen ihrer Heimatländer entlassen, konnten sich die »Entdecker und Eroberer ferner Länder«, wie sie in Geschichtsbüchern heute noch gefeiert werden, ihrem hetero- wie ihrem homosexuellen Begehren hingeben. In den Heimatländern wiederum gestaltete sich die Geschichte, bzw. wie es der Historiker Bernd-Ulrich Hergemöller nennt, die „Historiographie der Homosexualitäten“ (35) auf unterschiedliche Weise, wobei diese Historiographie bis heute nur in Teilen erforscht ist. Die Restriktionen, Verfolgungen und Strafen, mit denen Sodomie, Tribadie und Päderastie belegt wurden, variierten innerhalb Europas, mal wurden sie strenger, mal weniger streng gehandhabt. Der Begriff der Homosexualität tauchte allerdings erstmals erst 1869 auf, nämlich in einem von Karl Maria Kertbeny (dem Pseudonym des deutschen Schriftstellers und Übersetzers Karl Benkert) verfassten Flugblatt gegen den Paragraph 143 des preußischen Strafgesetzbuches. Die Bandbreite des Umgangs mit Homosexualität reichte damals von ignorierender Toleranz, Ehren- und Gefängnisstrafen bis hin zur Vollstreckung von Todesurteilen. Meist war die Klassenzugehörigkeit ein wesentlicher Faktor, der das Schicksal homosexueller Männer und Frauen bestimmte. Insbesondere in den größeren europäischen Städten existierte jedoch auch schon damals das, was wir heute homosexuelle Subkulturen nennen. Die fernen Länder und späteren Kolonien fungierten auf diesem Hintergrund in der Imagination und in der Praxis als sexuell befreite Territorien, als eine Art homo-/sexuelles Eden. Wie der Historiker Robert Aldrich in seinen Forschungen zu Kolonialismus und Homosexualität bemerkt, war im Europa des späten 19. Jahrhunderts die Meinung weit verbreitet, dass Homosexualität und andere sexuelle Abweichungen außerhalb Europas vorherrschend waren. Dieses Bild abweichender und ungezügelter Homo-/Sexualität außereuropäischer Völker und indigener Gemeinschaften wurde durch die zahlreichen Forschungen zu Sexualpraktiken außereuropäischer Völker seitens europäischer Ethnologen, Anthropologen und Mediziner mit produziert. Auch wenn viele Zeugnisse fehlen, noch gar nicht aufgearbeitet wurden oder in Veröffentlichungen gar nicht beleuchtet wurden, war Homosexualität in den Kolonien eine Realität. Es lassen

sich eine ganze Reihe von Entdeckern, Eroberern, Militärs, Literaten, Journalisten, Schriftstellern und Künstlern anführen, die ihr homoerotisches und homosexuelles Begehren in den Kolonien mehr oder weniger offen praktizierten. Ausgeklammert bleiben hier jedoch notwendigerweise all jene namenlosen unteren Ränge wie einfache Soldaten, Seeleute, Kleinkriminelle, Abenteurer und Händler, die an den kolonialen Unternehmungen mit beteiligt waren, von denen jedoch schriftliche Zeugnisse fehlen. Doch auch diese unteren Ränge konnten sich sicher sein, dass sie immer noch weit genug über den Kolonisierten standen und sich der Kolonisierten auch sexuell bedienen konnten.

Homosexuelle Kolonisatoren

Aldrich nennt in Bezug auf ein vorwiegend homoerotisches Begehren, das sich in einer Beziehung zu meist sehr jungen, außereuropäischen Männern ausdrückte, zum Beispiel Alexander von Humboldt, den britischen Afrikaforscher sowie den Offizier Sir Richard Francis Burton, den russischen Erforscher Nikolay Przhevalsky, den britischen Afrikaforscher Sir Wilfred Thesiger und schließlich den britischen Journalisten, Forscher und Schriftsteller Sir Henry Morton Stanley. (36) Dessen homoerotisches Begehren lässt sich nur in seinem Roman *Kalulu* feststellen, denn ansonsten finden sich keine weiteren schriftlichen Anzeichen seitens Stanleys darüber, dass er aktiv homosexuell oder dass Sexualität für ihn überhaupt ein Thema war. Folgt man dem Historiker und Stanley-Biographen Frank McLynn handelte es sich bei Stanley um eine schizoide Persönlichkeit. (37) Aufgrund seiner Erlebnisse in der Kindheit (illegitimer Sohn einer sozial deprivatisierten Mutter, unbekannter Vater, Aufenthalt in einem Arbeitshaus) hatte Stanley massive Schwierigkeiten, Hetero- wie Homosexualität tatsächlich zu leben, sondern kompensierte sein Begehren in extensiver Reisetätigkeit ebenso wie in sadomasochistischen Gewaltausbrüchen gegenüber seinen jugendlichen Begleitern. Stanley war durch seine Reisen zudem wesentlich daran beteiligt, die grausame Herrschaft von Leopold II. von Belgien über den Kongo überhaupt erst zu ermöglichen. Ein anderes Beispiel für einen weitaus offener homosexuell lebenden Kolonialherren war Marschall Louis Hubert Gonzalve Lyautey. Geboren 1854 in Nancy in einer Offiziersfamilie, vollzog er eine steile militärische Karriere und diente in Algerien, Indochina und Madagaskar. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte er in Marokko: 1907 leitete er die Besetzung der Stadt Oujda durch französische Truppen und ließ als Militärgouverneur mehrere Aufstände der Einheimischen niederschlagen. Nach Errichtung des Protektorates

Französisch-Marokko durch die Konvention von Fès war er von 1912 bis 1925 erster französischer Generalresident. Aufgrund seiner Kunst- und Architekturbelesenheit bemühte er sich um den Erhalt der marokkanischen Medinas, was ihn jedoch nicht daran hinderte, die Bevölkerung von Marokko mit eiserner Hand zu regieren. Der Militärgeschichtler Douglas Porch sah in seiner Homosexualität einen wesentlichen Grund, weshalb er nach Übersee geschickt worden war. Georges Clemenceau, von 1906 bis 1909 französischer Premierminister, sagte einmal über ihn: „Er ist ein bewunderungswürdiger, couragierter Mann, der immer Eier zwischen seinen Beinen hat – sogar wenn es nicht seine eigenen sind.“ (38) Für die britische Kolonialarmee führt Aldrich auch den berühmten T. E. Lawrence von Arabien an. Ähnlich wie Stanley hatte auch dieser ein gebrochenes Verhältnis zur Sexualität: in seiner Jugend lehnte er Homo-/Sexualität als schmutzig ab, später kam er mit Homosexualität während seiner Zeit in Syrien in Berührung und begann sich wie ein Beduine zu kleiden, auch wenn er sich sehr wohl bewusst darüber war, dass er zwar sein »englisches Selbst« verloren hatte, aber deshalb noch lange nicht zum Araber geworden war. (39) Im Jahr 1911 traf er Selim oder Sheikh Ahmed, einen 14 Jahre alten Jungen, genannt Dahoum. Der Biograph Michael Asher schrieb gemäß Aldrich zu dieser Beziehung, dass Lawrence zwar glaubte, dass es Dahoums Seele war, die ihn interessierte, in Wirklichkeit er jedoch körperlich von diesem Jungen angezogen war. Dahoum arbeitete als Koch und Führer für Lawrence, er stand nackt Modell für ihn und verdiente sich damit ein Einkommen. 1914 brach der Erste Weltkrieg aus und Lawrence wurde für zwei Jahre nach Kairo geschickt, Dahoum arbeitete als Wächter an einer archäologischen Ausgrabungsstelle und starb bald darauf, wahrscheinlich aus Nahrungsmangel und Erschöpfung.

Neben den Militärs, Kaufleuten und Siedlern gab es auch viele homosexuelle Schriftsteller und Künstler, die aus ganz unterschiedlichen Motiven und Hintergründen heraus in die Kolonien reisten und die in ihren Werken ihre homoerotischen und homosexuellen Erlebnisse und Projektionen verarbeiteten, wenngleich Homosexualität meist nie explizit angesprochen oder dargestellt wurde, so bei Joseph Conrad, Daniel Defoe, Ronald Firbank und vielen anderen, darunter auch eine der wenigen homosexuellen Frauen, die Schweizer Schriftstellerin und Journalistin Annemarie Schwarzenbach, die nach Russland, in den mittleren Osten, nach Afghanistan oder in den Kongo reiste und eines der wenigen Bücher zu lesbischem Orientalismus verfasste. Auf vielen Gemälden, später auch Photographien, wurden meistens Frauen, aber eben nicht selten ebenso Knaben und Männer dargestellt. Insbesondere die Werke von Malern wie

Léon Bonnat, Anne-Louis Girodet-Trioson, Henri Regnault, Jean-Leon Gerome oder von Photographen wie Rudolf Franz Lehnert und Ernst Heinrich Landrock oder Herbert List bedienten vor allem den männlich konnotierten, homoerotisch-voyeuristischen Blick auf die exotisierten »Anderen«. Doch auch wenn die kolonisierten Länder und Gebiete als homosexuelles Eden imaginiert wurden und nicht wenige Homosexuelle sich hier neue Freiheiten versprachen (und auch fanden), kam es auch zu Verurteilungen von Sodomie. Allerdings wurde auf spektakuläre Prozesse oder gar Hinrichtungen zumeist verzichtet, um das Ansehen der weißen Herrscher nicht zu beschädigen, stattdessen wurden die Delinquenten abgeschoben. (40) Der Kolonialismus erlaubte es zweifelsohne hetero- wie homosexuellen weißen Europäern, ihre vielfältigen sexuellen Vorteile aus der kolonialen Situation zu ziehen. Auffallend ist, dass insbesondere junge Männer im Mittelpunkt der erotischen und sexuellen Aneignung standen.

Wie Aldrich bemerkt, gab es viele, die den Kolonialismus einschließlich der Brutalität und Ausbeutung, die mit dem Kolonialismus einhergingen, nicht in Frage stellten, aber es gab auch eine nicht unbedeutende Anzahl an europäischen Homosexuellen, die eine ambivalente, wenn nicht kritische Haltung einnahmen. Alexander von Humboldt beispielsweise lehnte die Sklaverei ab, Hermann Melville und Charles Warren kritisierten vehement die Annexion Ozeaniens, Roger Casement und André Gide prangerten die Ausbeutung afrikanischer und brasilianischer Arbeiter an. Jean Genet opponierte gegen die Errichtung der Französischen Herrschaft in Algerien und unterstützte den palästinensischen Nationalismus. Pierre Herbart sowie Daniel Guérin engagierten sich für den Anti-Kolonialismus und soziale Veränderungen im Maghreb. Jean Sénac schließlich kämpfte mit seinen Veröffentlichungen gegen die französische Herrschaft in Algerien an, kritisierte die Regierung nach Algeriens Unabhängigkeit, lebte offen als Homosexueller und wurde 1973 im Alter von 47 Jahren, aller Wahrscheinlichkeit nach aufgrund seiner kritischen politischen Haltung, in Algier ermordet. (41) Ungehört, da meist ohne schriftliche Zeugnisse, bleiben allerdings die Stimmen der »Anderen/Fremden« in diesen Beziehungen.

Post-/koloniale homosexuelle Identitäten

Kolonialismus und Postkolonialismus stehen in einem Zusammenhang mit Fragen nach Geschlechterverhältnissen, nach Vorstellungen von Männlichkeit (und Weiblichkeit) und nach Identitätskonstruktionen, die sich über Sexualität und Sozialität definieren. Tradierte, aber auch modernisierte Männlichkeitskonzepte

werden immer noch in vielen Gesellschaften – und mehr noch als Weiblichkeitskonzepte – gegen soziale und strukturelle Veränderungen vehement verteidigt. Bestandteil und Grundlage dieser Männlichkeitskonzepte sind jedoch gerade unterschiedliche Formen von Homosozialität, die eine mehr oder weniger offen gelebte Homosexualität beinhalten können. Diese Homosozialität ist zudem nach wie vor eine wesentliche Grundlage männlich-heterosexueller, aber auch schwuler Dominanzkultur. Offene schwule Identität, wie wir sie heute kennen, hat sich im Westen über Emanzipationsprozesse und Kämpfe um Anerkennung formiert und veröffentlicht. In vielen Ländern ist offen gelebte männliche (ebenso wie weibliche) Homosexualität jedoch noch lange nicht selbstverständlich, die Bandbreite der Reaktionen reicht hier von Toleranz über versteckte Diskriminierung bis hin zu rechtlich legitimierte Unterdrückung oder gar Bestrafung und Tötung. Dennoch sprechen manche wie der Sozialwissenschaftler Dennis Altmann von einer „globalen schwulen Identität“ (42), die sich über internationale, subkulturelle Zusammenhänge, über Medien und eine globalisierte, kapitalistische Kommerzkultur konstituiert. Im Zuge einer Globalisierung moderner schwuler Identitäten (43) lässt sich jedoch nicht nur das Bild einer globalen schwulen Identität in Frage stellen, sondern gleichermaßen deren post-/koloniale Konnotationen, die einerseits mit einer Romantisierung anderer Kulturen, aber auch mit Sextourismus, und andererseits mit einer Nicht-Reflektion aktueller Rassismen innerhalb westlich-schwuler Szenen einhergehen. Identitätspolitik, darauf hat schon Judith Butler hingewiesen, ist ebenso wie die Kategorie Geschlecht selbst nicht unhintergebar, sondern neigt zu essentialistischen Konzepten des Ein- und Ausschlusses. Schwule Identität, wie wir sie heute im Westen verstehen, kann als globales Modell einer sexuellen, politischen und sozialen Emanzipation verstanden werden, läuft jedoch immer auch Gefahr, einer kritischen Selbstreflexion aus dem Weg zu gehen. Schwule Identität ist keine Identität, die per se Klassen- und Geschlechterunterschiede und -Schränken entlang von Ethnizität durchkreuzt oder gar überwindet. Sie ist auch kein Garant für entmilitarisierte, gewaltfrei und sozialere Formen von Männlichkeit. Die post-/moderne schwule Identität übersieht nicht selten die eigene Privilegierung und Normativität, gerade im Umgang mit anderen Minoritären. Dies zeigt sich beispielsweise in deutschen Schwulenszenen in den aktuellen Diskursen um Homophobie, die ethnisch aufgeladen wird, anstatt sie als strukturelles Phänomen zu kritisieren und zu veröffentlichen.

Geschlecht und Sexualität, Männlichkeit und Weiblichkeit, emotionale, erotische und sexuelle Ökonomien sind in verschiedenen Kulturen unterschiedlich

gefasst, sie schwanken zwischen traditionellen, vormodernen und modernen Konzepten von sex/gender Arrangements. Eine Perspektive, die eine westlich geprägte Moderne als überlegen und per se emanzipatorisch ansieht, übersieht, dass ein heteronormativer Geschlechterdualismus in nicht-westlichen Gesellschaften auch als ein Produkt kolonialer Herrschaft und ihrer Praktiken zu verstehen ist. Die Fixierung von Identität entlang von sex (dem biologischen Geschlecht) als Folge des britischen Kolonialismus untersuchte beispielsweise die Anthropologin Ifi Amadiume in ihren Arbeiten zu Ghana. (44) Auch eine Normativität entlang des binären Schemas von heterosexuell versus homosexuell kann den Blick auf ein anderes kulturelles Verständnis von Geschlecht und Sexualität verstellen. Genau hier besteht noch weiterer Forschungsbedarf.

Der Begriff des Begehrens selbst weist bereits über Sexualität hinaus, er verweist auf die das menschliche Leben kennzeichnende Verschränkung von Körper und Psyche. Andererseits ist Sexualität jedoch „nicht einfach ein Attribut, das man hat, oder eine Veranlagung oder eine Reihe von Neigungen, die in ein Schema passen“ wie Judith Butler schreibt, sondern Sexualität ist „vielmehr mit der Existenz deckungsgleich“ wie sie in Anlehnung an Merleau-Ponty bemerkt. (45) Damit ist auch die Sexualität an einen sozialen, gesellschaftlichen und politischen Komplex von Fragen nach Anerkennung, sexuellen Rechten und Lebensbedingungen geknüpft. Und in diesem Zusammenhang verweist Butler auf die Notwendigkeit kultureller Übersetzungsarbeit. Sie stellt fest: „Die Übersetzung wird vielmehr jede Sprache zwingen, sich zu ändern, um die andere begreifen zu können, und dieses Verstehen an der Grenze dessen, was vertraut, beschränkt und bereits bekannt ist, wird der Grund einer ethischen und sozialen Veränderung sein.“ (46) Genau diese kulturelle Übersetzungsarbeit gilt es in alle Richtungen, auch innerhalb der queeren Reihen, zu leisten.

Fußnoten

(1) Bereits vor dem Faschismus existierten eine Vielzahl an Institutionen für koloniale Forschung und Beamtenausbildung. Vgl. Ruppenthal, Jens: Kolonialismus als „Wissenschaft und Technik“. Das Hamburgische Kolonialinstitut 1908 bis 1919. Historische Mitteilungen - Beihefte, Band 66, Stuttgart 2007.

(2) Diner, Dan: Gegenläufige Gedächtnisse. Göttingen 2007.

(3) Ausgangspunkt für diesen Text war ein Vortrag im Rahmen der Ausstellung *Desire in Representation* der Künstlerin Peggy Buth, die vom 12. September 2009 bis 3. Januar 2010 im Württembergischen Kunstverein in Stuttgart gezeigt wurde.

- (4) Grundsätzlich ausgedrückt, bezeichnet Kolonialismus „die Kontrolle eines Volkes über ein fremdes unter wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Ausnutzung der Entwicklungsdifferenz zwischen beiden“ wie der Historiker Wolfgang Reinhard schreibt, wobei Entwicklungsdifferenz relativ und je nach Standpunkt zu verstehen ist. Reinhard will deshalb hier Entwicklungsdifferenz als einen Begriff verstanden wissen, der dem durch die Kolonisation auf beiden Seiten hervorgerufenen gesellschaftlichen Modernisierungswandels eine Begrifflichkeit verleiht. Reinhard, Wolfgang: *Kleine Geschichte des Kolonialismus*. Stuttgart 2008, S. 1-2.
- (5) Aldrich, Robert (Hg.) *Ein Platz an der Sonne. Die Geschichte der Kolonialreiche*. Stuttgart 2008, S. 13.
- (6) Zeller, Joachim: *Das deutsche Reich: der Nachzügler*. In: Robert Aldrich (Hg.) *Ein Platz an der Sonne. Die Geschichte der Kolonialreiche*. Stuttgart 2008, S. 238.
- (7) Wiedemann, Charlotte: *Wessen Krieg und wessen Ehre? Was Europa vergisst: In den beiden Weltkriegen kämpften viele Untertanen der Kolonialmächte*. In: *Le Monde Diplomatique*, Oktober 2009, S. 14-15.
- (8) Der Begriff des Postkolonialismus geht auf die 1989 erschienene Publikation „The Empire Writes Back: Theory and Practice in Post-Colonial Literatures“ von Bill Ashcroft, Gareth Griffiths und Helen Tiffin zurück.
- (9) Fanon, Frantz: *Schwarze Haut, weiße Masken*. Münster 2007 (Orig. *Peau noire, masques blancs*. Seuil 1952); ders.: *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt am Main 2001 (Orig. *Les Damnés de la Terre*. Éditions Maspéro 1961).
- (10) Julien, Isaac; Nash, Mark: *Frantz Fanon – Kritische Genealogien*. Quelle: Fareed Armaly / haus.0, <http://www.haussite.net/site.html> (08.04.2012).
- (11) Pagel, Gerda: *Jacques Lacan. Eine Einführung*. Hamburg 2007, S. 61.
- (12) ebd., S. 139.
- (13) ebd., S. 76.
- (14) Butler, Judith: *Die Macht der Geschlechternormen*. Frankfurt am Main 2009, S. 222.
- (15) Pagel, a.a.O., S. 77.
- (16) Bhabha, Homi K.: *Die Verortung der Kultur*. Tübingen 2000, S. 114.
- (17) ebd., S. 112.
- (18) ebd., S. 111.
- (19) ebd., S. 115.
- (20) ebd., S. 118.
- (21) ebd., S. 116.
- (22) ebd., S. 121.
- (23) ebd., S. 122.

- (24) ebd., S. 136.
- (25) ebd., S. 123.
- (26) zit. nach: Maß, Sandra: Weiße Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918 - 1964. Köln/Wien 2006, S. 159.
- (27) Lettow-Vorbeck war maßgeblich an der Niederschlagung des Herero- und Nama-Aufstandes von 1904 bis 1907 beteiligt.
- (28) Afrikanische Soldaten oder Polizisten in den Kolonialtruppen wurden Askari genannt.
- (29) Maß, a.a.O., S. 158-159.
- (30) vgl. Ponzanesi, Sandra: Beyond the Black Venus: Colonial Sexual Politics and Contemporary Visual Practice. In: Andal, Jacqueline; Duncan, Derek (eds.): Italian Colonialism. Legacies and Memories. Oxford 2005, S. 165-189.
- (31) Dietrich, Anette: Weiße Weiblichkeiten. Konstruktionen von »Rasse« und Geschlecht im deutschen Kolonialismus. Bielefeld 2007, S. 246 ff.
- (32) Rahier, Jean Muteba: The Microphysics of Colonial Power: Violence, Intimacy and Sexuality in Belgian Colonial Literature. Paper presented at the Colloquium Colonial Violence in Congo, May 12-13, 2005. Organized by the Belgian Association of Africanists and the Royal Museum of Central Africa.
- (33) vgl. Chari, Hema: Colonial Fantasies and Postcolonial Identities. In: Hawly, John C.: Postcolonial, Queer. Theoretical Intersections. State University of New York Press, 2001, S. 277-304.
- (34) Der Begriff Homosozialität geht zurück auf Jean Lipman-Blumen, die Homosozialität als „the seeking, enjoyment, and/or preference for the company of the same sex. It is distinguished from »homosexual« in that it does not necessarily involve (although it may under certain circumstances) an explicitly erotic sexual interaction between members of the same sex.“ Siehe: Lipman-Blumen, Jean: Toward a Homosocial Theory of Sex Roles. In: *Signs*, 1976, No.1, S. 5-31.
- (35) Hergemöller, Bernd-Ulrich: Einführung in die Historiographie der Homosexualitäten. Tübingen 1999.
- (36) Aldrich, Robert: Colonialism and Homosexuality. London/New York 2003.
- (37) McLynn, Frank: Stanley: The Making of an African Explorer. Lanham 2001.
- (38) Aldrich, a.a.O., S. 65 (eigene Übersetzung).
- (39) ebd., S. 74-75.
- (40) ebd., S. 271.
- (41) ebd., S. 367.
- (42) Altman, Dennis: Rupture or Continuity? The Internationalization of Gay Identities. In: Hawley, John C. (ed.): Postcolonial, Queer. Theoretical Intersections. New

York 2001, S. 19-41.

(43) Ich benutze hier bewusst den Begriff schwul und klammere die Frage nach einer »globalen lesbischen Identität« an dieser Stelle aus (wobei der Autor sich diese Frage erst gar nicht stellt, sondern ganz selbstverständlich von schwulen Männern ausgeht).

(44) Amadiume, Ifi: *Male Daughters, Female Husbands: Gender and Sex in an African Society*. Zed Books 1987.

(45) Butler, Judith: *Die Macht der Geschlechternormen*. Frankfurt am Main 2009, S. 59.

(46) ebd., S. 68.

Koloniale Moderne und kulturelle (Wieder-)Aneignung



Eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, die im Zusammenhang mit der Installation „Kasbah, 2009 – 2012“ des 1970 in Frankreich geborenen Künstlers algerischer Herkunft Kader Attia im Centre de Creation Contemporaine (CCC) (1) in Tours veranstaltet wurde, trug den bezeichnenden Titel „Kader Attia's »Kasbah«: between vernacular architecture and sign of cultural reappropriation“. Bereits dieser Titel beinhaltet drei äußerst komplexe Themen. Zuerst bezieht sich Kader Attia mit seiner Installation auf die Kasbah, dem berühmten alten Stadtviertel der „weißen Stadt“ Algier, Hauptstadt von Algerien. Algier hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich: gegründet von den Phöniziern, besetzt von den Vandalen, später den Römern, Heimat der Berber und einverleibt in das Osmanische Reich, eroberten 1830 dann die Franzosen nach dreijähriger Belagerung Algier. Algier wurde Hauptstadt der französischen Kolonie und des Departements Algerien. Die französische Herrschaft wurde mit dem algerischen Befreiungskrieg, der von 1954 bis 1962 andauerte, beendet. Der bekannte Film von Gillo Pontecorvo „Battle of Algiers“ von 1965 zeigt eindrucksvoll wie dieser Kampf um die algerische Unabhängigkeit geführt wurde. Heute ist die Stadt Teil der Provinz Algier mit über 6 Millionen Einwohner_innen, einer Metropolregion, die sich entlang der Mittelmeerküste und in deren Hinterland entwickelt hat. (2) Die Stadt Algier war, ähnlich wie andere nordafrikanische Städte wie zum Beispiel Tunis oder Casablanca (3), während der Zeit des französischen Kolonialismus ein Experimentier- und Übungsfeld für Architekten und Stadtplaner. Das „Neue Bauen“ und der Internationale Stil bezogen von hier wesentliche Anregungen – viel zitiert, wenn meist nicht kritisch reflektiert, sind die urbanistischen Entwürfe für Algier von Le Corbusier. (4)

Vernacular Urbanism

Ich will deshalb gleich zu Beginn eine Verschiebung vornehmen und den Begriff der „vernacular architecture“ zu „vernacular urbanism“ erweitern – nicht zuletzt auch deshalb, weil Stadt und (Bau-)Kultur zwei sehr eng zusammenhängende Begriffe sind. (5) Denn Städte sind immer schon Zentren architektonischer, künstlerischer und kultureller Produktionen gewesen. Stadt selbst ist ja bereits ein Ausdruck einer ästhetisch-kulturellen Aneignung von »Welt«. Der Begriff Kultur, der im Westen erst relativ spät auftaucht, war lange Zeit mit »Zivilisation«

gleichgesetzt und implizierte damit eine vermeintliche Überlegenheit des Westens und ein imperialistisches Begehren, wie es insbesondere im Zusammenhang mit dem Kolonialismus zum Tragen kam. Die beiden Begriffe Stadt und Kultur zu verschränken, heißt von Stadtkulturen zu sprechen: also einerseits von der Stadt selbst als einem gebauten Ausdruck von Kultur, andererseits von der Stadt als Raum kultureller Produktion, Repräsentation und Vermittlung ebenso wie als Raum von sozialen Alltags- und Lebenspraxen, die gleichermaßen Bestandteil von Kultur sind. Unter dem Begriff »Stadtkultur« lassen sich auch die verschiedenen Formen von Öffentlichkeit, die das Leben in der Stadt ermöglicht, subsumieren. Nicht zuletzt ist Stadt damit auch ein Ort symbolischer, aber auch ganz realer Kämpfe um Anerkennung und gesellschaftliche Raumaueignung, worauf insbesondere Lefèbvre hingewiesen hat. In seiner triadischen Raumkonzeption unterscheidet er zwischen einer Ebene der sozialen Praxis (*l'espace perçu*), einer repräsentativen, ideologischen und institutionalisierten Ebene (*l'espace conçu*) und einer gelebt-imaginierten Ebene (*l'espace vécu*) der Raumproduktion. Vor diesem Hintergrund lässt sich Stadt als Raum der Verdichtung definieren: als Raum der Verdichtung nicht nur von wirtschaftlichen Aktivitäten, von Waren- und Wissensströmen, von verschiedenen Institutionen usw., sondern eben auch als Raum, in dem sich Kunst-, Bau- und Kulturproduktion, Alltags- und Sozialleben sowie verschiedene Formen von Öffentlichkeiten verschränken. Damit können Stadt und Stadtentwicklung nicht nur aus verschiedenen Perspektiven und Disziplinen heraus gelesen werden – Stadtsoziologie, Geschlechterforschung, Kunst-, Kultur- und Geschichtswissenschaften, Philosophie usw. –, sondern Stadt erschließt sich erst dann, wenn möglichst viele dieser Felder, Räume und Kräfte zusammengedacht werden. (Allerdings ist gerade die Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert weitaus weniger von der Idee einer solchen heterogenen Verdichtung, als vielmehr von einer Tendenz zu urbaner Homogenisierung geprägt). Eine Analyse von Stadt muss deshalb auch eine Reflektion des eigenen Betrachtungsstandpunktes beinhalten – ein Moment, das gerade von Planer_innen oft genug vernachlässigt wird. In seinem Titel spricht der Künstler Kader Attia bewusst von „seiner“ Kasbah, also von seiner Sichtweise und seiner Interpretation des Begriffs. Seine Kasbah sieht jedoch etwas anders aus als die reale Kasbah in Algier. Die Installation einer Dachlandschaft mit begehbaren Wellblechen und Satellitenschüsseln gleicht mehr dem Bild und der Dachlandschaft einer lateinamerikanischen Favela als der Kasbah in Algier. Die Häuser der Kasbah haben einen Innenhof, der dem Aufenthalt und der inneren Erschließung dient, sie sind meist zwei- oder auch

dreigeschossig und dicht aneinander gebaut, so dass die äußere Erschließung der Häuser in schmalen, den Berg hinaufsteigenden und verzweigten Gassen erfolgt. Die dichte Bebauung verbindet auch die Dachterrassen der Häuser, so dass hier ein weiterer, halböffentlicher Bewegungsraum entsteht, der vor allem von Frauen als Raum der Kommunikation und Begegnung genutzt wird. (6) Die von Kader Attia vorgenommene Setzung, seine Kasbah aus Wellblech zu bauen, kann auf diesem Hintergrund unterschiedlich interpretiert werden. Sicher ist, dass sich die Kasbah in Algier, die inzwischen von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde, in einem stetigen und dramatischen baulichen Zerfall befindet, gegen den weder die Kommunalverwaltung noch die algerische Regierung irgend etwas unternehmen. Es geht dem Künstler jedoch nicht in erster Linie darum, diesen Zerfall zu thematisieren, sondern zu einer weiterführenden Diskussion über die bereits im Ausstellungstitel angesprochenen Themenfelder anzuregen. Diese betrifft die Kasbah nicht nur als ein zentrales Element maghrebinischer Städte und traditioneller Architektur, die sich hier aus einer künstlerischen Subjektposition heraus »angeeignet« und neu interpretiert wird, sondern vor allem die Frage nach einer westlich-kolonialen Moderne, die ihre wesentlichen Kennzeichen aus einer Aneignung genau dieser nordafrikanischen Stadt- und Baustrukturen bezogen hat. Darüber hinaus geht es ihm um die Frage kultureller Wiederaneignung und ihrer möglichen Strategien, Ausdrucksformen und Praktiken.

Städtebau und Stadtplanung

Bevor ich auf den Begriff der Aneignung näher eingehe, möchte ich vorab auf einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen regional-traditionellem bzw. vorkolonialen Städtebau und moderner Stadtplanung hinweisen. Gerade die Stadtplanung ist ja das Instrumentarium, das den abstrakten Raum der Repräsentation erst herstellt, während, folgt man der Triade von Lefèbvre, der traditionelle Städtebau eher an der Schnittstelle zwischen sozialer Praxis und Baukunst anzusiedeln ist. (Unbeleuchtet bleibt bei Lefèbvre allerdings, dass der Kolonialismus wesentlich daran beteiligt war, die Disziplin Stadtplanung überhaupt erst heraus zu bilden). Dies bedeutet jedoch nicht, dass der vorkoloniale Städtebau nicht von Funktionen der Macht und Repräsentation mitbestimmt war, dennoch markiert hier die Rationalisierung und Funktionalisierung von Stadt bzw. urbaner Raumproduktion, wie sie mit der Genese der Stadtplanung (und eben nicht des Städtebaus) aufkam, eine deutliche Zäsur. Unter dem Begriff traditionell

(vernacular) hingegen versteht man auch eine »Planung ohne Planer«, also einen Städtebau, der ohne die Figur des Planers auskommt. Dieser Städtebau kann jedoch gleichwohl beauftragt sein und sich Baumeister, aber eben noch nicht der Figur des Planers, bedienen. Auch die vorkoloniale „orientalisch-islamische“ Stadt – ein sehr vereinfachender und letztlich falscher Begriff für eine Typologie von Städten in einem Gebiet, das von Westafrika bis nach Indien reicht – ist ein solches Siedlungskonstrukt. Einerseits wurden diese Siedlungen von kommunitär und tribalistisch verfassten Gemeinschaften gebaut – so betrachtet der maghrebinische Historiker und Kulturphilosoph Ibn Chaldun (7) den Stamm als zentral für städtisches Leben –, andererseits sind diese Siedlungs- und Festungsstrukturen auch ein Ergebnis herrschaftlicher, militärischer und religiöser Macht. Dies heißt jedoch nicht, dass diese Form des Bauens keine Planung kennt, ganz im Gegenteil. Denn ein solcher Städtebau basiert sehr wohl auf Merkmalen, die selbst heute noch meist nur mit dem Städtebau der Moderne assoziiert werden, nämlich Funktionalität, Ordnung, Abstraktion, Ästhetik und Rationalität. Was einen solchen Städtebau von Stadtplanung unterscheidet, sind demnach nicht diese Eigenschaften.

Der Begriff Stadtplanung ist jüngerer Datums. Stadtplanung ist eine Disziplin, die sich in Europa erst um die Jahrhundertwende, zwischen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts als eigenständige Disziplin formiert hat. (Ein erster Bruch zwischen Stadtbaukunst und Planungswesen setzte allerdings schon im 16. und 17. Jahrhundert mit der Entwicklung der Waffensysteme ein, die nicht ohne Folgen für die Frage der Befestigung von Städten blieb, so dass sich bereits damals sukzessive ein Unterschied zwischen *architectura civilis* und *architectura militaris* herausbildete, wobei letztere dann die Grundlage für das spätere Bauingenieurwesen bildete). Worin sich Stadtplanung vom Städtebau unterscheidet ist ihre Begründung als Disziplin und zwar in mehrfacher Hinsicht: zum einen als wissenschaftliche Disziplin nämlich dann, wenn Aspekte systematischer und wissenschaftlicher Stadtforschung sowie angrenzende wissenschaftliche Disziplinen wie Anthropologie, Ethnologie, Recht, Soziologie, Medizin, Psychologie, Kommunal- und Verwaltungswissenschaften mit einbezogen werden. Zum anderen fungiert Planung als Disziplin auf staatlich-kommunaler Ebene, als institutionalisierte und verrechtlichte Disziplin der Steuerung von Wohnungs- und Siedlungsbau, Stadt-, Regional- und Landesentwicklung. Nicht zu vergessen ist Planung zudem als ideologisch legitimierte Disziplin in ihrer Funktion als Mittel der Disziplinierung, Organisation und Kontrolle größerer Bevölkerungsgruppen. Stadtplanung ist damit auch ein wesentlicher Bestandteil

der von Foucault beschriebenen Disziplinargesellschaft und modernen Biopolitik. Ich will dies an dieser Stelle nicht weiter vertiefen, sondern nur noch einmal deutlich machen, in welchem Kontext das Auftauchen des modernen bzw. modernistischen Städtebaus zu lesen ist, der nun viel eher als Stadtplanung zu bezeichnen ist. Die Kolonien waren in dieser Hinsicht ein wichtiges »Übungsfeld«, denn der europäische Städtebau war ab Mitte des 19. Jahrhundert in eine Krise geraten und zum Stillstand gekommen. Viele Architekten waren unzufrieden und wollten endlich ihre neuen Auffassungen umsetzen. Symptomatisch für diese »Aufbruchstimmung«, die mit den kolonialen Eroberungen und der Kolonialherrschaft einherging, ist die Bemerkung des ersten Generalresident von Marokko, Louis Hubert Gonzalve Lyautey: Nord-Afrika sei für Frankreich das, „was der Wilde Westen für Amerika ist: ein ausgezeichnetes Testgelände um neue Energie, Verjüngung und Fruchtbarkeit hervorzubringen.“ (8) Wie Gwendolyn Wright am Beispiel des französischen Kolonialismus in Marokko, Indochina und Madagaskar herausgearbeitet hat, bestand die kolonial-planerische Enteignung dieser Stadt- und Baustrukturen nicht nur darin, diese zu zerstören, sondern auch zu konservieren. Viel entscheidender war jedoch, dass die usurpierten Stadtstrukturen als ein Terrain genutzt wurden, um die Disziplin Stadtplanung überhaupt erst heraus zu bilden. Wright bemerkt zusammenfassend: „Colonial urban designers and social scientists believed they had formulated general principles of design and social order. They chose not to recognize the particular circumstances under which they worked. The colonies provided more than the ideal laboratory setting so often invoked, and more than the »mirror« we might refer to today. They functioned like a magnifying glass, revealing with startling clarity the ambitions and fears, the techniques and policies that pertained at home, here carried out almost without restraints.“ (9)

Urbane Kolonisierung

Die Enteignung bestand also nicht nur darin, sich formal und ästhetisch aus einem vielfältigen Fundus an Bauweisen, Typologien und Stadtstrukturen zu bedienen, diese zu modifizieren und unter der Prämisse „Licht, Luft, Sonne“ zu kanonisieren, um sie dann als »Moderne« in Kolonien und »Heimatländern« zu realisieren. Der Kolonialismus ermöglichte es auch zu erproben, wie sich Menschen am Besten verwalten, organisieren und unterbringen lassen, wie Städte so zu planen seien, dass sie möglichst effizient, hygienisch und wirtschaftlich prosperierend sind. Fast schon überflüssig zu erwähnen, dass – wie auch das

Beispiel Algier deutlich zeigt –, nicht alle Zugang zu dieser modernen Stadt hatten. Denn die kolonialisierte Stadt war meist in einen europäischen und einen indigenen Teil segregiert. Im Fall von Algier bestand eine klare, heute noch ablesbare Teilung zwischen der Kasbah und denjenigen Stadterweiterungen, die ausschließlich den Europäern vorbehalten waren (auch wenn es einige gemischte Viertel gab). Die indigenen Stadtteile in den kolonisierten Städte wurden in den damaligen Diskursen zudem einerseits exotisiert und romantisiert, andererseits dienten sie als Projektionsfläche für alle möglichen, auch geschlechterdualistischen Stereotypen und negativen Zuschreibungen sowie als Folie, auf der die Ambivalenzen kolonialer Herrschaft ausgetragen wurden. Deutlich wird dies zum Beispiel in dem 1937 entstandenen Film „Pépé le Moko“ des französischen Regisseurs Julien Duvivier. In der Hauptrolle spielt Jean Gabin den Moko, einen Kleinkriminellen aus Marseille, der sich in der Kasbah dem Zugriff der französischen Polizei entzieht. Bereits in der ersten Sequenz, die im Büro des Polizeichefs von Algier spielt, wird die Zuschauer_in mit einer Karte von Algier konfrontiert, auf der die zwei, zudem deutlich um- und abgegrenzt gezeichneten Stadtgebiete, der europäische Teil und die Kasbah, zu erkennen sind. Diese Differenz setzt sich fort: ein anwesender Polizeikommissar beklagt sich, dass Pépé le Moko immer noch nicht gefasst ist, denn in Paris wäre er schon längst hinter Gittern. Der andere Polizeikommissar verteidigt sich, indem er auf die Kasbah verweist: sie sei ein „Wald, eine Bienenwabe, ein Labyrinth aus unzugänglichen Gassen, voll von Ungeziefer und Abfall, mit überfüllten Cafés und stillen Ecken, bewohnt von 40000 Einwohnern verschiedenen Ursprungs“. Diese Einwohner seien teilweise „barbarischen Ursprungs“ und ihren „alten, uns mysteriös bleibenden Traditionen“ verhaftet. Es sind „Kabylen, Chinesen, Heimatlose, Slawen, Neger, Sizilianer, Spanier – und eben Frauen, Frauen aus allen Ländern und in allen Formen: massiv, dick, klein, alters- und formlos, so dick, dass niemand sie anfassen kann.“ Diese Einführung in die Kasbah, die im Film vermutlich sogar mit Originalaufnahmen bebildert werden, zeigt die rassistischen und sexistischen Konnotationen und Zuschreibungen mit denen die berberisch-algerische Bevölkerung samt ihrer Städte belegt wurden, denn es gäbe, so der Polizeibeamte im Film, da draußen „tausende solcher Kasbahs“. In einer weiteren Szene taucht ein Polizeiinspektor namens Slimane im Büro des Polizeichefs auf, als Einheimischer unschwer an seinem Fes erkennbar. In devoter Haltung bietet er sich an, dabei zu helfen, Moko zu stellen. Im weiteren Verlauf des Films ist es seinem Verrat zu verdanken, dass Pépé le Moko gefasst werden kann, so dass sich die Kolonialherren erst gar nicht die Hände

schmutzig machen mussten. Ähnlich war das Vorgehen der Franzosen auch im Umgang mit den vorhandenen Stadtstrukturen: einige Stadtteile wurden musealisiert, andere in Teilen abgerissen oder trotz zahlreicher Debatten über Konservierung und Erhalt, über unhygienische und unhaltbare Wohnverhältnisse, über Wohnraumangel und Bidonvilles einfach ihrem Schicksal überlassen. Dennoch wurden im Zuge der französischen Kolonialherrschaft zahlreiche Masterpläne, Stadterweiterungs- und Massenwohnungsbauentwürfe aufgelegt, die zwar längst nicht alle realisiert wurden, aber die weiteren Stadtentwicklungen erst in den Kolonien, dann auch in den „Heimatländern“ maßgeblich beeinflussten. Es war kein Zufall, dass 1955 in Alger die erste Planungsbehörde, das „Bureau de Planification“ im damaligen kolonialen Frankreich eröffnet wurde wie die *l'Alger-Revue* im Mai 1955 berichtete. Die ungebrochene Überzeugung mit der im Namen der »Grande Nation« und eines »Neuen Frankreichs« ein modernistischer Wohnungs- und Städtebau erprobt und betrieben wurde, ist in Alger und vielen anderen nordafrikanischen Städten auch heute noch deutlich erkennbar. So konnte beispielsweise Fernand Pouillon, ein französischer Architekt und Stadtplaner, insbesondere in Alger seine Pläne realisieren: 1953 baute er die Wohnsiedlung Diar-es-Saada mit 800 Wohnungen, dann eine ähnliche Siedlungsanlage Diar-el-Mahçoul mit 1800 Wohnungen und schließlich im Stadtteil Bab-el-Oued den immensen rechteckigen Wohnblock Climat-de-France mit 4000 Wohnungen auf 25 Hektar Grundfläche. Wie groß dieses, noch heute bestehende und bewohnte Gebäude ist, zeigt der Vergleich mit dem bekannten Gemeindebau Karl-Marx-Hof in Wien, der nur 1382 Wohnungen vorzuweisen hat. Ein solcher Massenwohnungs- und Siedlungsbau, wie er unter dem Vorzeichen von Moderne, Modernismus und Modernisierung betrieben wurde, erscheint aus heutiger Sicht allerdings als gescheitert (wobei die Sicht der Bewohner_innen eine andere Frage ist). Notwendig wäre jedoch auch die Kritik an einem paternalistischen, arroganten und besserwisserischen Berufsstand, der seinen Anteil am Kolonialismus, Imperialismus und Nationalsozialismus bis heute verdrängt und nicht Willens ist, seine eigenen historischen Positionen kritisch zu hinterfragen. Die großen Gesten von »Meistern« moderner Architektur und Stadtplanung wie die eines Le Corbusier, die auf der Folie kolonialer Herrschaft erfolgten, bleiben auch heute noch in den meisten Publikationen, Lehrbüchern und Veröffentlichungen unangetastet. Doch es gab auch Planer_innen, die sich den vorhandenen Stadtstrukturen und Architekturen versuchten auf andere Weise anzunähern wie zum Beispiel der in Algerien geborene Architekt Roland Simounet. Zusammen mit der Groupe Alger untersuchte er zum Beispiel die

Bidonville algérois de Mahieddine, die er als ein konstitutives Element von Stadt auffasste und aus deren Analyse er seine Planungsprinzipien entwickelte. (10) Sicherlich muss auch dieser Perspektivwechsel wie er von Simounet vorgenommen wurde, kritisch gelesen werden – allein schon deshalb, weil auch Simounet wie die meisten Planer_innen, seine Position als Experte nicht in Frage stellte und die Möglichkeit partizipativer Formen urbaner Raumproduktion, also eine gleichberechtigte Beteiligung der StadtbewohnerInnen an den Planungsentwürfen, gar nicht erst in Betracht zog. Eine solche Partizipation für die damalige Zeit zu fordern, scheint vermessen - ebenso vermessen wie heute, da die politische Situation in Algier bzw. Algerien eine öffentliche Debatte über Stadtentwicklung und Stadtplanungen gar nicht erst zulässt. (Die herrschenden algerischen Eliten haben keinerlei Interesse an demokratischen Formen, dies zeigt sich allein schon an deren Nichtinformationspolitik über Planungsvorhaben.)

Die Frage nach Partizipation stellt sich jedoch weiterhin – und dies nicht nur in Bezug auf Algerien. Sie stellt sich gleichermaßen, wenn auch unter anderen Vorzeichen in Frankreich und hierzulande. Dies betrifft nicht zuletzt auch die Frage des Umgangs mit kolonialer Vergangenheit und ihren Folgen, die bis in die Gegenwart reichen. Eine solche Auseinandersetzung ist also zuerst einmal in den ehemaligen »Heimatländern« zu führen. Dies zeigen die Diskurse und Auseinandersetzungen um die Situation in den französischen Vorstädten deutlich, die den Aspekt der französischen Kolonialgeschichte nach wie vor ausklammern. Partizipation an Stadtentwicklung zu ermöglichen, heißt Fragen nach einem „Recht auf Stadt“, den Möglichkeiten der Aneignung des (urbanen) Lebens selbst zu stellen. Damit geht es auch um die Frage nach sozialer, politischer und kultureller Selbstbestimmung und Identitätsbildung, dem Recht auf „maximale Differenz“ (11) wie Lefèbvre es einmal ausgedrückt hat. Dies beinhaltet Differenzen einerseits als gesellschaftlich konstruiert und produziert zu verstehen, andererseits auch als produktiv und nicht nur als destruktiv zu betrachten. Eine entscheidende Frage ist demnach wie bestehende kulturelle Unterschiede nicht assimiliert oder gar verleugnet, sondern deren Potentiale gefördert werden können. Eine offene und ungeschönte Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit ist hierbei der erste Schritt und eine notwendige Voraussetzung. In diesem Zusammenhang ist dann auch der Begriff der Aneignung näher zu beleuchten.

Kulturelle (Wieder-)Aneignung

Ein erster Ansatz versteht Aneignung im Sinne der Übernahme und Annexion kultureller Güter durch eine dominante Kultur um über die vermeintlich schwächere Kultur zu herrschen. Dies war sicherlich während der Phase des europäischen Kolonialismus der Fall. Aneignung so zu definieren, ist in politischer Hinsicht deshalb nicht grundsätzlich falsch. Dennoch ist diese Definition etwas zu einfach, da die wechselseitigen Beziehungen und Performanzen innerhalb dieses Machtverhältnisses vernachlässigt werden. Ein anderer Ansatz geht von einem kosmopolitischen Verständnis von Gesellschaft und Kultur aus, die diese als immer schon pluralistisch liest, weshalb eine Politik der Gleichheit im Sinne der tolerierenden Anerkennung von Differenz verfolgt wird. Das Postulat der Gleichheit läuft jedoch nicht selten auf eine bloße Koexistenz und Assimilation unter einem universalistischen Vorzeichen hinaus. So stellt auch der Geschichtswissenschaftler Todd Shepard (12) fest, dass in Europa ab dem Moment von »Dekolonisierung« geredet wurde, als die Kolonialherrschaft beendet war und die Frage der Immigration einsetzte. Die Unabhängigkeit von Algerien diene als europäisches Modell, um sich der Frage nach Ursachen »ethnisch« begründeter Differenz und Rassismus nicht stellen zu müssen. Problematisch an diesem Gleichheits-Ansatz ist, dass er kulturelle Differenz und Identität fest-schreibt, indem er sie tabuisiert und negiert, wobei der/die „Andere/Fremde“ dennoch immer der/die „Andere/Fremde“ bleibt. (Dies gilt im Übrigen auch in Bezug auf die Konstruktion kolonisierter oder minoritärer Gruppen als per se widerständisch – eine Projektion, die Differenzen innerhalb dieser Gruppen gerne übersieht). Demzufolge betonen deshalb andere Wissenschaftler_innen die wechselseitige Konstruktion, Ambivalenz und Hybridität des kolonialen und post-kolonialen Verhältnisses (13): von den „Europäern“ zu sprechen ist ebenso redundant wie von den „Afrikanern“ zu sprechen. Kulturelle Differenzen und Machtverhältnisse sind zudem nicht als absolut, sondern als multi-direktional zu verstehen, womit die Möglichkeit des Widerstands mit eingeschlossen ist. (14) Der Anthropologe Jean-Loup Amselle geht sogar noch einen Schritt weiter, wenn er feststellt, dass jegliche Form der Bildung von ethnischen Gruppen bereits eine Konstruktion und Zuschreibung westlicher Anthropologie ist. (15) Die Betonung dieses wechselseitigen Verhältnisses mündet in einen Begriff der Aneignung wie er im Zusammenhang von Transkulturalismus, Métissage, Creolité und Antillanité verstanden wird. Der Begriff der Transkulturation wurde von dem Schriftsteller Fernando Ortiz geprägt, der darunter die Schaffung neuer kultureller Ausdrucksformen versteht, die sich aus einer Mélange und Bricolage verschiedener kultureller Formen und Einflüsse entwickeln. (16) Rap

aus den französischen Vorstädten wäre ein Beispiel für eine solche Neokulturation. Entscheidend an diesen Ansätzen ist, dass die ehemals Kolonisierten, die »Subalternen« nicht als passive und schweigende Opfer, sondern als Sprechende und als Akteur_innen gehört und verstanden werden, die eigene Strategien und Praxen kultureller Aneignung entwickeln. (17) Die Frage „Can the subaltern speak?“ wird hier also positiv beantwortet. Allerdings ist auch dieser Zugang nicht unumstritten. Denn wie der Literaturwissenschaftler John Beverley zu Recht bemerkt, muss auch die Rolle der postkolonialen Autor_innen kritisch gesehen werden, da sie sich bereits durch die privilegierte Position als schreibende Intellektuelle von denjenigen Subalternen unterscheiden, für die zu sprechen sie vorgeben zu sprechen. (18)

Und so macht es einmal mehr Sinn, um noch einmal auf den Veranstaltungstitel zurück zu kommen, dass es sich bei der in dieser Ausstellung thematisierten Kasbah um die Kasbah des Künstlers Kader Attia handelt, also um eine subjektive Aneignung eines kulturellen Symbols. Die Kasbah selbst wird hier in einem Zwischenraum verortet – zwischen ihrem Status als Objekt bzw. Stadtviertel und ihrer Funktion als symbolisches Zeichen. Als Objekt trägt die Kasbah eine schmerzvolle Vergangenheit in sich, als Stadtteil ist sie in der Gegenwart verortet. Diese Gegenwart sieht alles andere als rosig aus, da sich die Kasbah in einem Prozess des baulichen und sozialen Zerfalls befindet. Dieser Zerfall spiegelt auch die Umbrüche und Widersprüche Algeriens wieder, das eine leidvolle Geschichte hinter sich hat und sich in einer politisch schwierigen Lage befindet. In ihrer Funktion als symbolisches Zeichen schafft die Kasbah jedoch weiterhin Bedeutung – eine Bedeutung, die der Künstler gleichzeitig produziert und sich zu eigen macht. Die Verwendung des Wortes Zeichen macht zudem deutlich, dass der Künstler hier im wahrsten Sinne des Wortes ein Zeichen setzen und eine Diskussion über koloniale Vergangenheit und post- bzw. neokoloniale Gegenwart anregen will. Dabei geht es ihm auch darum, etwas Verlorenes – Identität – zurück zu gewinnen und um den Wunsch nach »Beheimatung«. So beschrieb Bourdieu in seiner Hommage an den 1989 verstorbenen kabyliischen Schriftsteller, Anthropologen und Sprachwissenschaftler Mouloud Mammeri dessen Beziehung zu seiner ursprünglichen Gesellschaft und Kultur als eine Odyssee „mit einer anfänglichen Distanzierungsbewegung zu unbekannten Ufern voller Verführungen, gefolgt von einer umständlichen und langsamen Rückkehr voller Fallen in sein Geburtsland. Diese Odyssee ist in meinen Augen der Pfad, den all jene, die aus einer beherrschten Gesellschaft, Klasse oder Region innerhalb dominanter Gesellschaften hinausgedrängt werden, betreten

müssen, um sich selbst zu begegnen und wiederzufinden.“ (19) Zu diskutieren wäre an dieser Stelle, ob das wieder Anzueignende nicht selbst bereits ein Produkt von kulturellen Aneignungsprozessen darstellt, in welcher Weise sich Identität rekonstruieren bzw. wiederherstellen lässt und ob sie zudem als etwas Eindeutiges wiederherzustellen ist – wie es beispielsweise Religion verspricht – oder ob Identität bzw. die Wieder-/Aneignung von Identität nicht vielmehr von vorn herein als ein uneindeutiger und unabschliessbarer, im Kontext von Post- und Neokolonialismus gleichwohl als ein schmerzhafter Prozess zu begreifen ist. Schließlich bleibt die Frage, in welcher Weise mit traditionellen Architekturen und Stadträumen wie im Fall von Algier mit der Kasbah nicht nur als gebauten, städtebaulich und geschichtlich bedeutenden Siedlungskonstrukten, sondern vor allem als bewohnte und soziale Räume umgegangen werden kann und soll. In einer erweiterten Perspektive gesehen, betrifft dies auch die Frage, in welchen Städten wir in Zukunft leben wollen.

Fußnoten

(1) Die Installation von Kader Attia (Kasbah, 2009 – 2012, Installation Corrugated iron, wood, truck's tires, tv antennas, found materials, variable dimensions) wurde vom 3. April bis 31. Oktober 2009 in Tours im Centre de Creation Contemporaine (CCC) gezeigt. An der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung waren Kader Attia, Eric de Chasse, Yasmine Terki, Seloua Luste Boulbina und ich mit Vorträgen beteiligt.

(2) Alle Zahlenangaben aus: The CIA-Factbook. Quelle: <http://www.cia.gov>, (06.05.2010). Algerien wird seit seiner Befreiung von der Partei der National Liberation Front (FLN) regiert. 1991 gewann die Islamic Salvation Front (FIS) die erste Runde der Parlamentswahl, ein Ergebnis, das von der herrschenden Elite der FLN nicht akzeptiert wurde. Damit begannen gewalttätige, bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen, die in den Jahren zwischen 1992 und 1998 über 100 000 Menschen das Leben kosteten. Gestützt vom Militär gewann Abdelaziz Bouteflika die Präsidentschaft im Jahr 1999 in einer erneut umstrittenen Wahl. 2009 wurde er zum dritten Mal wieder gewählt. Algerien ist von seiner Fläche her gesehen das elftgrößte Land der Welt mit über 34 Millionen Einwohner_innen berberisch-maghrebinischer Herkunft, wobei das Durchschnittsalter bei knapp unter 27 Jahren liegt. 65 % der Einwohner_innen leben in städtischen bzw. verstädterten Gebieten. Die offizielle Erwerbslosenrate beträgt 12,4 % im Jahr 2009. Algerien ist der zwölftgrößte Erdöl- und der viertgrößte Naturgasexporteur der Welt, wobei nahezu alle Wirtschaftszweige

und ausländische Investitionstätigkeiten vom Staat kontrolliert werden.

(3) vgl. Cohen, Jean-Louis; Eleb, Monique: *Casablanca, Colonial Myths and Architectural Ventures*. New York 2002.

(4) vgl. Göckede, Regina: Der koloniale Corbusier. Die Algier-Projekte in postkolonialer Lesart. In: *Wolkenkuckucksheim*, Internationale Zeitschrift zur Theorie der Architektur, 10. Jg., Heft 2, September 2006. Quelle: <http://www.tu-cottbus.de/theoriederarchitektur/Wolke/deu/Themen/themen052.htm#3> (08.04.2012).

(5) Dies heißt nicht, dass ländliche Gebiete und Siedlungen kulturlos sind. Der Soziologe Abdelmalek Sayad beispielsweise hat herausgearbeitet wie die bäuerliche Kultur in Algerien durch den Kolonialismus zerstört wurde. Er verweist darauf, dass das Studium indigener ländlicher Wohnformen durch französische Ethnologen insbesondere zwischen 1920 und 1930 für den damaligen kolonialen Wohnungsbau in Algerien eine Grundlage geliefert hat. Diese Forschungen waren auch mit daran beteiligt, bestimmte Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen, von der Rolle der algerischen Frau im Wohnungsbau zu zementieren, worauf Zeynep Celik in ihrer Untersuchung über urbane Formen in Algerien unter französischer Herrschaft hingewiesen hat.

(6) vgl. dazu: Çelik, Zeynep: A Lingering Obsession. The Houses of Algiers in French Colonial Discourse. In: Çelik, Zeynep; Clancy-Smith, Julia; Terpak, Frances (ed.): *Walls of Algiers. Narratives of the City through text and Image*. University of Washington Press 2009.

(7) Quelle: <http://www.zentralasien.net/stadt/index.html> (08.04.2012).

(8) Wright, Gwendolyn: *The Politics of Design in French Colonial Urbanism*. Chicago 1991, S. 3.

(9) ebd., S. 306.

(10) Er stellte hierzu fest: „L'étude du bidonville non apparut évident. [...] Étant le plus jeune et le plus disponible, j'étais tout désigné pour travailler sur le terrain. A cette époque, évidemment, nous étions un peu rédempteurs, mes aînés imprégnés de conceptions hygiénistes étaient impatients de découvrir les résultats de l'enquête. Je me glissais donc dans ce monde inconnu et réputé hostile. [...] A mon grand étonnement, je découvrais un habitat spontané, ingénieux, économe de moyens. Des espaces maîtrisés, un respect de l'ancrage et de la végétation. Une vie de quartier organisée, une solidarité saisissante.“ vgl. Simounet, Roland: La leçon d'Alger, entretien avec Roland Simounet. In: *La Ville* n°1, Méditerranées Alger-Marseille - Barcelone, 1995, S. 44-45.

(11) Kipfer, Stefan: How Lefèbvre urbanized Gramsci. In: Goonewardena, Kanishka; Kipfer, Stefan; Milgrom, Richard; Schmid, Christian (ed.): *Space, Difference, Every-*

day Life. Reading Lefèvbre. New York 2008, S. 203.

(12) siehe dazu: Shepard, Todd: The Invention of Decolonization. The Algerian War and the Remaking of France. Cornell University Press 2006.

(13) Diesen Ansatz vertritt insbesondere Homi K. Bhaba.

(14) So schreibt Frantz Fanon in „Schwarze Haut, Weiße Masken“ den vielzitierten Satz: „Ihre Entfremdung aufheben werden diejenigen Neger und Weiße, die sich geweigert haben, sich in den substantialisierten Turm der Vergangenheit sperren zu lassen. [...] Auf keinen Fall darf ich aus der Vergangenheit der Völker meiner Hautfarbe meine ursprüngliche Berufung herleiten. [...] Der Neger ist nicht. Ebenso wenig der Weiße.“ (S. 160ff) Fanon, Frantz: Schwarze Haut, Weiße Masken. Frankfurt am Main 1992. (Orig. Peau Noire. Masques Blancs. Editions de Seuil Paris 1952).

(16) Ortiz bemerkt dazu: „I am of the opinion that the word transculturation better expresses the different phases of the process of transition from one culture to another because this does not consist merely in acquiring another culture, which is what the English word acculturation really implies, but the process also necessarily involves the loss or uprooting of a previous culture, which could be defined as a deculturation. In addition it carries the idea of the consequent creation of new cultural phenomena, which could be called neoculturation.“ Ortiz, Fernando: Cuban Counterpoint: Tobacco and Sugar. Durham NC 1995, S. 195.

(17) Im Zusammenhang mit den Werken von Schriftstellerinnen aus Afrika, der Karibik dem Indischen Ozean und Frankreich greift die Literaturwissenschaftlerin Lionnet in Anlehnung an Amselle den Begriff der *métissage* die *logiques métisse* als eine Strategie der Aneignung und aktiven Umformung der französischen Sprache auf. „What these writers illustrate instead are the dynamic and creative processes mobilized by sub-groups as means of resistance to the „victim“ syndrome. They use their transformative and performative energies on the language and narrative strategies they borrow from the cultures of the West. To represent their regional cultural realities, they make use of appropriative techniques that interweave traditions and languages. The way they portray characters transforms the way that they themselves see the realities of their worlds, as well as the way we – readers who are outsiders to the region or culture – will in turn perceive those, that is, no longer as a radically „other“ realm, so different and alien that it could only alienate itself more through contact with the West, but rather as a microcosm of the globe.“ Lionnet, Françoise: „Logiques métisses“: Cultural Appropriation and Postcolonial Representations. In: Myrsiades, Kostas; McGuire, Jerry (ed.): Order and Partialities. Theory, Pedagogy, and the „Postcolonial“. Suny Press 1995, S. 111-136.

(18) Beverley, John: Subalternity and Representation. Arguments in Cultural Theo-





Topologien urbaner Migration



In der Öffentlichkeit und in den Medien, in der Wissenschaft und in der Stadtplanung ist die Frage der sozialen Integration von Migrant_innen (bzw. Stadtbewohner_innen mit migrantischem Hintergrund) und vor allem die Frage nach deren gesellschaftlicher und räumlicher Segregation ein Thema, das immer wieder auf ein Neues diskutiert wird. In Frankreich und in Deutschland werden insbesondere die öffentlichen und medialen Debatten häufig von der Furcht vor einer «Ghettoisierung» der Städte bestimmt. In der Stadtforschung und Stadtplanung hingegen ist die Diskussion um homogene versus gemischte Stadtviertel nicht neu. Relativ neu ist jedoch ihre Aufladung mit Argumenten, die sich auf Ethnizität und/oder Religion beziehen. Allerdings – und um es gleich vorweg zu sagen – sind Stadtviertel, sowohl in Frankreich, als auch in Deutschland, und selbst wenn sie einen relativ hohen Anteil an migrantischen Bevölkerungsgruppen aufweisen, keine Ghettos im US-amerikanischen Sinn, sondern gemischt-ethnische Viertel. Das Problem der Integration ist darüber hinaus meist keine Frage ethnischer und/oder religiöser Zugehörigkeit, sondern meist Ergebnis sozialer Diversifikation und Polarisierung. Dennoch wird insbesondere in den Medien die Rede von einer drohenden Ghettoisierung und von migrantischen »Parallelgesellschaften« weiter befördert und die öffentliche Stimmung immer wieder mit solchen Vorstellungen angeheizt.

Unruhe in den Vorstädten

Dies war auch der Fall im Zusammenhang mit den schweren Unruhen, die in etlichen französischen Vorstädten Ende Oktober 2005 ausbrachen. Anlass dieser Unruhen war der Tod zweier junger Franzosen, die am 27. Oktober 2005 in Clichy-sous-Bois, einem nord-westlich von Paris gelegenen Vorort, auf der Flucht vor der Polizei an eine Umspannanlage gerieten und dabei starben. Ein dritter Jugendlicher wurde schwer verletzt. Dieses tragische Ereignis wurde zum Katalysator der damaligen Aufstände und Unruhen. In den auf das Unglück folgenden 20 Nächten fanden in verschiedenen Städten Frankreichs Straßenschlachten mit der Polizei statt, wobei fast 2500 Personen verhaftet wurden. Ungefähr 8500 Autos wurden abgebrannt und öffentliche Gebäude, wie zum Beispiel Schulen oder Kindergärten, zum Teil schwer beschädigt. Doch es war nicht nur der Tod dieser Jugendlichen, der diese Aufstände auslöste, sondern

eine Bemerkung des damaligen französischen Innenministers Nicolas Sarkozy im Frühjahr 2005, die nachhaltige Wellen schlug. Während eines Besuchs des im Randbezirk von Paris gelegenen Stadtteils La Courneuve anlässlich des Todes eines 11 Jahre alten Jungen, der bei einer Schiesserei getötet wurde, hatte er die Bemerkung gemacht, dass er die »Banlieues« mit einem »Karcher« (Dampfdruckreiniger) reinigen werde. Die Aufstände von 2005 waren kein neues Phänomen, denn seit den 1980er Jahren war es immer wieder zu Unruhen in verschiedenen französischen Vorstädten gekommen. Dennoch war die französische Öffentlichkeit schockiert und die Massenmedien sprachen von den brennenden Banlieues, von einer »Intifada in den Banlieues«, von einem Bürgerkrieg und von der Rache der Kolonialiserten. (1) In den deutschen Massenmedien hingegen wurde diskutiert, ob solche Aufstände auch in Deutschland möglich sind und ob sich manche Stadtviertel nicht in einem ebenso »desolaten« Zustand befinden wie die französischen. Diese Diskussion war ein weiterer Höhepunkt in der Debatte über so genannte »Parallelgesellschaften« in Deutschland.

Parallelgesellschaften

Die Rede von den »Parallelgesellschaften« begann bereits im Jahr 2000 im Zusammenhang mit der Diskussion über die Frage nach einer »deutschen Leitkultur« und nach der Integration von Migrant_innen. Ironischerweise wurde der Begriff »Leitkultur« als Erstes von dem deutschen Politikwissenschaftler syrischer Herkunft, Bassam Tibi, der von 1973 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2009 als Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen tätig war, zur Diskussion gestellt. Tibi sprach jedoch nicht von einer deutschen, sondern von einer »europäischen Leitkultur«. Er wollte mit diesem Begriff (und mit seiner Kritik an der traditionellen Islamwissenschaft und dem Islamismus) eine Diskussion über europäische Staatsbürgerschaft und europäischen Pluralismus gegenüber einem, aus seiner Sicht immer noch undefiniert gebliebenen Multikulturalismus anstoßen. Der Begriff der Leitkultur wurde sehr schnell von konservativer Seite übernommen und wird seitdem in einen direkten Zusammenhang zu christlichen Werten und abendländisch-deutschen »Leitbildern« gesetzt, wobei es selbst den Befürworter dieser Begrifflichkeiten schwer fiel zu definieren, was darunter eigentlich genau zu verstehen ist. Auf dem Hintergrund der Anschläge auf das World Trade Center, den Kriegen im Irak und in Afghanistan sowie der Frage, ob Deutschland als Rückzugsgebiet für islamische Terroristen dient, führte die Diskussion über eine »deutsche Leitkultur« dann zu einer

Debatte über eine drohende »Islamisierung Europas« und zu einem politischen Schlagabtausch, der bis heute geführt wird und bereits zu einigen Gesetzesänderungen und Verboten geführt hat. Insbesondere die Rede von den »Parallelgesellschaften« war und ist jedoch nicht nur ein Thema in den Massenmedien, sondern schwingt auch in den Diskursen innerhalb öffentlicher Verwaltung, Stadtpolitik und Stadtplanung mit, wenn über so genannte Problemstadtteile oder »gefährdete Nachbarschaften« diskutiert wird. Damit sind meist Stadtteile gemeint, die eine relativ hohe Konzentration an Bevölkerungsgruppen mit migrantischem Hintergrund und von Armut betroffenen Stadtbewohner_innen aufweisen. In Frankreich wiederum ist der Begriff »Banlieue« ein Synonym für solche Stadtteile. Selbst in der französischen Soziologie werden die Banlieues bzw. die »Cités« des öfteren nicht nur als marginalisierte Stadtviertel, sondern als Ausdruck von Ghettoisierung und sozialer Apartheid aufgeführt.

Urbane Topologie

Beide Erzählungen – über die Banlieue und die Parallelgesellschaft – werden ideologisch aufgeladen und fungieren als eine Art kondensierter Modelle, an denen sich Fragen nach Integration, Assimilation und Nicht-/Anerkennung der »Anderen« entzünden. Aus wissenschaftlicher Sicht lassen sich sowohl diese Erzählungen, als auch die realen Verhältnisse mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen wie Politikwissenschaft und Stadtsoziologie, aber auch mit Geschlechter-, Postkolonial- und Migrationsforschung sowie Stadtplanung in Verbindung bringen. Zu guter Letzt verweisen diese Erzählungen auch auf die städtische Komplexität selbst.

Unter städtischer Komplexität verstehe ich hier ein Set verschiedener und unterschiedlicher Beziehungen, die ich theoretisch mit dem Begriff der Topologie fassen möchte, einem Begriff, der ursprünglich aus der Mathematik kommt. (2) Raum wird hier nicht als reiner Behälter oder als messbarer, abgegrenzter physischer Raum definiert, sondern Raum entsteht durch dynamische Beziehungen und Verbindungen. Topologie ist viel eher eine qualitative Beschreibung als eine quantitative Definition von Raum. Wenn der Begriff nicht nur streng im Sinne der Mathematik gebraucht wird, lässt sich damit Raum als sozialer und gesellschaftlicher Raum fassen. Eine »urbane Topologie« fokussiert demnach Fragen sowohl nach Beziehungsstrukturen und Relationen zwischen einzelnen Gruppen bzw. Subjekten innerhalb eines urban-sozialen Raumes als auch nach den Qualitäten dieser Beziehungen. Den Begriff des sozialen Raumes gebrau-

che ich hier im Sinne von Bourdieu. Gebaute Räume wie zum Beispiel die Vorstädte können demnach als Ausdruck und Projektion einer spezifischen sozialen Situation analysiert werden, allerdings unter dem Vorbehalt, dass Gebautes und Soziales eben nicht völlig deckungsgleich sind. Darüber hinaus versteht Bourdieu sozialen Raum als mehrdimensional: als einen Raum in dem verschiedene Gruppen von Akteur_innen agieren, die durch ihre relativen Positionen innerhalb dieses Raumes definiert werden. Diese relativen Positionen werden nicht nur über die Verfügung der Akteur_innen über ökonomisches Kapital, sondern gleichermassen über soziales Kapital (Netzwerke, Beziehungen) und kulturelles Kapital (3) definiert. Hinzu kommen die verschiedenen habituellen Praxen wie die der Distinktion, die mit den einzelnen Klassenlagen verbunden sind bzw. verbunden sein können. Auch wenn dies ein sehr grobes Modell darstellt, lässt es sich doch soweit ausdifferenzieren, dass ein zumindest ungefähres Bild bzw. eine Momentaufnahme sozial-gesellschaftlicher Verfasstheit auch in Stadtteilen möglich ist. Damit ist das Bild jedoch noch nicht vollständig, denn hinzu kommen Vorstellungen und Konzepte der einzelnen Akteur_innen und Gruppen, die erheblich variieren können und die Teil sozialer Raumproduktion sind. (4)

Unter dem Vorzeichen einer Topologie sozialer bzw. städtischer Räume müsste es also noch viel stärker als bislang darum gehen, die Stimmen der Akteur_innen nicht nur in kanalisierter, moderierter und kommentatorischer Form mit einzubeziehen, sondern es müsste darum gehen, verbindliche partizipatorische Methoden und Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Eine wesentliche Voraussetzung für politische Partizipation ist (ebenso wie für die Gemeinschaftsbildung) die Sprache bzw. das Sprechen. Sprechen und sich ausdrücken ist eine Voraussetzung für ein Sich-Veröffentlichen-Können und eine wichtige, wenn auch nicht die einzige Form politischer Interaktion. So gesehen ist der soziale Raum (also auch der Raum eines Stadtquartiers) nicht nur objektiv im Sinne eines gesellschaftlich strukturierten Raumes, sondern gleichermaßen symbolisch-performativ zu erfassen. Symbolisch-performativ steht hier sowohl für die verschiedenen Sprech-, Ausdrucks- und Distinktionsweisen unterschiedlicher sozialer Gruppen, als auch für deren vorhandene (oder nicht-vorhandene) »Macht« zu Sprechen und mittels Sprache/Äußerung Bedeutung zu produzieren. Inwieweit andere bzw. hegemoniale Gruppen diesen Äusserungen Anerkennung verleihen, ist eine weitere Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt. Eine bestimmte urbane Situation zu analysieren kann demnach nicht nur darin bestehen »objektive« und quantifizierbare Relationen zu vermessen, sondern diese Situation muss auch als ein Feld symbolisch-performativer Nicht-/

Äusserungen und Kämpfe um Sprachhoheit untersucht werden. Demzufolge ist auch die Produktion urban-gesellschaftlicher Räume nicht nur ein Ergebnis spezifischer ökonomischer Umstände und bestimmter Machtverhältnisse, die durch Protagonist_innen wie Politiker_innen, Investor_innen, Medienvertreter_innen, Wissenschaftler_innen, Stadtplaner_innen usw. durch- und umgesetzt werden, sondern es existiert im Sinne von Lefèbvre immer auch eine »andere Seite der Medaille«. Diese resultiert aus den symbolischen Handlungen und performativen (Sprech-)Akten der Stadtbewohner_innen selbst. Daraus folgt, dass eine gesellschaftlich-urbane Situation wie die französische »Banlieue« nicht nur unter rein »objektiven« Gesichtspunkten wie zum Beispiel der Erwerbslosenrate allein analysiert werden kann, sondern gleichermaßen qualitative Aspekte mit zu beinhalten hat. Diese betreffen die symbolischen Kämpfe um Repräsentation und Anerkennung, die Differenzen zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung, die spezifischen Produktionsweisen und Randbedingungen, die mit der sozialen Situation dieser Stadträume einhergehen (dies schließt alle Massnahmen mit ein, also auch zum Beispiel Sanierung oder Quartiersmanagement) und nicht zuletzt die kritische Reflexion des Feldes der Analyse, des Entwurfs und der Massnahmen selbst.

Die »Anderen«

An dieser Stelle angekommen, können und müssen auch Fragen von gesellschaftlichen Kategorien und deren Verschränkungen, wie zum Beispiel von Geschlecht und Migration, mit einbezogen werden. Dabei stellt eine Integration der Kategorie Geschlecht in die Analyseperspektive, wenn sie nur als eine vergleichende Dichotomie (Männer-Frauen) gedacht wird, nur einen ersten, wenngleich notwendigen Schritt dar. Dabei ist die Analyse, auch im Sinne des State-of-the-art der Geschlechterforschung, kritisch zu reflektieren. Denn bei genauerer Betrachtung von Migrationsbewegungen zeigt sich, dass eine Analyseperspektive, die Migration von Frauen nur als Folgeerscheinung männlicher Migration betrachtet (oder diese Unterscheidung erst gar nicht trifft) und damit Migrantinnen als Unterkategorie innerhalb der sozialen und politischen Dynamiken von Migration behandelt, eingeschränkt ist und der tatsächlichen jeweiligen Situation nicht gerecht wird. Insbesondere sozialwissenschaftliche Geschlechterforschung fokussiert heute die Vielfalt von »Weiblichkeiten« und »Männlichkeiten« innerhalb unterschiedlicher sozialer Interaktionen und die Folgen der Verschränkung von Geschlecht mit anderen gesellschaftlichen Kategorien wie

Klasse, Ethnizität, sexueller Identität, Alter und Andersfähigkeit. (5) Demzufolge muss die Analyse einer urbanen Situation diesbezügliche Fragen stellen - einschließlich der Fragen nach homosexuellem und queerem Leben sowie interkulturellen Geschlechterverhältnissen. Migration als nicht-linearen Prozess zu verstehen und all diese Fragestellungen in die Stadtforschung und vor allem auch Stadtplanung mit einzubeziehen (wobei die Stadtplanung leider häufig auf einen Rückgriff auf Ergebnisse der Stadtforschung verzichtet) ist ein notwendiger Anfangspunkt, um der Komplexität urban-gesellschaftlicher Verhältnisse näher zu kommen. Schliesslich ist auch zu berücksichtigen, (um hier Judith Butler in Anlehnung an Althusser zu folgen), dass die Konstituierung einer sozialen Existenz, eines »Ich«, davon abhängt, ob dieses Ich durch eine_n »Andere_n« angesprochen und in seiner_ihrer Existenz bestätigt wird. Eine Person, die diese Bestätigung nicht erfährt und nicht adressiert wird, existiert gesellschaftlich nicht. Doch eine Adressierung führt nicht zwangsläufig und automatisch zu Anerkennung, denn als Migrant_in oder Bewohner_in einer so genannten »sensiblen Nachbarschaft« adressiert zu werden (Wer bist du? Woher kommst du? usw.) kann auch eine im Subtext stigmatisierende Bezeichnungspraxis beinhalten und zur Konstruktion von negativer Differenz führen, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Prozess der Bezeichnung und Unterscheidung in einem bereits vorhandenen semantischen Feld stattfindet – und damit innerhalb eines Regimes von Regeln und Regulierungen darüber, wer anerkannt wird und wer nicht.

Auf diesem Hintergrund muss eine doppelte Bewegung reflektiert werden. Denn nicht nur die Anrufung des Anderen/Fremden als einem »Anderen/Fremden« ist kritisch zu reflektieren, sondern ebenso die Konstruktionsweisen, die diese/n »Andere/n« erst konstituieren. Die Motive und Absichten, die solche Konstruktionen befördern, können ganz unterschiedlich gelagert sein. Nicht wenige Stadtverwaltungen in Deutschland zum Beispiel haben sich die Berücksichtigung und Integration von Migrant_innen (bzw. Personen mit migrantischem Hintergrund) zum Ziel gesetzt. Stellenausschreibungen erfolgen heute nicht mehr nur mit dem Zusatz »Frauen bevorzugt«, sondern auch mit der Bemerkung »gerne auch Migrant_innen bzw. mit Migrationshintergrund«. Nicht wenige Migrant_innen kritisieren zu Recht, dass durch solche Zusätze Differenz immer weiter perpetuiert wird und so gerade das Gegenteil erreicht wird, nämlich eine reduzierende Festschreibung, die zudem der Vielfalt, die sich hinter dem Begriff »Migrationshintergrund« verbirgt, nicht gerecht wird. Eine solche Festschreibung, die auf ein »Sein« referiert, ist auch deshalb zu kritisieren, weil »Sein« im ontologischen

Sinne und im Sinne von Identität das normative Set, das mit Differenzen einhergeht, maskiert und bestätigt, anstatt es zu entlarven. Gerade Identitätsbildung kann notwendig sein (zum Beispiel für den Kampf um Rechte für »minoritäre« Gruppen), aber auf der anderen Seite ruft sie neue Formen der Ex- und Inklusion, der Zuschreibung und Negation hervor. Diese Doppelbödigkeit im Analyserahmen mit zu reflektieren, ist demnach notwendig. Auch in Bezug auf die verschiedenen Erzählungen und Ideologien im Zusammenhang mit Migration spielt dies eine Rolle. Während der französische Universalismus die Anderen nicht als die »Anderen«, sondern als Individuen im Angesicht der Nation anruft, dabei jedoch Differenzen und unterschiedliche Bedürfnislagen geflissentlich übersieht, markiert die deutsche Gesellschaft die »Anderen« unter dem Vorzeichen des Anders-Sein innerhalb eines normativen Sets an kulturell, biologisch, ethnisch und religiös begründeten Zuschreibungen und Bezeichnungen. In beiden Diskursen fungieren die migrantischen Anderen als Projektionsfigur, die schließlich in den Nationalkörper zu assimilieren sind. Nicht zuletzt finden diese Diskussionen um die »Anderen« im Rahmen einer europäischen Politik statt, die unter dem Stichwort »Festung Europa« zusammen gefasst werden kann und die Einrichtung eines militarisierten Grenzregimes mit Abschiebelagern, Grenzbefestigungen, Grenzüberwachungen beinhaltet, um illegale Einwanderungen zu verhindern. Meist wird dieses Grenzregime nur dann diskutiert, wenn wieder einmal spektakuläre Zahlen an Menschen zu verzeichnen sind, die bei dem Versuch nach Europa zu gelangen zu Tode gekommen sind. Der massive Rückgang der Anerkennung von Asylbewerber_innen und Flüchtlingen sowie eine rigide Abschiebungspolitik kommen nur gelegentlich und als Randnotiz zur Sprache. Auf der anderen Seite wird Migration zum heiss diskutierten Thema, wenn es um eine vermeintliche Ghettoisierung von Stadtvierteln geht. Diese Rede, sei es von Seiten der Medien, sei es von Seite der Expert_innen über (stadt)räumliche, kulturelle und neuerdings religiöse Segregation, haben einen komplexen historischen Hintergrund, den ich im Folgenden nur andeutungsweise für die Zeit nach dem II. Weltkrieg darstellen will (genau genommen begann diese Geschichte bereits im Zusammenhang mit dem Kolonialismus).

Frankreich

Neben der bereits um die Jahrhundertwende einsetzenden Binnenmigration ländlicher Bevölkerungsteile aus dem Nordwesten Frankreichs, die auf der Suche nach Erwerbsarbeit in die industrialisierten Gebiete von Paris und anderen

französischen Großstädten zogen, kamen nach dem Zweiten Weltkrieg Arbeitsmigrant_innen aus Spanien, Italien und Portugal nach Frankreich. Eine zweite Welle der Einwanderung erfolgte als Ergebnis des französischen Kolonialismus und des Algerien-Krieges zwischen 1954 und 1962, der mit der Selbstständigkeit Algeriens endete. Neben den »pieds noirs« (Franzosen, die im Zuge der französischen Kolonialherrschaft nach Algerien eingewandert waren und jetzt wieder in ihr »Mutterland« zurück kehrten) kamen auch zahlreiche Arbeitsmigrant_innen aus den Maghrebstaaten (vor allem Algerien, Tunesien und Marokko) nach Frankreich, gefolgt von Menschen aus ehemaligen Kolonien und Ländern wie Senegal, Mali und Mauretanien. In den 1970er Jahren geriet Westeuropa dann in eine ökonomische Krise und Frankreich (ebenso wie Westdeutschland) versucht, den Zuzug gänzlich zu stoppen. (6) Aber diese Politik eines Einwanderungsstops scheiterte aus mehreren Gründen. Einer der Gründe war, dass nicht alle Immigrant_innen wieder zurück in ihre Herkunftsländer gehen, sondern im Land bleiben und ihre Familien nachholen wollten. In den folgenden Jahren wurde deshalb statistisch gesehen die Familienzusammenführung die wichtigste Form der Immigration, woran sich bis heute nichts geändert hat. In diesem Zusammenhang wurde die Frage nach Integration zu einer der wichtigsten Fragen, sowohl in der Politik wie in der Stadtplanung.

Bis heute folgen Frankreich und Deutschland hierbei zwei unterschiedlichen Modellen der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Das französische Modell lässt sich auf die zentrale Idee der Französischen Revolution, »liberté, égalité et fraternité«, zurück führen und basiert auf einer politisch und rechtlich verankerten, strikten Trennung von Staat und Kirche, die sich unter dem schwer zu übersetzenden Begriff der »laïcité« zusammenfassen lässt. Die französische Republik folgt damit der Idee des Universalismus und dem Prinzip, dass das Individuum in erster Linie Staatsbürger_in im Nationalstaat ist. In Bezug auf Fragen der Migration hat dies eine Politik strenger Assimilation zur Folge. Ende der 1950er Jahre und in Anbetracht der desolaten Situation auf dem Wohnungsmarkt – 1963 lebten 43% der französischen Algerier in Elendsvierteln und illegalen Siedlungen – begann die französische Regierung Sozialwohnungsbauprogramme wie »Habitation à Loyer Modéré« (HLM) aufzulegen. Ein berühmtes Beispiel hierfür ist die Industriestadt Firminy (in der Nähe der Stadt Saint-Etienne), in der Le Corbusier das fünfte seiner bekannten L'unité d'habitation gebaut hatte. Ende der 1960er Jahre wurden dann in der Nähe von Paris, Lille, Marseille, Grenoble und Rouen die so genannten »Villes Nouvelles« angelegt, in die zuerst überwiegend der Teil der französischen Arbeiter_innen-Klasse einzog, der nicht-migrantischer Her-

kunft war. Da nur ein kleiner Anteil dieser neuen Satellitenstädte als Sozialwohnungsbau gebaut worden war, blieben viele Elendsviertel bzw. baulich desolate Stadtteile bis in die 1970er Jahre hinein weiter bestehen. In den 1980er Jahren, nach den Aufständen in den Vorstädten von Lyon, wurde deutlich, dass eine aktive Sozialpolitik zur zentralen Aufgabe von Stadtverwaltungen werden musste. In den darauf folgenden Jahren wurden von der französischen Regierung deshalb eine größere Zahl an Programmen wie zum Beispiel „Habitat et Vie Sociale“, „Développement Sociale des Quartiers“ und „Développement Social Urbain“ aufgelegt, um so genannte problematische Gebiete durch Sanierung aufzuwerten und diese für die Mittelklasse attraktiver zu machen. Zudem sollten diese Gebiete und ihre BewohnerInnen durch Mediation zwischen den einzelnen Städten bzw. Stadtgebieten besser integriert werden. Inzwischen sind im Rahmen des Programms „La Politique de la Ville“ 751 Gebiete zu «sensiblen urbanen Zonen» (Les zones urbaines sensibles – ZUS) und 416 Gebiete zu so genannten Revitalisierungszonen (Zones de redynamisation urbaine – ZRU) erklärt worden. (7) Rund 5 Millionen Menschen wohnen in solchen Arealen. Alle diese Programme war mehr oder eher weniger erfolgreich. Denn selbst heute ist die Wohnungsfrage ein ungelöstes Problem, da ungefähr 3 von 60 Millionen Einwohner_innen immer noch in schlechten Wohnverhältnissen leben und ein Defizit an über einer Million Sozialwohnungen besteht. (8) Diese Programme konnten und können die sozialen und ökonomischen Probleme, die aus einem wirtschaftlichen Strukturwandel in Europa und einer Transformation der europäischen Wirtschaft in eine Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft resultieren, weder lösen, noch wesentlich abmildern.

In Frankreich liegt die Erwerbslosenrate insbesondere junger Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die einen Migrationshintergrund aufweisen und die in den sensiblen Gebieten (quartiers sensibles) leben, zwischen 30 und 55 Prozent. Der Prozentsatz an Erwerbslosen, Sozialhilfeempfänger_innen und Alleinerziehenden in diesen Gebieten ist zweimal so hoch wie im nationalen Durchschnitt. Fast 40 Prozent dieser jungen Menschen über 15 Jahre hat keinen Bildungsabschluss. Jugendliche, die in den Banlieues wohnen, beklagen sich, dass sie, auch wenn sie einen Abschluss haben, keine Anstellung bekommen, wenn sie ihre Adresse angeben. Darüber hinaus werden diese Viertel meist als Felder rein männlicher, zudem krimineller Handlungsformen (Gewalt, Vergewaltigung, Bandenkriminalität) gelesen und als Areale von Revolten mit ethnisch-religiösem Charakter betrachtet, wie beispielsweise der Philosoph Alain Finkielkraut 2005 verkündete. (9) Doch wie viele französische Soziologen feststellen,

haben weder die Aufstände noch die Lebensweisen der jungen MigrantInnen eine besondere Verbindung zum Islam. Das Gegenteil ist der Fall, denn die Assimilations-Politik war sogar erfolgreich, da sich die junge Generation in den Banlieues viel stärker auf westliche Straßenkultur als auf Religion bezieht. Die in den letzten Jahren offensiv betriebene Rede von der Gefahr einer Islamisierung kann hier allerdings längerfristig genau den Effekt haben, diese frustrierten und enttäuschten Jugendliche in die Moscheen zu treiben. Auch wenn sie sich als französische Staatsbürger_innen begreifen, sind sie ständig mit verschiedenen Formen von Alltagsrassismus konfrontiert, wenn sie als Bewohner_in eines problematischen Stadtviertels ("Quartiers difficiles") erkannt und zudem noch als Muslime stereotypisiert werden. Bei den letzten Aufständen wurden einige muslimische Organisationen dazu aufgefordert, die Jugendlichen zu beruhigen. Übersehen wurde jedoch, dass die Jugendlichen wenig Interesse an Religion haben, sondern einfach als gleichwertig von der französischen Gesellschaft anerkannt werden wollen. Und wie viele Forscher_innen feststellen, orientiert sich gerade die zweite und dritte Generation ehemaliger Immigrant_innen überwiegend an den Normen der französischen Kultur. Aber diese Anpassung wird nicht mit Inklusion, sondern mit Exklusion belohnt.

Dieser Ausschluss lässt sich nicht nur anhand von Fakten über die ökonomische Situation nachweisen, sondern gleichermaßen entlang von Diskursen, die die Banlieue-Bewohner_innen als überwiegend männlich, arm, aggressiv, bildungsfern und die Banlieue als verelendetes Gebiet betrachten. In der Tat gibt es in den französischen Vorstädten Banden junger Männer, die einem aggressiven Kodex von Männlichkeitsritualen folgen, (sexualisierte) Gewalt ausüben, kriminelle Delikte verüben und sich Kämpfe mit der Polizei liefern. Aber dies ist nicht die Mehrheit der Jugendlichen, die in den französischen Vorstädten lebt. Zudem kann man die Verbindung zwischen städtischer Armut und den Aufständen nicht verstehen, wenn man diese nicht in einem größeren Zusammenhang liest, nämlich der institutionellen Veränderungen in Bezug auf den Umgang mit diesen Bevölkerungsgruppen, die durch den Abbau des Sozialstaates besonders betroffen sind. (10) So wurde zum Beispiel in vielen Vorstädten die lokale Polizei zugunsten eines Einsatzes von außerhalb kommender, militarisierter Spezialpolizeikräfte zur Aufstandsbekämpfung (Compagnie Républicaine de Sécurité – CRS) abgebaut. Zudem wurde die Finanzierung von Sozialarbeit und Bildung gestrichen oder Einrichtungen zur Vorbereitung auf das Berufsleben geschlossen. Im Gegensatz zu den einseitigen Diskursen und Vorstellungen über die "Banlieue" zeigt sich jedoch bei näherer Betrachtung, dass auch die franzö-

sischen Vorstädte sehr wohl heterogene urban-gesellschaftliche Räume sind. Die französische Banlieue bringt zusammen, was während der 1980er Jahre als "black, blanc, beur" bezeichnet wurde, als einen Mix aus Bewohner_innen europäischer, westafrikanischer oder maghrebinscher Herkunft. "Beur" ist ein Slang-Wort für Araber. Dieser Begriff wurde auch für Immigrant_innen benutzt, die sich in den 1980er Jahren als politische Bewegung formierten, die ihre Rechte auf ein angemessenes Leben in Frankreich und auf ihre Behandlung als gleichwertige Staatsbürger_innen einforderten. Seit dieser Zeit haben sich viele lokale und selbstorganisierte Nachbarschaftsvereine gegründet. Insbesondere Migrantinnen aus afrikanischen Ländern haben sich in Selbsthilfegruppen organisiert, um gegen ihren Ausschluss aus Gesellschaft und Ökonomie anzukämpfen. Diese Frauen sind auch die tragende Kraft innerhalb der seit den 1990er Jahren aktiven Bewegung „sans papiers“, die eine Legalisierung der illegal nach Frankreich eingewanderten Personen fordert und die gegen die zahlreichen Restriktionen der französischen Immigrationspolitik ankämpft. Bemerkenswert sind zudem die Ergebnisse der Geschlechterforscherin Catherine Raissiguier, die nachgewiesen hat, dass die Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt von afrikanischen Migrantinnen proportional gesehen höher als die der europäischen Staatsbürgerinnen ausfällt (wobei sich die Frage stellt, um welche Art und Qualität von Beschäftigungsverhältnissen es sich handelt). Sie folgert, dass es sich bei der Behauptung, afrikanische Frauen würden das Sozialsystem nur schröpfen und nichts zur nationalen Ökonomie beitragen, um ein rassistisch und sexistisch gefärbtes Stereotyp handelt. (11) Zudem spielen diese Frauen häufig eine aktive Rolle im Stadt- und Gemeindeleben, zum Beispiel als Mediatorinnen zwischen neu zugezogenen Migrantinnen und den lokalen Behörden. Dabei entsprechen diese aktiven Rollen einerseits nicht dem tradierten Bild von afrikanischen Frauen, andererseits folgt die offizielle Stadt- und Gemeindepolitik nach wie vor einem universalistischen Konzept, so dass die besonderen Bedürfnisse von Migrantinnen nicht anerkannt werden und diese Frauen häufig wenig Unterstützung von offizieller Seite bekommen. Auch die Programme innerhalb einer „Politik der Stadt“ (Politique de la ville) wollen zwar den Ausschluss mit Hilfe von Gebietspolitik und unter Berücksichtigung von sozio-ökonomischen Faktoren bekämpfen, beziehen jedoch ethnische, geschlechtliche und kulturelle Differenzen und Kategorien zumindest offiziell in ihre Überlegungen und Massnahmen nicht ein. Dies ist besonders für junge Migrantinnen, die sich mittels beruflicher Ausbildung und Erwerbsarbeit sozial und ökonomisch emanzipieren wollen, vor allem in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit besonders nachteilig. Zwar

wurde 2005 eine nationale Einrichtung zur Bekämpfung von Diskriminierung und für Gleichheit (12) eingerichtet, doch der Präsident dieser Einrichtung, Louis Schweitzer, ist ein ausgesprochener Gegner einer Erfassung der Bevölkerung nach Herkunft und Migrationshintergrund. Aus diesem Grund besteht wohl auch in Zukunft kaum eine Chance, institutionalisierten Rassismus festzustellen und wirksam zu bekämpfen. So bleiben bis heute Migrant_innen statistisch unsichtbar, aber jede/r weiss und sieht, dass eine Vielzahl an unterschiedlichen Gemeinschaften und ethnischen »Minderheiten« in Frankreich leben. Und selbst wenn soziologische Beschreibungen nicht nur soziale und räumliche Differenzen, sondern auch Ethnizität berücksichtigen, bleiben die Sichtweisen der verschiedenen Bewohner_innengruppen oft unberücksichtigt. Dabei müssten die Stimmen aus den Vorstädten viel genauer gehört werden. Doch selbst wenn sie gehört werden, werden sie instrumentalisiert wie zum Beispiel im Fall von „Ni putes Ni soumises! La manifestation des femmes des quartiers contre le ghetto“. (13) Diese Gruppe wurde 2003 von jungen Frauen aus den Vorstädten anlässlich des gewaltsamen Todes einer 17 Jahre alten jungen Frau algerischer Herkunft, die von einem gleichaltrigen Jugendlichen angezündet worden war, gegründet. In den folgenden Monaten organisierte Ni Putes Ni soumises einen „Marsch der Frauen der Vorstädte“ durch verschiedene Städte in Frankreich, um auf die Gewalt gegen Frauen in den Banlieues aufmerksam zu machen. Diese Aktion rief ein großes Echo in den Medien und bei Politiker_innen hervor, die sich normalerweise nicht um die Probleme in den Vorstädten kümmern. Doch diese Bewegung wurde sofort von der staatsnahen Organisation SOS Racisme vereinnahmt, einer Organisation, die bereits in den 1980er Jahren als Reaktion auf frühere Aufstände eingerichtet worden war. Eine algerische Aktivistin und Mitglied der Gruppe Solidal bemerkte zu dieser Aktion, dass Gewalt gegen Frauen erstens nicht nur ein Problem der Vorstädte sei und zweitens, dass Ni Putes Ni soumises das Thema in einer Art und Weise behandelt, die sich sehr gut in die Angstkampagnen von Medien und Politik integrieren lässt. (14) Entscheidend ist jedoch, dass auch diese Aktion keine weiteren Folgen zeigte. Die Ignoranz der Politik gegenüber der Situation in den Vorstädten ist besonders für junge Frauen nachteilig, denn diese müssen nicht selten einen doppelten Kampf führen: einerseits um ihre Emanzipation aus teilweise noch immer patriarchalen, frauenfeindlichen und autoritären Familienstrukturen, andererseits um einen Zugang zu ökonomischer Selbstständigkeit in der französischen Mehrheitsgesellschaft. Die Kopftuch- und Burkadebatte verschleiert nicht selten diese doppelte Unterdrückung, sondern schreibt Kopftuchträgerinnen aus-

schließlich als rückständig, ungebildet und nicht zuletzt als Opfer fest. Für diese jungen Frauen (ebenso wie für junge Männer) wäre es wesentlich hilfreicher, wenn mehr und spezifische Angebote zur Bildung, zur beruflichen Qualifikation und Erwerbsarbeit gemacht würden, wenn Selbstorganisation gefördert und Sozialarbeit aus- statt abgebaut werden würde.

Deutschland

In Deutschland setzt die Migrationsforschung meist bei den 1950er Jahren an, als die ersten "Gastarbeiter" aus Italien und in den 1960er Jahren dann Arbeiter_innen aus der Türkei im Rahmen von Anwerbeabkommen nach Deutschland kamen, später folgten dann teilweise deren Familien und Verwandten. Bis heute macht, wie im Fall von Frankreich, die Familienzusammenführung den größten Teil der Zuwanderung nach Deutschland aus. Unter dem Vorzeichen eines Nicht-Bekenntnisses zur Einwanderung bewegt sich die deutsche Integrations- und Zuzugspolitik auch heute zwischen Sicherheits- und Abschottungsbedürfnissen einerseits und dem Verlangen nach Erwerbsarbeitskräften andererseits, wobei das im Jahr 2005 angepasste Einwanderungsgesetz an den Grundlinien dieser Politik nichts Wesentliches verändert hat. Verschärft wird diese Politik noch durch die so genannte Islam-Debatte. Insbesondere die Konservativen, die sich gerne auf die christliche Religion und Werte berufen, forcieren damit eine »Religionisierung« von Konflikten, die nicht nur religiös zu begründen, sondern deren Ursachen komplexer sind und die eine Einbeziehung verschiedener Analyse- und Beteiligungsebenen erfordern würden. In Bezug auf eine mögliche sozialräumliche Segregation lässt sich in Westdeutschland (15) folgender Verlauf nachzeichnen: Zu Beginn lebten die überwiegend männlichen Arbeiter in gesondert eingerichteten und provisorischen Unterkünften zusammen. Im Zuge des Nachzugs ihrer Familien zogen viele Migrant_innen dann in billige Mietwohnungen in vernachlässigte, meist innerstädtische oder innenstadtnahe Stadtviertel. Insbesondere Berlin Kreuzberg und Berlin Neukölln wurden so zum Symbol »türkisch dominierter« Stadtviertel und damit zum Symbol für eine vermeintliche Ghettoisierung und die Entstehung von »Parallelgesellschaften«. Ohne die umfangreichen Diskussionen über die Dimensionen von räumlicher Segregation an dieser Stelle zu vertiefen, lässt sich Segregation als eine Konzentration einer spezifischen Gruppe in einem bestimmten sozialen oder/und urbanen Feld definieren. Segregation wird zum Beispiel entlang des sozialen Status, der Lebensweise und Lebensform oder der ethnischen Zugehörigkeit

und Herkunft gemessen, wobei diese Messungen auch sehr vereinfachend sein können. Um zu genaueren Ergebnissen zu kommen, ist es notwendig, verschiedene Nationalitäten bzw. Herkunftsländer zu erfassen und nach räumlichen Konzentrationen dieser einzelnen Gruppen zu fragen. Allerdings wird die numerische und statistische Definition von so genannten ethnischen Nachbarschaften in der Stadtforschung sehr unterschiedlich gehandhabt. In Kanada liegt der Schwellenwert für eine "sichtbare minoritäre Nachbarschaft" bei 30%, in den USA schwankt dieser Wert zwischen 66% und 80% im Untersuchungsgebiet. Neue wissenschaftliche Untersuchungen (16) – basierend auf 33 westdeutschen Städten mit mehr als 100 000 EinwohnerInnen, wobei die EinwohnerInnen mit zwei Staatsbürgerschaften eingeschlossen sind – zeigen, dass in Deutschland keine Ghettos oder ethnischen Enklaven wie in den USA existieren. In Deutschland beträgt laut diesen Forschungen die höchste Konzentration einer Nationalität in einem Stadtgebiet höchstens 10%. Migrant_innen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund sind breit über diese Städte gestreut. In Deutschland existiert auch kein besonderer städtischer Kumulationspunkt der Immigration wie zum Beispiel London in Großbritannien. Ein multi-ethnischer Mix an Einwohner_innen ist hingegen typisch für diejenigen Stadtgebiete, in denen viele Migrant_innen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund leben und wohnen. Zudem liegt nur in ganz wenigen deutschen Städten bzw. Stadtgebieten die Konzentration aller Migrant_innen zusammen genommen über 50%. Selbst in Städten mit einem relativ hohen Anteil an Migrant_innen sind diese über das Stadtgebiet verstreut. Migrant_innen aus den klassischen Einwanderungsländern wie Italien oder der Türkei sind in städtischen Gebieten mit einem relativ hohen Anteil (im Durchschnitt 30%) an migrantischer Bevölkerung zwar konzentriert, aber die Bevölkerung in diesen Stadtgebieten besteht immer aus einem Mix aus unterschiedlichen Gruppen von Migrant_innen. Zudem leben nicht alle Migrant_innen in multi-ethnischen Nachbarschaften, sondern nur um die 20% aller Migrant_innen in den untersuchten Stadtgebieten. In Köln zum Beispiel, einer Stadt mit einem hohen Anteil an Menschen türkischer Herkunft und 86 Stadtteilen in 9 Stadtbezirken, liegt deren Konzentration nur in 5 Stadtteilen zwischen 22% und 16%. (17) Darüber hinaus zeigt sich, dass eine Konzentration migrantischer Bevölkerungsgruppen nicht zwangsläufig mit Armut und Erwerbslosigkeit einhergehen. Obgleich sich Migrant_innen in Stadtgebieten mit einer hohen deutschen Armutsbevölkerung konzentrieren können, sind sie weniger häufig auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen als ihre unmittelbaren deutschen Nachbarn. (18) Dennoch besteht sehr wohl eine Korrelation zwischen

Migration, Hilfe zum Lebensunterhalt und Erwerbslosigkeit, denn überdurchschnittlich häufig wohnen gerade Migrant_innen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund in Stadtteilen mit einer ärmeren und armen, wenngleich ethnisch gemischten Einwohner_innenschaft. Dies zeigt auch das Beispiel Berlin-Kreuzberg, denn auch hier handelt es sich nicht um ein mono-ethnisches Stadtgebiet (wenngleich es eines der am dichtesten besiedelten Stadtgebiete Deutschlands ist). In den 1970er Jahren verliess die traditionelle Arbeiter_innenschaft sukzessive diesen Stadtteil und stattdessen zogen türkische Migrant_innen in die sanierungsbedürftigen und baufälligen Gebäude, die ursprünglich abgerissen werden sollten. Wenig später folgten Student_innen und Jugendliche, besetzten Häuser und schufen alternative Infrastrukturen. Später änderte der Berliner Senat dann seine Planungspolitik und die Phase der "behutsamen Stadterneuerung" begann, so dass Kreuzberg heute aus einer Mischung migrantischer und alternativ-grüner Ökonomien, Organisationen und Einrichtungen besteht. Neben türkischen Teehäusern, Restaurants, Läden und Vereinen finden sich hier ebenso Bioläden, alternative Buchläden, Cafés, Bars, Kinderläden oder Frauenprojekte sowie ein relativ hoher Anteil an homosexuellen und queeren Bewohner_innen, teilweise migrantischer Herkunft. Inzwischen ist Kreuzberg deshalb zur Touristenattraktion geworden. Doch gerade für die migrantische Bevölkerung ist das Leben seit den 1990er Jahren härter geworden, denn der Anteil an Erwerbslosen ist nach dem Fall der Mauer gestiegen, da viele Firmen in die Vororte von Berlin zogen und die Stadtpolitik sich weniger auf lokale Verbesserungen in den Stadtgebieten, als vielmehr auf den Ausbau der "Destination Berlin" konzentriert hat.

Heute kann in deutschen Städten ein Widerspruch im Umgang mit Migrant_innen beobachtet werden: auf der einen Seite wird deren Bedeutung im Zusammenhang mit kultureller Diversität und heterogenen Stadtgesellschaften betont, denn nicht wenige Stadtverwaltungen und Teile der Wirtschaft haben begriffen, dass es auf dem Hintergrund einer globalisierten Wirtschaft und einer hieraus resultierenden Städtekonkurrenz sowie in Hinblick auf die Ansiedlung von Firmen und internationalem Kapital sinnvoll ist, sich als eine international offene Stadt zu präsentieren. Auf der anderen Seite ist nicht jede/r Migrant_in willkommen, sondern vor allem diejenigen, die gut ausgebildet und für die deutsche Wirtschaft von Nutzen sind (und selbst diese haben es nicht selten schwer einzuwandern). Die früheren "Gastarbeiter_innen" wiederum leben nun schon in zweiter und dritter Generation in Deutschland, haben sich etabliert und wie in anderen Ländern versteht sich die junge Generation als der deutschen Nation

zugehörig. Sie entwickelt ihre eigenen Begriffe und Erzählungen über ihre Geschichte und nicht wenige werden parteipolitisch und zivilgesellschaftlich aktiv und beteiligen sich an »deutscher« Kulturproduktion. (19) Inzwischen nehmen auch Intellektuelle migrantischer Herkunft an den Debatten über vermeintliche Parallelgesellschaften, das Tragen des Kopftuchs oder den Bau von Moscheen teil, wobei unter diesen Intellektuellen wiederum durchaus unterschiedliche Positionen zu diesen Fragen bestehen. So vertritt beispielsweise die Feministin Necal Kelek die Ansicht, dass jede zweite türkische Frau in Deutschland zwangsverheiratet wurde (wobei sie diese Behauptung allerdings nicht mit Zahlen belegen kann), trifft mit dieser Aussage jedoch auch auf Widerspruch seitens anderer migrantischer Intellektuellen. Sicherlich bestehen auch in Deutschland Zwangsehen und gewalttätige patriarchale Familienstrukturen oder es werden Ehrenmorde begangen. Doch häufig wird dies dazu benutzt, die Ressentiments in der deutschen »Mehrheitsgesellschaft« weiter zu schüren, anstatt ein differenzierteres Bild migrantischer Milieus zu zeichnen. Auch Äusserungen wie die des SPD-Politikers Thilo Sarrazin im Jahr 2009, in denen er Migrant_innen arabischer und türkischer Herkunft Integrationswillen und Integrationsfähigkeit abspricht, sind kaum hilfreich, sondern diskriminierend, abwertend und kontraproduktiv. Viel sinnvoller wäre es, gerade jene Kräfte und Positionen zu stärken, die schon längst in Deutschland angekommen sind. Die ständige Betonung negativer Differenz im Sinne einer Gleichsetzung von Migrant_in als arm, bildungsfern, religiös, fundamentalistisch, patriarchalisch usw. versperrt den Blick auf die tatsächlichen »Topologien der Migration«. Die »migrantischen Milieus« sind differenziert und haben sich weiter ausdifferenziert. Meist zeigt sich, dass die Ursachen für Konflikte vielschichtig sind und sich nicht auf eine Zuschreibung herunter brechen lassen. Dies bedeutet nicht, keine Maßstäbe setzen zu können. Die Frage ist vielmehr, in welchen Begründungszusammenhängen und Kontexten diese erfolgen. Burka-Verbote zum Beispiel sind als populistische Maßnahmen leicht zu durchschauen, da es sehr wenige Burka-Trägerinnen in Europa gibt. (20)

Einwanderungsgesellschaft !?

In beiden Ländern, in Frankreich wie in Deutschland, wäre es längst an der Zeit, sich als Einwanderungsland zu bekennen und Migration im Rahmen von Fragen verbindlicher Partizipation zu diskutieren, anstatt von »Parallelgesellschaften« und einer »Intifada in den Banlieues« zu sprechen. Auch heute noch kümmern

sich die politischen Eliten in Frankreich nicht um das Schicksal insbesondere der jungen Generation, die in den Vorstädten französischer Städte lebt. Sie kann am politischen Leben kaum teilnehmen und ihre Rechte geltend machen. Dies zeigt sich schon allein am Wahlsystem für die Nationalversammlung, der ersten Kammer des französischen Parlaments, in die nur eine Vertreter_in pro Wahlbezirk entsandt werden kann, so dass Bezirke mit einem hohen Bevölkerungsanteil wie die Vorstädte gegenüber bürgerlichen Wahlbezirken mit weitaus weniger Einwohner_innen benachteiligt sind. Dies führt dazu, dass in der Nationalversammlung die Interessen von Migrant_innen bzw. Einwohner_innen mit Migrationshintergrund kaum adäquat vertreten werden.

In Deutschland ist die Diskussion um ein Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft nahezu zum Erliegen gekommen. Stattdessen drehen sich die Debatten um Integrationsvoraussetzungen bzw. -anforderungen und um einen »Kampf der Kulturen bzw. Religionen«. Selbst die seit vielen Jahren in Deutschland lebenden Menschen sind von den Kommunalwahlen ausgeschlossen, wenn sie keinen deutschen Pass besitzen. Regierung, Landesregierungen und Kommunalverwaltungen sind immer noch nicht in der Lage, an einem relativ hohen Prozentsatz schlecht ausgebildeter junger Migrant_innen etwas zu ändern. Dies ist das Ergebnis einer jahrelangen Ignoranz gegenüber den spezifischen Bedürfnissen von Migrant_innen, einem verfehlten Schulsystem und einer Weigerung, sich zur Einwanderungsgesellschaft politisch zu bekennen. Zusammenfassend lässt sich für beide Länder feststellen, dass die Probleme, die im Zusammenhang mit Migration entstehen, überwiegend im Sozialen, in der Erwerbs- und Bildungssituation und nicht in der ethnischen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit ihren Ursprung haben. Der erste Schritt zu einer Anerkennung der »Anderen« besteht darin, die eigenen Grenzen, die den »Anderen« zu etwas Anderem machen, zu überschreiten. Vor allem besteht dieser Schritt jedoch darin, unsere vermeintliche Überlegenheit aufzugeben und zu akzeptieren, dass wir genauso verletzbar und begrenzt wie die »Anderen« sind.

Fußnoten

(1) Eigene Übersetzung, „L'intifada des banlieues“, „La revanche des colonisés“. Weitere Schlagzeilen in französischen Zeitschriften lauteten „La banlieue brûle“, „C'est la guerre civile“ oder „Le Mai 68 des banlieues“.

(2) Der Begriff Topologie geht zurück auf den Mathematiker Johann Benedict Listing und das Konzept Analysis Situs des Philosophen Gottfried Wilhelm Leibniz.

- (3) Bourdieu unterscheidet zwischen inkorporiertem, objektiviertem und institutionalisiertem kulturellem Kapital. Siehe: Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderheft 2, 1983, S. 183-198.
- (4) So differiert zum Beispiel die Außenwahrnehmung von so genannten Problemstadtteilen wie Berlin Kreuzberg oder Berlin Neukölln erheblich von der Binnensicht der Bewohner_innen in diesen Stadtteilen.
- (5) In den Sozialwissenschaften wird die Einbeziehung anderer gesellschaftlichen Kategorien unter dem Stichwort Intersektionalität geführt. Vgl. hierzu u.a.: Knapp, Gudrun-Axeli (2005): "Intersectionality" – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von „Race, Class, Gender“, in: *Feministische Studien* 23, S. 68-81.
- (6) Ostdeutschland als sozialistisches Land verfolgte eine andere Immigrationspolitik auf die ich hier nicht eingehen will.
- (7) Atlas des quartiers de la rénovation urbaine, Quelle: <http://sig.ville.gouv.fr/Atlas/ZUS/> (08.04.2012).
- (8) Simons, Stefan: Clochards im Häuserkampf. *Spiegel Online*, Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,457496,00.html> (08.04.2012).
- (9) (Haaretz, 11/14/2005) zit. nach: Franck Poupeau: French Sociology Under Fire: A preliminary diagnosis of the November 2005 "urban riots", Quelle: <http://riots-france.ssrc.org/Poupeau/> (08.04.2012).
- (10) ebd. Den Zusammenhang zwischen Armut, Wohnort und Diskriminierung hatten schon die Soziologen Francois Dubet und Didier Lapeyronnie in ihrer 1994 im Deutschen erschienenen Publikation „Im Aus der Vorstädte“ konstatiert.
- (11) Raissiguier, Catherine: „Scattered Markets, Localized Workers: Gender, Work, and Immigration.“ In: Steady, Filomena Chioma: Black Women, Globalization and Economic Justice: Studies from Africa and the African Diaspora, Rochester, Vermont: Schenkman Books, 2002.
- (12) Haute Autorité de Lutte Contre les Discriminations et pour Egalité (HALDE)
- (13) "Weder Huren, Noch Sklaven! Die Kundgebung der Frauen aus den Vierteln gegen das Ghetto!" (Eigene Übersetzung)
- (14) Schmid, Bernhard: „Ni putes ni soumises“. Eine Bewegung von Frauen aus den französischen Banlieues gegen spezifische Unterdrückung . Quelle: <http://www.trend.infopartisan.net/trd1003/t081003.html> (08.04.2012).
- (15) In Ostdeutschland bzw. der damaligen DDR verläuft die Geschichte der Migration anders, ich beschränke mich auch hier auf Westdeutschland.
- (16) siehe: Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration,

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung AKI (Hg.): Karen Schönwälder, Janina Söhn, unter Mitarbeit von Nadine Schmid: Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen, Discussion Paper Nr. SP IV 2007-601.

(17) ebd., alle in diesem Abschnitt angeführten Zahlenangaben.

(18) Eine Ausnahme bilden einige Großsiedlungen in den Vorstädten der Städte Stuttgart und Frankfurt - hier lassen sich in der Tat Segregationseffekte feststellen, bei denen die arme Bevölkerung mit dem Anteil der dominanten Migrant_innengruppe korreliert.

(19) Zum Beispiel die Filmemacher_innen Tevfik Baser, Fatih Akin oder Aysun Bademsoy, um nur einige wenige zu nennen.

(20) Anders verhält es sich mit dem Kopftuch an Schulen und Hochschulen, wobei hier aus meiner Sicht zwischen Lehrpersonal und Schülerinnen bzw. Studentinnen zu unterscheiden ist und dem Gleichheitsgrundsatz zu folgen ist, d.h. es sollten keinerlei religiöse Symbole erlaubt sein, wenn es schon darum geht, Verbote auszusprechen. In Deutschland sind in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen Kopftücher an Schulen und Hochschulen für Lehrkräfte verboten. In Frankreich wurde nicht nur das Kopftuch grundsätzlich an Schulen verboten, sondern auch Kippa und größere Kreuze. In Großbritannien, Dänemark oder Österreich herrscht jedoch keinerlei Kopftuch-Verbot, es geht also offensichtlich auch ohne Verbote.

Recht auf Stadt – Stadt als Ressource



IL EST FACILE DE
SORTIR LE GA. N°
DE LA RUE, IL
PLUS MIEUX A FAIRE

NPR

US

Stadt ist nicht nur als ein gebauter, sondern vor allem als ein gesellschaftlicher Raum zu verstehen. Denn in urbanen Räumen treffen »Fremdes« auf »Anderes«, soziales Alltagsleben auf institutionelle Ordnungen, Kapitalinteressen auf subjektive und kollektive Bedürfnisse, Zugänglichkeit auf Ausschluss, Gebrauchswert auf Tauschwert. Hier formieren sich unterschiedliche Identitäten, widerständige soziale Bewegungen und Gruppierungen, hier veräußert sich das ganze Konfliktpotential gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Anerkennung von Gleichheit wie um Differenz und Vielfalt. Stadt ist damit ein Raum, in dem verschiedene Aushandlungsprozesse um Definitions- und Handlungsmacht geführt werden: Wer definiert das Bild einer Stadt und vor allem deren zukünftige Entwicklung? Wer spricht und wer wird gehört? Solche Fragen können nicht getrennt von Entscheidungs- und Handlungsmacht gestellt werden, denn deren Durchsetzung bestimmt nicht nur über die gebauten Strukturen selbst, sondern beeinflusst gleichermaßen das städtische Alltags- und Zusammenleben. Die Raumfrage ist deshalb immer auch eine Machtfrage.

Bereits seit etlichen Jahren lassen sich rund um den Globus Kapitalinvestitionen in Grund und Boden, in Immobilien und sogar in den Bau ganzer Städte in den tatsächlichen oder projektierten Wachstumszonen von Europa, Russland, den USA, Nordafrika über die arabischen Emirate, China, Indien, Malaysia, Indonesien bis hin neuerdings zu Vietnam oder Kambodscha beobachten. Die damit verbundene urbane und infrastrukturelle Aufrüstung erfolgt im Zuge eines entgrenzten Kapitalismus und unter dem Vorzeichen einer, wie es der Geograph David Harvey formuliert hat, „Akkumulation durch Enteignung“. Eine solche Politik der Ökonomisierung von Raum bzw. Stadt ist nicht neu. Neu ist hingegen nicht nur das finanzielle Ausmaß, die Dimension und Reichweite dieser Kapitalinvestitionen (die ja teilweise auch mit Kapitalvernichtung einhergehen), sondern deren Ignoranz und Rücksichtslosigkeit gegenüber vielen Stadtbewohner_innen und deren Recht auf die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse, auf urbane Gebrauchswerte und auf Demokratie in Form von Transparenz und politischer Partizipation an Planungsentscheidungen. Ganze Stadtviertel werden zerstört, Bewohner_innen werden verdrängt oder wie in nicht wenigen Ländern gar mit Bulldozern und Polizei vertrieben, um Platz zu schaffen für neue Büro- und Dienstleistungskomplexe, Infrastrukturprojekte, Shopping-Center, hochpreisigen Wohnraum, aber auch Kultureinrichtungen der High Culture wie Museen

oder Opernhäuser. Finanzkrisen und Einbrüche auf den Kapitalmärkten scheinen diesem Boom keinen Abbruch zu tun, eher ist das Gegenteil der Fall, denn Immobilien gelten immer noch als eine gute und sichere Kapitalanlage.

Doch diese Investitionen treffen auf Widerstand, und dies selbst in Deutschland wie die Reaktionen auf das Bahninfrastruktur- und Immobilienprojekt „Stuttgart 21“ deutlich zeigen. (1) Diese städtischen Widerstandsbewegungen gegen Stadtentwicklungen und Großprojekte, gegen eine Stadt- und Standortpolitik, die Stadt als Konzern und urbane Räume als Ware versteht, lassen sich unter dem Vorzeichen eines „Recht auf Stadt“ zusammenfassen – einem Begriff, den Lefèbvre bereits 1968 unter dem Eindruck des Pariser Mai geprägt und in seiner gleichnamigen Publikation „Le Droit à la Ville“ (2) ausgeführt hat. In vielen Ländern, auch in Deutschland, haben sich inzwischen Initiativen, NGOs und Netzwerke unter diesem Label organisiert. In Hamburg zum Beispiel haben sich etliche Gruppe, Vereine und Einzelpersonen zusammengeschlossen, um gegen die „Marke“ Hamburg und den Abriss bestehender Stadtstrukturen, gegen steigende Mietpreise, Aufwertungs politik und Disneyfizierung ihrer Stadtviertel zu protestieren. Auch in Berlin formiert sich inzwischen Widerstand gegen Gentrifizierungen und den Abverkauf der Stadt an kapitalkräftige Investoren, die Wohnungen, Häuser oder gleich ganze Straßenzüge aufkaufen und diese entweder zu hochpreisigem Wohnraum modernisieren oder abreißen und neu bebauen.

Viel zitiert wird im Zusammenhang mit den Diskussionen um ein „Recht auf Stadt“ die Feststellung Lefèbvres „das Recht auf Stadt ist wie ein Schrei und ein Verlangen“ (3) worin sich zwei Richtungen dieser Bewegungen widerspiegeln. Für viele Menschen, insbesondere in Lateinamerika, Asien und Afrika, aber inzwischen auch vermehrt in europäischen Ländern und den USA, geht es um die Erfüllung des existentiellen Bedürfnisses nach Wohnraum – verbunden mit einem Zugang zu notwendigen Ressourcen wie sauberes Wasser und grundlegenden Infrastrukturen wie Sanitäreinrichtungen, Abfall- und Abwasserentsorgung oder öffentlichem Personennahverkehr. Nicht vorhandene oder unzureichende, unsichere und unhygienische, zudem meist in Relation gesehen teure Wohn- und Lebensverhältnisse ebenso wie Vertreibungen aus Stadt- wie Landgebieten und Umsiedlung an die Ränder der Städte treffen Frauen und Kinder besonders, da deren Abhängigkeit von lokalen Lebensumständen meist größer als die vieler Männer ist. In diesem Zusammenhang erfolgt die Forderung, der Schrei nach einem „Recht auf Stadt“ aus der puren Not – wenn sie überhaupt erhoben werden kann, denn ein Leben am Rand und der tägliche

Kampf um pures Überleben lässt wenig oder keinen Spielraum, um sich politisch zu organisieren und zu artikulieren. Auch in den USA und in vielen europäischen Ländern, insbesondere nach und mit den gegenwärtigen so genannten Finanzkrisen, nimmt die Not inzwischen für immer mehr Menschen solche existentiellen Formen an. Wurde bislang offene ebenso wie verdeckte Wohnungslosigkeit als Folge individueller Krisen (Beziehungskonflikte, Erwerbsarbeitsplatzverlust, Sucht, psychische Erkrankungen), aber auch als Folge struktureller Ursachen (Armut, Unterversorgung, Stigmatisierung) betrachtet, so treffen heute drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen und Wohnungslosigkeit immer mehr Menschen, die durch die Folgen der systematischen Deregulierung der Finanzmärkte oder durch unverantwortliche Kreditvergaben in Not geraten sind. Hinzu kommen immer weiter steigende Mieten in vielen Städten, fehlender sozialer Wohnungsbau und hieraus resultierender Wohnraummangel an erschwinglichen Wohnungen. Nicht selten führen auch Modernisierungen, die unter dem Label von „energetischer Sanierung“ und Ökologie erfolgen, zu immensen Mietpreissteigerungen und zu einer weiteren Verdrängung von finanzschwächeren Einwohner_innengruppen insbesondere aus den innerstädtischen Stadtgebieten.

Doch auch für diejenigen, die nicht in eine ihre Existenz bedrohende Wohnungsnot geraten, ist die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ durchaus virulent. Sie steht hier für die Sehnsucht nach einer Stadt, die genau das bietet und fördert, was das Leben in der Stadt und städtische Kultur eigentlich ausmacht, nämlich die Ermöglichung produktiver Differenz. Eine solche Differenz drückt sich in einem städtischen Zusammenleben aus, das Unterschiede unter der Voraussetzung der Schaffung einer möglichst gleichberechtigten Teilhabe aller Stadtbewohner_innen an den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen einer Stadt zulässt und eine Situation gegenseitiger Anerkennung herstellt. Eine solche Vorstellung gesellschaftlich-städtischen Raumes und Produktivität kann als bloßes Wunschdenken und als unerfüllbar erscheinen. Dennoch zeigt sich bei genauerer Betrachtung vieler städtischer Situationen und Felder, nicht nur, dass viele Probleme und Ausschlussverfahren sozusagen hausgemacht, also eine Folge einer bestimmten und einseitig ausgerichteten Stadtpolitik sind, sondern auch, dass die Stadt selbst als eine gesellschaftliche Ressource, als ein Raum vielfältiger Möglichkeiten – und dies schließt unterschiedliche Lebensformen und Lebensweisen mit ein – nicht als eine solche erkannt und anerkannt wird. Diese mangelnde Wahrnehmung und Anerkennung beginnt bereits auf der Mikroebene zum Beispiel im Umgang mit bestehenden kleinteiligen Ökonomien

und mit bestehenden Stadträumen und Stadtstrukturen, die vermeintlich ökonomisch potenteren Investitionen zum Opfer fallen. Eine solchermaßen angelegte Stadtpolitik interessiert sich weder für die unterschiedlichen Notwendigkeiten und Bedürfnisse aller Gruppen von Stadtbewohner_innen, noch für deren Potentiale, die sich zum einen in ihren Strategien des Überlebens, zum anderen in ihren Strategien zur Herstellung von höheren Freiheitsgraden ausdrückt. Eine solche Stadtpolitik verkennt, dass gerade die Stadt – die als ein Raum der Verdichtung unterschiedlicher Individuen und Gruppen, als ein Raum der Verdichtung ökonomischer, sozialer, kultureller Tätigkeiten und schliesslich als ein Raum der Verdichtung verschiedener Raumnutzungen und Raumformen in Erscheinung tritt – eine wertvolle gesellschaftliche Ressource darstellt. In der Zukunft wird zudem der Umgang mit den Zusammenhängen von natürlichen und städtisch-kulturellen Ressourcen, und die Frage wie mit *beiden* Ressourcen und ihren Verflechtungen, wie mit Stadt *und* Land umgegangen wird, von entscheidender Bedeutung für das Leben der allermeisten Menschen werden. Die gegenwärtige Situation und die stattfindenden Entwicklungen stimmen nicht sonderlich optimistisch. Das 21. Jahrhundert, so scheint es zumindest gegenwärtig, wird als ein Jahrhundert der maximalen Ausbeutung und eines global und lokal auftretenden Verteilungskampfes um diese beiden Ressourcen in die Geschichte eingehen. Und dies, obwohl bereits genügend Wissen und Erkenntnisse vorliegen, die deutlich machen, dass wir an die Grenzen des Wachstums und des Verbrauchs natürlicher Ressourcen gelangt sind, dass wir andere Formen des Wirtschaftens, aber auch des sozialen Zusammenlebens und der gerechteren Verteilung gesellschaftlicher Reichtümer brauchen – und dass wir deshalb auch andere Städte entwerfen und das städtische Leben anders, nämlich wesentlich nachhaltiger *und* in Hinblick auf gesellschaftliche Kategorien wie Klasse, Geschlecht und Ethnizität wesentlich sozialer gestalten müssen.

Fußnoten

- (1) Zum Komplex Stuttgart 21 siehe auch: Doderer, Yvonne; Württembergischer Kunstverein Stuttgart (Hg.): Rote Rosen statt Zerstörung. Frauen im Widerstand gegen Stuttgart 21, Württembergischer Kunstverein Stuttgart 2013.
- (2) Orig. Lefèbvre, Henri: Le droit à la ville, Paris 1968
- (3) eigene Übersetzung.



Literatur

- Aldrich, Robert (Hg.) Ein Platz an der Sonne. Die Geschichte der Kolonialreiche. Stuttgart 2008.
- Aldrich, Robert: Colonialism and Homosexuality. London/New York 2003.
- Alexander, Christopher; Ishikawa, Sara u.a.: Eine Muster-Sprache. Wien 1995.
(Orig. Christopher Alexander, Sara Ishikawa, Murry Silverstein, (et al.): A Pattern Language. Towns, Buildings, Construction. New York 1977).
- Amadiume, Ifi: Male Daughters, Female Husbands: Gender and Sex in an African Society. London 1987.
- Andal, Jacqueline; Duncan, Derek (eds.): Italian Colonialism. Legacies and Memories. Oxford 2005.
- Andres-Müller, Heide (Hg.): Ortsveränderungen: Perspektiven weiblicher Partizipation und Raumaneignung. Königstein/Taunus 1999.
- Alisch, Monika: Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen 2002.
- Bhabha, Homi K.: Die Verortung der Kultur. Tübingen 2000.
- Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden 2008.
- Benhabib, Seyla: Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Frankfurt am Main 1999.
- Beverly, John: Subalternity and Representation. Arguments in Cultural Theory. Duke University Press Durham and London 1999.
- Bourdieu, Pierre u.a. (Hg.): Der Einzige und sein Eigenheim. Hamburg 1998.
- Bourdieu, Pierre: Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main 2005.
- Brückner, Margrit; Meyer, Birgit (Hg.): Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume. Freiburg im Breisgau 1994.
- Butler, Judith: Antigones Verlangen. Verwandtschaft zwischen Leben und Tod. Frankfurt am Main 2001.
- Butler, Judith: Die Macht der Geschlechternormen. Frankfurt am Main 2009.
- Caro, Robert A.: The Power Broker. Robert Moses and the Fall of New York. New York: Knopf 1975.
- Çelik, Zeynep; Clancy-Smith, Julia; Terpak, Frances (ed.): Walls of Algiers. Narratives of the City through text and image. University of Washington Press 2009.
- Cohen, Jean-Louis; Eleb, Monique: Casablanca, Colonial Myths and Architectural Ventures. New York 2002.

- Conrads, Ulrich u. a. (Hg.): Panik Stadt, Bauwelt. Berlin/Braunschweig 1979.
- Dietrich, Anette: Weiße Weiblichkeiten. Konstruktionen von »Rasse« und Geschlecht im deutschen Kolonialismus. Bielefeld 2007.
- Doderer, Yvonne P.: Urbane Praktiken. Strategien und Raumproduktionen feministischer Frauenöffentlichkeit. Münster 2002.
- Engelmann, Jan (Hg.): Foucault, Michel: Botschaften der Macht: Der Foucault-Reader. Stuttgart 1999.
- Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken. Münster 2007 (Orig. Peau noire, masques blancs. Seuil 1952).
- Flade, Antje; Kustor-Hüttl, Beatrice (Hg.): Mädchen in der Stadtplanung. Bolzplätze – und was sonst? Weinheim 1993.
- Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–1976). Frankfurt am Main, 2009.
- Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main 1998.
- Foucault, Michel: Was ist Kritik? Berlin 1992.
- Gaillissaires, Pierre; Mittelstädt, Hanna; Ohrt, Roberto (Hg.): Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten. Hamburg 1995.
- Goonewardena, Kanishka; Kipfer, Stefan; Milgrom, Richard; Schmid, Christian (ed.): Space, Difference, Everyday Life. Reading Lefèvbre. New York 2008.
- Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. GH 1393. Hamburg 1992.
- Hawley, John C. (ed): Postcolonial, Queer: Theoretical Intersections. State University of New York Press 2001.
- Heinrich-Boell-Stiftung (Hg.): Der homosexuellen NS-Opfer gedenken. Berlin 1999.
- Hark, Sabine: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt am Main 2005.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (Hg.): New York. Strukturen einer Metropole. Frankfurt am Main 1993.
- Hayden, Dolores: The Grand Domestic Revolution: A History of Feminist Designs for American Homes, Neighborhoods and Cities. Cambridge 1981.
- Harvey, David: Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg 2007.
- Harvey, David: Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich 2007.
- Hergemöller, Bernd-Ulrich: Einführung in die Historiographie der Homosexualitäten. Tübingen 1999.
- Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): Niklas Luhmann: Protest: Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt am Main 1997.

- Jacobs, Jane M.; Fincher, Ruth (ed.): *Cities of Difference*. New York/London 1998.
- Klein, Ansgar; Legrand, Hans-Josef; Leif, Thomas (Hg.): *Neue soziale Bewegungen*. Opladen/Wiesbaden 1999.
- Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.): *TraditionenBrüche*. Freiburg 1992.
- König, Klaus: *Zur Managerialisierung und Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung*. Speyer 2000.
- Krätke, Stefan: *Strukturwandel der Städte. Städtessystem und Grundstücksmarkt in der »post-fordistischen« Ära*. Frankfurt am Main/New York 1991.
- Kreckel, R. (Hg.): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2*. Göttingen 1983.
- Le Corbusier: *Der Städtebau*. Stuttgart 1979.
- Lefèbvre, Henri: *Die Revolution der Städte*. Frankfurt am Main 1990. (Orig. *La Révolution urbaine*. Editions Gallimard 1970).
- Lefèbvre, Henri: *The Production of Space*. /Malden, Massachusetts: Blackwell Publishers Oxford, 1997 (Orig. *La production de l'espace*. Paris 1974).
- Lefèbvre, Henri: *Die Revolution der Städte*. Frankfurt am Main 1990.
- Lemke, Thomas: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Berlin/Hamburg 1997.
- Liang, Qiao; Xiangsui, Wang: *Unrestricted Warfare*. Liberation Army Arts and Literature Press, Beijing 1999.
- McLynn, Frank: *Stanley: The Making of an African Explorer*. Lanham 2001.
- Maß, Sandra: *Weißer Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918 – 1964*. Köln/Wien 2006.
- Merleau Ponty, M.: *The Phenomenology of Perception*. Routledge 1962.
- Millet, Kate: *Fliegen*. Köln 1982.
- Mumford, Louis (1937): *What Is a City?* In: LeGates, Richard T.; Stout, Frederic (ed.): *The City Reader*. London/New York 1996.
- Myrsiades, Kostas; McGuire, Jerry (ed.): *Order and Partialities. Theory, Pedagogy, and the „Postcolonial“*. State University of New York Press 1995.
- Negri, Toni; Lazzarato, Maurizio; Virno, Paolo: *Umherschweifende Produzenten: Im materielle Arbeit und Subversion*. Berlin 1998.
- Negri, Antonio; Hardt, Michael: *Empire*. New York/ Frankfurt am Main 2000.
- Ortiz, Fernando: *Cuban Counterpoint: Tobacco and Sugar*. Durham NC 1995.
- Pagel, Gerda: *Jacques Lacan. Eine Einführung*. Hamburg 2007.
- Pelizzari, Alessandro: *Die Ökonomisierung des Politischen*. Konstanz 2001.
- Raab, Heike: *Foucault und der feministische Poststrukturalismus*. Dortmund 1994.
- Rada, Uwe: *Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metro-*

- pole. Berlin 1997.
- Reichow, Hans Bernhard: Organische Stadtbaukunst. Braunschweig 1948.
- Reuter, Wolf D. (Hg.): Horst W. Rittel: Planen, Entwerfen, Design. Stuttgart 1992.
- Sassen, Saskia: The Global City: New York, London, Tokyo. Princeton/New Jersey 2001.
- Scheich, Elvira (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie, Hamburg 1996.
- Sieverts, Thomas: Zwischenstadt zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig 1998.
- Schubert, Dirk: Stadterneuerung in London und Hamburg. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung. Braunschweig/Wiesbaden 1997.
- Shepard, Todd: The Invention of Decolonization. The Algerian War and the Remaking of France. Cornell University Press 2006.
- Spiller, Roger J.: Sharp Corners: Urban Operations at Century's End. U.S. Army Command and General Staff College Press, Fort Leavenworth, Kansas 1999.
- Steady, Filomena Chioma: Black Women, Globalization and Economic Justice: Studies from Africa and the African Diaspora. Rochester/Vermont 2002.
- Virilio, Paul; Lotringer, Sylvère: Der reine Krieg. Berlin 1984.
- Wex, Marianne: „Weibliche“ und „männliche“ Körpersprache als Folge patriarchalischer Machtverhältnisse. Hamburg 1979.
- Wichterich, Christa: Die globalisierte Frau - Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Hamburg 1998.
- Wittig, Monique: The Straight Mind and other Essays. Boston 1992.
- Zukin, Sharon: The Cultures of Cities. Hoboken 1995.
- Wright, Gwendolyn: The Politics of Design in French Colonial Urbanism. Chicago 1991.

